Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

254. Sitzung

Bonn, Freitag, den 25. Juni 1976

Inhalt:

Anlagen

Anlage 1

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn 1
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad-Godesberg 1, Postfach 821, Goethestraße 56, Telefon (0 22 21) 36 35 51

Anlage 95

Nutzung der geothermischen Energie in der Bundesrepublik Deutschland; Bau einer Modellanlage zur Erzeugung von Elektrizität in Landau in der Pfalz; Durchführung von Versuchsbohrungen in Urach

Anlage 96

Möglichkeiten der Stundung von Darlehen aus dem Bundesausbildungsförderungsgesetz bei Arbeitslosigkeit nach abgeschlossenem Studium

Anlage 97

Finanzielle Auswirkungen der Forderung der Entwicklungsländer nach Annullierung ihrer Auslandsschulden auf die Bundesrepublik Deutschland

Anlage 98

Feststellung erheblicher Mängel in der Verwaltung der deutschen Entwicklungshilfe in einem Gutachten des Bundesrechnungshofs

(A) (C)

254. Sitzung

Bonn, den 25. Juni 1976

Beginn: 9.00 Uhr

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Die Sitzung ist eröffnet.

Die folgenden **amtlichen Mitteilungen** werden ohne Verlesung in den Stenographischen Bericht aufgenommen:

Der Bundesminister des Innern hat mit Schreiben vom 21. Juni 1976 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Vogel (Ennepetal), Dr. Miltner, Berger, Dr. Klein (Göttingen), Gerster (Mainz) und der Fraktion der CDU/CSU betr. Fortentwicklung des öffentlichen Dienstes (Drucksache 7/5282) beantwortet. Sein Schreiben wird als Drucksache 7/5433 verteilt.

Der Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen hat mit Schreiben vom 16. Juni 1976 die Kleine Anfrage der Abgeordneten de Terra, Dr. Hornhues, Frau Benedix, Böhm (Melsungen), Franke (Osnabrück), Sauer (Salzgitter), Dr.-Ing. Oldenstädt, Mursch (Soltau-Harburg), Nordlohne, Dr. von Bismarck und Genossen betr. Schülerwarteräume in Verbindung mit Büchereien in Bahnhöfen der Deutschen Bundesbahn (Drucksache 7/5341) beantwortet. Sein Schreiben wird als Drucksache 7/5447 verteilt.

(B)

Der Bundesminister für Wirtschaft hat mit Schreiben vom 24. Juni 1976 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Russe, Springorum, Schmidhuber, Zeyer, Dr. Müller-Hermann, Eigen, Müller (Remscheid), Dr. Stavenhagen, Dr. Narjes und der Fraktion der CDU/CSU betr. statistischer Bericht über die Elektrizitätswirtschaft in der Bundesrepublik Deuschland im Jahr 1974 sowie im Jahr 1975 (Drucksache 7/5372) beanwortet. Sein Schreiben wird als Drucksache 7/5479 verteilt.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit hat mit Schreiben vom 9. Juni 1976 mitgeteilt, daß der Ausschuß gegen die nachfolgende, vom Ministerrat zwischenzeitlich bereits verabschiedete Vorlage keine Bedenken erhoben hat:

Richtlinie des Rates zur fünften Änderung der Richtlinie des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für färbende Stoffe, die in Lebensmitteln verwendet werden dürfen (Drucksache 7/4563)

Überweisung von EG-Vorlagen

Der Präsident des Bundestages hat entsprechend dem Beschluß des Bundestages vom 25. Juni 1959 die nachstehenden Vorlagen überwiesen:

Verordnung (EWG) des Rates zur Festsetzung einer Übergangsvergütung für den am Ende des Wirtschaftsjahres 1975/1976 eingelagerten Mais (Drucksache 7/5361)

überwiesen an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit der Bitte um Vorlage des Berichts rechtzeitig vor der endgültigen Beschlußfassung im Rat

Verordnung (EWG) des Rates zur Festsetzung der Schwellenpreise für Getreide für das Wirtschaftsjahr 1976/77 (Drucksache 7/5362)

überwiesen an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit der Bitte um Vorlage des Berichts rechtzeitig vor der endgültigen Beschlußfassung im Rat

Verordnung (EWG) des Rates Nr. . . ./76 zur Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für bestimmte Waren, die für die Geschädigten der im Mai 1976 durch ein Erdbeben betroffenen italienischen Regionen vorgesehen sind (Drucksache 7/5363)

überwiesen an den Ausschuß für Wirtschaft mit der Bitte um Vorlage des Berichts rechtzeitig vor der endgültigen Beschlußfassung im Rat

Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnungen Nrn. 3152/75 und 3153/75 über die Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung von Gemeinschaftszollkontingenten für Oberkleidung der Tarifnummern 60.05 und 61.01 des Gemeinsamen Zolltarifs, mit Ursprung in Malta (für das Jahr 1976) (Drucksache 7/5364)

überwiesen an den Ausschuß für Wirtschaft mit der Bitte um Vorlage des Berichts rechtzeitig vor der endgültigen Beschlußfassung im Rat

Richtlinie des Rates betreffend die von den Mitgliedstaaten durchzuführenden Erhebungen über die Schweineerzeugung (Drucksache 7/5393)

überwiesen an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit der Bitte um Vorlage des Berichts rechtzeitig vor der endgültigen Beschlußfassung im Rat

Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3015/75 des Rates vom 17. November 1975 über die Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für unverarbeiteten Tabak der Sorte „flue cured" Virginia (Drucksache 7/5405)

überwiesen an den Ausschuß für Wirtschaft mit der Bitte um Vorlage des Berichts rechtzeitig vor der endgültigen Beschlußfassung im Rat

Verordnung (EWG) des Rates zur Aussetzung der Preisbindung, der die Einfuhr frischer Zitronen in die Gemeinschaft mit Ursprung in den Mittelmeerländern unterliegt, mit denen die Gemeinschaft Abkommen schließt (Drucksache 7/5406) (D)

überwiesen an den Ausschuß für Wirtschaft mit der Bitte um Vorlage des Berichts rechtzeitig vor der endgültigen Beschlußfassung im Rat

Verordnung (EWG) des Rates über die Lieferung von Magermilchpulver an die Republik Zaire zugunsten der Bevölkerung im Gebiet des Kivu-Sees als Nahrungsmittelhilfe im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 1348/75 (Drucksache 7/5407)

überwiesen an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtchaft und Forsten mit der Bitte um Vorlage des Berichts rechtzeitig vor der endgültigen Beschlußfassung im Rat

Verordnung (EWG) des Rates

über die Sofortlieferung von Butteroil als Nahrungsmittelhilfe an das Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und des Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen zugunsten der Bevölkerung von Vietnam im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 1542/75

über die Sofortlieferung von Magermilchpulver als Nahrungsmittelhilfe an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, das Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und des Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen zugunsten der Bevölkerung von Vietnam im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 1348/75

über die Sofortlieferung von Magermilchpulver als Nahrungsmittelhilfe an das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen zugunsten der Bevölkerung von Vietnam im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. . . ./76 (Drucksache 7/5408)

überwiesen an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit der Bitte um Vorlage des Berichts rechtzeitig vor der endgültigen Beschlußfassung im Rat

Verordnung (EWG) des Rates zur Festlegung der für die Intervention erforderlichen Mindestanforderungen für verbackbaren Weichweizen (Drucksache 7/5409)

überwiesen an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit der Bitte um Vorlage des Berichts rechtzeitig vor der endgültigen Beschlußfassung im Rat

Verordnung (EWG) Nr. 1281/76 des Rates vom 1. Juni 1976 zur zweiten Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 567/76 über allgemeine Regeln für die Destillation von Tafelwein, für den der Destillationsvertrag vor dem 15. April 1976 genehmigt werden muß

überwiesen an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit der Bitte um Vorlage des Berichts innerhalb eines Monats, wenn im Ausschuß Bedenken gegen den Vorschlag erhoben werden

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen

(A)

Verordnung (EWG) Nr. 1022/76 des Rates vom 30. April 1976 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 873/76 hinsichtlich des Transfers bestimmter Mengen Weichweizen aus Beständen von Interventionsstellen zur italienischen Interventionsstelle

überwiesen an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit der Bitte um Vorlage des Berichts innerhalb eines Monats, wenn im Ausschuß Bedenken gegen den Vorschlag erhoben werden

Verordnung des Rates über die Anwendung des Protokolls Nr. 6 zu dem am 22. Juni 1972 unterzeichneten Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Island (Drucksache 7/5415)

überwiesen an den Ausschuß für Wirtschaft mit der Bitte um Vorlage des Berichts rechtzeitig vor der endgültigen Beschlußfassung im Rat

Verordnung (EWG) des Rates über Sondermaßnahmen für Leinsamen (Drucksache 7/5440)

überwiesen an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit der Bitte um Vorlage des Berichts rechtzeitig vor der endgültigen Beschlußfassung im Rat

Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 619/71 zur Festlegung der Grundregeln für die Gewährung einer Beihilfe für Flachs und Hanf (Drucksache 7/5441)

überwiesen an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit der Bitte um Vorlage des Berichts rechtzeitig vor der endgültigen Beschlußfassung im Rat

Verordnung (EWG) des Rates zur Ergänzung der Verordnung (EWG) Nr. 885/68 über die Grundregeln der Vorausfestsetzung der Erstattungen bei der Ausfuhr von Rindfleisch (Drucksache 7/5442)

überwiesen an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit der Bitte um Vorlage des Berichts rechtzeitig vor der endgültigen Beschlußfassung im Rat

Für die **Verteidigungsdebatte** — Tagesordnungspunkte 48 bis 50 — ist nach einer interfraktionellen Vereinbarung die **Dauer der Aussprache** auf vier Stunden festgelegt. Ich frage das Haus, ob es damit einverstanden ist. — Ich sehe und höre keinen Widerspruch; es ist so beschlossen.

(B)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, den Ältestenrat zu ermächtigen, von der Geschäftsordnung abweichende Regelungen für die **Einbringung von Fragen in den kommenden Monaten** zu treffen, die dann schriftlich beantwortet werden.

Für die nächsten drei Monate ist vorgesehen, daß jedes Mitglied je Monat vier Fragen einreichen darf. Die Fragen für Juli müssen bis Freitag, den 30. Juli, 11 Uhr, die für August bis Dienstag, den 31. August, 11 Uhr, und die für September bis Donnerstag, den 30. September, 11 Uhr, im Parlamentssekretariat eingereicht werden. Die weiteren Termine werden noch bekanntgegeben. — Ich sehe und höre keinen Widerspruch; es ist so beschlossen.

Ich rufe nunmehr die Punkte 48 bis 50 der Tagesordnung auf:

48. Beratung des Berichts und des Antrags des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuß) zu dem **Weißbuch 1975/1976 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr**

— Drucksachen 7/4554, 7/5323 —

Berichterstatter: Abgeordneter Möhring

49. Beratung des Berichts und des Antrags des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Wörner, Handlos, Stahlberg, Ernesti, de Terra, Biehle, Frau Tübler, Dr. Kraske, Gierenstein, Dr. Kunz (Weiden), Rommerskirchen, Dr. Jobst, Löher, Geisenhofer, Kiechle, Sick, Eigen, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim und Genossen betr. **Verbesserung der Aufstiegsmöglichkeiten für Unteroffiziere in den Kampf- und Kampfunterstützungstruppen des Heeres**

(C)

— Drucksachen 7/4433, 7/5316 —

Berichterstatter: Abgeordneter Horn

dazu

Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

— Drucksache 7/5317 —

Berichterstatter: Abgeordneter Würtz

50. Beratung des Berichts und des Antrags des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuß) zu dem **Jahresbericht 1975 des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages**

— Drucksachen 7/4812, 7/5342 —

Berichterstatter: Abgeordneter Ernesti

Ich danke den Herren Berichterstattern. Eine Ergänzung der Berichte wird nicht gewünscht.

Wir treten in die Aussprache ein. Das Wort hat der Herr Bundesverteidigungsminister.

Leber, Bundesminister der Verteidigung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir bitte, daß ich zum **Weißbuch der Bundesregierung** und zu seinem Inhalt ein paar über den Text hinausführende Anmerkungen mache.

Vor zwei Wochen sind die **Konferenzen des Nordatlantischen Bündnisses** beendet worden. Sie haben gezeigt, daß das Bündnis in der Erfüllung seiner militärischen Aufgaben voll funktionsfähig ist. Das Bündnis hat wahrgenommen, daß der Osten seine militärische Kraft auch in der jüngsten Zeit weiter gestärkt hat. Angesichts dieser Tatsache und anderer Vorgänge ist der Wille des Westens, durch eigene Anstrengungen die Balance der Kräfte zwischen Ost und West aufrechtzuerhalten und der erkannten gewachsenen militärischen Bedrohung entgegenzusetzen, was notwendig ist, stärker geworden. Was der Osten produziert hat, ist nicht Überlegenheit über den Westen, sondern sind wachgerüttelte Wachsamkeit und Vorsorge unter den Ländern des Bündnisses. Das ist wohl das wichtigste Ergebnis der letzten NATO-Konferenzen.

(D)

Die Bundesregierung hat das **Kräfteverhältnis zwischen West und Ost** im letzten Weißbuch ausführlich dargestellt. Ich möchte dem, was dort niedergelegt ist, noch folgendes hinzufügen. In einigen Bereichen gibt es, wenn man sie für sich betrachtet, Unausgewogenheiten. Ein oberflächlicher Blick z. B. auf die Panzer- und die Flugzeugzahlen könnte jemand, der beziehungslos nur diese Zahlen sieht und die übrigen Fähigkeiten des Bündnisses und sein militärisches Konzept übersieht oder nicht kennt, zu falschen Schlußfolgerungen führen.

Die Nordatlantische Allianz ist ausschließlich auf Verteidigung angelegt. Die **militärische Fähigkeit zur Verteidigung gegen Offensivwaffen** des Ostens ergibt sich aus der Zahl und der Qualität der eigenen gepanzerten Kräfte und der Zahl und der Qualität der eigenen sonstigen Panzerabwehr-

Bundesminister Leber

(A) waffen. Beides zusammen macht die Abwehrfähigkeit aus, die wir den Panzermassen des Ostens gegenüberzustellen haben. Aus diesem Sachverhalt haben bisher weder die Sowjetunion noch die deutsche Opposition die notwendigen Schlußfolgerungen gezogen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Wir wissen aus vielen Quellen, daß auch im Osten Konzeptionen der Panzerabwehr diskutiert werden. Wir wissen aber auch, daß dies keine Anerkennung des Defensivprinzips bedeutet, sondern daß die Diskussionen dort mit dem Ziel geführt werden, die Fähigkeit zu überraschender Offensive beizubehalten und die **Panzerabwehrkapazität,** die der Westen zur Verfügung hält, durch mehr Offensivwaffen immer mehr zu überlagern. Die Sowjetunion will nicht wahrhaben, daß sie sich mit diesem Konzept in einer schlechten und in einer sehr kostspieligen Gasse befindet. Wieviel Offensivkraft sie auch immer produziert, auf diesem Gebiet wollen wir nicht mit ihr konkurrieren. Wieviel Offensivkraft sie auch immer produziert, den westlichen Demokratien wird es immer möglich sein, ihren Völkern deutlich zu machen, daß man gegen Bedrohung nicht Bedrohung setzen muß, sondern daß man gegen Bedrohung Abwehrfähigkeit setzen muß.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Dies verstehen freie Völker. Dies ist moralisch legitim. Dies versteht auch die junge Generation in den Völkern. Und dies zehrt weniger an der Wohlfahrt der Bürger, als Offensivwaffen mit ihren höhe-
(B) ren Kosten daran zehren.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Herr Chruschtschow hat das gesehen, als er einmal sagte: „Welch ein Jammer, diese Abwehrwaffen tun weh. Schließlich haben wir viel gutes Geld für unsere Panzer ausgegeben. Sie würden in Flammen aufgehen, bevor sie zum Schuß kämen." Genau das ist es, was wir meinen. Und genau das ist es, worauf es ankommt: Wer uns nicht angreifen will, braucht keine Angst — auch um seine schönen Panzer — zu haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der FDP)

Wir wollen es jedenfalls nicht. Wir wollen es auch nicht können.

Auch die Opposition hier im Lande will das nicht eingestehen. Sie bleibt lieber bei der altgeübten und bewährten Methode der Panzerzählung, und einige ihrer Sprecher erzählen draußen im Lande Geschichten, so wie man Kindern die Geschichte vom Wolf und den sieben Geißlein abends erzählt, wenn sie nicht ins Bett gehen wollen.

(Beifall bei der SPD und der FDP — Damm [CDU/CSU]: Haben Sie denn in dem Weißbuch die Panzer nicht gezählt?!)

— Sie sind ständig dran. Ich weiß nicht, welche Zahlen Sie jetzt haben;

(Damm [CDU/CSU]: Die Zahlen aus Ihrem Weißbuch! Oder stimmen die etwa nicht?)

aber ich lese das doch ständig, wo Sie überall ge- (C)
zählt haben.

Es muß ein erhebendes Gefühl sein, zu sehen, wie die Leute dann Angst und Furcht bekommen, wenn man Ihnen diese Bilder an die Wand malt, und wie die Leute dann hoffen, daß die gute, liebe Opposition, die ihnen die Angst gerade eingejagt hat, sie ihnen dann auch wieder nimmt. Und darum geht es ja.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir wollen nicht mehr, als uns nur verteidigen können. Das heißt nicht: ein wenig schwächer sein. Das heißt in einem anderen Sinne: stark sein. Das heißt: dem Angreifer keine Chance lassen für einen Erfolg, mit wieviel Kräften er es auch immer versuchen könnte.

Dies meinen wir, so wie wir das sagen, weil wir uns gedanklich auf nichts anderes festlegen als nur darauf: Wie können wir Krieg verhindern, und was müssen wir tun, damit es keinen Krieg gibt.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Das **Kräfteverhältnis zwischen den Blöcken** ist nicht statisch. Die Strategie des atlantischen Bündnisses ist auf die Kräfte des Ostens eingestellt. In **Mitteleuropa** — da, wo es in engerem Sinne besonders um unsere Sicherheit geht — ist der Westen nicht schwächer geworden, sondern er hat Schritt gehalten, seine Kraft ist mit der Kraft des Ostens gewachsen. Die amerikanischen Kräfte sind heute wesentlich stärker, als sie es vor einigen Jahren
waren; und sie werden noch stärker. Die Kanadier (D)
sind nicht hier weggegangen, sondern werden stärker. Wir wissen, daß die Franzosen konzeptionell ihre Aufgaben in Mitteleuropa klären. Und die Bundeswehr ist nicht schwächer geworden, sondern durch Beschlüsse des Parlaments wesentlich stärker.

Weil das so ist, sollten wir uns davor hüten, die **militärischen Stärke des Ostens** zu überschätzen und die **Kraft der NATO** herabzureden. Wer ständig ein einseitiges Bild von sowjetischer Stärke und ein anderes Bild von den Schwächen des Westens und des eigenen Bündnisses zeichnet, der leistet der Sicherheit der westlichen Welt einen schlechten Dienst.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Wer so redet, diskriminiert auch die Verteidigungsanstrengungen und macht sie in den Augen des eigenen Volkes sinnlos. Ob man es will oder nicht — ich unterstelle nicht, daß man es will —:

(Damm [CDU/CSU]: Wie großzügig!)

Wer nur so redet, betreibt psychologisch das Geschäft des Ostens.

(Beifall bei der SPD und der FDP — van Delden [CDU/CSU]: Wen meinen Sie denn eigentlich?)

— Sie meine ich damit zum Beispiel.

(van Delden [CDU/CSU]: Mich persönlich?)

— Nicht Sie persönlich, aber Ihre Herren. Aber ich werde hier jetzt schon persönlich werden.

Bundesminister Leber

(A) Herr Kollege Wörner, Sie haben vor zwei Tagen wieder hören lassen — ich zitiere jetzt wörtlich —,

(Damm [CDU/CSU]: Hoffentlich auch richtig!)

daß Verteidigungsminister Georg Leber und die Bundesregierung versuchten, die sicherheitspolitische Lage zu schönen und rosiger darzustellen, als sie wirklich sei. Herr Kollege Wörner, was schönen wir denn eigentlich dort, wo es um die Sicherheit unseres Landes geht? Das müßten Sie jetzt hier sagen, denke ich. Haben Sie nicht gehört, was z. B. in dieser Woche der **Generalsekretär der NATO**, der doch gewiß nicht ein Verschönerer ist, in Wilhelmshaven über die **Stärke des Bündnisses in Mitteleuropa** gesagt hat? Ist Ihnen das ganz entgangen? Haben Sie, Herr Kollege Wörner, nicht gehört, daß kürzlich der Vorsitzende der Chefs des amerikanischen Generalstabes, Herr General Brown, in Amerika gesagt hat: In Mitteleuropa haben wir und unsere Alliierten die militärische Stärke, um einem Angriff des Warschauer Paktes zu begegnen? Ist Ihnen das alles entgangen? Oder glauben Sie, Sie allein wären klüger als alle die Leute, die das Bündnis und alles, was das Bündnis kann, übersehen können?

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Was wollen Sie eigentlich, wenn Sie draußen durch das Land ziehen? Was wollen Sie dann mehr, was wir jetzt nicht haben? Was wollen sie mehr (B) als das, was allen Partnern des Bündnisses genügt? Das sollten Sie sagen. Sie sollten sagen, was Sie darunter verstehen. Wollen Sie den Haushalt des Verteidigungsministers wesentlich ausweiten? Dazu hätten Sie in diesem Jahr Gelegenheit gehabt. Dann hätten Sie das sagen müssen; Sie hätten auch sagen müssen, wieviel das sein soll und woher das Geld kommen soll.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Dann müßten Sie sagen, um wieviel die Bundeswehr Ihnen zu klein ist. Dann müßten Sie sagen, um wieviel Sie sie größer machen wollen. Sie müßten sagen, ob die Bundeswehr schlecht bewaffnet ist, und dann müßten Sie sagen, welche Beschaffungsentscheidungen dem Bundestag vorzulegen von der Regierung versäumt worden ist. Dann müßten Sie sagen, welche Waffen in welcher Zahl wir noch brauchen. Hier fängt es an, konkret zu werden. Sie müssen aufhören, Sprüche zu klopfen, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der FDP)

Wissen Sie eigentlich, Herr Kollege Wörner, daß das Spiel, das Sie da spielen, auch in einer anderen Hinsicht sehr gefährlich ist? — An dem Tisch, an dem die Verteidigungsminister sitzen, genießt die Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig Ansehen und einen guten Ruf; sie genießt dort Vertrauen. Das ist für mich immer so wichtig gewesen, meine Herren, wie die Soldaten und die Panzer, die das Bündnis hat, wichtig sind. Dieses Vertrauen, das wir dort genießen, kann man auch verspielen, wenn man zu Hause zuviel mit dem Säbel rasselt. (C)

(Beifall bei der SPD — Damm [CDU/CSU]: Dummes Zeug: mit dem Säbel rasseln! Wer rasselt denn hier mit dem Säbel? — van Delden [CDU/CSU]: Das sind die dummen Sprüche! — Dr. Kraske [CDU/CSU]: Wer ist denn der „Feldwebel" draußen?)

Die **Ausgewogenheit der Kräfte zwischen den westeuropäischen Partnern des Bündnisses**, in die sich die Bundesrepublik mit ihrer Stärke einfügen muß, wenn sie nicht eine innere Unbalance in Westeuropa erzeugen will, ist nicht minder wichtig wie die Wahrung der Balance zwischen West und Ost. Die Bundesrepublik Deutschland darf nicht herauswachsen aus einer miteinander synchronisierten Stärke, die die einzelnen Bündnispartner in das Bündnis eintragen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Wenn das, was Sie hier im Lande als Ihre Auffassung vertreten, von Ihnen im Bündnis vertreten würde, würden Sie erleben, daß Sie dort Antworten ernteten, die für unser Land schlecht wären; Sie würden dann erfahren, daß das, was Sie hier in Text und Ton verkünden, im Bündnis anders verstanden würde als Sie es hier vielleicht meinen. Ich sage das nicht einmal als Vorwurf, sondern ganz einfach als Rat zum Nachdenken. Denn auch die deutsche Opposition spricht für die Bundesrepublik Deutschland, und was sie sagt, wird im Ausland gehört.

Unsere Politik muß von dem bestimmt sein, was unsere Sicherheit wirklich gebietet. Wir müssen uns (D) dabei von falschen sogenannten Realitäten ebenso freihalten wie von Illusionen. Wir dürfen die Verteidigungspolitik auch nicht von anderen Überlegungen leiten lassen und dürfen sie nicht anderen Überlegungen unterordnen als solchen, die allein die Sicherheit unseres Landes gebietet. Wir wehren uns dagegen, daß die **Sicherheitspolitik** als Ausfluß der Konjunkturpolitik betrachtet wird — das ist nicht geschehen —. Wir müssen uns auch dagegen wehren, daß sie zum Element parteitaktischer Auseinandersetzungen gemacht wird. Die Sorge um die Sicherheit hat immer Konjunktur. Wir wollen in Frieden leben. Wir wollen mit allen Völkern in der Welt auch künftig in Frieden leben können. Wir wissen, daß mit Gewalt keine Probleme zu lösen sind. Wir müssen aber auch sicher sein, daß unsere Freiheit und unser Frieden und unsere Unabhängigkeit nicht von der Gunst anderer abhängig werden.

Aus dem gleichen Grund haben wir uns nicht nur in angemessener Weise um militärische Vorsorge für unsere Sicherheit bemüht, sondern auch Ursachen zu mindern versucht, aus denen militärische Konflikte entstehen können. Dies wird so bleiben — trotz allem, was darüber geredet wird. Denn das Leben in einer Welt mit hoher Rüstung und mit hohen und wachsenden politischen Spannungen ist risikoreicher als das Leben in einer Welt, in der es zwar auch noch hohe Rüstungen gibt, aber die Spannungen abgetragen und vermindert und damit die Konfliktgefahren verkleinert werden.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Bundesminister Leber

(A) Politische Spannungen abtragen und abbauen, heißt Ursachen vermindern, die in einer hochgerüsteten Welt zu militärischen Konflikten führen können. Weil das so ist, ist es gut für unser Land, daß wir uns durch nichts irremachen lassen und diesen Weg weitergehen.

Wir wissen dabei natürlich, daß durch die **Verminderung politischer Spannungen,** auch wenn dadurch die Zündschnüre besser unter Kontrolle kommen können, noch kein Gewehr aus der Welt geschafft wird. Wir wissen, daß die Zahl der Waffen sogar wachsen kann, obwohl politische Spannungen auf bestimmten Feldern abgetragen worden sind. Das ist so, weil es sich um zwei verschiedene Medaillen handelt und weil keine davon durch die andere ersetzt werden kann. Der Abbau der politischen Spannungen bleibt wichtig. Er ist aber kein Ersatz für die militärische Vorsorge gegen militärische Bedrohung. Militärische Vorsorge kann nicht durch das ersetzt werden, was auf dem politischen Gebiet zur Verminderung von Spannungen geschieht.

Bei einer militärischen Betrachtung der Ballance zwischen Ost und West fällt natürlich auf, daß es auf der westlichen Seite an den **Flanken Schwächen** gibt, die man bei einer vollständigen Betrachtung nicht übersehen kann. Der Westen ist dort nicht mitgewachsen, sondern durch die Verminderung des Beitrags einiger Länder zur gemeinsamen Sicherheit sogar schwächer geworden. Das ist so, auch wenn wir wissen, daß sich einiges in einigen Ländern zum Besseren gewendet hat. Wir haben ge-
(B) holfen, wo wir konnten, und wir haben zusammen mit anderen Freunden ganz gewiß manches bewegt. Dies wird unsere Aufgabe bleiben.

Es ist aber nicht gut, wenn in einer Phase, während der die Bundesregierung sich in verbündeten Ländern bemüht, die Opposition im eigenen Land den Eindruck zu erwecken versucht, die eigene Regierung trage die Verantwortung dafür, daß in einigen Ländern am Mittelmeer oder anderswo Bündnisverpflichtungen nicht richtig erfüllt werden.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Herr Kollege Wörner, wenn Sie schon auf die Flanken ausweichen müssen, weil es anscheinend im Zentrum des Bündnisses hier in Mitteleuropa nicht genug Stoff für Ihre Reden gibt, die Sie abends draußen halten, und wenn Sie so tun, als sei es Sache der Deutschen und der Bundesregierung und als seien wir fähig und mächtig und klug beraten, uns bei unseren unabhängigen Bündnispartnern in die inneren Angelegenheiten ihrer eigenen unabhängigen Länder einzumischen, dann muß ich Ihnen sagen, daß Sie auf einem sehr schlechten und unguten Weg sind.

(van Delden [CDU/CSU]: Sagen Sie das mal dem Bundeskanzler!)

Sie laufen jedenfalls durch das Land und sehen nicht, daß Sie hier ein Eisen in der Hand haben, das nicht ungefährlich ist.

Ich möchte mit ein paar Beispielen und Feststellungen zeigen und deutlich machen, was hier geschehen ist — denn dafür sind wir verantwortlich (C)
— und was vor allem in der eigenen Armee geschehen ist. Wir haben daran gearbeitet, daß die **Bundeswehr** ihren politischen **Auftrag,** gemeinsam mit den verbündeten Streitkräften **Krieg zu verhindern und Frieden zu wahren,** heute besser erfüllen kann als jemals vorher, als wir, die Sozialdemokraten, das Verteidigungsministerium noch nicht zu verantworten hatten.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Dies ist eine Feststellung, die augenfällig ist.

(Zuruf von der CDU/CSU: Angeber!)

— „Angeber" haben Sie gesagt. Ich nehme das gerne zur Kenntnis. Das ist wahrscheinlich Ihre Art, so etwas zu kommentieren. Das ist der feine Stil der Opposition.

(Beifall bei der SPD und der FDP — Rawe [CDU/CSU]: Wenn man so überheblich daherredet, darf man sich nicht wundern!)

Was Sie als Angabe bezeichnen, genießt im Bündnis, bei unseren Verbündeten einen hohen Ruf. Das müssen Sie erst einmal nachholen.

(Beifall bei der SPD und der FDP — Rawe [CDU/CSU]: Sie kennen doch den Satz vom Eigenlob; den machen Sie sich mal zu eigen!)

Der **Umfang der Bundeswehr** ist um 30 000 Soldaten stärker geworden. Ist das Angabe? Dies haben wir gemacht. Sie haben das nicht gemacht. Sie haben dem Bündnis einen Umfang der Bundeswehr ver- (D)
sprochen, den Sie in den Jahren, in denen Sie die Verteidigungspolitik zu verantworten hatten, dem Bündnis gegenüber nie eingehalten haben.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Es ist befohlen, daß bis zum 30. Juni dieses Jahres drei neue Brigaden aufzustellen sind. Sie haben dem Bündnis 36 Brigaden versprochen, haben ihm aber immer nur 33 zur Verfügung gestellt. Wir stellen ihm 36 zur Verfügung.

(Beifall bei der SPD und der FDP — Damm [CDU/CSU]: Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, hätten wir doch überhaupt keine Bundeswehr!)

Ich denke, daß die Meldung über die Erfüllung dieses Auftrags in wenigen Tagen vorliegen wird.

Alle erforderlichen Entscheidungen, die zu einer so gut wie völligen **Erneuerung und Modernisierung in der Ausstattung** unserer Streitkräfte führen, sind getroffen.

In all den Jahren, seit die Bundeswehr besteht, ist um die Möglichkeit der sogenannten **Integration der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft** viel Tinte vergossen worden. Seit einigen Jahren ist dieses Wort aus dem Sprachgebrauch verschwunden. Die Bundeswehr ist heute in einer sehr natürlichen Weise ein unumstrittener Bestandteil staatlicher Daseinsvorsorge geworden. Damit ist etwas erreicht worden, was in der Form, wie es jetzt gelungen ist, in der deutschen Geschichte, soweit wir auch zu-

Bundesminister Leber

(A) rückblicken, keine Parallelen findet. Weil dies für die Stabilität sowie die Sicherung und Sicherheit unseres Staates von hohem Rang ist, wäre es, wenn wir sonst nichts als dies aufzuweisen hätten, schon ungeheuer viel.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben aber mehr aufzuweisen.

Die Bundeswehr ist eine Wehrpflichtarmee, und sie zeichnet sich dadurch aus, daß es gelungen ist, in ihr — dies ist ein weiterer Punkt — **Disziplin** und **menschliche Würde** nicht als sich widersprechende Faktoren zu verstehen, sondern sie in einem Maße in Übereinstimmung miteinander zu bringen, daß wir alle stolz darauf sein können.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Dies ist etwas, was in der ganzen Welt ungeheuer beachtet wird. Diese Bundeswehr muß auch künftig eine **Wehrpflichtarmee** bleiben. Wir wissen, daß das unbequemer ist, als anderen Gedanken nachzugehen. Wir wollen aber die lebendige Verzahnung zwischen Bürger und Armee, zwischen Gesellschaft und Bundeswehr im Alltag und nicht nur an den Feiertagen.

(Zustimmung bei der SPD)

Die **Bundeswehr** ist in den letzten Jahren nicht nur eine moderne Armee, sondern auch eine **Stätte der Ausbildung** geworden. Es sind viele und große Schritte nach vorn in Neuland getan worden. Dies gilt für die Ausbildung der Unteroffiziere ebensosehr, wie es für die Ausbildung der Offiziere gilt.
(B) Am 30. September, also in wenigen Wochen werden erstmalig mehr als 1 000 junge Offiziere unsere eigenen Hochschulen verlassen und der Truppe nach einem Studium von drei Jahren mit staatlichem Examen und abgelegten Prüfungen zur Verfügung stehen. Dies ist ein ungeheurer Schritt nach vorne. Diese Ausbildung wird in sehr breit angelegter Form am Anfang der militärischen Laufbahn vermittelt.

Wir wollen einen militärischen Führer, der mit den Erkenntnissen der modernen Wissenschaft ausgestattet ist und deshalb auch fähig ist, hochwertige Leistungen in einer modernen und hochtechnisierten Armee zu vollbringen. Wir wollen aber auch, daß der junge Offizier, der z. B. Diplomingenieur geworden ist, wenn er von der Schule in die Truppe zurückkehrt, die Erkenntnisse der pädagogischen Wissenschaften mit auf den Weg bekommen hat, weil wir davon überzeugt sind, daß es nicht seine erste Aufgabe ist, nur mit technischen Apparaturen und herausfordernden technischen Apparaten umzugehen; seine erste Aufgabe ist vielmehr, Menschen mit Fleisch und Blut richtig zu führen. Deshalb muß er die Erkenntnisse der pädagogischen Wissenschaft mitbekommen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Diese Ausbildung liegt auch deshalb am Anfang der militärischen Laufbahn, weil die Bundeswehr auf diese Weise, so wie jedes Unternehmen in der Wirtschaft auch, natürlich selber etwas von dem haben will, was die **bessere Ausbildung** ihrer **Führungskräfte** mit sich bringt. Darüber hinaus soll sie den Soldaten nach Beendigung ihres Dienstes in der Bundeswehr natürlich auch einen geordneten Übergang in das zivile Leben ermöglichen. (C)

Die CDU scheint auf diesem Gebiete kein anderes Konzept zu haben. Das war jedenfalls bisher mein Eindruck. Deshalb war ich auch sehr überrascht, als ich in der „Wehrkunde" Nr. 5 dieses Jahres einen Artikel von Herrn Dr. Wörner gelesen habe. Wenn ich ihn richtig verstehe, soll die Bundeswehr im schnellen Vormarsch in die 60er Jahre zurückgeführt werden.

(Zuruf von der CDU/CSU: Wie reizend!)

Es soll ein Zustand wiederhergestellt werden, der damals dazu geführt hat, daß die Bundeswehr den qualifizierten Nachwuchs, auf den sie angewiesen ist, nicht bekommen hat.

(Damm [CDU/CSU]: Sie haben das nicht richtig verstanden!)

— Ich empfehle Ihnen, den Artikel einmal zu lesen. Ich unterstelle, Sie haben ihn nicht gelesen. Nehmen Sie ihn bitte nicht in Schutz, wenn Sie ihn nicht kennen. Ich habe ihn gelesen

(Damm [CDU/CSU]: Und nicht verstanden!)

und war erschrocken.

(Damm [CDU/CSU]: Sie haben ihn nicht verstanden! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

— Das hat nichts mit konservativ, sondern mit zurück in die Vergangenheit zu tun. Lesen Sie zum Vergleich einmal die Schnez-Studie aus dem Jahre (D) 1969. Dann haben Sie eine schöne Synopse und können vergleichen. Sie wollen nämlich das wieder herbeiführen, was Herr Schnez im Jahre 1969 sehr hart kritisiert hat.

(Beifall bei der SPD und der FDP — Damm [CDU/CSU]: Wer hat denn den Schnez verteidigt? Das war doch der Schmidt!)

Da sieht man wieder einmal: Wenn jemand zu etwas, was gut ist, keine wirkliche Alternative hat und versucht, einfach eine zu entwickeln, dann geht das manchmal schief.

Um die Entwicklung im personellen Bereich steht es im ganzen in Wirklichkeit erfreulich gut.

(Zurufe von der CDU/CSU: Das darf doch nicht wahr sein! — Das haben wir schon oft gehört!)

— Es steht so gut, daß ich sogar über einen Punkt, bei dem es nach meiner Auffassung nicht glänzend steht, ganz offen reden kann. So gut steht es im personellen Bereich.

Bei den **Unteroffizieren** mit einer **zweijährigen Verpflichtungszeit** haben wir einen nicht unbeträchtlichen **Rückgang** zu verzeichnen. Ende 1974 hatte die Zahl der Soldaten mit kurzen Verpflichtungszeiten einen Höchststand erreicht. Es waren 80 000 Unteroffiziere. Deshalb wurde für ein Quartal eine vorübergehende Begrenzung der Einstellungen und der Erstverpflichtungen bei Zeitsoldaten mit zweijähriger Verpflichtung erforderlich. Entsprechende Beschränkungen wurden für Abiturien-

Bundesminister Leber

(A) ten eingeführt. Das war notwendig, weil sonst die Bewerber, die bereit gewesen wären, eine längere Verpflichtung einzugehen, keine Stelle zur Verfügung gehabt hätten; denn alle Stellen wären durch diejenigen in Anspruch genommen worden, die sich nur für zwei Jahre oder weniger verpflichtet hätten. Das ist ein Vorgang, den wir damals wahrgenommen haben, dem wir begegnen mußten. Deshalb war die vorübergehende Begrenzung der Einstellungen notwendig. Darüber hat es auch überhaupt keinen Streit gegeben, auch keine Meinungsverschiedenheiten im Verteidigungsausschuß.

Dieser Vorgang kann aber den tieferen Einbruch nicht bewirkt haben — damals gab es noch kein Haushaltsstrukturgesetz —, der sich in den Zahlen des Jahres 1975 ausdrückt. Die **Hauptursache für den Rückgang der Verpflichtungen 1975** — das ist aus unseren Unterlagen zu entnehmen — war die Tatsache der für viele Jugendliche geringer gewordenen Sicherheit ihres Arbeitsplatzes. Darüber ist in diesem Hohen Hause vielfach diskutiert worden. Das war ein psychologisches Moment, das auf den Jugendlichen gelastet hat. Wer 15 Monate Wehrdienst leistet, dessen Arbeitsplatz ist gesichert; so steht es im Gesetz. Wer sich bei der Bundeswehr für mehr als zwei Jahre verpflichtet, braucht keine sonstige Sicherung seines Arbeitsplatzes, weil ihm die Verpflichtung über einen längeren Zeitraum bei der Bundeswehr einen sicheren Arbeitsplatz gewährleistet.

Wer sich aber nur für zwei Jahre oder nur für (B) 21 Monate verpflichtet — hier liegt der Einbruch —, verliert wegen einiger Monate Dienstleistung über seinen Wehrdienst hinaus jedweden **Anspruch auf den alten Arbeitsplatz,** weil er einige Monate mehr Dienst geleistet hat, als das Wehrpflichtgesetz vorsieht. In Zeiten der Vollbeschäftigung hat dieser Sachverhalt nie eine Rolle gespielt; denn der Unternehmer war natürlich froh, wenn der Soldat zurückkam, auch wenn er ein paar Monate später zurückkam, als es das Ende der Wehrpflicht eigentlich angezeigt hätte.

Dazu kam dann ab 1. Januar 1976 die **Wirkung des Haushaltsstrukturgesetzes,** mit dem zusätzliche Leistungen an die Soldaten mit längerer Dienstzeit gekürzt oder annulliert wurden. Die Dienstbezüge werden künftig ab siebtem Monat gewährt, nicht mehr als erstem Monat. Dieses Gesetz gilt, wie bereits erwähnt, seit dem 1. Januar 1976.

Die Bundesregierung hält es daher für zu früh,

(Damm [CDU/CSU]: Die Zahlen liegen doch schon seit Monaten vor!)

vor dem 1. Juli diesen Tatbestand abschließend zu beurteilen, weil wir es für denkbar halten, daß man Verpflichtungen, die man früher am Anfang der Dienstzeit wegen der höheren Dienstbezüge eingegangen ist, jetzt nicht mehr am Anfang eingeht, weil die Dienstbezüge erst im siebten Monat höher werden und daher auch die Verpflichtung erst ab 1. Juli von denen eingegangen wird, die am 1. Januar eingetreten sind. Dies ist der logische Grund, warum die Bundesregierung nach langer Diskussion und gründlicher, verantwortlicher Beratung dieses Ge- (C) genstandes zu dem Schluß gekommen ist, jetzt erst abzuwarten, wie die Entwicklung in den Wochen nach dem 1. Juli sein wird. Wenn die Personallage es dann erfordert, wird die Bundesregierung nicht zögern, die Maßnahmen zu ergreifen und dem Deutschen Bundestag die Maßnahmen vorzuschlagen, die notwendig sind, um auch künftig ein funktionierendes Unteroffizierkorps zu haben — wenn es notwendig ist, auch zweijährige Verpflichtungen wieder mehr in den Vordergrund zu stellen. Sie können sicher sein, daß das nicht übersehen wird.

Meine Damen und Herren, unsere gewiß fortschrittliche Verfassung hat uns allen ein Problem zum Vollzug anheimgegeben, unter dem die Bundeswehr nicht minder gelitten hat, wie viele junge Männer und wie viele Bürger darunter gelitten haben, die sich mit der Durchführung dieses **Verfassungsauftrags aus Art. 4 des Grundgesetzes** in der Rechtspraxis befassen mußten. Ich bin aus diesem Grunde dankbar dafür, daß sich der Deutsche Bundestag auf eine Initiative der beiden Regierungsfraktionen hin einer Lösung dieser Frage zugewandt hat. Um dieses Thema sind aber in jüngster Zeit erneut öffentliche Debatten entstanden. Ich möchte hier ausdrücklich feststellen, daß ich in Wahrung meiner vollen Verantwortung, wie ich sie begreife, das Gesetz für einen abgesicherten Versuch halte, mit dem der Spannungsbogen zwischen den Art. 4 und 87 a der Verfassung wesentlich gemildert werden kann. Ich bin heute auch sicher, daß wir mit dieser Lösung kein Wagnis eingehen, das wir politisch nicht verantworten könnten. (D)

(Beifall bei der SPD)

Es gibt viele Hinweise dafür, die darauf schließen lassen, daß der übergroße Teil unserer Jugend sehr wohl auch um seine Pflichten im Staate weiß. Eine Jugend, die solche Signale setzt, wie wir sie gegenwärtig erkennen, kann auch erwarten, daß der Staat, ihr Staat, der Jugend selber dann, wenn sie mehr Bereitschaft erkennen läßt, auch mehr Vertrauen entgegenbringt. Deshalb halte ich die durch die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages angebotene Lösung auch für eine großartige Offerte des Staates an die Jugend.

Um zu einem **Übergang von der alten Regelung zu einer neuen Lösung** zu kommen, wie sie das Gesetz vorsieht, habe ich im November des vergangenen Jahres von meinem Recht Gebrauch gemacht und die Praxis nach altem Gesetz erheblich auf die neue Linie hin orientiert, die der Rahmen des neuen Gesetzes spannen wird. Damit sollte schon im Vorfeld des neuen Gesetzes eine liberalere Praxis geschaffen, zugleich aber auch eine weitgehende Erprobung der neuen Lösung ermöglicht werden. Ich will Ihnen dazu sagen: ich wollte auch, wenn es möglich ist, im Vorfeld der Wirkung des neuen Gesetzes für mich eine Gelegenheit schaffen, zu sehen, ob das Gesetz das bringt, was wir uns davon erhoffen, um nicht Risiken einzugehen, die man vielleicht im vorhinein schon hätte ausloten können.

In Zahlen ausgedrückt zeigt sich gegenwärtig folgende Entwicklung. Wir haben in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 4 587 **Antrāge auf Kriegs-**

Bundesminister Leber

(A) **dienstverweigerung** mehr als in den vergleichbaren fünf Monaten des vergangenen Jahres. Das sind im Durchschnitt der zurückliegenden Monate rund 900 Antragsteller pro Monat mehr. Aus diesen Zahlen wird deutlich, auch wenn ich sie nicht bagatellisiere, daß es nicht zu einer Lawine, daß es nicht zu einem Zusammenbruch der Bundeswehr gekommen ist, sondern es handelt sich um 900 Kriegsdienstverweigerer im Monat mehr. Dieser Zuwachs ist entstanden, ohne daß dabei berücksichtigt wird, daß allein der Geburtsjahrgang, der in diesem Jahr gemustert worden ist und in dem diese 900 mehr in einem Monat zustande gekommen sind, um 19 000 Wehrpflichtige größer ist als der Musterungsjahrgang des Jahres 1975. Wenn Sie das in Rechnung stellen — das wird ja wohl auch Auswirkungen auf die Quote der Kriegsdienstverweigerung im Normalfall haben —, dann ist damit schon ein gut Teil der zusätzlichen 900 in diesem Jahr erklärt.

Ich möchte gerne noch sehr persönlich etwas dazu sagen: Wenn ich vor der Wahl stünde, 900 junge Männer nach den Methoden, wie das bis jetzt üblich war, zur Erfüllung ihres Wehrdienstes zu zwingen oder sie statt der Erfüllung ihrer Wehrpflicht ungeprüft hinüberwechseln zu lassen in einen 18monatigen Zivildienst und dafür einigen hundert Angehörigen von Prüfungsausschüssen und Kammern und vielen jungen Männern die Marter einer Gewissensprüfung ersparen könnte, würde ich mich immer mit einem Risiko in einer Größenordnung, wie es sichtbar geworden ist, für mehr Freiheit und für weniger Marter entscheiden, meine Damen und Herren.

(B)

(Beifall bei der SPD und FDP — Zurufe von der CDU/CSU)

— Ja, darum geht es!

Dies ist aber nicht das einzige positive Element, das sich aus einer Praxis ergibt, die dem noch nicht in Kraft getretenen Recht sehr nahekommt. Seit diese Praxis geübt wird, ist die Bundeswehr von viel mehr Last befreit worden, als wir uns vorstellen können. Seit dem November des vergangenen Jahres gibt es keine Unruhe mehr in den Einheiten und keine Belastungen des Einheitsführers mehr, die durch einen Kriegsdienstverweigerer ausgelöst werden, der der Einheit angehört.

(Zurufe von der CDU/CSU)

— Meine Damen und Herren, das ist so, daß ein Kriegsdienstverweigerer in der Kompanie dem Kompaniechef oft mehr Arbeit macht und mehr Last bedeutet als die Arbeit insgesamt für den größten Teil der Kompanie.

(Beifall bei der SPD und der FDP — Biehle [CDU/CSU]: Sie haben doch angeordnet, daß sie nicht mehr eingezogen werden dürfen! Das ist doch die Tatsache! Es sind doch keine mehr da!)

— Sie wollen sie als Soldaten haben, obwohl Sie sie nicht brauchen. Wir wollen sie, wenn sie nicht zu den Soldaten wollen, dem Zivildienst zuführen.

(Beifall bei der SPD und der FDP — Erneuter Zuruf von der CDU/CSU)

(C) — Es ist ja nicht einfach, zuzugeben, daß das gut geworden ist, was wir gemacht haben. Das verstehe ich ja.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der FDP — Anhaltende Zurufe von der CDU/CSU)

Ich nehme an, daß damit schon vor dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes sehr weitgehend bewiesen ist, daß die Risiken, die das neue Gesetz bringen wird, nicht so groß sind. Auch das praktische Verhalten unserer jungen Männer beweist, daß die ausgestreckte Hand, die wir ihnen entgegengehalten haben, von ihnen sehr richtig verstanden worden ist.

Was sich hinter diesem Komplex befindet, ist in Wirklichkeit aber viel mehr, als durch die Worte „Regelung für Kriegsdienstverweigerer" umschrieben und sichtbar wird. Es sind Fragen, die an den Kern des Ganzen rühren. Es gibt wenig Staaten auf der Welt, in denen der Mensch freier, gesicherter, geachteter und besser leben kann als hier in diesem unseren eigenen Lande.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Was wir wollen, ist ein Bürger, der Freiheit nicht nur als Freisein von etwas, sondern auch als Pflicht und Verantwortung für etwas,

(Beifall bei der SPD)

als Pflicht und Verantwortung für den freiheitlich verfaßten Staat und seine Sicherung versteht.

(Beifall bei der SPD)

(D) Diese Sicherung, meine Damen und Herren, wollen wir nicht nur auf Zwang und staatliche Order gründen, sondern wir wollen den Versuch machen, sie mehr auf die Freiheit, auf die in Freiheit empfundene Pflicht des Bürgers zur Fürsorge für den Staat zu gründen. Dies ist der hohe moralische Anspruch, der auch Leitgedanke unserer Verteidigungspolitik ist und sie ausmacht.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und der FDP)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wörner.

Dr. Wörner (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir haben soeben ein neues Kapitel in der recht abenteuerlichen Geschichte der Rückkehr des Herrn Leber in seine eigene Partei erlebt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir fragen uns: wie muß es um die innere Verfassung eines Mannes bestellt sein, der sich auf diese Weise Heimatrechte in seiner eigenen Partei verschaffen muß?

(Beifall bei der CDU/CSU — Lachen bei der SPD — Horn [SPD]: Lächerlich!)

Herrn Leber sei gesagt: Sie waren schon wesentlich besser, als Sie noch wesentlich sachlicher waren.

(Zurufe von der SPD)

Dr. Wörner

(A) Wir können verstehen, daß es bitter ist, wenn man seine Unterstützung in der Opposition suchen muß, weil man sie in seiner eigenen Partei nicht hinreichend hat.

(Beifall bei der CDU/CSU — Lachen bei der SPD)

Stellen Sie sich einmal hin und erzählen Sie doch, daß beispielsweise das wichtigste Projekt — jedenfalls nach dem Finanzumfang —, das Ihre Regierung hier vorgelegt hat, nur deswegen den Verteidigungsausschuß passiert hat, weil die CDU/CSU wie bei allen anderen Beschaffungsprojekten zugestimmt hat, während Leute Ihrer eigenen Partei hinausgelaufen sind und gesagt haben: Wir machen diesen Krampf nicht mit. So ist es gewesen.

Herr Leber, wie verlangen dafür überhaupt keinen Dank, wir verlangen dafür keine Anerkennung; aber wir verlangen wenigstens, daß dann ein Verteidigungsminister das nötige Verantwortungsgefühl aufbringt, die Gemeinsamkeiten nicht mutwillig zu zerstören,

(Damm [CDU/CSU]: Sehr richtig! Das ist es!)

die die Verteidigung in unserem Volke tragen und sicher machen.

(Beifall bei der CDU/CSU — Wehner [SPD]: Er hat doch nur auf Ihre abendlichen Reden geantwortet!)

— Ach, Herr Wehner, Sie können sich doch Ihr Ge-
(B) schrei sparen!

(Zuruf von der SPD: Wer schreit denn hier?)

Sie wissen doch, daß das immer wieder die gleiche Wirkung erzeugt. Sie sind nicht der Schulmeister der Nation! Wenn sich die Nation an Ihrem Beispiel orientieren würde, gäbe es keine demokratische Gemeinsamkeit unter den Parteien mehr.

(Beifall bei der CDU/CSU — Zuruf von der CDU/CSU: Wehner ist der Abschaffer der Wehrpflicht! — Zurufe von der SPD)

Man muß einmal den Werdegang des Herrn Leber nachzeichnen. Herr Leber, Sie haben bis vor kurzem, genau bis zum Ende letzten Jahres selbst zu denen gehört, die gemahnt und gewarnt haben. Zum Teil geschah das so deutlich, daß Sie von Herrn Wehner in Ihrer eigenen Fraktion zurechtgewiesen werden mußten. Ich darf einmal ein paar der Schlagzeilen zitieren.

(Zurufe von der SPD)

17. Dezember 1975: „Leber warnt vor der gewaltigen Übermacht der Sowjetunion", 10. Dezember 1975 im „General-Anzeiger"· „Leber warnt die NATO vor Rüstungsabbau",

(Zuruf von der CDU/CSU: Das war ein anderer Leber!)

„Stuttgarter Nachrichten" vom 3. November 1975: „Leber warnt die Bündnispartner". Sehr geehrter Herr Leber, wenn Sie uns Säbelrasseln vorwerfen, so frage ich, wer denn am 17. Dezember 1973 — ich zitiere wieder — gesagt hat: „Keinen Pfennig Kapitalhilfe an Moskau, solange nicht der letzte notwendige Pfennig für unsere eigene Sicherheit investiert ist." (C)

(Dr. Ritz [CDU/CSU]: Alles das war Herr Leber! — Hört! Hört! bei der CDU/CSU)

Herr Leber, Sie sagten: Säbelrasseln. Gestern hörte man es noch anders von Ihnen, ganz anders! Ich zitiere aus einem Artikel, den Sie in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" geschrieben haben:

> Wenn es ohne Risiko möglich ist und für opportun gehalten wird, wird nicht gezögert und wird auch künftig nicht gezögert werden, der Ausbreitung der Ideologie auch mit Schwert und Feuer den Weg zu bereiten.

So haben Sie es gesagt, und jetzt klagen Sie uns an, daß wir vor den Rüstungsanstrengungen der Sowjetunion warnen. Plötzlich hört man das von Ihnen ganz anders.

(Zurufe von der SPD)

Nicht nur wir, auch viele Beobachter draußen fragen sich: Was ist eigentlich mit Herrn Leber los, warum ist er plötzlich so nervös, warum schimpft dieser Mann, der sich bisher durch Sachlichkeit ausgezeichnet hat und der von uns dafür die nötige Anerkennung erhalten hat?

(Zuruf von der SPD: Er hat Angst vor Wörner!)

Eines allerdings lassen Sie mich gleich vorweg zurechtrücken: Man kann im Vorwahlkampf — Sie haben ja gezeigt, daß man das kann — sicher übertreiben. Aber eines sollte man nicht tun, Herr Leber — und diesen Versuch machen Sie jetzt hier in die- (D)
sem Parlament zum zweitenmal, und draußen machen Sie ihn noch schärfer —, nämlich den Eindruck zu erwecken, als ob früher die Bundeswehr zu offensiven Zwecken aufgebaut worden sei.

(Damm [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Wir haben von der ersten Stunde an die **Bundeswehr** für die Defensive geschaffen. Wir wollten niemanden bedrohen, wir wollten uns verteidigen, und Sie wissen das!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dann tun Sie doch draußen nicht so, als ob erst Sie den **Defensivauftrag** verankert hätten. Wir waren von Anfang an Mitglied der NATO; wir wären es allerdings nicht geworden, wenn es nach Ihrer Stimme und nach der Stimme der SPD gegangen wäre.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie unterstellen doch damit der NATO, daß sie früher Offensivaufträge gehabt hätte. Sie wissen doch: Das ist vom ersten bis zum letzten Wort nicht die Wahrheit. Aber Sie brauchen das, Sie müssen ja Ihren Linken wieder gefallen.

(Widerspruch bei der SPD)

Es ist ja nicht genug, daß Sie Ihren Wahlkreis verloren haben — auch noch auf den Rat Ihres Parteivorsitzenden hin —, Sie müssen sich Ihren Listenplatz vor Ihren Linken erdienen.

(Beifall bei der CDU/CSU — Horn [SPD]: So ein Quatsch! — Weitere Zurufe von der SPD)

Dr. Wörner

(A) Und dann schimpfen Sie, wie gesagt, auf die Opposition, die genau das tut und auf genau dasselbe hinweist, was Sie bis vor kurzem auch getan haben.

Meine Damen und Herren, es nützt nichts, wenn es kalt wird, daß man das Thermometer zerschlägt. Dadurch wird die Kälte nicht geringer. Es nützt nichts, daß man die Dinge beschönigt, Herr Leber. Dadurch wird die Bedrohung durch die **steigende Offensivkraft der Sowjetunion** nicht um einen Deut geringer. Wenn wir weiterhin wie Sie warnen, dann deshalb, weil wir wissen, daß aus dieser gestiegenen Bedrohung durch die Sowjetunion nicht nur militärische, sondern auch politische Gefahren für unser Land und seine Bevölkerung drohen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Im übrigen: Was hat sich denn eigentlich in dieser Zeit geändert, daß Sie Ihre Meinung geändert haben?

(Werner [CDU/CSU]: Wir haben bezahlt!)

Sie selbst gehören zu denen, die am 11. Juni 1976, also in diesem Monat, folgendes Kommuniqué mit unterzeichnet haben — ich zitiere aus Ihrer eigenen Mitteilung des Bundesverteidigungsministeriums an die Presse —:

> Die Minister hörten sodann einen Vortrag über die neuerliche Erhöhung der militärischen Stärke des Warschauer Pakts

(Windelen [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

> und brachten ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck, daß diese Stärke auch weiterhin über das zur Selbstverteidigung erforderliche Maß hinaus anwächst. Sie befaßten sich besonders eingehend mit den Auswirkungen der gesteigerten Betonung der Offensivkraft der Streitkräfte des Warschauer Pakts, besonders der Luftstreitkräfte. Daran anschließend hielt der Vorsitzende des Militärausschusses einen Vortrag über den derzeitigen Stand der Verteidigung der NATO,

(B)

— jetzt kommt es —

> wobei er erneut die anhaltende Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Warschauer Pakts betonte.

Ich betone: die anhaltende Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Warschauer Pakts. Und Sie stellen sich hier im gleichen Monat, in dem Sie das unterzeichnet haben, hin und erklären: Wir haben, die NATO hat mit dem Warschauer Pakt Schritt gehalten. — Meine Damen und Herren, entweder ist das eine oder das andere richtig oder aber Sie haben zwei Gesichter, eines für den Hausgebrauch und ein anderes für die internationale Öffentlichkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das merken inzwischen ja nicht nur wir. Gestern kam mir aus den Mitteilungen des Bundespresseamts folgender Auszug aus einer Sendung von „Radio Frieden und Fortschritt" in die Hände — auch drüben merkt man, daß sich mit dem Herrn Leber irgendwas geändert haben muß —, in dem es heißt:

> Er hat aber dazu nicht nur einen Standpunkt, wie man erwarten könnte, sondern zwei: einen für das breite Publikum und einen anderen sozusagen für den inneren dienstlichen Gebrauch.

(C)

(Hört! Hört! bei der CDU/CSU)

Weiter heißt es da:

> Zum erstenmal gesteht der Mann, der nicht müde wurde, auf die Notwendigkeit der Forcierung des Wettrüstens zu pochen, offen ein, daß die Theorie der militärischen Überlegenheit des Ostens ein Bluff ist.

So wie Sie uns vorher unterstellt haben, wir besorgten das Geschäft unserer Gegner, weil wir das tun, was Sie bis gestern auch getan haben, so sagen wir Ihnen: Mit Ihrer Kehrtwendung besorgen Sie das Geschäft derer, die nichts mit Ihnen, nichts mit uns und nichts mit der Freiheit unseres Volkes im Sinn haben.

(Beifall bei der CDU/CSU — Wehner [SPD]: Unerhört! — Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Unverschämt! Herr Wörner, nehmen Sie das zurück!)

Meine Damen und Herren, wenn der Herr Leber meint, er müsse nun seinen Unmut über die Entwicklung in seiner eigenen Partei an der Opposition auslassen, dann sei er doch einmal an das erinnert, was er unlängst im „Spiegel" gesagt hat:

> Ich habe manchmal Schwierigkeiten in meiner eigenen Partei;

(Zuruf von der SPD: Wörner!)

> das bestreite ich nicht. Was mir weh tut, ist, daß sie sich wenig mit meiner Arbeit als Verteidigungsminister befaßt.

(D)

Dann geht es in diesem Interview weiter.

(Damm [CDU/CSU]: Alles Falschmeldungen!)

Auf die Frage:

> Hat sich Willy Brandt nicht für Sie eingesetzt, als Sie Ihren Wahlkreis an einen Jungsozialisten verloren haben?

sagen Sie selber:

> Ich wollte mit dem Parteivorsitzenden darüber reden. Aber es ist, durch die Umstände des Sommers bedingt, nicht zu einem Gespräch gekommen. Statt dessen hat er mir einen Brief geschrieben und von einer Kandidatur in diesem Wahlkreis abgeraten, wenn sich nicht eine überzeugende Situation ergäbe, die für eine erneute Aufstellung als Kandidat spreche.

(Dr. Schweitzer [SPD]: Bleiben Sie beim Thema, Herr Wörner! — Dr. Marx [CDU/CSU]: Das ist ein wichtiges Thema!)

— Wenn wir hier über die Sicherheit unseres Volkes diskutieren, dann ist die Tatsache, daß die große Regierungspartei in den Fragen der Verteidigung innerlich gespalten ist, eine Frage, die die Sicherheit unseres Volkes und nicht nur Ihre Partei angeht.

(Beifall bei der CDU/CSU — Zurufe von der SPD)

Herr Leber kann sich weniger als irgendein anderer Minister darüber beklagen, daß wir etwa ange-

Dr. Wörner

(A) fangen hätten, zu polemisieren. Wir haben diesen Verteidigungsetat bis zum heutigen Tage mitgetragen. Ich kann nur sagen: Wenn die SPD mit Ihrem Parteivorsitzenden an der Spitze ähnlich geschlossen wäre wie die CDU/CSU, dann bräuchten wir eine solche Polemik, wie Herr Leber sie hier entfacht hat, überhaupt nicht zu haben.

(Beifall bei der CDU/CSU — Jung [FDP]: Können Sie auch einmal etwas zur Sache sagen!)

— Ich kann mir vorstellen, daß Sie das ärgert. Aber: Wie man in den Wald hineinruft,

(Wehner [SPD]: Sie sind doch kein Wald!)

so schallt es heraus.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn wir über die Situation der Verteidigung in diesem Volk diskutieren, dann sei an den Anfang ausdrücklich die Feststellung gesetzt — diese Feststellung der Opposition ist nicht neu —, daß die gegenwärtige Verteidigungsstärke, das gegenwärtige Verteidigungsdispositiv der NATO auch nach unserer Auffassung ausreicht, um den Warschauer Pakt abzuschrecken — ich sage: gerade noch ausreicht —,

(Wehner [SPD]: Na und!)

allerdings — das hat Herr Leber vergessen, zu erwähnen, aber das wissen Sie so genau wie wir auch — nur deswegen, weil die Amerikaner — Gott sei Dank — mit ihrer Nuklearhaftung die **konventionelle Schwäche der NATO in Mitteleuropa**
(B) bis zum heutigen Tage ausgleichen.

(Horn [SPD]: Und die Bundeswehr quantitativ und qualitativ besser wurde!)

Deswegen ist es nicht richtig, wenn so einfach gesagt wird, das Gleichgewicht sei noch intakt. Wir haben hier eine bedrohliche Schwäche. Wenn sich diese Schwäche im Westen fortsetzt, riskieren wir eines Tages, daß die Sowjetunion die Nuklearschwelle unterläuft.

Und, Herr Leber: Unsere Hauptsorge, die früher auch Ihre Hauptsorge war, gilt nicht so sehr — wenngleich auch — der gegenwärtigen Lage, sondern unsere Hauptsorge gilt — und das im Einklang mit der NATO und ihren führenden Persönlichkeiten — der sich anbahnenden Entwicklung, den unterschiedlichen Trends, dem unterschiedlichen Ausmaß der Rüstung in Ost und West. Nicht wir, sondern Schlesinger — von dem Sie immer wieder sagen, er sei Ihr Freund — hat doch nicht nur einmal darauf hingewiesen, daß die jährlichen Aufwendungen der UdSSR um ein Drittel größer seien als die der USA, daß die UdSSR 15 % ihres Bruttosozialprodukts für die Rüstung ausgebe, während es bei den Amerikanern nur 10 % sind und bei den westeuropäischen Staaten der NATO im Schnitt noch nicht einmal 4 %.

(Zuruf von der FDP: Neuerdings!)

Sie wissen doch auch, daß der Forschungsaufwand der UdSSR — auch das eine Zahl von Schlesinger — um 20 % höher als der Forschungsauf-
(C) wand des Westens ist. Das Institut für Strategische Studien in London, das die Meinung vertritt, die wir auch vertreten, die uns also gar nicht trennt, daß nämlich die gegenwärtige Balance, nimmt man alles in allem, ausreicht, kommt auch zu dem Schluß und zu der Warnung, daß dann, wenn sich dieser unterschiedliche Aufwand für Forschung und Entwicklung in Ost und West fortsetzt, der qualitative Vorsprung des Westens zusammenschmelzen wird und dann wieder die größere Zahl ihr Gewicht haben und sich durchsetzen wird.

Und waren es nicht Sie, Herr Leber, der unlängst auf die unterschiedlichen Produktionskapazitäten hingewiesen hat? Sie wissen doch — Sie selbst haben es gesagt —, die Produktionskapazitäten der Sowjetunion sind zum Teil bei den Waffen, bei den Rüstungen sechsmal größer als die des Westens. Sie wissen doch, daß die UdSSR im Augenblick in einem Monat mehr Panzer produziert als die Amerikaner in einem Jahr. Auch das ist eine Zahl, die nicht von uns kommt. Sie wissen doch, daß sie viermal mehr Unterseeboote produziert, daß sie 70 % mehr Kampfflugzeuge produziert.

(Damm [CDU/CSU]: Er will doch keine Panzer mehr zählen!)

Und wie kommt es denn, daß sich im Kommuniqué der letzten NATO-Tagung zum erstenmal, während sonst immer von „Sorge" gesprochen wurde, der Ausdruck und die Feststellung findet, man sei „beunruhigt" über die Geschwindigkeit sowjetischer Rüstung? Und dann steht in diesem Kommuniqué (D) ganz klar drin, daß die Sowjetunion die Absicht habe, sich nicht mit dem Gleichgewicht zufriedenzugeben, daß die Sowjetunion auf das Ziel der Überlegenheit ausgerichtet sei, daß sie stärkste Macht der Welt werden wolle und daß der konzentrierte Ausbau der Offensivkraft der Warschauer-Pakt-Streitkräfte, den Sie ja gar nicht bestreiten können, den Sie ja in Ihrem Weißbuch selber darstellen, einer globalen politischen Expansion dient.

Haben wir nicht in Angola erlebt, daß sich die Sowjetunion nicht scheut, militärische Macht — wenngleich durch Satelliten — einzusetzen? Und Sie wissen doch auch, daß es in manchen Staaten der NATO einen entgegengesetzten Trend gibt. Sie wissen doch, daß die Dänen und die Belgier und die Italiener und auch unsere britischen Freunde hinter dem zurückgeblieben sind, was sie leisten sollten. Und Sie wissen so gut wie ich, daß auch der Verteidigungsetat der Bundesrepublik Deutschland — das ist eine ganz nüchterne Feststellung — mit 2,6 % Steigerungsrate in diesem Jahr und mit einer Steigerungsrate von unter 4 % im letzten Jahr hinter den Inflationsziffern zurückgeblieben ist. Sehen Sie, deswegen gehören wir zu denen, die — nicht um Panik zu machen, sondern um unser Volk zu den nötigen Opfern bereit zu machen — darauf hinweisen, daß wir dann, wenn sich dieser Trend fortsetzt, langfristig keine Chance haben, die Freiheit unseres Volkes und die Freiheit Europas zu sichern.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Wörner

(A) Wenn Sie schon — völlig unnützerweise und polemisch — fragen, ob ich denn allein klüger sei als die Staatsmänner des Westens und die Soldaten der NATO,

(Möllemann [FDP]: Das war eine rhetorische Frage!)

dann, Herr Leber, muß ich sagen: General Alexander Haig hat — auch das zitiere ich aus einer Veröffentlichung der Bundesregierung, des Bundespresseamtes selbst — am 5. Dezember 1975 — so lange ist das also noch nicht her — auf die Frage von Lothar Ruehl:

> Wie würden Sie den militärischen Zustand der Allianz angesichts des massiven Kräfteaufbaus des Warschauer Pakts in Europa und der Probleme im Bündnis beschreiben?

geantwortet:

> Ich wäre weniger als aufrichtig, wenn ich ihn irgendwie anders als besorgniserregend nennen würde.

Da sagen Sie, wir stünden allein!

Herr Schlesinger muß doch seine Gründe haben, wenn er in einer deutschen Zeitung wörtlich schreibt:

> Zweifelsohne wollen im derzeit herrschenden politischen Klima viele Menschen die Tatsachen einfach nicht zur Kenntnis nehmen. Die Kenntnisnahme der Tatsache, daß das Gleichgewicht kippt, erfordert schwierige Entscheidungen. (B) Es könnte von diesem Land verlangen, etwas zu tun, was viele nicht tun möchten: die militärische Stärke zu erhalten oder zu verbessern.

Ich könnte diese Zitate nun wirklich reihenweise fortsetzen. Aber Sie sagen, wir seien allein.

Sie werfen uns vor, wir zählten die Panzer. Bis zum heutigen Tag ist der **Panzer** nun einmal das entscheidende **Offensivmittel des Warschauer Pakts.** Sie wissen sehr wohl, warum Sie selber in Ihrem Weißbuch die Panzer gezählt haben. Wenn sie von **Panzerabwehrwaffen** sprechen: Wir haben nie vergessen, in unserer Betrachtung des Kräfteverhältnisses die Panzerabwehrwaffen mit aufzunehmen. Es war die CDU/CSU, die die Vorlagen, die Sie dem Ausschuß zugeleitet haben, in allen Fällen unterstützt hat, mit deren Stimmen in diesem Parlament gerade die Panzerabwehrwaffen beschlossen wurden.

Also reißen Sie doch keine Gräben auf, wo keine Veranlassung dazu ist! Wir sind nicht — ich wiederhole es — Pessimisten. Wären wir Pessimisten, wäre ich nicht davon überzeugt, daß der Westen die Kraft, das Potential hätte, die technologische, die wirtschaftliche und vor allen Dingen die Überlegenheit in der freiheitlichen Gesellschaftsordnung, so stünde ich nicht hier, um das zu sagen. Aber entscheidend ist, daß der Westen diese Kräfte mobilisiert. Dazu gehören Führungskraft und Willen. Daran fehlt es gelegentlich in der westlichen Allianz.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(C) Deswegen fordern wir wieder und wieder den **Ausbau der NATO zu einer politischen Schicksalsgemeinschaft,** wieder und wieder den Ausbau der europäischen Verteidigung, wieder und wieder die Stärkung konventioneller Anstrengungen, und wir fordern die konsequente Eindämmung der kommunistischen Expansion, wo immer sie sich auf dieser Welt vollzieht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn der Westen die politische Initiative zurückgewinnen will, dann muß er nicht militärisch, aber geistig endlich wieder auf die politische Offensive, auf die ideologische Herausforderung des Ostens offensiv reagieren und die Werte der Freiheit offensiv betonen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU — Pawelczyk [SPD]: Können Sie einmal erklären, was in den Worthülsen drinsteckt?)

— In den „Worthülsen" steckt beispielsweise, daß wir, wenn die Sowjetunion ihren gesamten Propagandaaufwand auf Westeuropa konzentriert, wenn der Kommunismus in Westeuropa auf dem Vormarsch ist, nicht die beiden Rundfunkanstalten sterilisieren können, die wenigstens einen Rest von freier Information in den Ostblock tragen.

(Beifall bei der CDU/CSU — Pawelczyk [SPD]: Reden Sie mal in Italien!)

Und dann kommt — das haben Sie auch jetzt wieder versucht, Herr Leber — eine **Darstellung der Bundeswehr,** die wir nur als Schönfärberei kennzeichnen können. Sie vertreten die Auffassung, (D) die Sie auch hier und heute wieder und wieder vorgetragen haben und die Sie draußen noch viel deutlicher aussprechen: Die Bundeswehr ist heute besser als jemals zuvor. Und Sie tun so, als ob das die Leistung allein der Sozialdemokraten wäre.

(Zuruf von der SPD: Das ist so!)

Herr Leber — das hätte ich nicht gesagt, wenn Sie uns nicht provoziert hätten — Sie scheinen langsam zu vergessen, was Sie und Ihre Parteifreunde gemacht haben, als wir die Bundeswehr ins Leben riefen. Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, hätten wir heute noch keine Bundeswehr, dann hätten wir das Sicherheitssystem nicht, auf dem unsere Sicherheit ruht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sehen Sie, Ihr Vorgänger,

(Damm [CDU/CSU]: Helmut der Große!)

der jetzige Bundeskanzler Helmut Schmidt, hatte wenigstens noch den Anstand, bei seiner Amtsübernahme, als er das Ministerium von Schröder übernahm, zu sagen: Aus dieser Erkenntnis heraus betont der Tagesbefehl, den ich Ihnen soeben verlas, die Kontinuität der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Er hat mir einmal persönlich gesagt — und wenn er hier wäre, würde er dazu stehen —, daß wir alles daransetzen müssen, gerade um der Bundeswehr willen, die Gemeinsamkeit der demokratischen Parteien in diesem Parlament aufrechtzuerhalten. Aus dieser Verantwortung heraus haben wir das eben nicht getan, was Herr Leber behauptet.

Dr. Wörner

(A) Keiner meiner Kollegen und ich schon gar nicht haben jemals die **Kampfkraft und** den **Wert der Bundeswehr** angezweifelt. Wir haben immer gesagt — und ich wiederhole das hier —: Diese Bundeswehr ist eine gute Armee, sie ist eine modern ausgerüstete Armee, die den Vergleich mit den Armeen der westlichen Staaten nicht zu scheuen braucht.

(Zuruf von der SPD: Seit 1969, ja! — Gegenruf des Abg. Damm [CDU/CSU]: Seitdem Sie heraus sind, vielleicht!)

Dann gehen Sie doch nicht her und ziehen Sie das in Zweifel!

Ich will jetzt im einzelnen auf Ihre Argumente eingehen. Sie behaupten immer wieder, die Bundeswehr sei noch nie so gut gewesen wie heute.

(Zuruf von der SPD: Stimmt auch!)

Natürlich ist das Gerät, das die Bundeswehr heute hat, moderner und damit kampfkräftiger als das, das wir in den 50er und 60er Jahren hatten. Es wäre ja schlimm, wenn das nicht so wäre. Aber vergessen Sie doch nicht, daß auch die Modernität und die Kampfkraft des Gerätes im anderen Teil Deutschlands und der Welt — d. h. im Osten — gewachsen ist. Das ist der entscheidende Vergleich, meine Damen und Herren.

Wir wollen doch auch nicht vergessen, Herr Leber, wenn Sie sich auf die Modernität dieses Geräts berufen: Wer hat denn den „Leoparden" beispielsweise entwickelt? Unter welcher Verantwortung ist er denn zunächst entwickelt und hergestellt worden, wenn nicht unter der Verantwortung der CDU/CSU und ihrer Verteidigungsminister?
(B)

Dann sagen Sie: Wir haben jetzt 495 000 Mann, und damals hatten wir nur 465 000. Sie wissen doch genau, warum, nämlich weil Sie die Wehrpflichtzeit von 18 auf 15 Monate heruntergesetzt haben. Sie wissen, daß der Schüleretat gestiegen ist, d. h., daß sich die faktische Präsenz nicht erhöht hat. Und dann kommen Sie mit dieser alten Milchmädchenrechnung: 36 Brigaden, und wir hätten immer nur 33 gehabt. Sie wissen doch ganz genau, daß es zwei Panzerregimenter gab, die Sie jetzt aufgelöst haben, um daraus die neuen Brigaden zu machen, und daß Ihre Brigaden kleiner sein werden als die Brigaden, die bei uns waren. Das ist doch eine Milchmädchenrechnung. Die können Sie draußen aufmachen, aber nicht in diesem Parlament.

(Damm [CDU/CSU]: Roßtäuscherei!)

Sehen Sie, auch das muß noch einmal gesagt werden: Wenn man heute von Ihnen draußen die Aussage hört, diese Bundeswehr sei besser in Staat und Gesellschaft eingegliedert als jemals zuvor,

(Zuruf von der FDP: Das stimmt!)

dann kann ich nur sagen: Das hätte schon weit früher der Fall sein können, wenn nicht Sie und Ihre Partei in den Anfangsjahren der Bundeswehr massiv Opposition getrieben und diese Bundeswehr massiv in das Ghetto des Mißtrauens eingesperrt hätten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(C) Manchmal erinnert mich dieses Verhalten, Herr Leber, an die jüdische Definition des Begriffes „Chuzpe", daß nämlich ein Elternmörder vor Gericht mildernde Umstände beantragt, weil er Vollwaise sei.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

So verhalten Sie sich neuerdings, während wir hier ein gutes Gewissen haben. Wir haben diese Bundeswehr geschaffen. Wir haben natürlich nicht in den ersten 20 Jahren dieser Bundeswehr alles verwirklichen können. Aber niemand wird doch bestreiten, daß die Bundeswehr heute nicht so gut sein könnte, wenn wir nicht das Fundament gelegt hätten gegen Widerstände in unserem Volk und von der Opposition.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir hätten uns eine Opposition gewünscht, wie Sie sie die ganze Zeit haben.

Daß Sie sich auf Schnez berufen, das haut sozusagen „dem Faß die Krone ins Gesicht". Ausgerechnet Sie — die SPD — haben doch Herrn Schnez massiv angegriffen. Damals waren Sie gegen ihn. Alle, die an dieser Studie mitgearbeitet habe — mit einer Ausnahme —, wurden entweder kaltgestellt oder sind freiwillig gegangen. Und jetzt wird Herr Schnez plötzlich als Kronzeuge bemüht, der im übrigen in dieser Studie Maßstäbe aufgestellt hat, von denen ich nicht weiß, ob das Urteil, wenn Sie die heutige Bundeswehr diesen Maßstäben unterwerfen, günstiger wäre.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das sind schon immer diese Roßtäuschertricks gewesen!) (D)

Auch die Modernität der Waffensysteme — ich wiederhole das, Herr Leber — beruht auf der gemeinsamen Anstrengung der Parteien in diesem Parlament. Wir versagen Ihnen dafür nicht die Anerkennung, auch heute nicht, selbst nach dieser Polemik nicht. Wir gehen gar nicht so weit, wie Sie es jetzt tun; wir bestreiten Ihnen nicht das Verdienst, es um diese Bundeswehr redlich zu meinen. Deswegen u. a. haben wir dem Verteidigungsetat zugestimmt. Ich sage Ihnen aber: Wenn Sie noch eine Weile so weitermachen, verlieren Sie nicht bloß bei uns die entsprechende Anerkennung, sondern auch draußen in der Truppe und in diesem Volk, das schon Ihre letzten Reden nicht mehr so günstig aufgenommen hat, wie das früher der Fall war.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Nur der Vollständigkeit halber seien doch einige **Schwächen der Bundeswehr** hier aufgeführt — nicht um sie abzuwerten, sondern um ihre volle Wirklichkeit zu zeigen: die unzulängliche Grundausbildung, die Ihnen jeder Kompaniechef draußen bestätigen wird, die zu kurze **Ausbildung** der Unteroffiziere, die Ihnen jeder draußen bestätigen wird, die Bürokratisierung dieser Armee, die langsam auf eine Aushöhlung des bewährten Prinzips der Auftragstaktik hinausläuft, die draußen ununterbrochen und mit Recht beklagt wird, die Tendenz zur einseitigen und übertriebenen Verwissenschaftlichung in der Ausbildung. Wir haben ja gesagt zur Hochschulausbildung, wir sagen weiterhin

Dr. Wörner

(A) ja zur wissenschaftlichen Ausbildung des Offiziers, aber das militärische Erfordernis muß Vorrang haben. Wir bilden auch an den Bundeswehrhochschulen und zumal an der Generalstabsakademie Offiziere, d. h. militärische Führer, aus. So hat sich auch die Ausbildung auszurichten; das muß der Schwerpunkt sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die **Heeresstruktur** hat doch, wie Sie wissen, Unruhe gebracht, unvermeidliche Unruhe. Ein endgültiges Urteil darüber wird ja von uns gar nicht getroffen. Wir haben ja nur Fragen gestellt und den Versuch erzwungen. Aber eines steht doch jetzt schon fest: An den ursprünglichen Vorstellungen dieser Heeresstruktur muß manches geändert werden, wenn das Ziel erreicht werden soll,

(Möllemann [FDP]: Sagen Sie doch konkret, was denn! Sagen Sie doch einmal endlich irgend etwas Konkretes!)

die Kampfkraft dieses Heeres zu verbessern.

Weiterhin müssen wir — und jeder wird uns daran messen können — auf drei ernste Hypotheken hinweisen, die Sie hinterlassen.

Es sind zunächst zwei Hypotheken auf personellem Gebiet. Da ist einmal der **Beförderungsstau bei den Oberfeldwebeln und den Hauptleuten** in dieser Armee, der schwer auf die Stimmung dieser Truppe drückt, der in dieser Truppe zunehmend Unruhe erzeugt. Ich mache nicht alles mit, was da draußen gesagt wird, aber ich kann Ihnen sagen: Die Offiziere und die Unteroffiziere, die ja eine wesentlich (B) höhere Stundenbelastung haben als der übrige öffentliche Dienst, fragen sich natürlich auf die Dauer, warum ihre Beförderungschancen schlechter sein sollen als die in anderen Zweigen des öffentlichen Dienstes.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Und dann haben Sie im Augenblick — das hat ja die letzte Sitzung des Verteidigungsausschusses ergeben — eine alarmierende **Entwicklung in der Personallage.** Das hat man draußen, außerhalb der Truppe, noch gar nicht zur Kenntnis genommen. Wir haben doch einen echten Einbruch in die Weiterverpflichtungstendenz.

(Damm [CDU/CSU]: Seit Monaten!)

Das wird doch langfristige Nachteile haben, auch wenn Sie das wieder reparieren, wozu wir Sie dringend auffordern. Wir haben einen entsprechenden Antrag eingebracht, und ich sage hier und heute: Wir müssen diese Maßnahme des Haushaltsstrukturgesetzes schnellstmöglich rückgängig machen, noch in dieser Legislaturperiode, weil wir sonst langfristig viel mehr Geld zahlen müssen, um die Lücke, die wir uns da geschlagen haben, wieder auszugleichen. Es steht doch nach Ihrem eigenen Bericht einfach fest, daß wir am Ende des Jahres 20 000 Zeitsoldaten weniger haben werden.

(Dr. Lenz [Bergstraße] [CDU/CSU]: Das war doch vorauszusehen!)

— Das war vorauszusehen, und wir haben es vorausgesagt. Wir haben Anträge gestellt. Aber das alles hat man abgelehnt und so getan, als ob wir (C) schwarzmalten. Heute haben wir die Wirklichkeit.

Weiter muß auf die finanzielle Hypothek hingewiesen werden,

(Dr. Lenz [Bergstraße] [CDU/CSU]: Da hat er sich wahrscheinlich nicht durchgesetzt! Das ist der ganze Grund.)

die auf die nächste Regierung wartet. Sie haben, Herr Leber, in einem Gespräch, das die „Badischen Neuesten Nachrichten" am 27. März 1976 wiedergegeben haben, nicht zu Unrecht erklärt, mit den schon jetzt beschlossenen Beschaffungsvorhaben sei der **Investitionshaushalt der Bundeswehr** bis 1985 ausgebucht. Sie haben wörtlich hinzugefügt: „Der Nachfolger kann nur noch bezahlen, was ich bestellt habe." Auch das klingt etwas anders als das, was Sie heute gesagt haben. Ich versichere Ihnen: Mit den Steigerungsraten, die Sie in der mittelfristigen Finanzplanung ausgewiesen haben, kann die nächste Regierung, egal, wer sie stellt, noch nicht einmal das bezahlen, was wir schon beschlossen haben, geschweige denn andere dringende Vorhaben beschließen.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es!)

Das ist der Grund, warum wir immer wieder sagen: Ohne eine reale Steigerung des Verteidigungsetats ist das in Zukunft nicht zu meistern.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Betriebsausgaben können Sie nicht uferlos kürzen. Das war eine Notmaßnahme für zwei Jahre. (D) Die Nachteile sehen wir heute schon. Wenn Sie die Betriebsausgaben weiter so schröpfen,

(Zuruf von der CDU/CSU: Vor allem die Instandhaltung!)

dann wird die Bundeswehr auch in ihrer Einsatzbereitschaft und Kampfkraft leiden.

Ein letztes, weil Sie hier von der **Wehrdienstverweigerung** und Ihren Vorschlägen zur Wehrdienstverweigerung reden: Am 18. September 1972 haben Sie, Herr Leber, in einem anderen „Spiegel"-Gespräch — das sind wahre Enthüllungen — auf die Frage „Wollen Sie das Spruchkammerverfahren, die Gewissensprüfung für Wehrdienstverweigerer abschaffen?" gesagt: „Ich habe gar keine Veranlassung und auch kein Recht, das abzuschaffen, im Gegenteil."

(Zuruf von der CDU/CSU: Heute nennt er es machbar!)

Jetzt kommen Sie, Herr Leber, daher und erklären, es sei eine Frage des Vertrauens in die junge Generation. Hier in diesem Haus weiß doch jeder, daß Sie das nicht wollten, sondern daß Sie dem Druck der Linken in SPD und FDP nachgegeben haben, als Sie ihn nicht mehr bremsen konnten.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Wir sagen: Das ist nicht eine Offerte an die junge Generation, sondern das ist eine Versuchung der jungen Generation, eine Art Korrumpierung. Das

Dr. Wörner

(A) wird ein Massenverschleiß des Gewissens werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das Ernsteste daran, Herr Leber, ist: In der jungen Generation wird das Bewußtsein schwinden, daß es die normale staatsbürgerliche Pflicht des jungen Mannes ist, diese unsere Demokratie, dieses unser Volk in der Bundeswehr als Soldat wenigstens für 15 Monate zu verteidigen.

(Beifall bei der CDU/CSU — Pawelczyk [SPD]: Sprechen Sie der jungen Generation ruhig das Verantwortungsbewußtsein ab!)

— „Sprechen Sie der jungen Generation das Verantwortungsbewußtsein ab!" — ach, kommen Sie! Das ist genauso, wie wenn Sie sagen: Ich spreche der älteren Generation das Vertrauen ab und spreche ihr das Mißtrauen aus, weil ich bis heute gesetzlich an der Steuerzahlungspflicht festhalte. Das ist ein ähnlicher Quatsch, wie das, was Sie hier erklären.

(Pawelczyk [SPD]: Nein, das ist kein Quatsch!)

Die **Aufgaben der nächsten Bundesregierung** sind damit vorgezeichnet. Sie wird sich um Steigerung der konventionellen Kampfkraft der Bundeswehr bemühen müssen. Sie wird dies — ich wiederhole es: egal wer sie stellt, Herr Leber — nicht ohne reale Steigerungsraten des Verteidigungsetats bewältigen können. Sie wird die Ausbildung der Soldaten, besonders der jungen Unteroffiziere, verlängern und verbessern müssen. Sie wird dafür sorgen

(B) müssen, daß die Armee wieder geführt und nicht nur verwaltet wird. Sie wird die Streitkräfte von überflüssigem bürokratischem Ballast befreien und der Auftragstaktik wieder zu ihrem Recht verhelfen müssen. Sie wird Erziehung und Ausbildung wieder vorrangig am militärischen Auftrag orientieren müssen. Sie wird das Reservistenpotential besser nutzen und die Herstellung der Einsatzbereitschaft beschleunigen müssen; eine ganz entscheidende Maßnahme. Sie wird das vernachlässigte System der Gesamtverteidigung — insbesondere der zivilmilitärischen Zusammenarbeit — verbessern und schließlich dafür sorgen müssen, daß Leistung und Charakter des Soldaten und nicht sein Parteibuch seinen Weg in der Armee bestimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie wird schließlich das Prüfungsverfahren für Wehrdienstverweigerer verbessern müssen, es aber nicht abschaffen dürfen. Außerdem wird sie sich mehr um Wehrgerechtigkeit kümmern müssen, als es die gegenwärtige Regierung getan hat.

Die vornehmste Aufgabe aber — hoffentlich sind wir in diesem Punkt noch einig — wird sein, daß wir alles daransetzen, den Willen zur Verteidigung, den Freiheitswillen in unserem Volk wachzuhalten. Denn die Verteidigung ist nicht nur die Aufgabe des bezahlten Spezialisten, des freiwilligen Soldaten, sondern die Aufgabe des ganzen Volkes. Sonst wird sie nicht wirksam sein können.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU)

(C) **Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen:** Meine Damen und Herren, ich bin in dieser Verteidigungsdebatte nicht davon ausgegangen, daß meist das Florett benutzt würde; ich habe mit schwerem Säbel gerechnet. Ich wäre Ihnen aber sehr dankbar, wenn wir in diesem Hause den Kern der Gemeinsamkeit sichern würden. Dies ist auch eine Frage der inneren Bereitschaft, die sich bei den Rednern ausdrücken muß.

(Sehr gut! bei der CDU/CSU — Zurufe von der CDU/CSU)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Neumann (Stelle).

Neumann (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst die infamen Äußerungen des Herrn Wörner gegenüber Herbert Wehner mit aller Schärfe zurückweisen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Da Sie an die politische Potenz dieses Mannes — Herbert Wehners — nicht herankommen, können Sie stets nur in gehässigen, infamen Ausfällen gegen ihn antreten.

(Dr. Wörner [CDU/CSU]: Dafür verfüge ich über die Selbstdisziplin, die er nicht hat!)

Herr Dr. Wörner, das trifft für jede Plenardebatte zu — in jeder Plenardebatte können wir das erleben —, und das setzt sich im Wahlkreis fort, wo

(D) sich der CDU-Abgeordnete wie ein Dackel benimmt, der das Bein hebt, weil ihm die Argumente fehlen.

(Beifall bei der SPD — Damm [CDU/CSU]: Haben Sie denn nicht gehört, was Herr Schmitt-Vockenhausen eben gesagt hat?)

— Sie sind gemeint, Herr Damm. Genau Sie sind gemeint. Ich hatte gedacht, Sie würden schweigen.

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Dr. Wörner, Sie haben hier so getan, als ob die Verteidigungspolitik von den Sozialdemokraten nicht mit getragen würde.

(van Delden [CDU/CSU]: Sie sollten mal auf das hören, was der amtierende Präsident gesagt hat!)

— Herr van Delden, man darf doch wohl einmal reagieren — oder?

(Zurufe von der CDU/CSU)

— Nein, auf Sie muß man manchmal reagieren.

Sie haben hier so getan, als ob die Verteidigungspolitik von den Sozialdemokraten nicht mit getragen würde. Voraussetzung für diese Politik ist der Einzelplan 14, der die einstimmige Zustimmung der SPD-Fraktion fand. Ich werde auf diesen Einzelplan noch zurückkommen.

(Biehle [CDU/CSU]: Es hat aber lange gedauert, bis die Zustimmung kam!)

Neumann

(A) — Herr Biehel, in jener Nacht, als wir die letzte Abstimmung hatten, war einer von Ihnen nicht ganz da und stimmte anders, nicht wir.

(Heiterkeit bei der SPD — Biehle [CDU/CSU]: Bei Ihnen haben eine ganze Menge gefehlt!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einleitend ein paar Worte zu unserer Bundeswehr sagen. Zweimal in diesem Jahr ist die **Bundeswehr im Bild der Öffentlichkeit** besonders positiv aufgefallen. Zum einen ist sie bei der **Hochwasserkatastrophe an der deutschen Küste** am 3. Januar positiv aufgefallen. Bundesminister Leber hat in der Debatte am 15. Januar 1976 das Nötige dazu gesagt, als er lobend hervorhob, daß von 10 000 aufgerufenen Soldaten schon 7 000 auf dem Wege in ihre Standorte waren, als der Aufruf kam.

Das zweite Mal ist sie bei der **Erdbebenkatastrophe in Italien** positiv aufgefallen, wo deutsche Pioniere eingesetzt sind. Wie ich von unserem Passauer Kollegen Fritz Gerstl hörte, der vor einigen Tagen die sonst in Passau stationierten Pioniere des Bataillons 240 in Gimono und Osoppi besucht hat, werden dort die großartigen Leistungen unserer Pioniere dankbar anerkannt. Die Passauer Pioniere werden in Italien genauso beurteilt wie die Pioniere aus Brannenburg, die vorher dort eingesetzt waren. Ich möchte dem Kollegen Gerstl sagen, daß wir alle miteinander diese Leistung unserer Soldaten aus Passau und Brannenburg und wo sie sonst auch immer stationiert sind, mit großem Respekt verfol-

(B) gen. Wir sind ihnen für ihre Leistungen dankbar.

(Beifall bei der SPD)

Wenn das Thema unserer heutigen Debatte nicht so ernst wäre, könnte man der Rede des Kollegen Dr. Wörner die Überschrift geben: „Alternative '76 — CDU-Verteidigungspolitik zum Schmunzeln". So könnte auch Ihr Wahlslogan zu diesem Thema heißen. Einem aufmerksamen Beobachter zwingt sich dieses Bild geradezu auf, wenn er die geistigen Verrenkungen des CDU-Hauptsprechers für Verteidigungsfragen verfolgt, der, wie man dem „Spiegel" entnehmen konnte, neuerdings sogar „stehend freihändig" im Spind schlafen kann.

Man merkt, Herr Kollege Dr. Wörner, wie Sie hin und her gerissen werden zwischen neidloser Anerkennung der Leistung der Sozialdemokraten für die Verteidigung

(Damm [CDU/CSU]: Du lieber Gott!)

— aber ja — und der Parteiräson des oppositionellen Neins. Sie suchen krampfhaft nach einem Weg für eine christdemokratische Alternative zu Helmut Schmidt und Georg Leber. Da kommen dann Ihre Stilblüten und Klimmzüge entsprechender Qualität zustande. Da die Leistungen Georg Lebers für unsere Bundeswehr vom überwiegenden Teil der Bevölkerung anerkannt werden, hüten Sie sich — Sie haben es jedenfalls bis heute getan —, auf diesem Bild herumzumalen. Dafür könnte man ja vom Bürger vielleicht eins auf die Finger bekommen. Ihr Gegenrezept in der Vergangenheit war schnell zur Hand: Georg Lebers Politik wurde kurzerhand für die CDU beansprucht. Heute haben Sie zum erstenmal versucht, zwischen Politik und Mann zu trennen. (C)

Das Eingeständnis Ihrer eigenen Unfähigkeit konnte nicht besser dokumentiert werden als durch Ihr „Quick"-Interview vom 16. Oktober 1975. Dort finden wir die schlichte, aber zutreffende Erkenntnis: „Denn jeder, der nach ihm" — gemeint ist Georg Leber — „in dieses Amt käme, wäre schlechter." „Käme" sagte Kollege Dr. Wörner, und recht hat er. Diese gedankliche Leistung, Herr Kollege Dr. Wörner, muß Sie, kaum ausgesprochen, doch recht gewurmt haben.

Dann hörte man zu diesem Thema eine ganze Weile nichts. Sie waren wahrscheinlich in Klausur; denn ein paar Monate später teilten Sie der „FAZ" das Ergebnis ihrer Klausur mit. Sie haben sich jetzt entschlossen, besser sein zu wollen als Georg Leber; denn Sie versprechen, „aus einer guten Bundeswehr eine noch bessere" zu machen. Langsam kommt einem so der Gedanke, daß zu einem guten CDU-Mann auch fromme Wünsche gehören.

Ein anderes Bild ergeben Ihre Versprechungen, meine Damen und Herren von der CDU/CSU. Lassen Sie mich das an einem Beispiel belegen, und zwar an der für mich wichtigsten Frage zur Verteidigungspolitik der Christdemokraten: Wieviel Geld will die Opposition nun tatsächlich für die Verteidigung ausgeben? Zur Frage, wieviel Geld Sie tatsächlich für die Verteidigung ausgeben wollen, gehört eine zweite, die die Glaubwürdigkeit Ihrer heutigen Versprechungen ins rechte Licht rückt: Welche Leistungen haben Sie nämlich erbracht, als Sie die Verantwortung für das Verteidigungsressort trugen? Es sollen also Taten gemessen werden; denn mit dem Munde kann man viele Milliarden ausgeben. (D)

Da fällt der Blick zunächst auf das Jahr 1968. Der damalige Finanzminister Franz Josef Strauß — der Mann mit dem großen Verteidigermund und der schwachen Finanzierungshand — schlug vor, die Verteidigungsausgaben zu kürzen. Und so geschah es: prozentuale Abnahme 12 %.

Ich habe schon in der Debatte zu Ihrer Anfrage zur Verteidigungspolitik am 15. Januar darauf hingewiesen, daß Sie, Herr Dr. Wörner, in der 139. Sitzung des Deutschen Bundestages am 19. Dezember 1974 eine falsche Aussage gemacht zu haben, als Sie über die Steigerungsraten des Verteidigungsetats und die Inflationsraten sprachen und behaupteten, daß die Inflationsraten höher als die Steigerungsraten des Verteidigungsetats seien. Das war unseriös.

(Dr. Lenz [Bergstraße] [CDU/CSU]: Stimmt aber doch!)

Unter unserer Verantwortung für den Bereich der Verteidigung lagen die **Verteidigungsausgaben** im Durchschnitt jährlich um 4 % über dem durchschnittlichen Kaufkraftverlust. Die durchschnittliche Steigerung der Verteidigungsausgaben betrug 10,6 %, der durchschnittliche Kaufkraftverlust 6,66 % in den Jahren von 1969 bis 1975.

Ein Blick in Ihre Leistungsbilanz zeigt, daß die Verteidigungsausgaben in den Jahren 1963 bis 1969

Neumann

(A) nur um 1,1 % gestiegen sind. Hätte die CDU/CSU damals ihre heute lauthals verkündete Parole selbst erfüllt, nämlich Steigerung der Verteidigungsausgaben gemäß dem allgemeinen Kaufkraftverlust, dann hätten der Bundeswehr für diese Zeit 10,24 Milliarden DM mehr zur Verfügung gestanden.

Sie stellen aber nicht nur die Forderung nach Kaufkraftausgleich, Herr Kollege Dr. Wörner. In Kiel haben Sie im Oktober 1974 folgendes zum Ausdruck gebracht. Sie haben dort gesagt: „Jahr um Jahr geht der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttosozialprodukt zurück." Nur haben Sie geschickterweise gar nicht erwähnt, daß während der Verantwortungszeit Ihrer Partei der **Anteil des Verteidigungshaushalts**, gemessen **am Bruttosozialprodukt**, von 1963 bis 1969 — also in einem vergleichbaren Zeitraum — von 4,7 % auf 3,2 % gesunken ist. Hätten Sie den Stand gehalten, hätte die Bundeswehr in dieser Zeit 32 Milliarden DM mehr zur Verfügung gehabt. Sehen Sie sich das Weißbuch aus dem Jahre 1969 an, das die Unterschrift Ihres Parteifreundes Dr. Schröder trägt, dann werden Sie feststellen können, wie damals die Entwicklung gewesen ist. Sie hatten einen **Investitionsanteil** von 20,6 %, im Jahre darauf von 22,5 %. Wir liegen heute bei 32 %. Ich will aus diesem Weißbuch nicht mehr zitieren. Sie finden dort eine ganze Reihe von Aussagen, die Sie einmal nachlesen sollten. Wenn wir das gemacht hätten, würden Sie uns heute vorgeworfen haben, die Sicherheit gefährdet, einen sicherheitspolitischen Ausverkauf betrieben zu haben.

(B) (Dr. Lenz [Bergstraße] [CDU/CSU]: Der Ausdruck „Sicherheitsrisiko" stammt doch von Ihnen, Herr Kollege!)

— Ach, wissen Sie, Herr Dr. Lenz, wir wollen uns darüber nicht unterhalten.

(Dr. Lenz [Bergstraße] [CDU/CSU]: Das glaube ich!)

Wir wissen — und Sie wissen es auch —, daß die Bundeswehr noch nie in ihrer Geschichte in einem besseren Zustand war, als sie es heute ist.

(Dr. Wörner [CDU/CSU]: Herr Neumann, Sie kennen sie weder von außen noch von innen, wenn Sie so etwas sagen!)

— Es bleibt Ihnen vorbehalten, Herr Dr. Wörner, ständig Unterlegenheitskomplexe zu züchten.

(Dr. Wörner [CDU/CSU]: Glauben Sie doch nicht Ihre eigenen Propagandamärchen!)

— Herr Dr. Wörner, am 21. Mai 1974 hat die Bundestagsfraktion der CDU/CSU einen Antrag gestellt. Dieser Antrag enthielt die Formulierung:

> Die Bundesregierung wird aufgefordert ... dafür zu sorgen, daß der Anteil der Verteidigungsausgaben an den Gesamtausgaben des Bundes nicht weiter absinkt. . .

Was haben Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, in der Zeit von 1963 bis 1969 gemacht? Der **Anteil der Verteidigungsausgaben am Bundeshaushalt** sank um 10 % von 33,3 % auf 23,3 %. Hätten Sie damals getreu Ihrer heutigen Forderung gehandelt, wären für die Bundeswehr unter dieser Forderung 16 Milliarden DM mehr vorhanden gewesen. (C)

(Dr. Lenz [Bergstraße] [CDU/CSU]: Haben Sie das damals beantragt?)

— Sie fordern ja heute. Wir müssen uns mit Ihren Forderungen von heute auseinandersetzen und sie mit Ihren Leistungen in der Vergangenheit vergleichen.

(Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein [CDU/CSU]: Nur hatten wir damals keine Inflation!)

Zum Schluß noch ein Wort zu Ihrer vierten Forderung. Die Deutsche Presseagentur hat am 9. April 1976 gemeldet: Eine Erhöhung des Verteidigungsetats „mindestens in der Höhe der allgemeinen Steigerung des Bundesetats von 12 %" hat Dr. Wörner gefordert. Nun ist das Hin und Her, das Hü und Hott, perfekt. Auch hier wieder, auch wenn es Ihnen nicht schmeckt, Herr Dr. Wörner, die Rechnung Ihrer Versäumnisse aus der Zeit von 1963 bis 1969.

(Dr. Lenz [Bergstraße] [CDU/CSU]: Damals war er noch gar nicht im Bundestag!)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Herr Abgeordneter gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Wörner?

Neumann (SPD): Aber ja.

(D)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Bitte.

Dr. Wörner (CDU/CSU): Herr Neumann, wollen Sie zur Kenntnis nehmen, daß ich überall, auch gegenüber der Deutschen Presseagentur, genau das gleiche erklärt habe, was ich heute hier wiederholt habe — Sie können jede neue Bundesregierung daran messen —, daß ohne eine reale Steigerung des Verteidigungsetats die Kampfkraft der Bundeswehr weder aufrechterhalten noch gar verbessert werden kann?

Neumann (SPD): Ja, okay! Dann müssen Sie aber zur gleichen Zeit auch die Frage von Minister Leber beantworten: Haben Sie hier im Parlament, im Verteidigungsausschuß, etwas gefordert?

(Dr. Wörner [CDU/CSU]: Aber natürlich! — Immer [Altenkirchen] [SPD]: Im Haushaltsausschuß nicht!)

— Im Haushaltsausschuß nicht, bei uns auch nicht. — Sie hätten nach Ihrer vierten Forderung der Bundeswehr damals 29 Milliarden DM mehr geben können. Sie können sich also heute aussuchen, wieviel Milliarden DM Sie unter Ihrer Regierungsverantwortung zuwenig ausgegeben haben: 10, 17, 29 oder 32 Milliarden DM, immer als Antwort auf die vier Forderungen, die Sie im Verlauf der Zeit gestellt haben. Wir wissen sehr wohl, daß der Bundeswehr dieses Geld gefehlt hat und möglicherweise noch heute fehlt. Die Bestandsaufnahme des Weißbuches 1970 des damaligen Verteidigungsmi-

Neumann

(A) nisters und heutigen Bundeskanzlers Helmut Schmidt hat dies ans Licht gebracht. Es hätte keine 150 Weißbuchmaßnahmen der sozialliberalen Koalition zu geben brauchen. Der größte Teil der Kfz-Folgegeneration könnte schon bei der Truppe sein und vieles mehr, wenn wenigstens die fehlenden 10 Milliarden DM vorhanden gewesen wären. Sie können sicher sein, daß wir dem Bürger draußen diese Rechnung Ihrer Versäumnisse präsentieren werden.

(Beifall bei der SPD)

Aber wir dürfen uns natürlich nicht nur mit Ihren Fehlern in der Vergangenheit auseinandersetzen. Wir müssen auch Ihre heutigen Wahlversprechen zerpflücken, und das werden wir tun. Dazu eine kleine Kostprobe. Am 12. Januar gab sich der „Kurfürst" des Landes Rheinland-Pfalz die Ehre, zusammen mit Ihnen, Herr Dr. Wörner, die verteidigungspolitischen Leitlinien der CDU vorzustellen. Dabei wurden Sie zum zweitenmal zum Ministeraspiranten für die Verteidigung gekürt. Sie wissen, daß sich die Presse in ihrer Berichterstattung hauptsächlich den Passus über den Verteidigungshaushalt herausgriff, weil sonst in diesen „Leitlinien" nur Allgemeinplätze und Selbstverständlichkeiten zu finden sind. Dort versprechen Sie, daß Sie den Verteidigungsausgaben „höchsten Rang" zuweisen, und meinen, daß es einer „jährlichen, kontinuierlichen, realen Steigerung des Verteidigungshaushalts" bedürfe, wie Sie es auch jetzt gesagt haben.

(Dr. Wörner [CDU/CSU]: So ist es!)

(B) Meinen Sie nicht, daß es ein kühnes Versprechen ist, Herr Dr. Wörner, wenn man an die Zeit von 1963 bis 1969 zurückdenkt, die letzten Jahre Ihrer Regierungsverantwortung im Verteidigungsbereich? Damit Sie auf dieses Versprechen nicht festgelegt werden können, gibt es noch eine andere Aussage im Programm, und zwar unter dem Kapitel „Bündnispolitik". Dort heißt es:

> Wir werden dem Bündnis politische und militärische Beiträge leisten, die der Gefährdung unseres Landes sowie seiner Wirtschaftskraft entsprechen.

Das bedeutet aber nichts anders als die Anpassung der Verteidigungsausgaben auch an nachlassende Wirtschaftskraft und so möglicherweise sinkende Verteidigungsaufwendungen.

(van Delden [CDU/CSU]: Dann können wir ja weniger Kredite in den Osten geben; das wäre auch eine Lösung!)

In einer Presseerklärung vom 12. Januar 1976 zur Veröffentlichung Ihrer Leitlinien habe ich zum Ausdruck gebracht, daß dieser vorsichtige Passus wohl von Herrn Kohl geschrieben worden ist, der Passus mit der jährlichen, kontinuierlichen, realen Steigerung des Verteidigungshaushalts wohl aber von Ihnen stammt, Herr Kollege Dr. Wörner.

Einige Ihrer Kollegen haben das kritisiert, was ich damals gesagt habe. Ich möchte daher heute versuchen, die Richtigkeit nachzuweisen. Herr Kohl hatte in seinem Redemanuskript für den „Sicherheitspolitischen Kongreß der CDU" einen Abschnitt aufgenommen, der aber durchgestrichen war, also (C) auch nicht vorgetragen wurde. Was wollte Herr Kohl in diesem Passus sagen?

(Zuruf des Abg. Dr. Lenz [Bergstraße] [CDU/CSU])

Dieser durchgestrichene Abschnitt lautet:

> Es führt aber kein Weg daran vorbei, daß sich in Zeiten von Engpässen bei den Staatsfinanzen die Zuwachsraten der Verteidigungsausgaben langsamer erhöhen. Auch die Bundeswehr muß sich nach der kürzer werdenden Decke der Staatsfinanzen strecken.

Sehr wahr, Herr Kohl, kann man da nur sagen. Aber er durfte es wohl nicht aussprechen, was da im Manuskript vermerkt war. Ich habe Sie im Verdacht, Herr Kollege Dr. Wörner, daß Sie der Streicher im Manuskript gewesen sind.

(Zuruf von der SPD: Strauß! — Dr. Wörner [CDU/CSU]: Endlich mal nicht der Herr Strauß, sondern jetzt streicht der Herr Wörner im Manuskript von Herrn Kohl herum! Hoffentlich glauben Sie es auch!)

— Das ist doch nett, Herr Wörner. Ich habe ja nur vermutet, daß Sie es gewesen sind.

(Zuruf von der SPD: Man soll ihn doch nicht überschätzen!)

Verfolgt man die programmatischen Versprechungen von der „jährlichen, kontinuierlichen, realen Steigerung des Verteidigungshaushalts", dann wird bereits bei der Wahlplattform der CDU/CSU (D) deutlich, daß dies eine leere Versprechung ist. Im Diskussionsentwurf der Wahlplattform der CDU heißt es nur noch:

> Wir werden die Verteidigungsausgaben entsprechend den militärischen Erfordernissen steigern.

(van Delden [CDU/CSU]: So ist es!)

— Moment, Herr van Delden, das ist noch nicht die letzte Aussage. Die letzte Aussage sieht nämlich anders aus. Diese letzte Aussage Ihres Wahlprogramms ist noch dünner. Es heißt dort:

> Wir werden deshalb die Verteidigungsausgaben den sicherheitspolitischen Erfordernissen anpassen.

(van Delden [CDU/CSU]: Dasselbe in grün, aber das begreifen Sie nicht! — Zuruf des Abg. Rommerskirchen [CDU/CSU] sowie weitere Zurufe von der CDU/CSU)

— Aber wo steht denn da noch etwas von „steigern", Herr Rommerskirchen? „Anpassen" sagen Sie.

(Erneuter Zuruf des Abg. Rommerskirchen [CDU/CSU])

— Das kann auch nach unten sein, das wissen Sie doch ganz genau, Herr Rommerskirchen.

Wer das „Prinzip der Hinlänglichkeit der Kräfte" aus der Militärstrategie kennt, wird hier unschwer das „Prinzip der Hinlänglichkeit der Finanzen" er-

Neumann

(A) kennen. Man sieht, die Opposition hat richtige Strategen.

(van Delden [CDU/CSU]: Wer hat Ihnen denn den Quatsch aufgeschrieben?)

— Nix „Quatsch aufgeschrieben", Herr van Delden. Lesen Sie es bei Gelegenheit einmal nach.

Schon heute können wir ganz eindeutig nachweisen, daß die CDU/CSU in der Regierungsverantwortung die Verteidigungsausgaben allein schon deshalb senken müßte, käme sie wieder an die Regierung, weil sie z. B. die Mehrwertsteuererhöhung ablehnt. Das bedeutet nämlich, daß im Bundeshaushalt 1977 6,9 Milliarden DM, 1978 8,5 Milliarden DM und 1979 9,3 Milliarden DM fehlen würden.

(Damm [CDU/CSU]: Die Mehrwertsteuererhöhung ist doch unsozial! Das hat doch der Apel gesagt!)

— Bundesfinanzminister Apel, den Sie da gerade zitieren, hat vor dem Bundesrat darauf hingewiesen, daß diese Beträge nur in den Bereichen Soziales und Verteidigung eingespart werden können. Auch in dieser Frage können Sie sicher sein, daß wir den Wähler bitten werden, Sie zu fragen, wie Sie angesichts dieser Sachlage Ihre großartigen Versprechungen zur Verteidigungspolitik wahrmachen wollen.

(Damm [CDU/CSU]: Wir werden keine Regierungspropaganda machen wie ihr!)

(B) Lassen Sie mich noch ein paar Worte zu den Leistungen unserer Bündnispartner sagen. Sie, Herr Kollege Dr. Wörner, haben in einem namentlich gezeichneten Beitrag für die Zeitung „Die Welt" alle Bündnispartner als „blind" bezeichnet, und am 23. Januar 1966 haben Sie im „Rheinischen Merkur" den NATO-Partnern folgenden Vorwurf gemacht:

> ... kaum ein Land, das sich von der allgemeinen Konferenzseligkeit und den Kooperationsbeteuerungen der Kommunisten nicht anstekken ließ und seine Verteidigungsbereitschaft nicht zugunsten des Wohlstands und Sozialkomforts

— was ist eigentlich Sozialkomfort? —

(Zuruf von der SPD: Das ist die Frage!)

> vernachläßigt ... leider macht auch die Bundesrepublik Deutschland hier nur eine sehr begrenzte Ausnahme.

Herr Dr. Wörner, Sie sollten, bevor Sie derartigen Unsinn verbreiten, einmal überprüfen, was die Bündnispartner gemeinsam für ihre Sicherheit ausgeben. Es wird Ihnen hoffentlich nicht schwerfallen, sich den NATO-Brief 1/76 zu besorgen und die **Verteidigungsausgaben der europäischen NATO-Partner** nachzulesen. In den Jahren 1966 bis 1969 bewegten sie sich noch zwischen 21 Milliarden US-Dollar und 23 Milliarden US-Dollar, von 1970 bis 1975 wuchsen sie jedoch von 24,5 Milliarden US-Dollar auf 57,2 Milliarden US-Dollar. Wenn Sie auch das nicht zur Kenntnis nehmen wollen, empfehle ich Ihnen das Studium der Eurogroup-Kommuniqués von 1971 bis 1975. Ich weiß, daß weder Sie

(C) noch die Ihnen nahestehende Presse davon Kenntnis nehmen.

(van Delden [CDU/CSU]: Denken Sie nur an die Inflation!)

— Herr van Delden, machen Sie sich doch nicht lächerlich! Vergleichen Sie einmal diese beiden Zahlen miteinander! Dabei können Sie die Höhe der Inflation vergessen!

In Ihren Kreisen schreibt und redet man gern jeden Tag ganz ausführlich von der Aufrüstung des Warschauer Pakts.

(Dr. Lenz [Bergstraße] [CDU/CSU]: Das stimmt doch auch, oder?)

— Es ist nicht so, daß ich dagegen etwas vorzutragen hätte; aber man sollte nicht gleichzeitig die Tätigkeiten der NATO auf diesem Gebiet verschweigen. Deshalb möchte ich Ihnen jetzt nur die quantitativen Verbesserungen aus den Jahren 1971 bis 1976 zusammenzählen,

(Damm [CDU/CSU]: Vorsicht, Sie dürfen keine Panzer zählen!)

die die Eurogroup in den einzelnen Jahren angekündigt und beschafft hat.

(Damm [CDU/CSU]: Ach!)

— Aber Herr Damm, Sie zählen doch sonst zu denen, die die Eurogroup noch besser machen möchten. Es waren 2 800 Kampfpanzer, 753 schwere Geschütze auf Selbstfahrlafetten, 3 700 Panzerabwehrraketensysteme — —

(D) (van Delden [CDU/CSU]: Leber hat doch das Zählen verboten! — Zuruf von der CDU/CSU: Sie dürfen nicht zählen!)

— Ich habe gesagt: zunächst die quantitativen Verbesserungen; zu dem anderen kommen wir noch. Es waren weiter 5 700 Späh-, Schützen- und Transportpanzer, 30 Zerstörer und Fregatten, 6 Nuklear- und 39 konventionelle U-Boote, 117 Marinehubschrauber, 37 Schnellboote, 1 131 Kampfflugzeuge und Seeaufklärer, 100 Transportflugzeuge, 650 Hubschrauber, 3 200 Flugabwehrgeschütze und 2 000 Flugabwehrraketen. Anzumerken ist, daß amerikanische Verbesserungen und auch qualitative Verbesserungen hierbei nicht eingerechnet sind, von denen Sie selbstverständlich auch Kenntnis haben.

Die Militärexperten der Opposition zählen dagegen lieber sowjetische Panzer.

(Damm [CDU/CSU]: Von denen werden wir auch bedroht, nicht von den anderen!)

Verteidigungsminister Leber hat kürzlich darauf hingewiesen, was wir dem entgegenhalten: 2 500 Abschußanlagen der Panzerabwehrrakete Milan und 40 000 Raketen dazu.

(Damm [CDU/CSU]: Sind die alle schon da?)

— Herr Damm, Sie haben in der Vergangenheit heute bestellt und morgen geliefert bekommen, so tun Sie!

(Damm [CDU/CSU]: Ich frage nur, ob sie alle da sind! Antworten Sie konkret!)

Neumann

(A) — Sie haben in Ihrer Regierungszeit die Waffen heute bestellt, und sie wurden morgen geliefert. Sie wissen ganz genau, daß es da selbstverständlich eine gewisse Zeit gibt — —

(van Delden [CDU/CSU]: Sie profitierten von unseren Bestellungen! — Rawe [CDU/CSU]: Also haben Sie eine falsche Zahl genannt! Er hat nur gefragt, ob sie da sind! Mehr brauchen Sie gar nicht zu beantworten! — Gegenrufe von der SPD)

— Das wissen Sie genauso gut wie ich.

Es ist uns klar, daß Sie die intensive und sachkundige Auseinandersetzung mit diesen Fragen nicht wollen und lieber eilfertig, weil Ihnen das in den Kram paßt, dem verspäteten Studenten vom NATO-Defence-College beipflichten und Ihre Warnungen vor einer weiteren Verminderung der konventionellen Stärke in Europa bestätigt sehen.

(Dr. Lenz [Bergstraße] [CDU/CSU]: Sind die Raketen da, oder sind sie nicht da?)

Der Finanzminister von 1968 mit dem „Minus-12 %-Zeichen für Verteidigungsausgaben" darf dabei natürlich nicht fehlen. Getreu dem Sonthofener Panikorchester wußte auch Strauß zu berichten, daß der belgische General sich vielleicht nur in der Zeitangabe geirrt hatte — nach welcher Seite, das hat er lächelnd offengelassen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, wir haben eine ernste Bitte an Sie und Ihre Freunde draußen im Lande. Unterlassen Sie es, in unse-
(B) rem Lande Unterlegenheitskomplexe zu kultivieren, nur um daraus dann den parteipolitischen Honig saugen zu wollen,

(Beifall bei der SPD)

daß Sie als der starke Max erscheinen können. Sie waren es nie und werden es auch in der Zukunft nicht sein.

Wir Sozialdemokraten werden dem Bürger draußen sachlich die Leistungen dieser Regierung für die äußere Sicherheit darlegen und mit ihm darüber diskutieren. Diese Leistungen können sich sehen lassen. Wenn der Bürger die solide Sicherheitspolitik von Helmut Schmidt und Georg Leber mit der Fata-Morgana-Politik der Opposition vergleicht, dann weiß er, wo seine äußere Sicherheit — und nicht nur die — besser gewahrt ist. Auf jeden Fall nicht bei Ihnen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Meine Damen und Herren, das Wort hat der Herr Abgeordnete Möllemann.

Möllemann (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst auch auf Herrn Wörner eingehen,

(Zuruf von der SPD: Lohnt sich doch gar nicht!)

obwohl es etwas schwer ist, die Substanz seiner Äußerungen zu fassen; denn mit Ausnahme einer Anhäufung von kritischen Äußerungen hat er es doch, so meine ich, an konstruktiven Vorschlägen (C) in seinem Beitrag weitgehend fehlen lassen. Es wäre hilfreich gewesen, wenn hier nicht nur die — zweifellos legitime — Kritik vorgetragen worden wäre, sondern auch die Alternative, die Herr Wörner für den Fall, daß er Verantwortung übernehmen müßte, was kein Mensch annehmen kann, hier präsentierte.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Herr Wörner, gestatten Sie mir deswegen, daß ich, bevor ich unsere eigenen Vorstellungen vortrage, auf einige Ihrer Bemerkungen eingehe. Sie haben gesagt, Sie wunderten sich, daß der Verteidigungsminister Sie derartig kritisch angehe, obwohl Sie doch im Verteidigungsausschuß ständig so solidarisch hinter ihm stünden. Ich finde es gut, daß Sie im Verteidigungsausschuß unsere positive Politik auch so positiv bewerten. Das Problem liegt nur darin, daß Sie nach der Sitzung des Ausschusses nach draußen gehen und so tun, als sei diese Politik, die Sie im Ausschuß mit getragen haben, nicht positiv. Dies ist unredlich. Man kann nicht allen Vorlagen zustimmen und dann draußen den Eindruck zu erwecken versuchen, als sei das alles falsch — es sei denn, man hätte selbst für all das Falsche bewußt oder unbewußt gestimmt.

Herr Wörner, Sie haben hier zweitens gesagt, Bundesminister Leber müßte allen möglichen Leuten in seiner Partei gefallen und sei deswegen zu Kompromissen genötigt. Ich weiß nicht, welches Demokratieverständnis Sie hierbei zugrunde legen. Vielleicht wollen Sie den Eindruck erwecken, als (D) hätten Sie selbst keine verschiedenen Gruppierungen in Ihrer Fraktion, mit denen Sie sich abstimmen müssen, bei denen es unter Umständen unterschiedliche Interessen gibt. Sie können darüber hinaus auch nicht sagen, in Ihrer Partei fände gerade die Sicherheitspolitik das größte Interesse. Man muß sich ja, glaube ich, nur die Besetzung des Plenums hier anschauen, um zu sehen, daß dies tatsächlich ein Problem in allen Fraktionen ist, daß verschiedene Sachgebiete eben nicht auf das Interesse aller Abgeordneten stoßen.

Ein weiteres, Herr Wörner. Es mutet schon apart an, Herr Kollege Damm, wenn bei Ihnen davon gesprochen wird, da gebe es eine in sich gespaltene SPD und vielleicht auch FDP, und die CDU sei so geschlossen. Wissen Sie, das klingt nun wirklich lächerlich zu einem Zeitpunkt, da gerade der Kollege Wörner wohl der kleinste gemeinsame Nenner ist, auf den man sich, was die Ministermannschaft anlangt, gerade noch einigen konnte.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Wo ist denn die Erfüllung des Versprechens von Herrn Kohl, seine komplette Ministermannschaft bis zum Mai vorzustellen? Das findet nicht statt.

(Zuruf des Abg. Rawe [CDU/CSU])

— Er darf eben nicht, Herr Rawe. Die Leute, die ihm das nicht erlauben, tagen heute in München und sind deswegen hier nicht anwesend.

(Beifall bei der FDP und der SPD — Zuruf des Abg. Dr. Wulff [CDU/CSU])

Möllemann

(A) — Außerordentlich geistreich, Herr Wulff! Würden Sie den Zwischenruf noch einmal wiederholen?

(Dr. Wulff [CDU/CSU]: Es reicht mir schon, wenn ich Sie einmal höre!)

— Das kann ich mir vorstellen.

Ich darf weiter auf Herrn Wörner eingehen. Er hat von der Finanzierungsfrage gesprochen. Ich meine, das muß man unter zwei Gesichtspunkten betrachten. Man kann ja wohl schlecht vortragen — und wir sagen dies ja —, die Bundeswehr habe heute ihren höchsten Leistungsstandard erreicht, den sie bisher gehabt habe, wenn man es nicht gleichzeitig für vertretbar hält, die derzeitigen Verteidigungsausgaben als zureichend anzuschauen. Überdies halte ich es auch nicht für gerechtfertigt, immer nur vom Einzelplan 14 zu sprechen, wenn man von den **Ausgaben für die Sicherheit** unseres Landes spricht. Sie wissen so gut wie ich, daß nach NATO-Kriterien nicht nur die ca. 30 Milliarden DM des Einzelplans 14 für die Sicherheit aufgewandt werden, sondern — im letzten Bundeshaushalt — ca. 47 Milliarden DM. Ich finde, auch dieses sollte man unserer Bevölkerung klar sagen, wenn man davon redet, hier würde zuwenig aufgewandt.

Abschließend zu diesem Finanzaspekt: Es ist einfach unerträglich, daß jeder Ihrer Fachressort-Vertreter — für die Entwicklungspolitik Herr Todenhöfer, für die Agrarpolitik Herr Ritz, für die Verteidigungspolitik Herr Wörner — hier herkommt und sagt, wir müssen mehr ausgeben. Wenn es dann (B) aber um die Einnahmeseite des Staates geht, sind Sie die ersten, die sagen: Nein, es kann nicht mehr durch die Steuererhöhung eingenommen werden. Wie wollen Sie das denn eigentlich machen? Dies ist eine unredliche Politik.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Ein weiteres. Ich kann nun ein bestimmtes Wort allmählich wirklich nicht mehr hören — tut mir leid —, obwohl die meisten vielleicht darauf beharren wollen: das von der Gemeinsamkeit der Demokraten. Ich bin, genau wie Sie, jetzt jeden Tag im Wahlkampf. Und da hört man ununterbrochen einen bestimmten Slogan: Freiheit statt/oder Sozialismus. Derjenige, der diesen Slogan propagiert, hat sich längst außerhalb der Gemeinsamkeit von Demokraten gestellt,

(Beifall bei der FDP und der SPD)

hat uns diffamiert. Dann kann er doch von uns nicht erwarten, plötzlich anders behandelt zu werden, als er als Erfinder eines solchen Slogans behandelt werden muß.

Und ein weiterer Aspekt, Herr Wörner, ist apart: Sie sagen uns, wir könnten uns auf Herrn Schnez als Kronzeugen nicht berufen, da wir ja wohl die Frechheit besessen hätten, ihn früher zu kritisieren. Das müssen gerade Sie sagen! Wenn Sie über den Liberalismus sprechen, berufen Sie sich neuerdings immer auf Heuss, Reinhold Maier, der Sie übrigens als schwarzes Gewürm bezeichnet hat. Wenn Sie über die Sozialdemokratie sprechen, dann finden Sie immer wieder zu denen zurück, die Sie damals wütend attackiert haben. Das können Sie uns, glaube (C) ich, wohl nicht vorwerfen: daß wir hier Leute zitieren, die auf ihrem Gebiet keine Fachleute gewesen seien.

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Herr Abgeordneter Möllemann, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Möllemann (FDP): Ja sicher, gerne.

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Bitte.

Jäger (Wangen) (CDU/CSU): Herr Kollege Möllemann, würden Sie zur Kenntnis nehmen, daß die Angriffe, die wir zur Zeit gegen das Verhalten der Koalitionsparteien im Umgang mit den radikalen Kräften im Sozialismus richten, gerade dadurch provoziert worden sind, daß die Gemeinsamkeit der Demokraten bei Ihnen und bei den Sozialdemokraten immer stärker durch gemeinsame Aktionen mit Kommunisten und anderen Linksradikalen ersetzt worden ist?

(Lachen und Zurufe von der SPD)

Möllemann (FDP): Das ist nun für mich allerdings die neueste Begründung, eine von vielen, die Sie für diesen Slogan geliefert haben, allerdings auch die einfältigste, muß ich sagen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Daß ich die von Ihnen höre, wundert mich dabei weniger. (D)

Herr Wörner, bei den wenigen Sachpunkten, die Sie angesprochen haben, sind Sie auf Punkte eingegangen, an denen die Bundeswehr Schwächen hat. Sie haben gesagt, die **Ausbildungsqualität der Wehrpflichtigen** sei nicht zureichend. Darüber kann man ja diskutieren. Aber was heißt das? Wollen Sie — dann sagen Sie das bitte auch — die Wehrpflicht wieder von 15 Monate auf 18 Monate verlängern? Dann sagen Sie das doch einmal! Ich fände das übrigens ganz interessant, gerade zu diesem Zeitpunkt. Aber dazu trauen Sie sich natürlich wieder nicht. Nur festzustellen, daß das alles nicht gut ist, ohne konkret zu sagen, wie Sie dem abhelfen wollen, hilft der Bundeswehr ganz sicherlich auch nicht weiter.

Ein weiteres — und da komme ich auf Sie zurück, Herr Jäger. Sie sprachen von den Linken, was immer Sie darunter verstehen mögen. Links von Ihnen zu sein, ist, glaube ich, gar nicht so sehr schwer —: Herr Jäger, Sie sagten, die KDV-Novelle sei ein Sieg der Linken über Minister Leber. Na ja, 1967 ist dies auf dem Wehrpolitischen Kongreß der FDP von den Radikal-Linken Kurt Jung, Alfred Ollesch, Hans-Dietrich Genscher usw. beschlossen worden. Ich weiß zwar nicht mehr, was bei Ihnen links ist, aber wenn ich mir das so überlege, wie die Fronten da so verlaufen, kann ich mir unter „Linken" etwas anderes vorstellen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Schließlich eine letzte Bemerkung — Herr Wörner, ich mußte nun einmal so auf Sie eingehen —,

Möllemann

(A) bevor ich zu meinen Ausführungen zur Sache kommen möchte. Herr Wörner, Sie haben versucht — der Kollege Neumann hat mit Recht darauf verwiesen —, das hohe Ansehen, das der Bundesverteidigungsminister in der Öffentlichkeit hat, hier etwas zwiespältig zu behandeln. Sie haben gesagt: Einerseits leisten Sie was, aber andererseits benehmen Sie sich nicht so, wie Sie sich benehmen müßten, damit wir Ihnen weiterhin unseren Beifall zollen können. Das verstehe ich ja. Kurz vor den Wahlen können Sie ja nicht klatschen. Denn wie wollten Sie ihn denn dann attackieren? Über den Bundesverteidigungsminister hat eine Ihnen nicht ganz fernstehende Zeitung, die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", im Anschluß an die Haushaltsberatungen zutreffend folgendes formuliert — ich darf dies zitieren —:

> Allerdings

— so heißt es hier —

> hat unabhängig von Parteidisziplin, Opportunismus oder Einsicht ein Mann ein besonderes Verdienst, daß dieses Abstimmungsergebnis so positiv ausfiel: Georg Leber. Der Verteidigungsminister hat all die Jahre über eine überzeugende Verteidigungspolitik getrieben. Das zahlt sich heute aus.

Das allerdings meine ich auch. Und das wird sich nicht nur heute auszahlen, sondern — ich bin ganz sicher — auch an dem Tag, an dem Sie wieder einmal vergeblich darauf warten werden, die Regierung zu übernehmen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

(B) Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben diese Debatte über das Weißbuch und auch über den Jahresbericht des Wehrbeauftragten zu führen; ich möchte mich im wesentlichen mit dem **Weißbuch** auseinandersetzen. Dieses Weißbuch hat die Erwartungen hinsichtlich der ehrlichen und offenen Darstellung der **sicherheitspolitischen Lage** voll erfüllt. In Ihrer Stellungnahme vom 20. Januar haben Sie, Kollege Wörner, das Weißbuch „ein Dokument der Ernüchterung, dem man über weite Strekken Realitätssinn bescheinigen muß", genannt. Sie haben — ich zitiere noch einmal — von der „ungeschminkten Schilderung des Kräfteverhältnisses in Ost und West und der daraus resultierenden Bedrohung" gesprochen.

Nach diesem Lob mußte naturgemäß gleich wieder ein konterkarierender Tadel folgen. In der Februar-Ausgabe der „Sicherheitspolitik" — Herausgeber: die Kollegen Klepsch und Wörner — schrieben Sie dann gleich:

> Die Bundesregierung sollte jedoch die Lageentwicklung ungeschminkt nicht nur in vertraulichen Ausschußsitzungen, sondern auch vor der Öffentlichkeit darstellen.

Ich weiß nicht, was das heißen soll. Dieses Weißbuch ist einer breiten sicherheitspolitisch interessierten Öffentlichkeit in einer Auflage von 180 000 Exemplaren zugänglich gemacht worden. Welche Erklärung eigentlich haben Sie parat, wenn Sie Aussagen wie die machen, wir sollten eine ungeschminkte Darstellung geben? Wir veröffentlichen das Weißbuch, (C) das von Ihnen selbst als eine ungeschminkte Darstellung bezeichnet worden ist, in einer Auflage von 180 000 Stück; Ihr Petitum ist doch erfüllt.

In diesem Weißbuch wird noch eindrucksvoller und deutlicher als in den früheren das **internationale militärische Kräfteverhältnis** dargestellt, und ich meine, es werden daraus auch die notwendigen und angemessenen, der wirtschaftlichen Potenz unseres Staates entsprechenden Konsequenzen gezogen. Dabei wird zu Recht deutlich, daß die Bundesrepublik Deutschland und mit ihr die Staaten des freien Westens nicht gezwungen sind, ihre Sicherheit ausschließlich dadurch zu gewährleisten, daß für jeden gegnerischen Panzer ein eigener Panzer produziert wird, sondern daß die Sicherheitspolitik als ein sehr komplexer Bereich viele unterschiedliche Komponenten hat, die alle erfüllt sein müssen, um wirklich unsere Sicherheit zu gewährleisten. Für uns gibt es für die Gewährleistung unserer Sicherheit vor Bedrohungen von außen drei wesentliche Voraussetzungen; nur wenn diese gegeben sind, kann unsere Konzeption und unsere Politik erfolgversprechend und erfolgreich sein.

Die erste Voraussetzung ist eine auf Friedenssicherung und Ausgleich gerichtete **Außenpolitik,** die uns in aller Welt Freunde und Verbündete schafft. Unter deren Primat, unter dem Primat der Außenpolitik steht die Verteidigungspolitik — und nicht umgekehrt. Ergänzt wird diese Außenpolitik durch eine **Entwicklungspolitik,** die das Entstehen neuer Konfliktzonen verhindern soll, und ergänzt wird sie auch durch eine **Außenwirtschaftspolitik,** die die Zu- (D) fuhr von Energien und Rohstoffen und die Ausfuhr von Produkten — auf beides sind wir ja existentiell angewiesen — sichert.

Die zweite Voraussetzung ist eine ausreichend starke **Notwehrorganisation,** die jeden militärischen Angriff eines potentiellen Gegners für diesen zum unkalkulierbaren Risiko werden läßt. Wir bemühen uns daher darum, für unsere Notwehrorganisation, die Bundeswehr, die Voraussetzungen für eine solchermaßen notwendige Stärke zu schaffen, und davon war die Politik dieser Koalition in den vergangenen Jahren geprägt. Struktur und Organisation dieser Einrichtung müssen, soweit dies unter Berücksichtigung der gestellten Aufgaben möglich ist, mit den Struktur- und Organisationsprinzipien der übrigen demokratischen Gesellschaft in Einklang stehen.

Die dritte Voraussetzung ist die Überzeugung der breiten Mehrheit der Bevölkerung, daß es lohnend und notwendig zugleich ist, ihren Staat zu verteidigen und dafür einen so hohen Anteil des Sozialprodukts zu investieren. Insoweit unterstreichen **wir im** Bereich der liberalen Sicherheitspolitik immer wieder den ursächlichen Zusammenhang zwischen **Verteidigungswürdigkeit und Verteidigungsfähigkeit** einer Gesellschaft. Oder, anders gesagt: Wir glauben, daß alle Maßnahmen, die unsere Gesellschaft noch sozialer und liberaler gestalten, auch dazu angetan sind, die Verteidigungsbereitschaft in unserem Volk zu verstärken. Die jüngsten Umfragen bestärken uns in dieser Meinung.

Möllemann

(A) Die Opposition ist nun — dies ist hier mit Recht angesprochen worden — in den letzten Monaten nicht müde geworden, das Bild einer übermäßigen **militärischen Bedrohung** der Bundesrepublik Deutschland in den düstersten Farben zu zeichnen. Schon in der Debatte im Januar habe ich darauf verwiesen, daß es zu einseitigen Schlüssen führt, wenn man nur die Stärken des Warschauer Pakts herausstreicht und die fraglos ebenso vorhandenen Schwächen unterschlägt. Bei dieser Auffassung bleiben wir.

Inzwischen gibt es auch andere Stimmen, die das bestätigen. Außenminister Kissinger hat im März 1976 in seiner Rede in Boston darauf hingewiesen, daß auch nach seiner Auffassung die von uns gesehenen **Schwächen des sowjetischen Systems** vorhanden sind. Es ist darum schlicht falsch, sich auf der einen Seite einen disziplinierten, produktiven und starken Osten und auf der anderen Seite einen dekadenten, in sich zerfallenen Westen vorzumalen. Diejenigen, die ein übertriebenes Bild von sowjetischer Stärke und westlicher Schwäche malen, leisten — das unterstreiche ich — der Sicherheit der Allianz, auch und besonders der Sicherheit unseres Landes keinen Dienst. Der Slogan der Bundeswehr heißt: „Wir produzieren Sicherheit." Sie, verehrte Kollegen, müßten für sich den Slogan in Anspruch nehmen: Wir produzieren Unsicherheit.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Von daher sind Sie für diesen Bereich ganz sicher nicht geeignet.

(B) Die sowjetische Stärke ist eben ungleich. Der Warschauer Pakt hat ein starres Wirtschafts- und Führungssystem, das Rentabilität und Effizienz, welche wir in unserer Ordnung haben, verhindert. In der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung ist er, insgesamt gesehen, weit hinter den westlichen Industrienationen zurück.

All dies hebt natürlich die militärische Bedrohung nicht auf. Aber es unterstreicht den Verteidigungswert der freiheitlichen Demokratie im Westen und unterstreicht die Konkurrenzlosigkeit unseres freiheitlichen, wirtschaftlich überlegenen Systems. Ich glaube, daß die von uns betriebene Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik diese Überlegenheit bewahren wird, daß dies aber nicht durch die von Ihnen betriebene Schwarzmalerei möglich ist.

Ich habe den Ausführungen von Herrn Wörner, wie ich bereits sagte, in der Substanz nichts entnehmen können, was von der Bundesregierung nicht bereits geplant oder zur Realisierung eingeleitet worden wäre. Soweit Sie Bereiche kritisiert haben, die zu ändern nicht in der Macht und Kompetenz unseres Staates liegt, teilen wir zwar mit der Bundesregierung Ihre Sorgen, aber auf dem Wege zur Überwindung dieser Probleme sind die Freien Demokraten durch ihre immer wieder geforderte **europäische Option** doch wohl beispielhaft aktiv gewesen. Die Bemühungen des Bundesaußenministers Hans-Dietrich Genscher in den vergangenen Monaten, insbesondere in den letzten Wochen und Tagen, eine einheitliche Willensbildung der freien europäischen Staaten zu bewirken, dürften wohl kaum noch übertroffen werden können. Aber (C) auch hier werden wir noch Geduld brauchen. Wir werden diesen Weg allerdings, da er ohne Alternative ist, weiter fortsetzen.

Im Namen der Freien Demokraten darf ich feststellen, daß wir die im **Weißbuch** dargelegte **sicherheitspolitische Zielsetzung** dieser Bundesregierung für richtig halten und sie unterstützen werden. Die Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsparteien haben in den vier Jahren dieser Legislaturperiode — das drückt der Kommentar der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" sehr deutlich aus — eine gute Sicherheits- und Verteidigungspolitik gemacht. Diese Politik findet im übrigen die Zustimmung der Bürger und die Anerkennung unserer Verbündeten. Die beharrlich betriebene Entspannungspolitik, die in ihren Grundzügen von den Freien Demokraten bereits in den 50er Jahren entwickelt worden ist, haben nicht zuletzt die liberalen Außenminister Walter Scheel und Hans-Dietrich Genscher mit Erfolg in die Tat umgesetzt. Auch das hat als zweite Säule der Sicherheitspolitik dazu geführt, daß sich die Bürger sicherer fühlen.

Zugleich hat die **Wertschätzung der Bundeswehr** einen außerordentlich hohen Grad erreicht. Ich sage es noch einmal, auch wenn es Ihnen nicht paßt: Diese Armee ist heute so fest im Volk verankert wie keine andere vor ihr; man könnte sagen: seit den Befreiungskriegen. Wir, Herr Wörner, sehen das ein wenig historisch; Ihre Fraktion aber, Herr Rommerskirchen, sieht es etwas mehr hysterisch. (D)

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Diese Rolle haben Sie übernommen.

Die Bundeswehr zählt heute 495 000 Soldaten. 1969 waren es — auch das kann man nicht hinwegreden — 465 000 Soldaten. Es kommen zwei zusätzliche amerikanische Brigaden nach Norddeutschland. Der amerikanische Verteidigungsminister hat sich erst kürzlich in Brüssel über die Verteidigungsanstrengungen der europäischen Verbündeten anerkennend ausgesprochen. NATO-Generalsekretär **Luns** hat in dieser Woche **Zuverlässigkeit und Kampfwert der Bundeswehr** deutlich mit folgenden Worten unterstrichen. Er sagte in Wilhelmshaven — ich darf das zitieren —:

> Ihr Land spielt eine besondere positive Rolle im Bündnis. Da ist zunächst die besondere geographische Lage unmittelbar am kommunistischen Machtbereich. Dann ist aber da eine militärisch hervorragende Bundeswehr, die eine vorzügliche Aufbauleistung Ihres Landes verkörpert. Und schließlich hat die Bundesrepublik Deutschland durch einen klugen Einsatz ihrer wirtschaftlichen Macht einen guten Ruf in der Welt erworben.

Dem, meine ich, ist an Deutlichkeit nichts hinzuzufügen.

Die Frühjahrskonferenzen der NATO in Oslo und Brüssel haben gezeigt, daß auf das Bündnis auch in Zukunft Verlaß ist und daß sich das Bündnis den

Möllemann

(A) Herausforderungen stellt. Die Zuverlässigkeit Portugals als Bündnispartner steht erfreulicherweise wieder außer Zweifel. Der Konflikt zwischen Großbritannien und Island ist beigelegt. Frankreich hat seine Bereitschaft erkennen lassen, seine Verpflichtungen als Mitglied der Allianz so zu erfüllen, wie es das gemeinsame Verteidigungsinteresse gebietet.

Die in Brüssel und Oslo erzielten Ergebnisse und Vereinbarungen lassen den optimistischen Schluß zu, daß in der **Nato** ein Prozeß der **Revitalisierung** in Gang gekommen ist. Es gibt heute erfreulicherweise mehr positive als negative Entwicklungen. Die NATO-Staaten begreifen sich offenkundig wieder stärker als eine Solidargemeinschaft. Es wird natürlich immer widerstrebende Einzelinteressen geben, was in der Natur eines solchen heterogenen Bündnisses liegt. Doch setzt sich verstärkt die Erkenntnis durch, daß bestehende Probleme nicht gegeneinander, sondern eben nur miteinander gelöst werden können.

Der **Jahresbericht '75 des Wehrbeauftragten** stellt der Bundeswehr insgesamt betrachtet ein gutes Zeugnis aus. Auf ihn wird mein Kollege Ollesch näher eingehen. Hier sei nur so viel gesagt: Aus der **Stellungnahme der Opposition** zum Jahresbericht des Wehrbeauftragten läßt sich unschwer Erleichterung darüber ablesen, daß man sich mit offenbar unverständlich wissenschaftlich-theoretischen Grundüberlegungen nun nicht mehr zu beschäftigen braucht. Theoriedefizit, ja Theoriefeindlichkeit der Konservativen schlagen auch hier, ähnlich wie in Ihren anderen Stellungnahmen, wieder durch. (B)

Für den Kollegen Wörner sind solche grundsätzlichen Erwägungen und Aussagen über das Konzept der Inneren Führung — ich zitiere — „pseudowissenschaftlicher Klimbim", wie er jüngst wieder geäußert hat. Wie angekündigt, will er dann auch die Ausbildung der Soldaten befreien, falls er — so sagt er — dafür einmal die Kompetenz und die Verantwortung haben sollte. Ich finde es sehr erfreulich, daß Sie sich bisher noch nicht für kompetent halten.

Wir Freien Demokraten werden dieser **konservativen Attacke auf die Innere Führung** — denn darauf läuft es ja letztlich hinaus — entschlossen entgegentreten. Wir sind auch der Meinung, daß ein gänzlicher Verzicht auf die Erörterung von Grundsatzfragen dem Jahresbericht des Wehrbeauftragten nicht gut bekommt. Keine gesellschaftliche Institution kommt ohne ein gesichertes theoretisches Fundament aus. So muß es denn auch in der Armee Leute geben, die sich über die Grundfragen der soldatischen Existenz in der Welt von heute Gedanken machen — ich meine damit nicht die Theologen, Herr Kollege Rommerskirchen, obwohl ich sie nicht ausschließen will — und die auch in der Lage sind, Antworten auf die kritischen Fragen zu geben, wie sie in einer Wehrpflichtarmee an die Vorgesetzten aller Dienstgrade immer wieder herangetragen werden. Bei dieser Aufgabe, finde ich, muß der Wehrbeauftragte der Bundeswehr zur Seite stehen.

Auch bei meinem nächsten Punkt ist das, glaube ich, notwendig. Eine besondere Bedeutung kommt nämlich nach Auffassung der Liberalen in diesem Zusammenhang der Arbeit des **Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr** in München zu, von deren Nützlichkeit und besonderer Qualität ich mich überzeugen konnte. Wir sind überzeugt und erwarten, daß dies auch im Bundesministerium der Verteidigung so gesehen wird. Wir begrüßen es ausdrücklich, daß der Bundesminister der Verteidigung das Forschungsinteresse, das Sozialwissenschaftler an der Bundeswehr nehmen, unterstützt und durch die Genehmigung von Befragungen innerhalb der Bundeswehr erst ermöglicht. Die Ergebnisse nützen der Bundeswehr selbst. Ich halte das für wichtig, damit das gespannte Verhältnis zwischen Sozialwissenschaften und Bundeswehr, das lange Zeit für die Situation kennzeichnend war, überwunden werden kann. (C)

Im übrigen hat die Opposition vor nicht langer Zeit erst den Vorwurf erhoben, daß neue Vorschläge für die Behandlung der Kriegsdienstverweigerer nicht zuerst durch Umfrage wissenschaftlich abgesichert worden sind. Wir tun dies. Die ständige Abqualifizierung der Gesellschaftswissenschaften durch den verteidigungspolitischen Sprecher der Opposition signalisiert deshalb nach unserer Auffassung eher dessen gebrochenes Verhältnis zu und sein persönliches Unverständnis für moderne Führungs- und Managementmethoden.

Wir sollten uns allerdings nicht allein mit dem Gestern und Heute aufhalten. Ich möchte vielmehr die sicherheitspolitische Debatte nutzen, auch die nächsten und übernächsten Schritte zur Realisierung der notwendigen Maßnahmen auf dem Gebiete der Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit dem Ziel einer möglichst breiten Übereinstimmung mit Ihnen zu besprechen. (D)

Die Freien Demokraten halten es für erforderlich, daß den militärischen Fachleuten eine eindeutige politische Zielsetzung für die Erfüllung ihrer Aufgaben, ihrer Planungen und deren Verwirklichung gegeben wird, um hinterher nicht einzig die Möglichkeit der Billigung oder Genehmigung zu haben. Für diese Zielsetzung sind wir alle in diesem Hause zusammen verantwortlich und zuständig. Wir jedenfalls halten es für erforderlich und möglich, die parlamentarische Kontrolle für diesen wichtigen und aufwendigen Bereich noch zu verstärken.

Liberale Verteidigungspolitik, der militärische Teil einer umfassenden Sicherheitspolitik, setzt sich das Ziel, die Freiheit aller Bürger zu sichern und den Frieden zu festigen. Eine wirksame Friedenspolitik ist in unserer heutigen Welt auf eine **glaubhafte militärische Verteidigungsfähigkeit** angewiesen. Herr Kollege Jäger, dies wird bei uns in der gesamten Partei so gesehen, und Sie sollten nicht immer wieder versuchen, Untertöne hereinzubringen, als seien das Auffassungen, die sozusagen von Gruppen am Rande akzeptiert würden, aber in der Partei ansonsten umstritten seien. Dies ist eine unredliche

(A) Argumentation, für die Sie keinen Beleg bringen können.

(Zuruf von der CDU/CSU: Aber leider wahr!)

Zu diesem Ziel müssen im übrigen alle freiheitlichen Staaten zusammenstehen. Die hohe Industrie- und Bevölkerungsdichte in unserem Staate läßt es nicht zu, territoriale Verluste und die Vernichtung eines Teils seiner Bevölkerung, seiner Industrie und Infrastruktur hinzunehmen. Die Bundesrepublik Deutschland ist deshalb auf eine militärische Abschreckung, die jede kriegerische Auseinandersetzung verhindert, sogar in ganz besonderem Maße angewiesen. Auch eine nach Zeit und Kräften begrenzte Aggression würde für uns verheerende Folgen haben.

Nach Auffassung der Liberalen muß die Bundesrepublik deshalb übernommene Bündnisverpflichtungen im **NATO-Bündnis,** durch das allein unsere militärische Sicherheit gewährleistet werden kann, ehrlich erfüllen. Wir haben im Bundestag und in der Bundesregierung alle Maßnahmen zur Festigung des inneren Zusammenhalts der NATO und zur Verbesserung ihrer Funktionsfähigkeit unterstützt.

Angesichts der zunehmenden sowjetischen Rüstungsanstrengungen, die ja auch wir nicht leugnen, ist es erforderlich, erstens die Effektivität der NATO zu steigern, auch und gerade durch Standardisierung der Ausrüstung und Arbeitsteilung in Forschung und Produktion, zweitens die politische
(B) Zusammenarbeit zwischen den Bündnispartnern weiter zu verbessern und zu intensivieren und drittens die aktive Rolle des Bündnisses in der Entspannungspolitik fortzusetzen. — Diese Feststellungen aus der Wahlplattform der Freien Demokraten, die im Mai in Freiburg verabschiedet worden ist, umreißen die Zukunft unseres sicherheitspolitischen Programms.

Vizepräsident Frau Funcke: Herr Kollege Möllemann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Jäger (Wangen)?

Möllemann (FDP): Immer, gerne.

Jäger (Wangen) (CDU/CSU): Herr Kollege Möllemann, wenn Sie von der Bedeutung der Entspannungspolitik reden, weshalb enthalten Sie uns dann eigentlich die Auffassung Ihrer Fraktion zum gegenwärtigen Stand der MBFR-Gespräche in Wien und der dort offensichtlich gewordenen mangelnden Bereitschaft der Sowjetunion zu echter Entspannung vor?

Möllemann (FDP): Ich will Ihnen weder meine Auffassung noch die Haltung meiner Fraktion zu diesem Thema vorenthalten, weil ich exakt im nächsten Moment darauf gekommen wäre und einiges dazu sagen möchte.

Im Blick auf die **Abrüstungs- und Entspannungspolitik** unterstützt die FDP die Bemühungen der

(C) Großmächte zur Begrenzung der strategischen Waffen — **SALT** — und wird weiterhin intensiv auf den Erfolg der von Ihnen angesprochenen **MBFR-Verhandlungen** zu ausgewogenen und gleichgewichtigen Reduzierungen von Streitkräften hinwirken. Herr Kollege Jäger, insbesondere nach einem Gespräch mit dem Vertreter der Bundesrepublik bei diesen Verhandlungsrunden in Wien würde es auch mich reizen, hierzu einiges zu sagen. Aber ich habe mich davon überzeugen können, daß es — und das meine ich sehr ernst — wenig sinnvoll wäre, die Verhandlungsspielräume beider Seiten durch detaillierte Erörterungen der Möglichkeiten beider Seiten hier im Plenum einzuengen. Wir gehen davon aus, daß hier wie bei den anderen internationalen Verhandlungsrunden, z. B. bei der Seerechtskonferenz, bei der Weiterentwicklung des humanitären Völkerrechts die Sicherheitsinteressen unseres Staates berücksichtigt werden, und wir werden darauf Wert legen. Ich sage noch einmal: Es ist von der eigentlichen Intention dieser Verhandlungen her unmöglich, im jetzigen Stadium eine Detaildebatte über die Verhandlungsspielräume beider Seiten hier anzufangen.

Die NATO-Strategie ist den politischen Gegebenheiten, den eigenen technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten sowie den Fähigkeiten und möglichen Absichten eines potentiellen Gegners anzupassen. Die Aufgabenverteilung im Bündnis muß noch konsequenter verwirklicht werden. Hierbei ist die angestrebte europäische Zusammenarbeit auch auf dem Gebiet der Verteidigung bei den Planungen zu berücksichtigen.

(D) Das **Wehrmaterial der Bündnispartner** muß stärker standardisiert werden, und zwar aus operativen und logistischen Gründen ebenso wie zur effektiven Nutzung der verfügbaren und eben begrenzten finanziellen Mittel. Natürlich sind wir uns über die Schwierigkeiten im klaren. Eine derartige **Kooperation** kann nicht befohlen oder verordnet werden. Sie muß organisch wachsen, getragen von der öffentlichen Meinung und beständigen parlamentarischen Bemühungen, damit politisch und wirtschaftlich unerwünschte Nebenfolgen ausbleiben.

In diesem Zusammenhang des Wehrmaterials darf ich darauf verweisen, daß die FDP bei der Ablehnung von Waffenlieferungen in Spannungsgebiete bleibt und überdies für internationale Abmachungen zur Beschränkung des Exports von Rüstungsgütern eintritt.

Die neue **Struktur der Bundeswehr,** die in einigen Teilen in Erprobung ist, ist mit dem Ziel weiterzuentwickeln, für die Bundeswehr höchstmögliche Kampfkraft zu entwickeln. Zwischen der Zahl von Soldaten in Kampfverbänden einerseits und den Stäben andererseits muß vor allem bei längerdienenden Soldaten ein vernünftiges Verhältnis bestehen. Die Kommandostruktur darf nicht kopflastig sein. Es ist deshalb nach unserer Auffassung zu prüfen, ob die neue Struktur eine Verminderung der Zahl der Kommandoebenen zuläßt.

Nach Auffassung der Liberalen müssen die **NATO-Kampfverbände,** die für die Erfüllung der NATO-Strategie erforderlich sind, durch Reserve-

Möllemann

(A) verbände für Sperr- und Kampfaufgaben zahlenmäßig ergänzt werden. Die Vorne-Verteidigung ist in einem tiefgestaffelten System zu organisieren. Zur Ergänzung der assignierten Streitkräfte sind zusätzliche territoriale Verbände notwendig, um durch sie den Schutz des gesamten Raums des Bundesgebiets zu verbessern.

Für die Reserveverbände ist eine neue **Reservisten- und Mobilmachungskonzeption** unter Einbeziehung der Verfügungsbereitschaft zu entwickeln. Wir wissen, daß das Haus daran arbeitet.

(Dr. Wörner [CDU/CSU]: Wie schön, daß Sie uns recht geben!)

— Herr Wörner, im Gegensatz zu Ihnen stelle ich mich doch nicht hier her und sage, nur weil Wahlen sind, Sie haben in allen Punkten unrecht. Eine Debatte hier muß doch die Möglichkeit bieten, auch solche Ansätze Ihrerseits aufzunehmen, die vernünftige Gedanken enthalten. — Wir arbeiten auch auf diesem Feld einer Reservistenkonzeption.

Bundeswehrgemeinsame Aufgaben sind stärker zentral wahrzunehmen. Nur so ist eine wirksame Ausnutzung der verfügbaren Mittel zu erreichen. Dies berührt die Eigenständigkeit der Teilstreitkräfte nicht. Deren Aufträge sind auf ihre spezifischen Fähigkeiten abzustellen. Ihre Ausgewogenheit und Koordinierung untereinander wollen wir überprüft sehen.

Die stärkere Nutzung der **zivilen Ressourcen** sollte ebenfalls geprüft werden. Wir müssen, denke (B) ich, neue Formen einer materiellen Mobilmachung schaffen. Auch im Zivilbereich sind entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Erst beides zusammen ergibt ja eine glaubwürdige Abschreckung. Auf diesem Gebiet bietet sich ein weites Aktionsfeld für unsere jüngeren Bürger, um in einer freiwilligen Mitwirkung im Zivilschutz zu mehr **Wehr- und Dienstgerechtigkeit** zu kommen. Meine Fraktion begrüßt deshalb ausdrücklich, daß der Bundesinnenminister ein Schwerpunktprogramm für die Zivilverteidigung und den Zivilschutz verfolgt, um im Rahmen des derzeit finanziell Möglichen die zivile Seite ausrüstungs- und ausbildungsmäßig zu stärken, damit unsere Verteidigung auch im eigenen Land glaubwürdig ist.

Auch in der Bundeswehr hat **moderne Menschenführung** an erster Stelle zu stehen. Erst durch die Möglichkeit der persönlichen Entfaltung der Soldaten wird eine optimale Leistung erzielt. Für uns Liberale ist eben die Freiheit der Kernbegriff bei der Definition aller politischen Ziele — auch auf diesem Feld. Es ist deshalb bei allen staatlichen Maßnahmen zu prüfen, ob sie Einschränkungen der Freiheit bringen, ob sie solche Einschränkungen notwendig machen oder ob Einschränkungen der Freiheit vermieden werden können. Deshalb haben wir auch im Bereich der Sicherheitspolitik aktiv an solchen Vorschlägen mitgewirkt, die dem jungen Bürger so viel Freiheit wie möglich einräumten.

Die **allgemeine Wehrpflicht** — hier teilen wir die Auffassungen der übrigen Fraktionen — war und bleibt nach unserer Auffassung die Grundlage unserer militärischen Verteidigung. In Übereinstimmung mit dem Grundgesetz ist für Liberale die allgemeine Wehrpflicht aber nur ein Teil, wenngleich ein sehr wesentlicher Teil einer allgemeinen Pflicht, für die Zwecke der Verteidigung unseres Landes etwas zu leisten. Wir nehmen auch auf diesem Gebiet das Grundgesetz sehr genau. Nach liberalem Verständnis nämlich bedingt die Wahrnehmung persönlicher Freiheitsrechte auch die Bereitschaft zur Übernahme staatsbürgerlicher Pflichten. Die Verantwortung für die Sicherung und Erhaltung des Friedens obliegt allen Bürgern. Von dieser Verpflichtung kann sich niemand befreien lassen. Unsere Bürger müssen wissen — und ich denke, sie wissen es auch —, daß sie ihre Persönlichkeit in Freiheit nur entfalten können, wenn sie zugleich bereit sind, diese demokratische Ordnung zu festigen und zu schützen. (C)

Nach unserem liberalen Verständnis ist diese Verpflichtung aber in erster Linie nicht durch Zwangsmaßnahmen zu realisieren. Vielmehr geben wir dem Prinzip der **freiwilligen Erfüllung von Gemeinschaftspflichten** in jedem Fall den Vorrang. Unser Leitprinzip heißt eben: in dubio pro libertate, im Zweifel für die Freiheit. Dieser Grundsatz „im Zweifel für die Freiheit" war ja Richtschnur des Handelns unserer Fraktion im Deutschen Bundestag gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Partner bei allen politischen Maßnahmen während dieser Legislaturperiode.

(Jäger [Wangen] [CDU/CSU]: Meinen Sie das Datenschutzgesetz?)

— Herr Kollege Jäger, ich sagte gerade, daß nach unserer Auffassung alle politischen Maßnahmen, die wir realisiert haben, mehr Freiheit bewirkt haben. Bei allen politischen Maßnahmen in den verschiedensten Bereichen haben Sie konkret für die Eingrenzung von Freiheit, für weniger Freiheit für den einzelnen Bürger plädiert. (D)

(Beifall bei der FDP und der SPD — Dr. Lenz [Bergstraße] [CDU/CSU]: Möllemanns Märchenstunde!)

Man kann deswegen auch nur darüber staunen, mit welch geistigem Salto mortale, bei dem die Dinge ja nun wirklich auf den Kopf gestellt werden, die CDU/CSU darangeht, sich als den einzigen verläßlichen Hüter der Freiheit in unserem Lande zu präsentieren. Gerade Sie haben es doch bislang verhindert, daß es bei der Wahrnehmung des **Grundrechts auf Kriegsdienstverweigerung** ein Mehr an Freiheit gibt. Auch in diesem Bereich wird Ihr Wahlslogan nicht nur karikiert, sondern durch Ihre praktische Politik faktisch widerlegt.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend in dieser letzten Debatte zum Thema „Sicherheitspolitik" in dieser Legislaturperiode zusammenfassend folgendes verdeutlichen. Für die Freien Demokraten bilden Außen- und Verteidigungspolitik eine untrennbare Einheit. Als Politik zur Wahrung unserer Freiheit haben beide das Ziel, die Entspannungspolitik erfolgreich fortzusetzen und damit den besten Weg einer Friedenssicherung zu gewährleisten. Weder eine von konservativer

Möllemann

(A) Erstarrung gekennzeichnete Sicherheitspolitik, die sich fast ausschließlich auf den militärischen Bereich stützen will, die wesentliche Methoden als Klimbim bezeichnet und die die Entspannungspolitik permanent attackiert und diffamiert — dies im übrigen in völliger Isolierung von allen verbündeten NATO-Staaten —, noch eine solche, die die militärischen Belange geringschätzen würde, kann die Interessen unseres Landes wahren. Wir werden uns — entsprechend unserem Verständnis von Sicherheitspolitik — auch künftig für eine Fortführung der Grundzüge jener Politik einsetzen, die die sozialliberale Koalition auch auf dem Felde der Sicherheitspolitik als ein erfolgreiches Bündnis ausweist.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Vizepräsident Frau Funcke: Das Wort hat der Abgeordnete Biehle.

Biehle (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zunächst eine Vorbemerkung. Ich darf feststellen, daß der Bericht des Verteidigungsausschusses meiner Fraktion und mir nur in bereits ausgedruckter Form zur Kenntnis kam. Zwar ist die Inhaltsangabe des Weißbuches mit dem Bericht in Übereinstimmung, aber das Resümee des Berichtes gibt nur die Meinung der SPD/FDP-Koalition wieder. Ich wollte das zu Protokoll geben, damit nicht der Eindruck entsteht, als ob wir mit diesem Bericht einverstanden seien.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU — Dr. Lenz [Bergstraße] [CDU/CSU]: Muß nach der Geschäftsordnung in einem Ausschußbericht nicht auch die Auffassung der Minderheit stehen?)

Im Zusammenhang mit den Überlegungen zu unserer Sicherheit und zur Lage der Bundeswehr erwarten wir als Opposition von dieser Bundesregierung klare Antworten. Dementsprechend haben wir die Aussagen des Weißbuches 1975/76 geprüft und auch bewertet. Wir freuen uns, daß auch die Bundesregierung in diesem Weißbuch nunmehr eine **realitätsbezogene Betrachtungsweise der Entspannungspolitik** zum Ausdruck gebracht hat.

Mit großem Befremden nehmen wir allerdings zur Kenntnis, daß **Vertreter der SPD und FDP** in öffentlichen Äußerungen zu diesen Fragen regelmäßig bemüht sind, den Ernst der Lage zu **beschönigen,** um von dem Hauptproblem abzulenken.

(Dr. Wörner [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Herr Leber besitzt die Unbefangenheit, das auf der wehrpolitischen Fachkonferenz der SPD in München am 9. Mai dieses Jahres wieder einmal so darzustellen — ich zitiere —:

> Da wird ein Bild von der Bedrohung durch den Osten gemalt, das blutrot ist, so rot, daß den ängstlichen Gemütern schwarz vor Augen wird.

So einfach ist das! Der für unsere Verteidigung zuständige Ressortminister argumentiert vor einem großen Zuhörerkreis der SPD, als hätte er Frikadellen zu verkaufen.

(C) Auf demselben Kongreß der Kollege Horn: „Das Züchten von dramatischen Monsterbildern ist gefährlich." Kein Wort zur Sache, nur vordergründige Polemik mit dem Ziel, Unangenehmes aus der Diskussion herauszuhalten.

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Zur Sache, Schätzchen!)

Aber gerade die **Leichtgläubigkeit** — um nicht zu sagen: die Leichtfertigkeit — **in der** gesamten **Ostpolitik der Bundesregierung** und damit dieser Koalition hat doch bisher gezeigt, daß Verpflichtungen und Verträge oft genug Schall und Rauch waren bzw. sind.

(Damm [CDU/CSU]: So ist es!)

Da brauchen wir nur die **KSZE** als Beispiel zu nehmen.

Mit dieser Meinung stehen wir gar nicht alleine. Selbst das DGB-Blatt „Welt der Arbeit" hat dazu festgestellt — ich zitiere —:

> Sechs Monate nach der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki hört sich das Wort Entspannung nur noch wie eine Leerformel an. Alle Welt redet davon, keiner will mehr so recht daran glauben. Noch vor wenigen Jahren war die Zuversicht groß. Heute sind alle Illusionen verflogen.

(Dr. Wörner [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Dem kann man nur voll und ganz zustimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU) (D)

Ich frage: Wo ist denn Ihre Entspannung? Das neue Weißbuch zeigt doch, daß nicht die Union, sondern die Koalition die Möglichkeiten der Ostpolitik von Grund auf falsch eingeschätzt hat. Die Koalition hat in ihrer Entspannungseuphorie eine Politik verfolgt, die den Realitäten doch in keinster Art und Weise gerecht geworden ist. Heute müssen selbst SPD und FDP einräumen, daß die rapide **Stärkung der Streitkräfte des Warschauer Paktes** ausgerechnet in der Zeit seit 1969 stattgefunden hat, seitdem diese Koalition Entspannungspolitik betreibt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn sich Herr Leber hier hinstellt und etwas anderes sagt — ich hoffe nicht, daß das Wetter daran schuld ist —, dann erfüllt er nur sein Plansoll gegenüber den Linken. Bei der Bundeswehr würde man dazu sagen: Das sind Überlebensübungen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Schon 1975 wurde ihm angekündigt — ich zitiere —: „Leber muß eine eindeutige politische Abfuhr erteilt werden." Das ist geschehen. Einzelheiten hat der Kollege Wörner ja schon ausgeführt.

Ausgerechnet der Berichterstatter zum Weißbuch, der Kollege Möhring, stellt auch noch die Vergleiche seines eigenen Ministers zwischen NATO und Warschauer Pakt in Frage, weil sie der Öffentlichkeit angeblich die Überlegenheit des Warschauer Paktes suggerieren.

(Damm [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Biehle

(A) Aber diese Haltung ist verständlich, wenn man um die innere Einstellung von SPD- und FDP-Mitgliedern, -Funktionären und -Mitgliedern dieses Hauses weiß. Es genügt einfach nicht, daß der Herr Minister gelegentlich eine harte Linie in der Öffentlichkeit vertritt. Es ist so, wie vor kurzem eine Illustration gezeigt hat: Der Minister dient der SPD als sicherheitspolitische Attrappe im Schaufenster des SPD-Parteibuchladens, und hinter der Theke werden noch Marx und Lenin gehandelt.

(Damm [CDU/CSU]: Und das von der „roten Heidi"! — Lachen bei der SPD)

Beschämend und skandalös ist es, daß ein SPD-Abgeordneter dieses Hauses, der Kollege Dr. Jens, nach Rückkehr aus der Sowjetunion über die Bundeswehr in „Radio Frieden und Freiheit" erklärt hat — ich zitiere —:

> Ich habe wirklich nach vielen Gesprächen den Eindruck gewonnen, daß die Bürger in der Sowjetunion friedliebend sind. Von der Sowjetunion wird sicherlich niemals wieder mehr ein Krieg ausgehen. Er ist ja auch noch nie davon ausgegangen. Aber was mich persönlich und als Einzelbeispiel besonders beeindruckt hat: Wir haben in Wolgograd ein Gespräch geführt mit einem hochdekorierten Militär, einem Offizier, der so intensiv und nachhaltig über Frieden gesprochen hat, daß man das wirklich glauben mußte, daß man fest überzeugt war, daß die Militärs — selbst die Militärs hier (nämlich in Moskau) — Frieden wollen. Ich würde (B) mir wünschen, daß die Militärs bei uns auch z. T. etwas häufiger mal über den Frieden reden würden.

(Dr. Wörner [CDU/CSU] [zur SPD]: Sagen Sie mal was dazu! So sprechen Sie von der Bundeswehr!)

So etwas sagt ein Abgeordneter dieses Hauses nach der Rückkehr aus der Sowjetunion.

Diese **Bundeswehr** hat **Friedensgeist** bewiesen,

(Damm [CDU/CSU]: So ist es!)

und ihre Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten vermitteln dies jeden Tag aufs neue, im Gegensatz zur Haßerziehung in der DDR. Wir danken diesen Offizieren und Unteroffizieren und auch den Zivilpersonen für diese Erkenntnis und den aufopfernden Dienst.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wie glaubwürdig diese Bundeswehr, Herr Leber, ist, fragt man sich, wenn die SPD über ihre Abgeordneten dieses Hauses Zeitungen mit der Schlagzeile verteilen läßt: „CSU will Kanonen, SPD will Kindergärten!"

(Dr. Wörner [CDU/CSU]: Das ist die Praxis! — Zurufe von der SPD)

Wie glaubwürdig sind Sie, wenn allenthalben von der SPD, wie in Frankfurt, Flugblätter mit dem Text verteilt werden — ich zitiere —: „Wir fordern die radikale Senkung des preistreibenden Rüstungshaushaltes und der Militärausgaben"? Die FDP nehme ich davon nicht aus; denn die politischen (C) Playboys dieser Partei, die Judos, verteilen sogar Flugblätter — ich zitiere —: „25 Jahre NATO sind genug — Frieden durch Abrüstung" sowie:

> In der 25jährigen NATO-Geschichte zeigte sich: Mit immer größerer Zerstörungskraft soll der Gegner bedroht, abgeschreckt, notfalls auch vernichtet werden. Die NATO war in diesem Rennen immer der Schrittmacher.

(Dr. Wörner [CDU/CSU]: Na, Herr Möllemann? — Zurufe von der FDP)

Wie glaubwürdig ist die SPD/FDP-Koalition, wenn wichtige **Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr** nur mit den Stimmen der CDU/CSU im Verteidigungsausschuß erfolgreich über die Bühne gehen? Jüngstes Beispiel war die **MRCA-Vorlage,** bei deren Abstimmung im Verteidigungsausschuß Mitglieder — laut eines Pressedienstes — der „linken SPD-Riege" abwesend waren oder den Sitzungssaal verlassen haben, während die FDP ihr Verständnis durch völlige Abwesenheit auch ihres seit wenigen Monaten dort tätigen sogenannten jungen Verteidigungsexperten Möllemann bekundete.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zu seinem Vorwurf, daß wir draußen anders sprächen als im Verteidigungsausschuß, kann man nur sagen: Wenn man nicht anwesend war, kann man natürlich draußen auch nicht anders reden.

(Erneuter Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Frau Funcke: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Möllemann? (D)

Biehle (CDU/CSU): Wenn sie mir nicht auf meine Zeit angerechnet wird, bitte.

Möllemann (FDP): Herr Kollege, würden Sie freundlicherweise hier wie im Verteidigungsausschuß noch einmal zur Kenntnis nehmen, daß ich es für einigermaßen unredlich halte, wenn man die zeitweilige Abwesenheit eines Kollegen —

(van Delden [CDU/CSU]: Bei der Abstimmung!)

— auch bei Ihnen geschieht es ja wohl des öfteren, daß Sie nicht alle permanent anwesend sind — so interpretiert, als seien wir dagegen, insbesondere nachdem von exakt demselben, nämlich von mir, für die Freien Demokraten bereits vorher klar und deutlich mitgeteilt worden war, daß wir dieses Beschaffungsvorhaben unterstützten? Ich meine, Sie wissen genau, daß es immer schwieriger ist — —

Vizepräsident Frau Funcke: Herr Kollege, Sie dürfen nur fragen.

Möllemann (FDP): Ja. Wissen Sie nicht, Herr Kollege, daß es naturgemäß etwas schwieriger ist, wenn eine Fraktion nur durch zwei Abgeordnete im Ausschuß vertreten ist, daß diese immer gleichzeitig anwesend sind?

(A) **Biehle** (CDU/CSU): Herr Kollege Möllemann, ich habe erwartet, daß Sie diese Frage stellen würden. Es war auch gar kein Vorwurf gegen Sie persönlich, denn ein einzelner kann immer einmal fehlen. Aber die FDP-Fraktion hat ja vier Kollegen zu benennen, zwei ordentliche Mitglieder und zwei Stellvertreter. Es war keiner von den vieren anwesend.

(Dr. Wörner [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Ihre Erklärung, daß Sie dem MRCA-Projekt zustimmten, kam erst dann, als Sie in der Öffentlichkeit Druck verspürten, weil die FDP bei dieser wichtigen Entscheidung nicht dabei war. Das sind die Realitäten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Frau Funcke: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Damm? — Bitte!

Damm (CDU/CSU): Herr Kollege, könnte es sein, daß die FDP-Kollegen deswegen nicht an der Abstimmung über die MRCA-Vorlage teilgenommen haben, damit sie nach Regierungsübernahme durch die CDU/CSU ein Alibi haben, gegen das MRCA zu sein?

(Oh-Rufe von der SPD)

Biehle (CDU/CSU): Diese Überlegungen sind durchaus anzustellen.

(B) Wie glaubwürdig ist denn diese Koalition, wenn FDP- und SPD-Mitglieder die Aufrufe zu Protestaktionen des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, laut SPD eine kommunistische Organisation mit über 15 000 Teilnehmern, in Bonn unterstützen? Pikanterweise haben sich zu dieser Volksfrontgruppierung auch Frau und Tochter des ehemaligen Bundespräsidenten bekannt, dessen damalige Partei mit dem Slogan durch die Lande gezogen ist: „Wählst du die Heinemann-Partei, kommst du am Barras vorbei."

(Damm [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Daran sollte man sich auch gelegentlich erinnern.

Die SPD und Minister Leber kommen immer wieder mit dem abgedroschenen Schlagwort der ausbleibenden Alternative der Opposition. Dazu muß doch deutlich gesagt werden, daß diese Bundeswehr und das Bündnis in den 50er Jahren — man muß es immer wiederholen, damit es auch der letzte Mann in unserem Lande weiß — gegen den harten Widerstand der SPD in diesem Hause geschaffen worden sind.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Leider beseelt dieser Geist von damals viele in Ihren Reihen auch noch heute, und es geht darum, daß dieser Geist sich nicht durchsetzt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Jusos und eine Reihe SPD-Mitglieder haben eine Reihe von Beweisen geliefert. Lassen Sie mich einige Kostproben aufzählen:

(Wehner [SPD]: Kosten Sie mal!)

Minister Leber steht in krassem Widerspruch (C) zu SPD-Parteitagsbeschlüssen und der erklärten Friedens- und Entspannungspolitik der Bundesregierung.

(Wehner [SPD]: Zitatende!)

Der sicherheitspolitische Kongreß der **Jungsozialisten** in Gießen fordert die Einführung von Soldatenräten, Reduzierung von Verteidigungsausgaben, Abzug aller US-Truppen aus Europa.

(Wehner [SPD]: Zitatende!)

Frankfurter Jungsozialisten fordern Haushaltskürzungen, z. B. 10 Milliarden im Verteidigungshaushalt.

(Erneuter Zuruf des Abg. Wehner [SPD])

Die Juso-Zeitschrift schreibt:

> Wir sind auf Grund unserer Analyse der außenpolitischen Situation sicher, daß wir uns schrittweise aus der Vormundschaft einer imperialistischen Großmacht befreien können und daß es völlig unlogisch ist, wenn immer behauptet wird, unsere Sicherheit beruhe auf den Verträgen und den Waffen des NATO-Bündnisses.

Man fährt fort:

> Auch die Funktion der Bundeswehr muß neu überdacht werden, inwieweit diese als Instrument der Sicherheit notwendig ist oder inwieweit sie nur als Bürgerkriegswaffe neben ihrer Funktion als Pfründe ganzer Industrien und privilegierter Offiziers- und Beamtenkasten zur Sicherung unseres Gesellschaftssystems und zur Aufrechterhaltung der amerikanischen Vorherrschaft am Leben erhalten wird. (D)

(Dr. Wörner [CDU/CSU]: Das sind alles Mitglieder der SPD!)

— Ja, Mitglieder der SPD.

Lassen Sie mich ein letztes Beispiel bringen, das deutlich macht, welche Entwicklung das genommen hat. Da sagt ein Genosse von Ihnen, der jetzt in Schleswig-Holstein als Kandidat für den Bundestag aufgestellt worden ist und der jetzt schon Sprecher Ihrer Landtagsfraktion für innenpolitische Angelegenheiten ist:

> Wenn dieser Staat nicht mehr nach den Vorstellungen meiner Partei geordnet ist, muß man über die Anwendung von Gewalt als Mittel der Politik neu nachdenken.

(Wehner [SPD]: Zitatende! — Zuruf des Abg. Dr. Wörner [CDU/CSU])

— Ja, Zitatende, Herr Wehner. Man könnte von Ihnen auch noch einiges dazu bringen. Aber es ist auch so schon gesagt. Ich komme auf Sie noch zurück.

(Wehner [SPD]: Ja, sehr gut, kommen Sie mal zurück!)

Wenn die CDU/CSU nicht über 20 Jahre in der **Verantwortung auch für die Sicherheitspolitik** dieses Landes gestanden hätte, ich glaube, wir würden heute vielleicht nicht mehr die Chance haben, uns als Demokraten in diesem Parlament in Freiheit auseinanderzusetzen, denn noch heute gilt der Spruch:

Biehle

(A) Jedes Volk hat eine Armee, entweder die eigene oder die der Besatzungsmacht.

(Zustimmung bei der CDU/CSU)

Die Beispiele Ungarn, CSSR und in anderen Ländern mögen uns genügend Hinweis sein.

Wenden wir uns der Entwicklung der Bundeswehr zu. Herr Leber hat sich angewöhnt, den **Zustand der Bundeswehr** in goldenen Farben zu malen. Wenn es so wäre, Herr Minister, würden wir uns in unserer Zustimmung zu solchem Lob von keinem übertreffen lassen. Sie aber lassen sich von der Fassade blenden. Die Qualität der Truppe bekommt man nicht in den Griff, wenn man Statistiken studiert, an der einen oder anderen Lehrvorführung teilnimmt, die Leistungsdaten moderner Waffensysteme vergleicht oder die größeren Probleme mancher westlicher Bündnispartner für die Bewertung der Bundeswehr zugrunde legt.

(Möllemann [FDP]: Sondern?)

Die Soldaten und Zivilbediensteten der Bundeswehr können Ihnen jederzeit aus dem Handgelenk eine realistische Zustandsbeschreibung vortragen. Am allerwenigsten kann es aber die Truppe vertragen, wenn man ein unzutreffendes Bild von ihr malt, im guten wie im schlechten.

(Ollesch [FDP]: Und wie ist es?)

Gegen jedwede Schönmalerei spricht z. B. ein Pressebericht einer Division mit der Überschrift: „Anerkennung für Soldaten — Schelte für das Material". Es (B) wird dann davon gesprochen, daß das **überalterte Gerät** Sorgen macht, daß man kaum noch größere Divisionsübungen durchführen kann, sie finden mangels Masse — ich meine damit die finanzielle Ausstattung — im Saale statt.

Zweifellos stimmt es, daß die **Soldaten** ein unvermindert hohes Maß an Leistungen bringen. Dafür zollen wir ihnen immer wieder höchstes Lob; aber das ständig steigende, im Übermaß geforderte Engagement zahlloser **Führer und Unterführer** wird immer mehr aufgezehrt. In dieser **Überforderung** bleiben der Truppe viele notwendige Erfolgserlebnisse versagt.

(Zuruf von der SPD: Reden Sie über die Bundeswehr?)

Der unter Ihrer Verantwortung ausgebaute **Zentralismus,** die von oben her verordnete Gestaltung auch der letzten Dienststunde, hat den erforderlichen Handlungsspielraum der unteren Befehlsebene unerträglich eingeengt. Sie läßt kaum mehr Platz für schöpferisches Planen und Handeln. Im Gegenteil: sie fördert einen Geist des Absicherns, des oben Nachfragens

(Wehner [SPD]: Wieder „Geist"!)

und damit der politischen Einflußnahme im Sinne des ehemaligen Verteidigungsministers und heutigen Bundeskanzlers Schmidt, der laut Sozialdemokratischem Pressedienst vom 3. Dezember 1970 vor dem SPD-Parteirat die Befolgung sozialdemokratischer Befehle in der Bundeswehr forderte, um den militärischen Wert der Bundeswehr zu verbessern. (C) Das ist dieser Geist.

(Wehner [SPD]: Wieder „Geist"! Sie sind sehr „Geist"-reich!)

Sie haben ferner einen neuen großen **Beförderungsstau bei Feldwebeln und Offizieren** entstehen lassen. Sie haben es bis heute weder gegenüber den Betroffenen noch gegenüber dem Parlament für notwendig befunden, dazu auch nur annähernd konkrete Lösungsvorschläge aufzuzeigen.

Unser bereits am 18. Februar 1976 im Verteidigungsausschuß eingebrachter Antrag auf Wiedereinführung der **Besoldung von Zeitsoldaten** vom ersten Tag der Verpflichtung an einschließlich der Verpflichtungsprämien war bis zum 23. Juni 1976 immer wieder verzögert worden. Am Mittwoch stimmten plötzlich die Koalitionsparteien einstimmig zu, nachdem selbst das Ministerium einen niederschmetternden Bericht über die echte Situation, die Personallage, vorgelegt hat. Das sind die Realitäten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Bestand von 34 000 liegt derzeit bereits um 20 000 unter dem Soll der Streitkräfte; so konnten wir dem schriftlichen Bericht entnehmen. Zum Jahresende 1976 wird man bei den Z 2-Soldaten auf rund 18 000 absinken, so daß das Fehl 35 000 erreichen wird. Insgesamt ging bei den **Zeitsoldaten** SAZ 3 bis 15 die Zahl von Januar bis Mai 1976 um 60 % zurück, und sie sinkt weiter rapide ab.

(Zurufe von der SPD)

Der Bericht sagt, die Hauptursachen seien — so das (D) Ministerium — die Maßnahmen des **Haushaltsstrukturgesetzes** vom Dezember 1975.

(Dr. Wörner [CDU/CSU]: Genau wie wir das vorausgesagt haben! — Damm [CDU/CSU]: Leber weiß alles besser!)

Wir haben gewarnt, haben es vorausgesagt; aber man wollte uns nicht ernst nehmen.

Es scheint Ihnen auch gleichgültig zu seine, daß die Soldaten trotz Eignung und Leistung je nach ihrer Jahrgangszugehörigkeit bis zu mehreren Jahren unterschiedliche **Beförderungszeiten** erfahren müssen. Sie haben gegen unsere wiederholten ernsten Warnungen — für die wir sogar als Panikmacher bezeichnet wurden — für Soldaten auf Zeit in den ersten sechs Monaten ihrer Dienstzeit durch das Haushaltsstrukturgesetz vom Dezember 1975 viele Dinge abgeändert. Sie werden schon jetzt als Folge davon nach wenigen Monaten zu erheblichen finanziellen Mehraufwendungen gezwungen sein.

Seit zwei Jahren fordert dieses Parlament auf einen Antrag der CDU/CSU hin die Einführung des **Spitzendienstgrades der Unteroffiziere.** Bis heute hat sich diese Bundesregierung nicht auf einen Lösungsvorschlag einigen können. Der Streit der beteiligten Ministerien wird auf dem Rücken der Soldaten ausgetragen.

(Damm [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Die Hauptfeldwebel werden es Ihnen sicher zu lohnen wissen.

Biehle

(A) Die **Wohnungsfürsorge** hat sich zur Wohnungszuteilung entwickelt. Einschneidende Maßnahmen werden verschwiegen. Wo bleibt die Fürsorge für die Soldaten? Die Bundesdarlehenswohnungen haben längst die Mietsätze des freien Wohnungsmarktes überschritten. Wo bleibt Ihre Fürsorge, Herr Minister, von der Sie sagen, daß alles so bestens bestellt sei? Die **Kantinenreform** wird in zahlreichen Standorten mit bitterer Enttäuschung kommentiert.

Das Problem der **Wehrgerechtigkeit,** zu dem in früheren Weißbüchern umfangreiche Betrachtungen angestellt worden waren, wird herabgespielt und bleibt ungelöst. Sie sagen in Ihrem Weißbauch sogar — ich zitiere —:

> Wehrgerechtigkeit ist in der jungen Generation kein wichtiges Diskussionsthema.

Gehen Sie hinaus, fragen Sie junge Menschen und deren Eltern, wie sie zu diesen Dingen stehen!

Das **Revervistenkonzept** und seine Unzulänglichkeiten werden mit keinem Wort erwähnt. Neuordnung der **Wehrdienststruktur** ist lediglich eine Absichtserklärung, es ist Funkstille eingetreten.

(Möllemann [FDP]: Was wollen Sie eigentlich?)

Das neue **Ausbildungs- und Bildungsangebot** ist zu wenig berufsorientiert.

Die **Steigerungsraten des Verteidigungshaushaltes** bleiben unter der Inflationsrate. Jedem Laien wird klar, daß dies angesichts explosionsartig steigender (B) Kosten für Personal und neue Waffensysteme zu einem faktischen Rückgang unserer Leistungen für die äußere Sicherheit führt. Lange genug haben wir auch hier vor einer solchen Entwicklung gewarnt. Auf diesem Gebiet müßten wenigstens einigermaßen wieder reale Steigerungsraten hergestellt werden.

Die Thesen des Herrn Möllemann waren sicherlich wenig nützlich. Diese hörten sich ja an, als ob die Bundeswehr ein Kindergarten sei; sie waren überhaupt nicht realitätsbezogen.

Schwerwiegende Folgen wird schließlich auch die von der SPD/FDP gewollte Neuordnung des **Anerkennungsverfahrens für Wehrdienstverweigerer** haben. Wir haben hinreichend klargemacht, daß wir dem vorliegenden Gesetz nicht zustimmen können. Bereits am 15. April 1957 hat der Herr Kollege Wehner angekündigt: „Die SPD wird die Wehrpflicht abschaffen, wenn sie an die Regierung kommt." Dies wird immer deutlicher.

(Zurufe von der SPD)

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Diese Entwicklung in der Bundeswehr besorgt uns. Ich möchte keinen Zweifel daran lassen: Wer immer im Herbst als Minister die Verantwortung auf der Hardthöhe tragen wird, übernimmt eine schwere Hypothek. So sehr wir insgesamt der Bewertung des Weißbuchs zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zustimmen, so reserviert betrachten wir andererseits die schönfärberische Darstellung der Entwicklung der Bundeswehr. Das Buch soll den Bürgern nichts vormachen. Das, was Sie hier zur Bundeswehr geliefert haben, ist kein Weißbuch, sondern ein Weißmacherbuch. (C)

Sie können sich darauf verlassen, daß die nächste, von der CDU/CSU geführte Bundesregierung dieses Weißbuch ernster nehmen und im Interesse der Soldaten und auch der künftigen Wehrpflichtigen auch handeln wird. Gleichwohl empfehlen wir besonders den Damen und Herren von der SPD/FDP-Koalition den ersten Teil dieses Weißbuches eindringlich zur sorgfältigen Lektüre.

(Wehner [SPD]: Hört! Hört!)

Wenn es aber um die Freiheit und Sicherheit durch Abwehr aller äußeren Gefahren für unsere Bürger geht, sollte dies unser volles Engagement wert sein. Dies haben wir wiederholt bekundet. Dazu gehört nach wie vor auch die Devise der NATO: „Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit."

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Frau Funcke: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Möhring.

Möhring (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nach diesen etwas launischen Wahlkampfthemen — ich denke, sie wurden in der Hauptsache für die Heimatzeitung angesprochen — möchte ich zu den wesentlichen Schwerpunkten des Weißbuchs und zu seinen Aussagen zurückkehren. Ich möchte beginnen mit der Präambel:

> Unser Ziel ist es, den Frieden zu wahren, die Unversehrtheit unseres Landes zu sichern, die Freiheit der Bürger zu schützen und den politischen Handlungsspielraum dieser Bundesregierung zu erhalten. Dazu sind personelle Zusammensetzung, Ausrüstung und Ausbildungsstand der Bundeswehr besser als je zuvor. (D)

Das ist das Vorwort, das der Bundeskanzler diesem Weißbuch gegeben hat, und ich füge hinzu: Diese unsere **Bundeswehr** ist in einem sehr guten **Zustand.** Ich werde dies durch einige Weißbuchschwerpunkte beweisen. Nur, der Zustand dieser Bundeswehr war nicht immer so. Auch dafür gibt es ausreichend Beweise. Dankenswerterweise hat ein CDU-Verteidigungsminister, nämlich Herr Schröder, ein kleines Büchlein geschrieben, das Weißbuch 1969. Weißbücher kann man vergleichen; das ist eine gute Sache. Ich werde das punktuell tun, es ist sehr interessant.

Beginnen wir beim **Personalstärkenbereich.** Wir stellen fest, daß erstmals eine Bundesregierung ihre NATO-Verpflichtung voll erfüllt hat. 36 Brigaden stehen dem Bündnis zur Verfügung. Da vorher das Zahlenspiel angezweifelt wurde bezüglich der Brigaden, darf ich dazu sagen: Diese Brigaden haben die CDU-Krankheit der äußerst mangelhaften Tagesdienststärken von vor 1969 abgelegt. Ihre Sollstärke von 495 000 ist fast erreicht. Sie betrug im ersten Quartal 1976 490 000. Es kommt eben darauf an, was hinter den Zahlen steht.

Dies geschah dank einer neuen **Wehrstruktur,** die sich allein ausrichtet a) an der Bedrohung durch den Warschauer Pakt und b) den Forderungen der

Möhring

(A) NATO-Strategie, und zwar, Herr Kollege Biehle, auf Grund der dem Bündnis zugrunde liegenden Zahlen, nicht derjenigen, die Sie mir bei dem Versuch, mich zum Pseudojuso abzustempeln, unterstellen möchten, um mich draußen vielleicht ein wenig madig zu machen. Ich bin überzeugt, daß Ihr bayerischer Hemdsärmelkampfstil auch innerhalb Bayerns nicht überall ungeteilten Beifall finden wird.

Das Ziel dieser Wehrstruktur ist es, mehr Verteidigungskraft durch mehr Panzer, durch mehr Artillerie und durch mehr Panzerabwehrraketensysteme zu bekommen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Der Minister will das doch nicht!)

Drei neue Brigaden sind aufgestellt, zwei Modellbrigaden werden ein Jahr lang erprobt. Auch hier ein Fortschritt gegenüber früher. Es gibt keine **Überhastung** wie **bei der Aufstellung der Bundeswehr** unter CDU-Verantwortung, unter deren Folgen wir heute noch zum Teil leiden.

(Lachen und Zurufe von der CDU/CSU)

Wer über Personalschwankungen klagt und meint, die Bundeswehr stehe vor dem totalen Zusammenbruch und sei nur noch durch einen Dr. Wörner zu retten — zumindest bis zum 3. Oktober —, darf mit mir einmal einen Ausflug in die CDU-Vergangenheit machen.

Wie sah Ihre **Personalstärke** denn damals aus? Am Anfang — Herr Kollege Biehle, genau dies ist (B) der Punkt, warum wir damals unsere Bedenken angemeldet haben — stand eine der unbedachtesten, weil realitätsfremdesten Verpflichtungen,

(Damm [CDU/CSU]: Ihr wolltet damals überhaupt keine Verteidigung!)

nämlich in kurzer Zeit insgesamt 508 000 deutsche Soldaten aufzustellen. Das haben wir als unrealistisch angesehen. Denn: Nach 14 Jahren Wehrverfassung, 1966, mußte die CDU-Regierung einräumen,

(Zuruf von der CDU/CSU: Was machen Sie denn für eine Vergangenheitsbewältigung!)

daß ihr immer noch 53 000 Soldaten fehlten. 1967 war ein weiteres Ansteigen der **Fehlstellen** auf 54 000 zu verzeichnen, 1968 waren es bereits 65 000. Zwischendurch bekam Ihr Verteidigungsminister Angst und hat den Versuch gemacht, diese ursprüngliche Zahl sogar um 91 000 auf 417 000 zu kürzen. Und Sie reden heute von Sicherheitsabschwächung! Damals gab es diese Schwäche, aber das wollen Sie ja nicht hören.

Bei genauerer Beobachtung gab die Personalmisere noch etwas preis: 18 % oder insgesamt 26 000 Unteroffiziere fehlten Ihnen. 40 % der Offiziere waren nicht vorhanden. Darüber hinaus bestand ein völliges Mißverhältnis in der Relation Wehrpflichtige zu Ausbildern. Gemessen an unserem Leitbild, daß wir 60 % **Zeit- und Berufssoldaten** und 40 % **Wehrpflichtige** haben wollen, hatten Sie damals 47 % Längerdienende, aber 13 % mehr Wehrpflichtige! Heute ist das Zahlenverhältnis genau umgekehrt. Ich sage Ihnen: Wenn nach CDU-Vorstellungen der Anfangsjahre 508 000 Soldaten die Sicherheit garantieren sollten, dann war diese Bundesrepublik unter dieser schlechten Struktur sicher weniger als nur „bedingt abwehrbereit". Das war die Wirklichkeit noch 1969. (C)

Dieses ganze konzeptionslose Chaos ist erst sichtbar und transparent geworden, als wir die Regierung übernahmen.

(Ernesti [CDU/CSU]: Übernehmen Sie sich doch nicht!)

Denn wir machten **Bestandsaufnahme.** Wir machten dieser Armee, die unter der CDU/CSU bis dahin über ihre inneren Zustände stillschweigen mußte, den Mund auf. Und sie schrieben und sie redeten, diese Soldaten, drei Monate lang. Tausende von Anregungen erreichten den Verteidigungsminister Schmidt. Das Weißbuch 1970 gibt darüber sehr erschöpfend Auskunft. Und dann machten wir uns daran, diese Anregungen in Taten umzusetzen, oft gegen Ihre härteste Kritik.

(Zuruf von CDU/CSU: Haben Sie die Bilanz einmal gelesen?)

Vizepräsident Frau Funcke: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kliesing?

Möhring (SPD): Ich möchte angesichts der unter uns fair eingeteilten Zeit keine Zwischenfragen zulassen, um nicht diejenigen, die noch zum Wehrbeauftragten-Bericht sprechen möchten, nach 13 Uhr abzudrängen. — (D)

(Damm [CDU/CSU]: Schade, denn sonst hätte Sie einmal ein Kenner aus der Zeit des „konzeptionslosen Chaos" gefragt!)

Wer wissen möchte, was die Regierung und die SPD/FDP-Koalition geleistet haben, darf sich gern noch einmal die **Weißbücher von 1971 bis 1974** ansehen.

(Dr. Kliesing [CDU/CSU]: Ich hätte Ihnen gern etwas über das Jahr 1953 erzählt!)

Sie gehören nämlich mit zur Beurteilung der Qualität dieser Regierung. Jede Einzelmaßnahme, mit der wir konkret etwas gegenüber der Zeit, die Sie hier zu verantworten haben, verbessert haben, ist dort aufgelistet. In 180 **Einzelmaßnahmen** haben wir für Soldaten Entscheidendes tun können,

(Dr. Lenz [Bergstraße] [CDU/CSU]: Jeden Tag eine Reform!)

nicht mit Allgemeinsprüchen wie bei Ihnen, mit „Man müßte" und „Man würde", sondern ganz konkret, oft sogar in vielen Kleinigkeiten. Denn Kleinigkeiten sind es ja, die den Soldaten oft ärgern oder erfreuen, besonders, wenn sie sich summieren.

(Damm [CDU/CSU]: Ja, z. B. die Socken!)

— Ja, genau, Ihre Socken! Aber sie sind gegenüber der Grundausstattung von 1956 nicht reduziert worden. Sie haben ja den Soldaten von Anfang an nicht

Möhring

(A) genügend mitgegeben. Erst unter dieser Regierung haben sie genügend Socken bekommen, Herr Damm!

(Zustimmung bei der SPD — Lachen bei der CDU/CSU — Zurufe von der CDU/CSU: Ihr habt ja dem Haushalt nie zugestimmt! — Ihr habt ja nie Geld bewilligt! — Weitere Zurufe)

Ich darf daran erinnern: Wir haben erreicht: die **vorgezogene Beförderung von Wehrpflichtigen,** die Transparenz des Werdeganges aller, die sich für eine Tätigkeit innerhalb der Bundeswehr interessieren, die Einführung des **FD-Offiziers,** den **Hauptfeldwebel nach A 9,** funktionsbezogene **Speziallaufbahn,**

(Damm [CDU/CSU]: Habt ihr den Fachoffizier eingeführt? — Dr. Wörner [CDU/CSU]: Herr Möhring, überlegen Sie einmal, was Sie da gesagt haben! — Weitere Zurufe)

Verbesserungen in **Einödstandorten,** zentrale **Kantinenorganisation,** Einführung der **Sozialabteilung** — nichts ist Ihnen damals eingefallen! —, **Wohnungsmodernisierungsprogramm, Soldatenheime** als Begegnungsstätten,

(Biehle [CDU/CSU]: Wissen Sie nicht, daß wir schon Soldatenheime gebaut haben, als Sie noch gegen die Bundeswehr waren? — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Bundeswehrkrankenhäuser; auch die **Reservistenkonzeption** 1971 ist nicht von Ihnen erfunden worden, sondern ist von uns verabschiedet worden.

(B) (Lachen bei der CDU/CSU — Damm [CDU/CSU]: Ein Komiker ist das!)

Herr Dr. Wörner, Sie haben vieles gesagt, was Sie sich alles gewünscht hätten. Darauf kommt es überhaupt nicht an!

(Zustimmung bei der SPD)

Ihre guten Ideen von damals, Herr Dr. Wörner, sind allesamt nur ein Stück Papier, wenn sie nicht verwirklicht werden. Ich gebe zu, wir leben nicht ohne Vergangenheit, nicht ohne das, was vor uns gewesen ist,

(Damm [CDU/CSU]: Und was für eine Vergangenheit ihr habt!)

aber wir haben in unserer Regierungszeit alles verwirklicht, was den Soldaten damals vorenthalten worden ist. Das ist das Entscheidende!

(Zustimmung bei der SPD — Lachen bei der CDU/CSU — Weitere Zurufe)

— Es ist sehr interessant, wie Sie sich ereifern,

(Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

aber das zeigt mir, daß Sie sehr gut mitdenken können und daß Sie sich getroffen fühlen.

(Biehle [CDU/CSU]: Das ist ja eine Rede unter Bezirkstagsniveau!)

Wir haben die **Mitwirkung der Soldaten** durch die Verbesserung des Vertrauensmännerwahlgesetzes und des Soldatengesetzes weiter ausgebaut, und wir haben **Bildung und Ausbildung** neu geordnet.

(Zuruf von der CDU/CSU: Nicht zu glauben!)

(C) Dies alles — diese an sich nur kleine Auswahl —

(Zuruf von der CDU/CSU: Es ist doch nicht zu fassen!)

zeigt, was alles diese CDU und diese CSU nicht getan haben; sonst wären diese Maßnahmen ja nicht erforderlich gewesen. Das heißt also, unser Leistungskatalog ist Ihre Versäumnisbilanz, Herr Rommerskirchen.

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU/CSU)

Ein schwieriges Problem — ich gebe das zu, und ich muß mich damit beschäftigen, weil hierüber das letzte Wort noch nicht gesprochen ist — ist der Komplex der **Kriegsdienstverweigerung.** Aber, meine Herren von der Opposition, statt klar zu erkennen, daß der Versuch einer **Gewissensprüfung** unehrlich, weil unmöglich ist, und daraus endlich saubere Konsequenzen zu ziehen, findet man in der Zeit der CDU/CSU-Verantwortung nur völlige Hilflosigkeit gegenüber steigenden Antragszahlen. Siehe Weißbuch 1969:

> Die Bundesregierung wird u. a. gesetzgeberische Maßnahmen prüfen, die geeignet sind, den Mißbrauch des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung zu verhindern.

Diese Formulierung erinnert mich ganz fatal an die substanzlosen Bemerkungen des Kollegen Wörner zur Verteidigungspolitik von vorhin. So wurde Verteidigungspolitik gemacht, deklamatorisch, aber nicht faktisch!

(Zustimmung bei der SPD) (D)

Und auch heute noch, als wir das Gesetz zur Aussetzung dieses unwürdigen Verfahrens vorlegten, war die Opposition nicht bereit, Wehrpflichtige und Truppe von diesem belastenden Problem zu befreien. Meine Damen und Herren von der Opposition, wenn Sie dieses Gesetz zu Fall bringen, werden Sie dafür — davon bin ich überzeugt — von vielen jungen Menschen am 3. Oktober eine Quittung erhalten, und zwar nicht nur von Kriegsdienstverweigerern, sondern auch von all denen, die in Ihrer Haltung ein generelles Mißtrauen gegenüber unserer Jugend sehen müssen, daß sie nicht bereit sei, in der Stunde der Not zu unserem Staat zu stehen.

Wir Sozialdemokraten bescheinigen dieser Jugend noch einmal ausdrücklich unser Vertrauen, weil sie in der Vergangenheit überwiegend ihren Wehrdienst geleistet hat, obwohl sie jederzeit und in jeder Zahl ihr Gewissen anmelden konnte und auch heute noch anmelden kann. Deshalb ist der Vorwurf der Abschwächung unserer Verteidigungsfähigkeit, den Sie uns einreden wollen, auch kompletter Unfug. Unsere Jugend ist viel, viel besser als der Ruf, den Sie dieser Jugend insgesamt anhängen möchten.

(Beifall bei der SPD — Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein [CDU/CSU]: Es ist doch eine Unverschämtheit, so etwas zu sagen!)

Die Verteidigungsfähigkeit beruht aber nicht nur auf 495 000 präsenten Soldaten. Für den Verteidigungsfall sind 750 000 Reservisten aufgerufen, gut

Möhring

(A) ausgebildet und richtig strukturiert, um den V-Umfang herzustellen. 1971 hat diese Bundesregierung eine **Reservistenkonzeption** verabschiedet und diesen Mob-Anteil neu geordnet. Sie hat auch erstmals den Mut besessen, zivile Kraftfahrzeuge schon in Friedenszeiten vorführen zu lassen. Die CDU hat sich dazu nie getraut.

Im Territorialbereich gilt es nun, angepaßte Strukturen durch Modellversuche zu erarbeiten. um höchste Verteidigungseffektivität zu erreichen. Nicht mehr eingeplante Reservisten der Personalreserve gilt es durch neuformulierte Aufträge im verteidigungspolitischen Bereich sinnvoll zu nutzen. Wir dürfen und können dabei auf keinen Fall auf Freiwillige verzichten. In der Zeit der CDU/CSU-Verantwortung wurde viel guter Wille ungenutzt vertan und wurden Reservisten im Status eines Kriegervereins gehalten. Die Koalition hat ihnen endlich wieder ihre ursprüngliche Bedeutung gegeben. Sie sollten sich einmal die Reservistenzahlen von vor 1969 und ihre Nutzung ansehen, wenn Sie über dieses komplexe Thema mit uns reden wollen.

Ausbildung und Bildung wurden neu geordnet und ihre Grundzüge der Bildungsreform unserer zivilen Umwelt angeglichen. Das Ziel ist: Soldaten sollen mehr Verwendung unter zivilberuflich verwertbarer Aus- und Fortbildung finden und mit beruflichem Zugewinn als Zeitsoldat die Bundeswehr durchlaufen. Heute sind im Offiziersstudium: 1287 in Hamburg, 1900 in München, 610 in Fachhochschulen.

(B) Unter CDU/CSU-Verantwortung war dieser Bereich völlig ungeordnet. Oft kam der gelernte Bäkker in die Schreibstube und der Abiturient in die Küche.

(Lachen und Zurufe von der CDU/CSU)

Glorreicher Erfolg dieser verfehlten Personalpolitik war jahrelang der Negativbegriff des „Gammelns" als Bewertung sinnloser Tätigkeiten unter CDU-Verteidigungsministern. Das war Ihr Konzept: nämlich keines!

(Zurufe von der CDU/CSU)

Was sagen zu alledem die Bürger, die diese Verteidigung tragen sollen? Da die CDU/CSU in ihren Regierungsjahren den **Bürger** um seine **Meinung** nicht gefragt hat — im Weißbuch 1969 fehlt dazu jeder Hinweis —, haben wir es 1970 getan. 68 % der Bürger sagten ja zur Bundeswehr. 32 % hielten sie nicht für wichtig oder gar für schädlich. 1975, nach fünf Jahren Regierungszeit dieser Koalition, sagten 74 % der Bürger ja und nur noch 26 % jein oder nein. Da muß unsere Verteidigungspolitik wohl doch nicht so schlecht gewesen sein, wie Sie sie hier darzustellen versuchen.

(Dr. Kliesing [CDU/CSU]: Seit wann sagt die SPD ja zur Bundeswehr?)

Dies kann natürlich auch Herr Dr. Wörner nicht bestreiten. Aber er möchte die Bundeswehr natürlich noch viel besser machen; wenn es geht, unter drastischen Sparmaßnahmen in anderen Bereichen, vielleicht im Sozialbereich; er muß das schon deutlicher sagen. Vielleicht versucht er es aber auch mit

(C) unverbindlichen Sprüchen. So habe ich im Deutschlandmagazin gelesen:

> Solange die militärische Bedrohung aus dem Osten wächst, müssen wir mit unseren Verteidigungsanstrengungen Schritt halten.

Und so weiter. Heißt das eigentlich: Bundeswehr adäquat Warschauer Pakt? Oder was ist damit gemeint?

Nein, Herr Dr. Wörner, da ist es schon besser, Sie überlassen uns das Weiterregieren auch im Verteidigungsbereich, so wie es der Bürger laut diesen Befragungsergebnissen ja wünscht. Denn dieser Bürger will keine Politiker, die ihm Angst machen. Dieser Bürger will Politiker, die ihm seine Sicherheit garantieren,

(Dr. Kliesing [CDU/CSU]: Die Jusos! — Rommerskirchen [CDU/CSU]: Warum haben die Jusos den Leber abgewählt?)

und er kann sich bei Sozialdemokraten darauf verlassen.

Das **Weißbuch 1975/76** ist ein ausgezeichneter und beispielloser **Leistungsbericht dieser Bundesregierung** im Gegensatz zu dem verschämt dünnen Bändchen, das damals von einem CDU-Minister unterschrieben war und das, wie Herr Kollege Herbert Wehner damals treffend formulierte, seinen Namen besser verdient hätte, „wenn seine Blätter weiß geblieben wären". Außer einigen resignierenden Allgemeinplätzen und statistischen Ausdeutungen fehlte aber auch alles, was heute mit moderner Menschenführung und Teilhabe am Fortschritt in Staat, Beruf und Gesellschaft auch für unsere Soldaten zusammenhängt. (D)

Diese fundamentalen Fehler der CDU-geführten Regierungen sind nun unter einer klaren und zielstrebigen Führung von zwei sozialdemokratischen Verteidigungsministern, die jeder für sich einen noch nie dagewesenen Beliebtheitsgrad erreichen konnten, zum Vorteil unserer Soldaten beseitigt worden.

(Beifall bei der SPD)

Unter unserer Regierung sind **Soldaten** das geworden, was in den CDU-Gründerjahren von manchem Skeptiker vom Dienst verlacht wurde: **freie und mündige Staatsbürger in Uniform.** Die Redensarten vom inneren Gewürge stammen nicht von uns, sie stammen aus Ihrem Bereich.

(Dr. Kliesing [CDU/CSU]: Das ist falsch! Das ist unwahr! — Rommerskirchen [CDU/CSU]: Eine der vielen Unwahrheiten!)

Dafür haben wir nicht nur Graf von Baudissin zu danken. Helmut Schmidt, Georg Leber und jedem Soldaten, der sich in der Vergangenheit engagiert auf die Seite dieser Leitgedanken stellte, und der SPD und FDP, die seit 1969 diese Verteidigungspolitik vertreten haben, gebührt unser aller Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Vizepräsident Frau Funcke: Das Wort hat der Abgeordnete Werner.

(A) **Werner** (CDU/CSU): Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Wir stehen kurz vor dem Beginn eines — wie ich meine — heftigen Wahlkampfes. Es ist eigentlich unüberhörbar, Herr Möhring, daß es vor allen Dingen Ihr Bestreben und das Ihrer Freunde ist, alles daranzusetzen, in diesem Wahljahr so zu tun und der Öffentlichkeit vor Augen zu führen, als wäre die Bundeswehr noch niemals zuvor so gut aufgehoben gewesen, wie das heute der Fall ist,

(Beifall bei der CDU/CSU)

der Öffentlichkeit jenes falsche Bild vor Augen zu stellen, die SPD sei zu jeder Zeit ein treuer Sachwalter der verteidigungspolitischen Interessen dieses Landes gewesen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich meine, wenn wir gerade auch aus dem Munde von Herrn Leber, auch aus dem Munde des Herrn Bundeskanzlers immer wieder den Appell vernehmen, der da lautet, **Verteidigungspolitik** sei etwas, was uns alle betreffe und angehe als ein Ganzes, dann, glaube ich, müssen wir doch mit einem höheren Maß von Redlichkeit miteinander umgehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich finde es einfach nicht fair, hier so zu tun, als sei die **Bundeswehr** erst in den vergangenen sechs Jahren zu einer schlagkräftigen Armee, zu einem **Instrument der Friedensbewahrung** und der Friedenssicherung, zu einem Instrument geworden, das nun auch politische Entscheidungs- und Ermessensspielräume offenhalten soll und kann, und demgegenüber dann all das, was vor 1969/70 stattfand,
(B) in primitivster Weise abzuwerten. Denn, meine Damen und Herren, es war doch eigentlich unüberhörbar, daß gerade der Kollege Wörner, aber auch in den vergangenen Diskussionen immer wieder unsere Debattenbeiträge eines deutlich gemacht haben, nämlich daß wir die letzten sind und sein werden, die den Versuch, die **Schlagkraft der Bundeswehr** beizuhalten und nach Möglichkeit zu vergrößern — ein Versuch, der mit Unterstützung der überwiegenden Mehrzahl dieses Hauses auch in den vergangenen Jahren unternommen wurde —, vereiteln wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Herr Bundesverteidigungsminister, nun muß ich Sie ansprechen: Sie sind doch eigentlich der letzte, der berufen wäre, uns vorzuwerfen, wir hätten außer Schwarzmalereien — wie Sie das darstellen, wenn wir von Realitäten sprechen — angeblich keine Alternativvorstellungen, keine Alternativen darzulegen. Sie wissen doch, und es wurde auch schon wiederholt angesprochen, wer eigentlich die **verteidigungspolitischen Grundkonzeptionen der NATO** für dieses Land mit verbindlich gemacht hat, wer dieses Land und diese Bundeswehr von den ersten Augenblicken ihres Aufbaus bis hin zur jeweils fortschreitenden Phase ihres Ausbaus dann bis 1969/70 unmittelbar in das Bündnis der freien europäischen und atlantischen Partner hineingebunden hat. Deswegen ist es doch nicht möglich zu sagen: Nun macht ihr, die Opposition, doch einmal deutlich, was ihr eigentlich wollt. Sie können uns nicht unterschwellig unterstellen, es gäbe offensichtlich da irgendwelche größenwahnsinnigen Überlegungen

(C) und Bestrebungen in den Reihen der Oppostionsparteien, die darauf hinausliefen, diese NATO irgendwie zu verändern oder wenigstens Alleingänge zu unternehmen. Das ist das, was uns in anderer Form in den früheren Jahren, als wir die Verantwortung für die Verteidigungspolitik in diesem Hause getragen haben, immanent und beständig aus den Reihen Ihrer Partei unterschoben worden ist.

(Dr. Wörner [CDU/CSU]: Rapacki-Plan, SPD-Plan, Isolierung, Neutralisierung!)

Deswegen meine ich, wir sollten doch den Mut haben, zu erklären, daß zweifelsohne keiner von uns weiß, wie sich die **Entwicklung im verteidigungs- und sicherheitspolitischen Bereich** in der Zukunft definitiv gestalten wird. Aber gerade weil wir das nicht definitiv wissen, gerade weil wir Anzeichen und Versuche sehen, die Entwicklung zu bestimmen und die Bedrohlichkeit der derzeitigen Lage etwas abzuschwächen — was wir gar nicht tadeln, sondern anerkennen wollen —, muß es uns doch erlaubt sein, darüber nachzudenken, ob das, was Sie tun, ob das, was diese Regierung verteidigungs- und sicherheitspolitisch vertritt, richtig oder falsch ist. Das, sehr geehrter Herr Verteidigungsminister, kann doch nun bei Gott nicht dem Kollegen Wörner nachträglich als „Säbelrasseln" untergejubelt und in die Schuhe geschoben werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn es so ist, Herr Leber, daß nur noch Sie die Patentrezepte haben, wenn es so ist, daß nur noch Sie und der Kreis Ihrer engsten Berater wissen, wie (D) die Entwicklung weitergehen wird, können wir ja nach Hause gehen, wenn es sich um Verteidigungs- und Sicherheitspolitik handelt. Wenn dem aber nicht so ist — und ich schätze Sie als Demokraten eigentlich so ein, daß Sie uns auch andersartige Meinungen und Auffassungen gestatten —, dann müssen Sie das bitte auch zur Kenntnis nehmen und uns hier die uns zustehende Möglichkeit geben, andere Auffassungen auch vorzutragen.

(Zuruf des Abg. Möllemann [FDP])

— Herr Kollege Möllemann macht es sich ebenfalls einfach.

(van Delden [CDU/CSU]: Das war nicht einfach, sondern oberflächlich!)

Herr Kollege Möllemann, Sie haben im Grunde mit Ihren drei Grundpositionen, die Sie aufgezeigt haben, nichts anderes gebracht als das,

(Dr. Wörner [CDU/CSU]: Was wir die ganze Zeit sagen!)

was Sie im Wahlprogramm der CDU nachlesen können. Ich verehre Ihnen gerne die Mannheimer Erklärung und die anderen Schriften meiner Partei; Sie werden dann feststellen, daß wir hier — sollte dies Ihr Standpunkt sein — gar nicht so weit auseinander liegen.

(Dr. Wörner [CDU/CSU]: Das war ein FDP-Versuch der Opposition in der Regierung mit unseren Vorschlägen! — Zuruf von der CDU/CSU: Er hat also doch etwas von der Jungen Union mitgebracht!)

Werner

(A) Die inhaltliche Ausprägung, die Ausfüllung, Herr Möllemann, kann sehr wohl unterschiedlicher Natur sein. Deswegen empfinde ich es einfach als unredlich, es so auszudrücken, wie es der Herr Bundesverteidigungsminister in München mit jenem — ich möchte es gelinde ausdrücken — plumpen Satz getan hat — ich hatte ursprünglich einen schärferen Ausdruck —:

Von 1949 bis 1969 ist es von Jahr zu Jahr in Mitteleuropa, in Deutschland, schlechter, schlimmer, gefährlicher und konfliktgeladener geworden.

(Damm [CDU/CSU]: Hat er das gesagt? Unmöglich!)

Es soll dann wohl in der Folge manches Jahr für Jahr besser und sicherer geworden sein.

(Damm [CDU/CSU]: Das lag dann wohl an Bau-Steine-Erden!)

Verehrter Herr Leber, ich meine, eine derartig plumpe Geschichtsbetrachtung können Sie vielleicht Ihren Jungsozialisten zumuten, die auf merkwürdige Weise dort Beifall geklatscht haben, ohne die Diskussion eröffnen zu können; aber dies sollte eigentlich nicht den Gang der Diskussion im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich insgesamt bestimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(B) Nun, Herr Möhring, zu Ihnen. Es war für mich interessant, einen Wirbel von Beispielen zu sehen. Ich hatte zunächst versucht, einmal mitzuschreiben, um zu sehen, ob Sie alle 180 Punkte — andere sprachen einmal von 150; die waren etwas bescheidener — mit Grandezza abhaken würden. Ich meine, Sie haben auch hier des Eifers etwas zuviel getan. Um nur ein Beispiel zu nennen: Meinen Sie tatsächlich, daß die Ankündigung früherer Weißbücher: jedem Feldwebel, jedem Unteroffizier seine eigene Stube mit entsprechender Ausstattung, eingehalten wurde? Die Truppe sagt Ihnen etwas anderes!

(Dr. Wörner [CDU/CSU]: Gehen Sie raus und erkundigen Sie sich nach der Wohnungsfürsorge!)

Meinen Sie eigentlich tatsächlich und wollen Sie im Ernst behaupten, daß zum Beispiel das in der Frage der **Unterkunftsheime** Erreichte ein Verdienst Ihrer Partei und Ihrer Minister sei? Wissen Sie eigentlich nicht, daß diese Heime weitestgehend von kirchlichen Trägervereinigungen und auch von Trägerschaften aus den Reihen der Soldaten getragen werden?

(Möhring [SPD]: Die halten nur die Hand auf! — Zuruf von der SPD: Wer bezahlt dafür?)

Dies muß doch ebenso wie etwa die Tatsachen gesehen werden, über die, Herr Möhring, eine Diskussion gar nicht aufzukommen bräuchte. Ich denke etwa an den **Fachoffizier.** Sie scheinen vergessen zu haben, daß es Herr von Hassel und Herr Schröder waren, die als erste jene Anstöße gegeben haben, die zu dem geführt haben, was wir heute an Stellung (C) und Aufgabenbeschreibung des Fachoffiziers haben.

(Haase [Kellinghusen] [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

— Herr Haase, ich bedaure es einfach, daß Sie hier so tun, als sei das alles, was wir heute haben, bis zum letzten Schnürsenkel vor Ihrem Hause gewachsen und entstanden und als sei die schwierigste Aufgabe, den Auf- und Ausbau der Bundeswehr durchzuführen, nicht von anderen gegen Ihren Willen und gegen Ihre Entscheidung verwirklicht worden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ein weiteres. Es heißt, die Sicherheit und die Sicherheitspolitik seien umfassend. Dazu, Herr Möllemann, ist ein Hinweis auf das angeblich umfassende Sicherheitspaket des Innenministers angebracht. Die Ausgaben für **zivile Verteidigung** sinken kontinuierlich. Das Verhältnis zwischen der zivilen und der militärischen Verteidigung klafft immer mehr auseinander. Wir alle wissen und bedauern, daß — aus welchen Gründen auch immer — zum Beispiel die Mittel für Schutzraumbau und für Lebensmittelbevorratung gekürzt wurden. Es ist unfair und unredlich, das zu verschweigen. Es wäre besser, wenn man sagen würde: Wir haben hier gekürzt. Alle miteinander sind wir bereit, hier auch Schwieriges zu tragen. Das wäre dem Ernst der Lage angemessener.

Vizepräsident Frau Funcke: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Blank? (D)

Blank (SPD): Wissen Sie oder würden Sie bestätigen, daß dieses Parlament mit den Stimmen der CDU/CSU den Einzelplan 14 in diesem Jahr ganz schlicht hat passieren lassen, ohne ihn auch nur zu diskutieren?

(Dr. Wörner [CDU/CSU]: Wenn Sie nicht im Verteidigungsausschuß sind, dann behaupten Sie das doch nicht! Sie wissen, daß wir einen Änderungsantrag gestellt haben und daß er mit Ihren Stimmen abgelehnt wurde!)

— Ich habe doch gar nicht Sie gefragt, Herr Kollege!

Werner (CDU/CSU): Verehrter Kollege, hier geben Sie wieder einmal dem recht, was ich vorhin behauptet habe. Ich habe nämlich nichts anderes erklärt, als daß wir uns in den vergangenen Jahren darum bemüht haben, nicht so zu tun, als ob alles, was getan wurde, schlecht sei, sondern daß wir den Mut hatten, Entscheidungen mitzutragen und auch die Haushalte mitzuverantworten, die diesem Hause vorgelegt wurden. Dies haben wir getan. Dazu stehen wir. Denn wir sehen, daß die entscheidenden fundamentalen konzeptionellen Vorstellungen von Ihnen Gott sei Dank — wenngleich unserer Auffassung nach leider zu spät — übernommen wurden.

Nach dem, was hier erzählt und angesprochen wurde, könnte man noch einiges zur Lage in der Bundeswehr sagen. Auch hier bin ich der letzte, der schwarzweißmalen möchte. Wir, die wir oft in der

Werner

(A) Truppe sind, in die Truppe hineingehen und mit der Truppe Kontakt haben, wissen — das hat Kollege Wörner stets betont —, daß diese Truppe gut, loyal und unmittelbar diesen Staat in entscheidender Funktion mitträgt.

Diese Truppe weiß aber auch von den Mängeln, mit denen sie im Bereich der Bewaffnung und der Beschaffung zu kämpfen hat. Ich möchte jetzt nicht die Probleme der **Bewaffnung** der Bundeswehr im einzelnen ansprechen, sondern die Frage der **quantitativen und qualitativen Vergleiche** erwähnen. Für mich war es, Herr Horn, überraschend, daß zum Beispiel Herr Würtz in München bei jener sicherheitspolitischen Konferenz offen zugegeben hat, daß die einstige qualitative Überlegenheit des westlichen Bündnisses praktisch geschwunden sei, und daß auch der Herr Bundeskanzler in München, wenn ich es in der Niederschrift richtig gelesen habe, davon gesprochen hat, daß es nunmehr so sei, daß wir mit einer Lage rechnen müßten, in der die Drohfähigkeit im konventionellen Bereich seitens des Warschauer Pakts stetig stärker werde. Dies alles ist doch zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Kollege Horn, wenn ich gerade Ihren Beitrag richtig gelesen habe und einmal von der Polemik absehe, die Sie gegen uns und unseren Obmann gerichtet haben, so ist doch festzustellen, daß Sie im Grunde nichts anderes als das gesagt haben, was wir immer wieder betonen, daß nämlich der Zeitpunkt gekommen ist, in dem nicht nur die quantitative Überlegenheit des Warschauer Pakts immer deutlicher und bedrückender wird, sondern in dem sich
(B) diese quantitative Überlegenheit in einer Vielzahl von Bereichen auch mit qualitativem Gleichziehen, unter Umständen sogar Vorbeiziehen gepaart hat.

(Damm [CDU/CSU]: So ist es!)

Ich erinnere an die Mig 25 und die Tu 28. Ich erinnere an die Panzer T 62 und T 72, Dinge und, die wir einfach nicht stillschweigend übergehen wollen und können. Deswegen, meine Damen und Herren, muß man hieraus die notwendigen Konsequenzen ziehen.

(Abg. Horn [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

— Herr Horn, verzeihen Sie, die rote Lampe leuchtet die ganze Zeit schon.

Das **Weißbuch** gliedert sich in zwei Teile, in eine nüchterne **Tatsachenbeschreibung,** Herr Minister, die wir auf Grund Ihrer Einlassungen wenige Tage zuvor im Ausschuß eigentlich in dieser Nüchternheit und Sachlichkeit gar nicht mehr erwarten durften,

(Dr. Wörner [CDU/CSU]: Sehr gut!)

und in jenen zweiten Teil, in dem zwar nur Positives dargestellt wurde, aber genau das vergessen wurde, was jene, die 1968/69 die Verantwortung hatten, noch den Mut darzulegen hatten, indem sie nämlich in offiziellen Schriften auch auf bestehende **Mängel und Unzulänglichkeiten** hinwiesen. Gerade auf ein objektives Bild und auf eine objektive Beschreibung der Wirklichkeit auch in der Bundeswehr haben — so meinen wir — die Öffentlichkeit (C) und dieses Haus einen Anspruch.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Frau Funcke: Das Wort hat der Abgeordnete Ollesch.

Ollesch (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Werner hat seine Ausführungen mit der Feststellung eingeleitet, hier sei nicht sachlich beraten worden, sondern die Debatte sei weitgehend vom Wahlkampf bestimmt gewesen.

(van Delden [CDU/CSU]: Das hat Präsident Schmitt-Vockenhausen bei Herrn Leber auch schon festgestellt!)

Den Eindruck, daß der bevorstehende Wahlkampf bei Ihren Rednern schon eine hervorragende Rolle spielt, haben wir auch gewinnen können und leider gewinnen müssen, denn im Grunde wurde sachliche, fundierte Kritik an der Verteidigungspolitik der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen, die diese Regierung tragen, nicht vorgebracht.

(van Delden [CDU/CSU]: Sie schlafen, wie immer!)

— Nein, Herr Kollege Rembert, ich schlafe wohl, aber niemals im Plenum.

Sie haben sich mit Ausführungen oder angeblich an verschiedenen Orten gemachten Ausführungen des Bundesverteidigungsministers beschäftigt. Der (D) Kollege Biehle hat einen tiefen Griff in die Zitatenkiste getan, um an Hand dieser Zitate darzustellen, daß diese Bundesregierung in Sachen gemeinsame Anstrengungen auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik zur Aufrechterhaltung unserer äußeren Sicherheit nicht so ganz vertrauenswürdig sei.

(Damm [CDU/CSU]: Diese Regierung ist doch überhaupt nicht vertrauenswürdig! — Biehle [CDU/CSU]: Die ganze Koalition, nicht nur die Regierung!)

— Herr Kollege Biehle, man kann noch tiefer in diese Kiste greifen. Dann kommen beispielsweise Zitate von Ihrem Kollegen Dr. h. c. Strauß oder sogar von dem verstorbenen früheren Bundeskanzler Adenauer zum Vorschein,

(Damm [CDU/CSU]: Was hat der denn gesagt?)

Zitate, in denen von der Wehrfreudigkeit nicht die Rede war und die jede **Wehrbereitschaft** in der Vergangenheit vermissen ließen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie sind aber vorsichtig genug, nicht zu zitieren, weil Sie wissen, daß dies nicht stimmt!)

— Es gibt eine ganze Reihe von solchen Zitaten. — Wenn Sie die Jungdemokraten anführen, die sogenannten Playboys, wie Sie sich auszudrücken beliebten:

(van Delden [CDU/CSU]: Gucken Sie sich Herrn Möllemann an! — Damm [CDU/CSU]: Denken Sie an die Matthäus!)

Ollesch

(A) Herr Kollege Biehle, wenn Sie in Ihrer Partei davon einige hätten, kämen Sie in allen Sparten der Politik wahrscheinlich früher und schneller aus Ihrem Immobilismus heraus, der heute bei Ihnen festzustellen ist.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Von daher empfinden wir es gar nicht als einen Mangel, sondern als einen Vorzug, daß unsere jungen Leute die Dinge von ihrer Warte aus mit Kritik — naturgemäß mit überzogener Kritik; in den jungen Jahren kann man ja gar nicht anders sein — sehen. Ausschlaggebend, Herr Biehle, ist jedoch die Politik, die wir als Gesetzgeber betreiben bzw. die die Bundesregierung in unserem Auftrage betreibt.

(Biehle [CDU/CSU]: Aber nicht mehr lange!)

Noch einmal zum Thema Wehr-, **Kriegsdienstverweigerer.** Herr Kollege Biehle, ich gehöre zu den Initiatoren des Beschlusses von 1967;

(Damm [CDU/CSU]: Schlimm genug!)

aber nicht aus ideologischen Gründen oder weil ich aus einer dunklen linken Ecke komme — nein —,

(van Delden [CDU/CSU]: Sondern weil Sie mußten!)

sondern weil ich um den Unsinn der Gewissensprüfung durch Kammern weiß und ich diesen Unsinn beseitigen wollte. Darüber hinaus wollte ich die Bundeswehr nicht mit jungen Soldaten belasten, die gegen ihr Gewissen — oder angeblich gegen ihr Gewissen —

(B) (van Delden [CDU/CSU]: Aha! Das ist schon besser!)

unwillig Dienst tun. Im Gegensatz zu Ihnen — Sie haben die Meinung ja heute wieder geäußert — bin ich der Auffassung, daß die Bundeswehr daran nicht zugrunde geht. Im Gegenteil: Ich bin auch heute der Auffassung, daß der Großteil unserer Jugend bei der Entscheidung, Ersatzdienst oder Wehrdienst zu leisten, lieber den Wehrdienst vorzieht; einmal aus ihrer Verpflichtung heraus, aber auch auf Grund der Möglichkeiten, die wir den jungen Leuten während der Monate des Wehrdienstes für ihre Weiterbildung bieten, auch für ihre berufliche Weiterbildung.

(Stahlberg [CDU/CSU]: Aber mit Gewissen hat das doch wohl nichts zu tun!)

Die Bundeswehr wird nicht, obwohl zum größten Teil Wehrpflichtarmee, an innerer Auszehrung sterben.

Nun einige wenige Worte zum **Jahresbericht des Wehrbeauftragten** und zu Ihrem Antrag. Der Jahresbericht des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages 1975 bestätigt den positiven Eindruck, den die Bürger unseres Landes von der Bundeswehr haben. Der Wehrbeauftragte hat dem Verteidigungsausschuß bereits am 5. November 1975 — zum 20. Geburtstag der Bundeswehr — eine Würdigung übermittelt, die er in seinem Bericht wiederholt. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung darf ich daraus einige Sätze zitieren. Da heißt es:

> Verletzungen von Grundrechten der Soldaten sind unwesentliche Randerscheinungen geblieben. Die allgemeine Respektierung der Grundrechte in den Streitkräften kann ich aus Überzeugung als gesichert bezeichnen. (C)
>
> Die Grundsätze der Inneren Führung werden anerkannt. Die über eine lange Zeit hinweg geführte Grundsatzdiskussion über das Konzept der Inneren Führung hat ihren Abschluß gefunden.

Soweit die Bewertung des Wehrbeauftragten.

Ich brauche nicht eigens anzuführen, daß uns dieser Befund der Kontrolltätigkeit des Wehrbeauftragten außerordentlich zufriedenstellt. Wir sehen diese Feststellung als die wichtigste Aussage dieses Jahresberichtes an. Als erfreulich werten wir aber auch die Tatsache, daß bei der Behandlung des Jahresberichts im Verteidigungsausschuß des Bundestages die überwiegende Mehrheit der Probleme, die vom Wehrbeauftragten angesprochen worden sind, gelöst werden konnten oder aber der Wille besteht, das zu tun. Wo das nicht der Fall war, sind es kaum zu beeinflussende Sachzwänge, die einer alle Seiten zufriedenstellenden Lösung im Wege stehen.

Wir stellen aber auch mit Zufriedenheit fest, daß sich die Fraktionen über die Erweiterung der Kompetenzen des Wehrbeauftragten geeinigt haben. Wir regen an, die **Novellierung des Wehrbeauftragtengesetzes** auf der Grundlage dieser Vereinbarungen nunmehr vorzunehmen.

Meine Damen und Herren, wir empfehlen Ihnen, den Bericht des Verteidigungsausschusses und den Antrag zum Jahresbericht des Wehrbeauftragten zur (D) Kenntnis zu nehmen. Wir schließen uns dem im Ausschuß ausgesprochenen Dank an den Wehrbeauftragten für seine Arbeit an.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Ich möchte noch einige wenige Worte zu dem Antrag einer Reihe von Abgeordneten der Opposition sagen, über den sicherlich gleich debattiert werden wird, einem Antrag, der sich mit der Verbesserung der **Aufstiegsmöglichkeiten für Unteroffiziere in den Kampf- und Kampfunterstützungstruppen des Heeres** beschäftigt. Wir Freien Demokraten haben uns immer für eine Verbesserung der Ausbildung eingesetzt.

(van Delden [CDU/CSU]: Nur keine Anträge gestellt!)

— Oh, Herr Kollege van Delden, ich habe in der Vergangenheit, als ich im Verteidigungsausschuß noch Aktiver war,

(Damm [CDU/CSU]: Man merkt, daß Sie jetzt Reservist sind! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

eine ganze Reihe von Anträgen in dieser Richtung gestellt, nicht nur als wir in der Opposition waren. Wir waren ja zu der Zeit noch gemeinsam in der Regierung

(van Delden [CDU/CSU]: Da waren Sie noch vernünftig!)

und hatten, wenn ich mich recht erinnere, damals gemeinsam das schwere Problem der ungenügenden

Ollesch

(A) Ausbildung der Starfighter-Piloten zu lösen. Sie wissen, was es uns gemeinsam für Sorge und Arbeit gekostet hat,

(van Delden [CDU/CSU]: Gemeinsam, jawohl! Wären Sie nur auf diesem Wege geblieben!)

die Piloten auf einen besseren Ausbildungsstand zu bringen. Wir waren immer zu einer Verbesserung der Ausbildung bereit und haben uns sehr dafür eingesetzt.

Wir sind der Auffassung, daß die Ausbildung verbessert werden müßte, weil eine Steigerung der Qualität der Streitkräfte nur durch Anhebung der persönlichen, geistigen und fachlichen Eignung des einzelnen zu erreichen ist. Dies gilt für die Offiziere, aber besonders auch für die Unteroffiziere. Wenn wir uns trotzdem gegen eine Annahme Ihres Antrags — Drucksache 7/4433 — auf Verbesserung der Aufstiegsmöglichkeiten ausgesprochen haben, so hat das folgenden Grund.

Der Antrag geht hinsichtlich der Gewährung von Chancengleichheit für die Unteroffiziere ins Leere, weil diese Chancengleichheit durch die Maßnahmen des Bundesverteidigungsministeriums bereits hergestellt ist. Sie besteht darin, daß in Zukunft in der Truppe den als Diplompädagogen ausgebildeten Offizieren Unteroffiziere aus den Kampf- und Kampfunterstützungstruppen zur Seite stehen werden, die an einer Fachschule zu staatlich anerkannten Erziehern ausgebildet worden sind. Darüber hinaus wollen wir uns aber, wie im Verteidigungsausschuß (B) mehrheitlich beschlossen, dafür einsetzen, daß im Zuge der Untersuchung zur Personalstruktur das Laufbahngefüge aller Offiziere neu überdacht wird. Die zu erwartenden Ergebnisse sollten jetzt nicht durch isolierte Änderungen und vorgezogene Einzelmaßnahmen präjudiziert werden.

Meine Damen und Herren, ich darf für die Freien Demokraten abschließend zum Thema Sicherheitspolitik und zum Thema Bundeswehr folgendes sagen. Wir haben uns darum bemüht, die Kampfkraft unserer Bundeswehr zu verstärken. Sie haben das anerkannt, und Sie können nicht bestreiten, daß zumindest seit der Einführung der Flexible Response die konventionelle Kampfkraft der Bundeswehr zahlenmäßig, materialmäßig, aber auch ihr gesamter Kampfwert, hervorragend verbessert wurde. Wir haben dabei mitgewirkt. Wir sind stolz auf diese Leistung, und wir dürfen diesen Stolz auch zum Ausdruck bringen. Unser Bemühen gilt weiterhin, unserem Lande ein Gefühl der Sicherheit durch Bereitstellung der notwendigen Mittel zur äußeren Verteidigung auch für die Zukunft zu geben.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Vizepräsident Frau Funcke: Das Wort hat der Abgeordnete Ernesti.

Ernesti (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es würde mich reizen, Herrn Möhring noch zu antworten. Die Zeit wird dazu nicht reichen. Herr Möhring, so kann man sich aus der Sache nicht herausstehlen, wie Sie es hier (C) getan haben. Wir werden dafür sorgen, daß Ihre Rede verbreitet wird, damit die Bundeswehr darüber lachen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie haben sich hier als Trittbrettfahrer mit Weihrauchfaß betätigt. Das war keine gute Rolle.

Wir sind in der Debatte bereits beim **Jahresbericht des Wehrbeauftragten 1975** angelangt. In diesem Bericht ist eine Anzahl von Problemen angesprochen. Im wesentlichen sind es die Sachkomplexe Wehrbeauftragter und Parlament, Grundrechte der Soldaten, Grundsätze der Inneren Führung und Fürsorgeangelegenheiten. Der Bericht ist aus der Sicht der CDU/CSU insgesamt instruktiv und abgewogen. Ich stelle das mit besonderer Genugtuung fest, weil wir bei der Beratung dieses Berichts im Verteidigungsausschuß eine gute Atmosphäre gehabt haben, die sich vielleicht heute morgen im Saale hätte widerspiegeln sollen. Das wäre auch möglich gewesen, wenn der Minister nicht zu Anfang geredet hätte.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Freunde und ich haben Verständnis dafür, daß der Wehrbeauftragte, der erst eine relativ kurze Amtszeit aufweist, in seiner Kritik an der Exekutive etwas zurückhaltend geblieben ist, weil er kurz vorher noch die Verantwortung mitgetragen hat. Wir sehen aber die Einrichtung des **Wehrbeauftragten** vorwiegend als **„Frühwarnsystem"** und in besonderem Maße auch als **Kontrollorgan** an. Daher erwarten wir, daß sich der Wehrbeauftragte (D) in seinem nächsten Bericht — mehr als er das aus den erwähnten Gründen im vorliegenden Bericht getan haben mag — mit größerem Nachdruck all der Probleme in schonungsloser Offenheit widmet, die schon seit einiger Zeit Ursache großer Unruhe in der Truppe sind. Auf diese Sorgen werde ich noch etwas eingehen.

Bei der Beratung des Berichts des Wehrbeauftragten ist von **drei Voraussetzungen** auszugehen:

1. Die im Bericht aufgeworfenen Fragen und Probleme beziehen sich auf Beobachtungen, die zum Teil inzwischen mehr als ein Jahr zurückliegen. Daher konnte sich dieser Bericht z. B. nicht mit den Folgen der Sparmaßnahmen der Bundesregierung für die Soldaten und mit der vorgesehenen Abschaffung des Prüfungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer beschäftigen.

2. Mit Sicherheit gibt es eine Anzahl von Vorkommnissen und Beobachtungen, sowohl im Bundesministerium der Verteidigung als auch in der Truppe, mit denen sich der Bericht deshalb nicht beschäftigen konnte, da diese dem Wehrbeauftragten einfach nicht durch Eingaben bekanntgeworden sind.

3. Die bei der Wahrnehmung der Kontrolle gewonnenen Erkenntnisse des Wehrbeauftragten können ein umfassendes Bild vom tatsächlichen Gesamtzustand der Bundeswehr nicht liefern. Sie beschäftigen sich — dem Auftrag entsprechend — in der Mehrzahl mit Vorkommissen vorwiegend negativer Art.

Ernesti

(A) Meine Ausführungen, die ich im Zusammenhang mit den Feststellungen des Berichts des Wehrbeauftragten über die augenblicklichen Probleme der Bundeswehr zu machen habe, sollen sich aber nicht allein mit der Vergangenheit beschäftigen, sie müssen sich auch auf die Gegenwart beziehen. Zum anderen ändert die hier und heute vorgebrachte Kritik nichts an dem Maß des Vertrauens und dem großen Respekt, den meine Fraktion allen Soldaten aller Dienstgrade entgegenbringt. Wir haben große Achtung vor der Hingabe und der Verantwortung, mit der die überwiegende Mehrzahl dieser Soldaten ihre Pflicht zum treuen Dienen wahrnimmt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ohne diese loyale Pflichterfüllung dieser Soldaten wäre es um die Funktionsfähigkeit unserer Bundeswehr und damit um unsere Sicherheit bei der unverkennbaren Tendenz zu parteipolitischer Einflußnahme schlecht bestellt. Auf diesen Punkt werde ich noch zurückkommen.

Wie der Wehrbeauftragte begrüßen wir es sehr, daß nicht über **Grundrechtsverletzungen** berichtet werden mußte. Hier wird knapp ausgeführt, daß unzulässige Eingriffe in die verfassungsmäßig geschützte Grundrechtssphäre der Soldaten gering geblieben seien. Aus der lapidaren Feststellung, schwere Verstöße seien nicht zu berichten, muß aber nicht ohne weiteres geschlossen werden, daß die Wertordnung des Grundgesetzes im täglichen Leben respektiert werde.

(B) Sicherlich sind öffentlichkeitswirksame Fälle eklatanter Grundrechtsverletzungen selten; jedoch ist der Grundrechtsschutz nicht auf diese Fälle beschränkt. Gerade die kleinen Übergriffe des Alltags sind es, die die Rechte der unterstellten Soldaten beeinträchtigen, ohne daß dies aus dem besonderen Pflichtverhältnis geboten wäre: das leichtfertige Beschneiden der Freizeit, das willkürlich abgelehnte Urlaubsgesuch oder die fahrlässige Mißachtung eines truppenärztlichen Ratschlags. Erst dann, wenn auch solche Übergriffe nachlassen und die „Wertordnung des Grundgesetzes im täglichen Dienstbetrieb respektiert wird", kann „das Bewußtsein der Verfassungsbezogenheit eine wichtige Grundlage für die Dienstbezogenheit des Soldaten" darstellen.

(Sehr gut! bei der CDU/CSU)

Auf die deutliche Betonung dieses Zusammenhangs hätte nicht verzichtet werden dürfen, um den Grundrechten die ihnen zukommende Bedeutung auch tatsächlich zukommen zu lassen.

Meine Damen und Herren, auch dem Hinweis des Wehrbeauftragten, daß der **Erlaß „Erzieherische Maßnahmen"** nicht immer sachgerecht angewandt wurde, sollte mit größerem Ernst nachgegangen werden, als dies die Bemerkung des Bundesministers der Verteidigung in seiner Stellungnahme vom 14. Mai 1976 erwarten läßt. Er schränkt diese Feststellung symptomatischer Art dadurch ein, daß er sie lediglich auf wenige Einzelbeispiele bezieht. Die Gefahr des Mißbrauchs der erzieherischen Maßnahmen ist indessen nach meinen Erfahrungen groß. Diese Gefahr liegt vorwiegend in zwei Ursachen:

(C) Erstens. Es wird manchmal zu erzieherischen Maßnahmen gegriffen, ohne daß geprüft wurde, ob wirklich ein Fehlverhalten vorliegt.

Zweitens. Die erzieherischen Maßnahmen — insbesondere die, die sich in den Freizeitraum der Soldaten erstrecken — stehen oft in keinem Zusammenhang mit der Verfehlung. Sie tragen vielfach auch abschreckenden Strafcharakter. Dies ist aber nicht Sinn erzieherischer Maßnahmen. Um das Gesagte zu verdeutlichen, sei darauf hingewiesen, daß über 50 % der erzieherischen Maßnahmen in die Freizeit des Soldaten eingreifen und damit nicht nur er, sondern auch die Familie, Kinder, Freunde und Sportvereine am Wochenende beeinträchtigt werden.

Ich bitte daher den Wehrbeauftragten, auch diesem Problem in Zukunft erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen und im nächsten Jahresbericht eingehend darüber zu berichten.

(Damm [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Bei der Behandlung der **Grundsätze der Inneren Führung** kritisiert der Wehrbeauftragte, daß die Vorgesetzten auf der Kompanie-, Zug- und Gruppenführerebene verhältnismäßig früh in Verantwortungsbereiche hineingestellt werden, für die sie nicht in jedem Fall hinreichend vorbereitet werden konnten. Dieser wichtigen Frage aus dem Bereich der Inneren Führung sollte weiterhin besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. So hilfreich und so bedeutungsvoll die Leitsätze der zentralen Dienstvorschrift „Hilfen für die Innere Führung" (D) sind, zum Durchsetzen dieser Prinzipien kommt der Fähigkeit der Menschenführung allerdings erhöhte Bedeutung zu. Die Anwendung der Leitsätze setzt nämlich Erfahrungen im Umgang mit Menschen voraus; sie vermittelt aber keine. Daher rührt u. a. das Verlangen von Unteroffizieren, die ohne nennenswerte Führungserfahrungen zum Unterführer ausgebildet werden, nach Patentrezepten für den Umgang mit ihnen anvertrauten Soldaten.

(Dr. Wörner [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Hier zeigt sich ferner, daß die ZDV 10/1 — geschrieben für Einheitsführer — für Zugführer gerade noch anwendbar ist. Für Gruppenführer gibt sie so gut wie nichts her. Dies beweist erneut, daß die Ausbildung der Unteroffizieranwärter und der jungen Unteroffiziere zum Vorgesetzen immer noch nicht zufriedenstellend geregelt ist. Diese Frage berührt allerdings insgesamt die Funktionsbereitschaft der Streitkräfte in ihrem Kern.

Ein anderes Kapitel. Vermehrte Eingaben aus dem Bereich des **Arbeitsplatzschutzgesetzes** bestätigen erneut, daß das Arbeitsverhältnis nach Ablauf des Wehrdienstes vom Arbeitgeber jeweils zum frühestmöglichen Zeitpunkt gekündigt oder aber der Betroffene nach seinem Wehrdienst in einer gegenüber früher geringer zu bewertenden Funktion verwendet wird. Der Wehrbeauftragte regt daher mit Recht eine Überprüfung der derzeitigen Bestimmungen an. Wir haben bereits durch den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Arbeitsplatzschutzgesetzes einen Vorschlag unterbreitet.

Ernesti

(A) Der Wehrbeauftragte stellt mit uns gemeinsam den unhaltbaren Zustand fest, daß eine Vielzahl von **Hauptfeldwebeln** in der Bundeswehr, die alle Qualifikationen besitzen, mangels entsprechender Planstellen nicht nach **A 9** eingewiesen werden können. „Im Heer gibt es Hauptfeldwebel, die seit vier Jahren sämtliche Einweisungsvoraussetzungen erfüllen und gleichwohl in absehbarer Zeit nicht eingewiesen werden können." Der Wehrbeauftragte kritisiert hierbei die Weigerung des Bundesministeriums der Verteidigung, eine Änderung der Einweisungsrichtlinien vorzunehmen. Gerade hierfür hat sich meine Fraktion in der Vergangenheit bei den Beratungen immer wieder eingesetzt. Wir haben in dieser Frage immer die Auffassung vertreten, daß die Bundesregierung zunächst den bereits mit Wirkung zum 1. Juli 1975 durch das 2. Besoldungsvereinheitlichungs- und Neuregelungsgesetz verbesserten A 9-Stellenanteil auf 15 % endlich haushaltsmäßig absichern sollte.

Bei der Behandlung der **Fürsorgeangelegenheiten** fällt weniger die Aufzählung einzelner Sachkomplexe ins Auge. Als besorgniserregend erscheint vielmehr die Tatsache dieser erheblich hohen Zahl der insgesamt 4 253 Eingaben aus diesem Bereich. Diese sprechen der Sozialabteilung des Bundesministeriums der Verteidigung kein gutes Zeugnis aus. Man hätte eine positivere Auswirkung der mit so viel eigenen Vorschußlorbeeren aufgetretenen Abteilung erwarten dürfen.

(B) Es muß festgestellt werden, daß der Wehrbeauftragte der ihm zugeordneten Funktion als „soziales Frühwarnsystem" nicht in allen Punkten gerecht geworden ist. Auf die Ursachen der Unruhe in der Truppe will ich noch kurz eingehen. Ich tue dies mit der gleichzeitigen Aufforderung an den Herrn Wehrbeauftragten, sich dieser Fragen in seinem nächsten Bericht ausführlich zu widmen.

Im Interesse der fortgeschrittenen Zeit verzichte ich auf einige Punkte, die anzusprechen wären. Wir haben das hier bereits am Rande behandelt: den Beförderungsstau, die verschlechterte Personallage usw. Aber auf eines muß ich näher eingehen.

Große Unruhe in der Truppe verursacht das Gebiet der **Wohnungsfürsorge.**

(Beifall bei der CDU/CSU — Damm [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Es ist kein Geheimnis, daß die Sparmaßnahmen nach dem Haushaltsstrukturgesetz für die Soldaten wesentliche Belastungen gebracht haben. Der praktische Wegfall der Wohnungsfürsorge stellt die einschneidendste Verschlechterung dar. Durch die Mieterhöhung ab 1. März 1976 für den größten Teil der Bundesdarlehenswohnungen werden viele Soldatenhaushalte belastet. Ich erinnere hierbei an § 31 des Soldatengesetzes, nach dem die Wohnungsfürsorge ein Teil der Fürsorge des Bundes ist. Offensichtlich versteht das Bundesministerium der Verteidigung unter „Wohnungsfürsorge" inzwischen lediglich, bei der Beschaffung von Wohnungen behilflich zu sein. Dabei beweisen viele akute Beispiele, die wir aufzählen könnten, daß auch auf diesem Gebiet eine schleichende soziale Demontage droht. Darum möchte ich vorsorglich den Herrn Wehrbeauftragten auf (C) dieses Problem hinweisen und ihm das Studium unserer Kleinen Anfrage und auch der Antwort der Bundesregierung, die darauf gegeben wurde, empfehlen.

Unsere besondere Sorge gilt der weiter um sich greifenden **Politisierung der Bundeswehr.** Wir sehen in vielen Aktionen grobe Verstöße gegen die gebotene parteipolitische Neutralität. Meine Damen und Herren, ich sage dies nicht etwa aus parteipolitischer Empfindsamkeit. Wir halten eine solche Tendenz — auf die wir oft genug hingewiesen haben — für staatspolitisch verhängnisvoll.

Wir alle in diesem Hohen Hause sollten uns darüber einig sein, daß die Bundeswehr nicht eine Armee der SPD, nicht eine der FDP und nicht eine der CDU/CSU ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie ist die Armee dieses Staates, und das sollte sie auch bleiben, so wie sie Fritz Erler am 5. Februar 1957 in einem Vortrag „Heer und Staat in der Bundesrepublik" charakterisierte:

> Die Armee darf unter gar keinen Umständen so etwas ähnliches wie das Eigentum der Regierung oder gar der Regierungsparteien oder einer einzigen Regierungspartei werden.

Aber seit jenem unglückseligen Wort des damaligen Verteidigungsministers Helmut Schmidt, welches hier schon einmal angeschnitten wurde, daß „eine deutsche Armee ihren gesellschaftlichen und militärischen Wert verbessert, indem sie sozialdemokratische Befehle befolgt", hat sich eine partei- (D) politische Tendenz entwickelt, die mit den Grundsätzen der vom Gesetz vorgeschriebenen Neutralität nicht mehr im Einklang steht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich weise auf § 15 des Soldatengesetzes und auf den Erlaß bezüglich der politischen Betätigung von Soldaten hin.

Gerade in einer Zeit vor der Wahl ist eine **parteipolitische Einwirkung** auf die Bundeswehr zu beobachten. Sie wissen das selbst. Truppenbesuche von Angehörigen des Bundesministeriums der Verteidigung in Begleitung von Bundestagsabgeordneten und Parteifunktionären gehen Hand in Hand mit Wahlkampfveranstaltungen, in denen Angehörige des Verteidigungsministeriums, unter Anführung ihres höheren Vorgesetzten, auf breiter Front zum Einsatz kommen. Ich könnte Ihnen all die Anzeigen vorzeigen, die ich hier in meiner Mappe habe. Derartige und eine Anzahl ähnlicher Vorfälle verstoßen doch im Prinzip sehr deutlich gegen den im Soldatengesetz geforderten Geist der Unterlassung jedweder parteipolitischen Beeinflussung im militärischen Bereich. Hier sollte man den Untergebenen und den Soldaten ein gutes Beispiel geben.

Meine Damen und Herren, eine Schlußbemerkung. Mit diesen im einzelnen aufgeführten Feststellungen wiederhole ich meine Aufforderung an den Herrn Wehrbeauftragten, sich der angesprochenen Probleme in seinem nächsten Jahresbericht ausführlich zu widmen. Wir erwarten — aus der Neutralität sei-

Ernesti

(A) nes Amtes — ein stärkeres Wirksamwerden in seiner parlamentarischen Kontrollaufgabe. Insgesamt aber danken wir dem Herrn Wehrbeauftragten und allen seinen Mitarbeitern, die mit ihm an der Abfassung dieses Jahresberichts gearbeitet haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf gleich den Entschließungsantrag auf Drucksache 7/5481, der sicherlich gleich vorgelegt und auch begründet wird, mit einem Satz behandeln.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Ein Witz ist das!)

Es handelt sich um den Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und der FDP zur Beratung des Berichts und des Antrags des Verteidigungsausschusses zum Weißbuch. Dies ist eine einzige Selbstbeweihräucherung, der wir unsere Zustimmung mit Sicherheit nicht geben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Frau Funcke: Das Wort hat der Abgeordnete Schlaga.

Schlaga (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Ernesti, Sie hatten sicher keinen Grund, den Verteidigungsminister bezüglich seiner Ausführungen zu rügen. Ich hätte es wirklich viel lieber gesehen, Sie hätten ihren Kollegen Biehle zurechtgerückt; denn das, was er hier gesagt hat, war genau das, was Ihr von Ihnen so allseits geschätz- (B) ter Kollege Strauß in Sonthofen der Welt zur Kenntnis gebracht hat. Das war wirklich die totale Konfrontation.

(Dr. Wörner [CDU/CSU]: Sagen Sie lieber, wo er irgendein falsches Zitat gebracht hat! Herr Schlaga, wo hat er falsch zitiert?)

— Passen Sie doch einmal auf! Ich weiß ja, daß Sie das nicht gern hören. Aber deswegen sage ich es Ihnen ja, genau deswegen. — Ich bin sicher, daß das für Sie in die Hosen geht, das mit der Freiheit statt des Sozialismus; buchstäblich. Nach dem 3. Oktober wird man Sie an Ihrem Geruch erkennen.

(Heiterkeit bei der SPD und der FDP — Damm [CDU/CSU]: Wieso, ist Verteidigungsminister zu sein ein schlechter Beruf?)

Und das darf ich noch hinzufügen: Sie gestehen mir doch wohl zu, daß ich am Anfang erst einmal auf das eingehe, was meine Vorredner gesagt haben. Das, was der Kollege Biehle gesagt hat, würde tatsächlich Freiheiten einschränken. Und ich habe als Berichterstatter für den Bericht des Wehrbeauftragten Bedenken, daß, wenn man diese Tendenzen laufen läßt, dieser oder jener Kollege der CDU/CSU sogar bereit sein könnte, das Amt des Wehrbeauftragten wieder abzuschaffen.

(Damm [CDU/CSU]: Sie spinnen ja! — Ernesti [CDU/CSU]: Das können Sie doch wohl nicht im Ernst sagen!)

(C) — Das hat die Präsidentin nicht gehört.

(Damm [CDU/CSU]: Das kann sie gern hören! Wenn Sie unterstellen, wir wollen den Wehrbeauftragten wieder abschaffen, sage ich noch einmal: Sie spinnen! Ist doch wirklich wahr!)

Der Verteidigungsausschuß hat den Bericht des Wehrbeauftragten beraten, und über diesen Bericht haben wir uns im Verteidigungsausschuß weitgehend verständigt. Das hat bereits Herr Kollege Ernesti gesagt. Dazu stehe ich. Der Wehrbeauftragte selbst hat die Gelegenheit gehabt und sie auch sehr positiv und konstruktiv genützt, um seine Meinung zu den Problematiken, die er aufgespürt und festgestellt hat, zum Ausdruck zu bringen. Es gab in dem Bericht des Wehrbeauftragten eine Fülle von Anregungen. Ich darf hier nur wiederholen, was in der ersten Lesung auch von mir dazu gesagt worden ist: Er ist ein Beispiel dafür, wie man geräuschlos, schnell, aber erfolgreich arbeiten kann.

Der Wehrbeauftragte hat die Aufgabe, Vorgänge, Mißstände, soweit sie vorhanden sind, zu kritisieren und konstruktiv und informativ zu arbeiten.

Vizepräsident Frau Funcke: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Biehle?

Schlaga (SPD): Herr Biehle, Sie hatten vorhin genügend Gelegenheit, sich sachlich zu äußern. Das haben Sie nicht getan. Ich sehe keinen Grund, auf Ihre Fragen einzugehen. (D)

(Beifall bei der SPD — Damm [CDU/CSU]: Er ist dir nicht gewachsen, Alfred! — Zuruf des Abg. Biehle [CDU/CSU])

In den Vorbemerkungen des Berichts des Wehrbeauftragten

(Erneuter Zuruf des Abg. Biehle [CDU/CSU])

— Mensch, reden Sie doch zu Hause einmal so viel, wie Sie jetzt hier dauernd dazwischenreden; das wäre doch eine gute Sache —

(Beifall bei der SPD)

war ein Passus enthalten, der zweifellos Grund bietet, darüber nachzudenken und auch unterschiedlicher Meinung sein zu dürfen. Unter Ziffer 4 auf Seite 4 — ich zitiere nur den letzten Satz, weil ich davon ausgehe, daß die Anwesenden das hinreichend kennen — bringt der Wehrbeauftragte zum Ausdruck:

> Unsere Streitkräfte brauchen nicht die Mitläufer und Jasager, sondern eigenverantwortliche Soldaten.

Was diesen Satz angeht, so gibt es gar keinen Grund, unterschiedlicher Auffassung zu sein. Nur, der Wehrbeauftragte stellt weiter fest, daß es bestimmte Gründe gibt, warum in diesem und jenem Verhalten der Soldaten nach seiner Auffassung ein bißchen mehr Courage oder **Zivilcourage** notwendig wäre. Er führt einige Gründe an, von denen er meint, daß sie dazu geführt haben könnten.

Schlaga

(A) Wir haben uns darüber unterhalten und haben uns des Auftrags, den der Wehrbeauftragte dem Verteidigungsausschuß hiermit meinte geben zu sollen, insofern entledigt — und das halte ich für die beste Lösung —, daß wir an das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr den Auftrag vergeben haben, zu untersuchen, ob die Ursachen und Wirkungen, die hier erst einmal relativ vordergründig dargestellt worden sind, so stimmen, sich so verhalten, oder ob es da andere Gründe gibt. Ich bin daran interessiert, diesen Bericht eines Tages in die Hand zu bekommen.

Ein weiterer Punkt, auf den ich kurz eingehen will, befaßt sich mit jenem **G 1-Hinweis** des Verteidigungsministers, das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung betreffend. Zum besseren Verständnis darf ich einmal kurz den Text dieses G 1-Hinweises zitieren:

> Ein Soldat, der den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, ist grundsätzlich verpflichtet, bis zur Feststellung seiner Berechtigung alle Dienstpflichten in den Streitkräften, einschließlich des Waffendienstes, zu erfüllen. Erscheint für einen Soldaten, der die Feststellung seiner Berechtigung, den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern, beantragt hat, der Dienst mit der Waffe als eine unzumutbare Härte, kann er von der unmittelbaren Bedienung der Waffe befreit werden.

Nun, das ist zweifellos das, was der Minister heute morgen als eine fortschrittliche Entwicklung innerhalb der Führung der Streitkräfte dargestellt hat, (B) und auch ich unterstütze das. Es hat keinen Sinn, daß man Kriegsdienstverweigerer in die Truppe einberuft, in der sie den Disziplinarvorgesetzten tatsächlich das Leben oft schwermachen. Deswegen also dieser Erlaß.

Nur sind — das ist unsere Auffassung — die Disziplinarvorgesetzten oft überfordert, weil ihnen Handreichungen fehlen. Und das ist das, was der Wehrbeauftragte hier eben auch möchte: daß den Disziplinarvorgesetzten Handreichungen in die Hand gegeben werden, mit deren Hilfe sie dann tatsächlich auch Entscheidungen treffen können, die ein hohes Maß an Gerechtigkeit gewährleisten.

Der Verteidigungsminister sagt dazu: Wir haben noch zu wenig Erfahrung, der Erlaß ist erst zu kurze Zeit in Kraft, wir müssen noch abwarten. — Dies mag aus seiner Sicht richtig sein. Er sagt auch: Es liegen noch zu wenige Fälle vor.

Aber damit unterschiedliche und damit ungerechte Entscheidungen weitestgehend vermieden werden, waren wir der Auffassung, daß eben etwas getan werden muß, und sei es erst einmal nur in Form einer Handreichung, mit der vorläufig gearbeitet werden muß und die dann schließlich vom Verteidigungsminister fortgeschrieben wird. Ich bitte den Verteidigungsminister, tatsächlich auch so zu verfahren.

Punkt 3 waren **erzieherische Maßnahmen,** die ich hier noch einmal nennen zu sollen meinte. Da schreibt der Wehrbeauftragte in seinem Bericht: Es ist bedenklich, daß von den von mir gezielt ausgewerteten erzieherischen Maßnahmen mehr als 50 % (C) mit Eingriffen in die Freizeit des Soldaten verbunden waren. — Das Ministerium äußert sich dazu etwa in folgender Form: Die Bedenken des Wehrbeauftragten können nicht in vollem Umfange geteilt werden. Und es gibt dazu eine Begründung. Die Begründung mag technisch, manchmal auch technokratisch richtig sein, aber menschlich stimmt sie mich doch etwas bedenklich. Denn z. B. mehrfach über einen einzelnen Soldaten verhängte Freizeitbeschränkungen, besonders bei Heimatfernen, finde ich bedenklich. Denn die Störungen der Bindung an die Familie, der Bindung an Freunde, Freundinnen und Freundeskreise können bei diesen jungen Leuten zu Verhaltensweisen, zu Kurzschlußhandlungen führen, die auch wiederum der Bundeswehr nicht dienlich sein können.

Mir fällt da immer wieder das Beispiel meines eigenen Sohnes ein, der 350 km von zu Hause entfernt eingezogen gewesen ist, der ein begeisterter Volleyballspieler war, der sehr viele Meisterschaften mitgemacht hat. Er wollte eben am Samstagfrüh an einer Meisterschaft teilnehmen, mußte aber am Freitagnachmittag in der Kaserne bleiben — was auch immer er „verbrochen" hatte; das ist eine andere Sache. Das Ergebnis war: Er fuhr um Mitternacht mit seinem Wagen von der Kaserne doch noch nach Hause und hat dann also morgens gespielt und das Spiel verloren — sicher nicht allein deswegen; aber die Mannschaft war der Auffassung: dies wäre nicht passiert, wenn du rechtzeitig gekommen wärst. — Das ist ein ganz minimales, ein ganz kleines Beispiel; über solche Dinge gibt es (D) sicher mehr zu sagen.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Solche Sachen werden im Deutschen Bundestag vorgetragen! Das ist ja unglaublich! Familiengeschichten!)

— Na hören Sie mal, das Induktive ist noch immer das, was am ehesten verständlich wirkt. Das sollten Sie doch wissen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Aber nicht bei einem Schlaga!)

Was ich damit zum Ausdruck bringen will: Ich bin der Auffassung, daß man, um Aversionen entgegenzuwirken, um sie nicht wachsen zu lassen — denn so etwas könnte festsitzen —, mit der Einschränkung der Freizeit restriktiv verfahren sollte, wenn auf die Dauer Nachteile vermieden werden sollen.

Es ist richtig, wie das Bundesverteidigungsministerium sagt, daß eben diese erzieherischen Maßnahmen besonders wehtun, wenn man die Freizeit kürzt und beschränkt. Aber gerade weil es wehtut, sollte man besonders sparsam damit umgehen.

Ein weiterer Komplex sind die **Familienheimfahrten.** Es schiene mir tatsächlich ein Stück mehr Wehrgerechtigkeit zu sein, könnte man da zu einem Ergebnis kommen. Jedem Wehrpflichtigen stehen im Jahr 12 Freifahrten zu; daneben stehen ihm unbegrenzt Fahrten nach Hause oder woandershin zu 50 % Ermäßigung zu. Das heißt, derjenige, der 50 km von zu Hause entfernt ist, hat 50 % Ermäßi-

(A) gung; der, der 500 km entfernt ist, auch 50 %. Es trifft also die Heimatfernen.

Der Vorschlag des Wehrbeauftragten geht dahin, eine Staffelung einzuführen. Die könnte z. B. so aussehen, daß bei 50 km nur eine Ermäßigung von 30 % gewährt wird, bei 500 km aber eine von 70 %, so daß insgesamt bei gleichem Volumen ein Ausgleich zustande käme. Das würde, wie gesagt, eine fühlbare Entlastung für die Heimatfernen und eine durchaus tragbare Belastung für die Heimatnahen sein. Das würde auch zu einer positiven Motivation Wehrpflichtiger führen und ein Stück mehr Wehrgerechtigkeit sein. Der Haushalt dürfte natürlich nicht ausgeweitet werden. Von der Möglichkeit darf auch nur bei Fahrten zwischen Standort und Heimatort Gebrauch gemacht werden. Es darf auch nur einen geringen Verwaltungsaufwand verursachen. Wenn also auf Grund der Haushaltslage schon kein höherer Sold gezahlt werden konnte, dann sollte man auch angesichts der gestiegenen Fahrpreise diese Staffelung einführen.

Das Bundesverteidigungsministerium ist nach meiner Kenntnis im Prinzip einverstanden, aber — da kommt das Aber — die Bundesbahn ist nicht einverstanden. Denn die Automaten, die sie eingerichtet hat, spielen nicht mit. Diese unterschiedliche Staffelung läßt sich nicht einspeisen. Mehr Wehrgerechtigkeit in einem solchen Fall, die von dem einzelnen Wehrpflichtigen sicher begrüßt werden würde, soll nun also an einer perfektionierten Rationalisierung scheitern. Hier handelt es sich um einen seelenlosen Vorgang, der auf Kosten der
(B) Menschlichkeit geht. Die Bundesbahn macht sich das nach meiner Auffassung zu einfach. Sie sollte gefälligst noch einmal nachdenken. Es geht hier um 300 000 junge Leute, denen geholfen werden könnte.

Mein Dank gilt dem Wehrbeauftragten. Mein Wunsch ist, daß er weiterhin ein waches Auge und eine glückliche Hand haben und eine erfolgreiche Arbeit leisten möge.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Vizepräsident Frau Funcke: Das Wort hat Herr Abgeordneter Stahlberg.

Stahlberg (CDU/CSU): Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU/CSU hat am 10. Dezember 1975 einen Antrag vorgelegt, der mithelfen soll, die **Benachteiligung der Unteroffiziere bei den Kampf- und Kampfunterstützungstruppen des Heeres gegenüber den sogenannten Spezialisten** auszuräumen. Geeigneten und bewährten Unteroffizieren in Führungsverwendungen der Kampf- und Kampfunterstützungstruppen sollte nach unserer Meinung der **Aufstieg zum Offizier** unter gleichen Bedingungen ermöglicht werden wie den Unteroffizieren in speziellen Verwendungen.

Im Bericht des Abgeordneten Horn vom 4. Juni 1976 — Drucksache 7/5316 — wird nunmehr vorgeschlagen, unseren Antrag als unbegründet abzulehnen. Kollege Horn verweist auf eine Fachschulweisung des Verteidigungsministers vom 11. September 1975, mit der die von uns angesprochenen Schwierigkeiten angeblich bereits behoben seien. (C)

Dieser Auffassung müssen wir entschieden widersprechen. Im Interesse der betroffenen Unteroffiziere möchte ich Sie, meine Kolleginnen und Kollege, mit allem Ernst darauf hinweisen, daß der Berichterstatter bei Abfassung seines Berichts entweder über die tatsächliche Sachlage im Bundesministerium der Verteidigung nicht richtig orientiert wurde oder die erhaltenen Informationen falsch interpretiert hat.

Richtig hingegen ist, daß erstens bis heute die Feldwebel der Kampf- und Kampfunterstützungstruppen nicht in einer eigenen Fachrichtung Offiziere des militärischen Dienstes werden können

(Beifall bei der CDU/CSU)

und daß damit die wiederholt behauptete Chancengerechtigkeit weder durch die Weisung des Bundesverteidigungsministers vom 11. September 1975 noch durch eine andere Weisung hergestellt oder auch nur eingeleitet worden ist und daß zweitens der Antrag der CDU/CSU-Fraktion geeignet ist, diese Chancengerechtigkeit in einer gemeinsamen Bemühung aller im Bundestag vertretenen Parteien herbeizuführen.

Des weiteren meint der Berichterstatter, die Verwirklichung des Vorschlags der CDU/CSU-Bundestagsfraktion führe zu einer Überalterung der Einheitsführer und damit zu Friktionen in der Truppe. Er meint, man sollte zudem solche Pläne zur Neuordnung so lange zurückstellen, bis das Laufbahngefüge aller Offiziere im Rahmen der Untersu- (D) chungen zur Personalstruktur der Streitkräfte insgesamt überdacht sei.

Zu der ersten Sorge des Berichterstatters möchte ich Ihnen an einem konkreten Zahlenbeispiel verdeutlichen, daß sie völlig unbegründet ist.

Zur Zeit geschieht die Auswahl zum Offizier des militärfachlichen Dienstes unter den jungen Feldwebeln im Alter von etwa 25 Jahren. Sie haben der Truppe dann in Verwendungen als Gruppen- und Zugführer insgesamt nur etwa vier bis fünf Jahre zur Verfügung gestanden. Die zur Laufbahn der Offiziere des militärfachlichen Dienstes zugelassenen jungen Feldwebel erhalten dann eine etwa zweijährige Ausbildung und werden anschließend in Fachrichtungen der verschiedensten Führungsgrundgebiete verwendet. Nur, meine Kolleginnen und Kollegen: In die Verwendung als Führer in der Truppe kehren sie nicht wieder zurück. Das empfinden wir als sehr schade. Hier liegt der entscheidende Ansatz unserer Kritik. Wir sind der Auffassung, daß es darauf ankommen muß, den Kampf- und Kampfunterstützungstruppen über einen sehr viel längeren Zeitraum hin auch die hervorragendsten Feldwebel in Führungsfunktionen wirklich zu erhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir denken dabei an mindestens zwei weitere Zugführerverwendungen und an die Möglichkeit, daß die besten von ihnen auch zum Einheitsführer, zum Kompaniechef, aufsteigen können.

Stahlberg

(A) Dabei ist es völlig unbegründet, von einer Überalterung der Einheitsführer und Friktionen in der Truppe zu sprechen, da auch die Verwendung als Einheitsführer vor dem 40. Lebensjahr abgeschlossen sein kann und der Betreffende dann nahtlos in eine andere Laufbahnrichtung überführt werden kann.

Zum zweiten Punkt der Kritik des Berichterstatters muß ich wiederum richtigstellen, daß unser Auftrag das Ziel verfolgte, die Neuordnung im Sinne des Bildungsgutachtens weiterzuführen. Es ist nicht beabsichtigt, einer späteren umfassenderen Regelung hier vorzugreifen. Die CDU/CSU-Fraktion will in einem ganz konkreten Fall die Neuordnung lediglich vollenden. Diese ist bisher an den Unteroffizieren der Kampf- und Kampfunterstützungstruppen vorbeigegangen. Wir haben kein Verständnis dafür, daß die Truppe hier mit ihren aktiven Soldaten immer gegenüber den Dienststellen, dem Ministerium und anderen Einrichtungen der Bundeswehr benachteiligt werden soll.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Berichterstatter tut so, als ob die bei der Fachschule des Heeres in Munster ausgebildeten Erzieher Offiziere des militärfachlichen Dienstes sozusagen von selbst würden. Es müßte hier außerdem, Herr Kollege Horn, bekannt sein, daß diese Ausbildung nicht 1978, sondern 1980 abgeschlossen sein wird. Es müßte vollkommen klar sein — in späteren Weisungen steht das mehr als deutlich geschrieben —, daß diese Gehilfen des Offiziers (B) Hauptfeldwebel sein sollen und eben nicht Offiziere des militärfachlichen Dienstes werden können.

Wir sind der Meinung, diese Soldaten sind auch schon vor ihrer Offizierausbildung zum Zugführer qualifiziert. Aus diesem Grunde wollen wir die Chancengerechtigkeit für alle Soldaten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wer unseren Auftrag unterstützt, folgt damit auch einer militärischen Forderung, die jüngst erneut im Heeresamt erhoben worden ist. Deshalb appelliere ich an alle Damen und Herren des Hohen Hauses, dem Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Interesse eines Großteils der Unteroffiziere zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU — Dr. Wörner [CDU/CSU]: Und dafür die Verleumdung der Unteroffiziere, sie saufen zuviel, zu unterlassen!)

Vizepräsident Frau Funcke: Das Wort hat der Abgeordnete Horn.

Horn (SPD): Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht zunächst ein Wort in eigener Sache, nachdem ich heute morgen zweimal von Kollegen der CDU/CSU angesprochen wurde: Herr Biehle hat einerseits behauptet, ich hätte auf der Wehrkundetagung der SPD in München die Gefahr der potentiellen militärischen Bedrohung aus dem Osten unterschätzt. Sie, Herr Kollege Werner, haben gesagt, wir lägen tendenziell (C) gleich. Ich möchte Sie bitten: Lesen Sie bitte beide die Unterlagen etwas korrekter, dann kommen nicht die gravierenden Widersprüche in ihrer eigenen Fraktion hoch. Ich kann das hier wegen der Kürze der Zeit leider nicht ausführlicher darstellen.

Zu dem Antrag, der hier vorliegt, darf ich noch folgendes sagen. Wir haben im Verteidigungsausschuß eingehend darüber diskutiert. Wir sind nicht vom Antrag der CDU/CSU überzeugt worden. Es bleiben für mich die beiden gravierenden Mängel entscheidend — auch für unsere Kollegen —, nämlich daß die Verwendung der Unteroffiziere in Kampf- und Kampfunterstützungstruppen nach entsprechenden Aufstiegsmöglichkeiten, die den Aufstieg der Fachoffiziere zu Einheitsführern anbetrifft, zu einer Überalterung der Einheitsführer und damit zu einer Friktion in der Truppe führt.

Zweitens. Im Zuge der Untersuchungen zur Personalstruktur der Streitkräfte mit ihren neu zu ordnenden Ausbildungs- und Verwendungsreihen wird letztlich auch das Laufbahngefüge aller Offiziere neu zu überdenken sein. Die Ergebnisse dieser Überlegungen und Untersuchungen dürfen jedoch nicht dadurch präjudiziert werden, daß bereits jetzt auf Grund isolierter Einzelbetrachtungen Änderungen vorgenommen werden, die die Zuordnung zu den einzelnen Laufbahnen bzw. deren Abgrenzung untereinander betreffen.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion lehnt den CDU/CSU-Antrag ab, da er zum Teil überholt (D) ist — das habe ich hier schon einmal ausgeführt —

(Stahlberg [CDU/CSU]: Genauso falsch wie beim letztenmal!)

und zum Teil unausgegoren ist. Wir fordern unsererseits die Bundesregierung auf, die bisherigen Maßnahmen zur Erhöhung der Chancengleichheit für die Unteroffiziere in den Kampf- und Kampfunterstützungstruppen konsequent fortzusetzen und das Problem der Personalstruktur in einen sinnvollen Gesamtzusammenhang einzuordnen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Vizepräsident Frau Funcke: Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich schließe die verbundene Debatte. Wir kommen zu den Abstimmungen.

Zunächst der Antrag des Verteidigungsausschusses zum Weißbuch auf Drucksache 7/5323. Wer zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Das erste war die Mehrheit; angenommen.

Hierzu liegt der Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und der FDP vor. Ich nehme an, daß er in der Debatte schon begründet worden ist und wir abstimmen können. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — So beschlossen.

Vizepräsident Frau Funcke

(A) Ich rufe nun den Antrag des Verteidigungsausschusses zu Punkt 49 der Tagesordnung auf Drucksache 7/5360 auf.

(Dr. Wörner [CDU/CSU]: Frau Präsidentin, könnten wir erfahren, um was es sich da handelt?)

— Es handelt sich um den Antrag des Verteidigungsausschusses, Ihren Antrag abzulehnen. Es kann hier nur in dieser Form abgestimmt werden, weil der Ausschuß die Ablehnungsempfehlung gibt.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Es ist so beschlossen.

Ich komme nunmehr zur Abstimmung zu (C) Punkt 50 der Tagesordnung, Antrag des Ausschusses auf Drucksache 7/5342. Wir können wohl über alle drei Einzelpunkte gemeinsam abstimmen. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Es ist so beschlossen.

Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende unserer Tagesordnung.

Ich berufe das Haus auf Mittwoch, den 30. Juni 1976, 9 Uhr ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 13.13 Uhr)

(B)

(D)

(A) (C)

Anlagen zum Stenographischen Bericht

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten

Abgeordnete(r)	entschuldigt bis einschließlich
Dr. Achenbach *	25. 6.
Dr. Ahrens **	25. 6.
Dr. Aigner *	25. 6.
Alber **	25. 6.
Amrehn **	25. 6.
Dr. Arnold	25. 6.
Dr. Artzinger *	25. 6.
Dr. Bangemann	25. 6.
Dr. Bardens	25. 6.
Behrendt *	25. 6.
Dr. von Bismarck	2. 7.
Frau von Bothmer **	25. 6.
Büchler (Hof)	25. 6.
Büchner (Speyer) **	25. 6.
Prof. Dr. Burgbacher *	25. 6.
Prof. Dr. Carstens (Fehmarn)	25. 6.
Christ	25. 6.
Conradi	25. 6.
Dr. Corterier	25. 6.
Dr. Dollinger	25. 6.
Dr. Dregger	25. 6.
Dreyer	2. 7.
Dr. Ehrenberg	25. 6.
Engelsberger	25. 6.
Entrup	25. 6.
Dr. Evers	25. 6.
Fellermaier *	25. 6.
Flämig *	25. 6.
Dr. Früh	25. 6.
Frehsee *	25. 6.
Friedrich	25. 6.
Geisenhofer	25. 6.
Gerlach (Emsland) *	25. 6.
Dr. Graß	25. 6.
Härzschel	25. 6.
Hansen	25. 6.
von Hassel	25. 6.
Frau Huber	25. 6.
Dr. Jaeger	25. 6.
Dr. Jahn (Braunschweig) *	25. 6.
Junghans	25. 6.
Dr. Klepsch *	25. 6.
Dr. Köhler	25. 6.
Krall *	25. 6.
Dr. Kreile	25. 6.
Kroll-Schlüter	25. 6.
Prof. Dr. Laermann	25. 6.
Lagershausen	25. 6.
Lautenschlager *	25. 6.
Lemmrich **	25. 6.
Prof. Dr. Lohmar	25. 6.
Lücker *	25. 6.
Maucher	25. 6.
Memmel *	25. 6.
Prof. Dr. h. c. Dr.-Ing. E. h. Möller	25. 6.
Müller (Mülheim) *	25. 6.
Dr. Müller (München) **	25. 6.
Mursch *	25. 6.
Dr. Narjes	25. 6.
Picard	25. 6.
Pieroth	25. 6.
Rainer	25. 6.
Reddemann	25. 6.
Reuschenbach	25. 6.
Richter **	25. 6.
Dr. Riedl (München)	25. 6.
Röhner	25. 6.
Prof. Dr. Schellenberg	2. 7.
Frau Schleicher	25. 6.
Schmidhuber	25. 6.
Schmidt (München) *	25. 6.
Schmidt (Wattenscheid)	25. 6.
Dr. Schulz (Berlin) *	25. 6.
Schwabe *	25. 6.
Dr. Schwencke (Nienburg) **	25. 6.
Dr. Schwörer *	25. 6.
Seefeld *	25. 6.
Seibert	25. 6.
Sieglerschmidt **	25. 6.
Spilker	25. 6.
Springorum *	25. 6.
Dr. Starke (Franken) *	25. 6.
Graf Stauffenberg	25. 6.
Frau Stommel	25. 6.
Strauß	25. 6.
Stücklen	25. 6.
Suck *	25. 6.
Frau Tübler	2. 7.
Dr. Vohrer **	25. 6.
Dr. h. c. Wagner (Günzburg)	2. 7.
Dr. Waigel	25. 6.
Walkhoff *	25. 6.
Wallmann	2. 7.
Walther	2. 7.
Frau Dr. Walz *	25. 6.
Dr. Warnke	25. 6.
Dr. von Weizsäcker	25. 6.
Frau Dr. Wex	25. 6.
Dr. Wittmann (München)	25. 6.
Frau Dr. Wolf **	25. 6.
von Wrangel	2. 7.
Wurbs	25. 6.
Dr. Zimmermann	25. 6.

(B) (D)

* für die Teilnahme an Sitzungen des Europäischen Parlaments
** für die Teilnahme an Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Anlage 2

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Brück auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Reddemann** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage A 1):

Durch welche Tatsachen läßt sich die Aussage der Bundesregierung in ihrer bundesweiten Zeitungsannonce zur Entwicklungspolitik vom 5. Juni 1976 belegen, wonach alle Entwicklungskredite mit Zinsen pünktlich zurückgezahlt werden?

Im Rahmen der finanizellen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern hat die Bundesregierung bis zum 31. Dezember 1975 Darlehensverträge über rund 21,6 Mrd. DM abgeschlossen. Die Auszahlungen betragen rund 18,1 Mrd. DM.

Die darauf fälligen Tilgungen von rund 3 Mrd. DM sowie die Zinsen in Höhe von rund 3,2 Mrd. DM sind — von relativ geringen Beträgen abgesehen — vertragsgemäß gezahlt worden.

Mit einigen Schuldnerländern hat die Bundesregierung die vertraglich vereinbarten Fälligkeiten durch Umschuldungsverträge neu geregelt.

Die zur Zeit feststellbare Ausfallquote ist wohl kaum höher als die Ausfallquote oder der Wertberichtigungsbedarf in anderen Sparten des in- und ausländischen Kreditgeschäfts. Deshalb betont die von der Bundesregierung veröffentlichte Information zu Recht, daß die Entwicklungsländer gute Schuldner sind. Das in der Frage unterlegte Wort „alle", das Ausnahmslosigkeit unterstellt, ist im Text der Anzeige nicht enthalten.

Anlage 3

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. de With auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten **Schlaga** (SPD) (Drucksache 7/5404 Fragen A 11 und 12):

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß einzelne Geschäftsinhaber sogenannte Fangprämien zur Verhinderung von Ladendiebstählen aussetzen oder auch eine pauschalierte Bearbeitungsgebühr einbehalten, wenn ein Ladendieb ertappt wird, und wie will sie dieser Form von Privatjustiz, die nach neueren Entscheidungen verschiedener Amtsgerichte (München in NJW 1972, S. 2038, Essen 10 C 591/74, Mettmann 21 C 244/75) und Oberlandesgerichte (Koblenz 1 Ss 199/75, Braunschweig Ss 63/75) nicht rechtmäßig ist, begegnen?

Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, im Rahmen eines Gesamtkonzepts strafrechtlicher, zivilrechtlicher und wirtschaftsrechtlicher Maßnahmen, das Problem des Ladendiebstahls bundeseinheitlich zu regeln?

Zu Frage A 11:

Die Frage, ob ein Ladendieb dem Geschäftsinhaber eine von diesem ausgesetzte „Fangprämie" erstatten oder eine pauschalierte Bearbeitungsgebühr entrichten muß, ist umstritten. Die Bundesregierung hat zu diesem Problem wiederholt — u. a. in der Fragestunde vom 14. Februar 1974 — Stellung genommen; sie vertritt folgende Rechtsauffassung:

— Ladendiebstahl ist zivilrechtlich eine unerlaubte Handlung. Der Ladendieb ist daher gemäß §§ 823, 249 BGB verpflichtet, dem Geschäftsinhaber den ihm aus dem Ladendiebstahl entstandenen Schaden zu ersetzen. Ersatzfähig ist nur der durch die konkrete Tat verursachte Schaden, den der Geschäftsinhaber im einzelnen nachzuweisen hat. Ein pauschalierter Schadensersatz in Form einer „Bearbeitungsgebühr" steht dem Geschäftsinhaber grundsätzlich nicht zu. Die sogenannten Fangprämien dürften in der Regel zu den allgemeinen Kontroll- und Vorsorgemaßnahmen des Geschäftsinhabers gehören und ebenfalls keinen vom Ladendieb zu ersetzenden Schaden darstellen.

— Droht der Geschäftsinhaber dem Ladendieb die Einleitung eines Strafverfahrens für den Fall an, daß der Dieb die pauschalierte Bearbeitungsgebühr oder die Fangprämie nicht bezahlt, so kann er sich der Erpressung (§ 253 StGB) schuldig machen, wenn er weiß, daß seine Forderung zivilrechtlich nicht begründet ist. Außerdem kann in einem solchen wissentlich unberechtigten Zahlungsverlangen ein Betrug (§ 263 StGB) des Geschäftsinhabers gegenüber dem Ladendieb liegen.

Die Bundesregierung sieht sich in ihrer Rechtsauffassung durch die in der Anfrage zitierte neuere Rechtsprechung bestärkt. Sie ist der Ansicht, daß die aufgezeigten zivilrechtlichen und strafrechtlichen Sanktionen — jedenfalls zur Zeit — ausreichen, um die mißbräuchliche Durchsetzung unberechtigter Geldforderungen gegenüber Ladendieben wirksam zu bekämpfen. Gesetzgeberische Maßnahmen erscheinen ihr daher derzeit nicht veranlaßt zu sein.

Zu Frage A 12:

Das Problem, wie Ladendiebstählen und sonstigen Fällen der Kleinkriminalität angemessen begegnet werden kann, wird zur Zeit in der Rechtswissenschaft lebhaft diskutiert. Der 51. Deutsche Juristentag wird u. a. die Frage prüfen, ob es sich empfiehlt, in diesen Bereichen die bisherigen strafrechtlichen Sanktionen durch andere Maßnahmen, etwa durch verschärfte zivilrechtliche Rechtsfolgen, abzulösen. Auf eine teilweise Entkriminalisierung des Ladendiebstahls zielt auch der von mehreren Rechtsprofessoren erarbeitete „Alternativentwurf — Gesetz gegen den Ladendiebstahl" ab, der im Schrifttum ein unterschiedliches Echo gefunden hat.

Die Möglichkeiten einer angemessenen Bekämpfung der Kleinkriminalität, insbesondere des Ladendiebstahls, sind im Bundestag bei der Beratung des Einführungsgesetzes zum StGB eingehend behandelt worden. Mit diesem am 1. Januar 1975 in Kraft getretenen Gesetz hat sich der Bundestag mit Zustimmung aller Fraktionen dieses Hohen Hauses gegen eine materiellrechtliche Entkriminalisierung des Ladendiebstahls ausgesprochen: Durch die neue Regelung ist der Übertretungstatbestand der Verbrauchsmittelentwendung („Mundraub") entfallen; er ist in dem allgemeinen Diebstahlstatbestand aufgegangen. Der Diebstahl geringwertiger Sachen wird allerdings nur dann strafrechtlich verfolgt, wenn der Verletzte Strafantrag stellt oder die Staatsanwaltschaft das besondere öffentliche Interesse an der Strafverfolgung bejaht. Die Bewertung des früheren Tatbestandes des „Mundraubs" als Vergehen ist dabei im Zusammenhang mit den durch das Einführungsgesetz eingeführten strafprozessualer Neuregelungen zu sehen. Diese werden sich vor allem

(A) auf die sogenannte Bagatellkriminalität auswirken. Der neu eingeführte § 153 a StPO ermöglicht es der Staatsanwaltschaft mit Zustimmung des Beschuldigten und des Gerichts — bei Diebstahl geringwertiger Sachen auch ohne Zustimmung des Gerichts —, dem Beschuldigten Auflagen zu machen — beispielsweise die Zahlung einer Geldbuße an eine gemeinnützige Institution — oder Weisungen aufzulegen. Sind diese erfüllt, kann die Tat nicht mehr verfolgt werden. Diese Neuregelungen erlauben eine elastische Bekämpfung der Ladendiebstahlskriminalität, die vor allem unterschiedliche Reaktionen gegenüber Erst-, Rückfall- und Serientätern einschließt.

Die Bundesregierung beobachtet sorgfältig, wie sich die am 1. Januar 1975 in Kraft getretene Neuregelung bewährt. Sie ist der Auffassung, daß erst nach einer eingehenden Auswertung der mit dem neuen Recht gemachten Erfahrungen abgesehen werden kann, ob und gegebenenfalls welche legislativen Änderungen hier notwendig sind. Bei dieser Prüfung wird sich die Bundesregierung die derzeitigen Erörterungen der Rechtswissenschaft zunutze machen.

Anlage 4

Antwort

(B) des Parl. Staatssekretärs Grüner auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten **Biehle** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Fragen A 13 und 14):

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Mitglieder des Bundesverbands Freier Tankstellen wegen des Aufkaufs von freien gesetzeskonformen Benzinmengen auf den traditionellen mittelständischen Auslandsmärkten durch die Mineralölkonzerne nur noch am Inlandsmarkt aufgrund von Verträgen 40 bis 50 % ihres Benzinbedarfes decken können, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

Trifft es zu, daß die Mineralölkonzerne ihre eigene Inlandsproduktion an Benzin um bis zu 50 % reduzierten und durch den Aufkauf der ausländischen Ware auf den mittelständischen Märkten zu einer Existenzgefährdung der preisgünstigeren Zapfstellen des Bundesverbands Freier Tankstellen beitrugen, und ist die Bundesregierung bereit, wie in früheren Jahren, eine Clearingstelle zur gemeinsamen Festlegung von Kontingenten für die freien Tankstellen zu schaffen?

Zu Frage A 13:

Die Bundesregierung hat in der Fragestunde am 9./10. Juni 1976 auf eine Frage des Abgeordneten Wolfram zur Situation der freien Tankstellen Stellung genommen und ausgeführt, daß nach ihrerAuffassung die internationale Marktentwicklung auf dem Benzinmarkt, die im wesentlichen durch eine generelle Verknappung und wesentlich gestiegene Benzinpreisnotierungen gekennzeichnet ist, für die gegenwärtigen Probleme der freien Tankstellen verantwortlich sind. Ich darf auf diese Antwort Bezug nehmen.

Im übrigen trifft es nicht zu, daß die freien Tankstellen gegenwärtig nur 40—50 % ihres Benzinbedarfs decken können. Einmal beträgt der Anteil der Versorgung der freien Tankstellen, der durch inländische Raffinerieproduktion gedeckt wird, nach eigenen Angaben der freien Tankstellen ca. 60 %. Zum anderen ist der Import durch die o. a. Marktentwicklung in den ersten vier Monaten dieses Jahres zwar weniger rentabel gewesen und deshalb zurückgegangen, er ist aber keineswegs zum Erliegen gekommen. Da auch der Anteil der Gruppe der unabhängigen Importeure an diesen Importen im Zeitraum Januar—April nicht wesentlich anders als im Vorjahr war, und diese Gruppe traditionell auch die freien Tankstellen versorgt, ist davon auszugehen, daß ein wesentlicher Teil der Versorgung der freien Tankstellen unverändert aus Importen stammt. (C)

Was den angeblichen Aufkauf gesetzeskonformen Benzins auf den Auslandsmärkten durch die Mineralölkonzerne angeht, so wird diese Behauptung durch die neuesten Daten über Umfang und Ausnutzung der für den Import höher verbleiten Benzins erteilten Ausnahmegenehmigungen nicht gestützt. Danach sind Ausnahmegenehmigungen für den Import höher verbleiten Benzins zwar großzügig erteilt, aber nur in geringem Umfang (10,9 % der Importe) genutzt worden. Der weitaus größte Teil der Benzinimporte sind also Importe sogenannten gesetzeskonformen Benzins mit einem Bleigehalt von 0,15 g/l oder weniger. Dies sowie der bereits erwähnte Umstand, daß der Anteil des unabhängigen Handels an diesen Importen im Vergleich zum Vorjahr nicht wesentlich zurückgegangen ist (Januar bis April 1976 57,6 %, Januar bis April 1975 62 %, Gesamtjahr 1975 53,3 %), sprechen dagegen, daß das im Ausland zur Verfügung stehende gesetzeskonforme Benzin allein von den Mineralölgesellschaften aufgekauft wird. (D)

Zu Frage A 14:

Die Benzinproduktion der Raffineriegesellschaften in der Bundesrepublik lag in den ersten vier Monaten dieses Jahres um 4 % über der Produktion des gleichen Vorjahreszeitraums.

Richtig ist, daß infolge der ungleichgewichtigen Nachfrageentwicklungen bei Benzin einerseits und leichten und schwerem Heizöl andererseits die Mineralölgesellschaften ihre Raffinerien seit Beginn des vergangenen Jahres nur mit gedrosselten Kapazitäten fahren können und dadurch auch die Benzinproduktion niedriger liegt, als sie sein könnte. Da auch in anderen Ländern die Raffinerieauslastung vergleichbar niedrig liegt, ist das Benzinangebot auch international relativ knapp. Andererseits wird eine im Zusammenhang mit der konjunkturellen Belebung zu erwartende steigende Nachfrage nach Heizölen auch eine bessere Auslastung der Raffinerien und damit eine größere Benzinproduktion erlauben. Wie in meiner Antwort auf die Frage des Abgeordneten Wolfram dargestellt, beobachtet die Bundesregierung sehr sorgfältig die Entwicklung auf dem Benzinmarkt und eventuelle Auswirkungen auf die vorhandene ausgewogene Marktstruktur, die die Existenz der Gruppe der freien Tankstellen mit einschließt. Sie steht im Gespräch auch mit den freien Tankstellen. Für die Schaffung einer Clearingstelle, wie sie auf dem Höhepunkt der Ölkrise eingerichtet worden war, sieht die Bundesregierung jedoch gegenwärtig keinen Anlaß.

(A) **Anlage 5**

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Logemann auf die Mündliche Frage der Abgeordneten **Frau Will-Feld** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage A 40):

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die Beantwortung des Fragebogens für Klein- und Kleinstbetriebe auf Grund des Ernährungssicherstellungsgesetzes 1968, der Ernährungswirtschaftsmeldeverordnung vom 15. September 1975 und der Verordnung über das Formblatt zur Ernährungswirtschaftsmeldeverordnung vom 24. September 1975, wonach Fragen auf 42 Seiten zu beantworten sind, noch zumutbar ist, und wenn nein, wird sie eine Änderung vornehmen?

Auf die Angaben nach der Ernährungswirtschaftsmeldeverordnung und der zugehörigen Formblattverordnung kann nicht verzichtet werden. Sie sind in der Form, wie sie nach Abwägung aller maßgeblichen Gesichtspunkte in die Verordnung eingegangen sind, den meldepflichtigen Betrieben auch zumutbar. Entgegen der Darstellung in der Frage handelt es sich im übrigen nicht um 42, sondern um 14 Blätter.

Durch die auf Grund der Verordnungen geforderten Meldungen soll insbesondere den regional und örtlich zuständigen Stellen ein Überblick über Umstände gegeben werden, die für die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung und der Streitkräfte mit Erzeugnissen der Ernährungswirtschaft im Hinblick auf einen Spannungs- oder Verteidigungsfall notwendig sind, um geeignete Vorsorgemaßnahmen planen zu können. Dabei soll auch der (B) Bedarf der meldepflichtigen Betriebe an Arbeitskräften und Betriebsmitteln mit erfaßt werden, um diese Daten in die Planungen mit einbeziehen zu können. Auf Grund allgemeiner statistischer Erhebungen stehen die hierfür erforderlichen spezifischen Angaben nicht zur Verfügung.

In dem Bemühen um eine angemessene Abgrenzung der zu erfassenden Betriebe hat der Verordnungsgeber dabei versucht, den genannten Zielsetzungen gerecht zu werden, ohne den kleineren Handwerksbetrieben eine unzumutbare Belastung aufzuerlegen. Der Meldepflicht für Bäckereien und Fleischereien wurde daher eine nach der Anzahl der in der Produktion Beschäftigten bemessene Betriebsgröße zugrunde gelegt. Gerade das Bewußtsein, daß den kleineren Betrieben des Ernährungshandwerks eine bedeutsame Funktion bei der örtlichen und regionalen Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zukommt, hat den Verordnungsgeber veranlaßt, die für diese Betriebe vorgesehene Meldepflicht besonders sorgfältig zu erwägen.

Um den meldepflichtigen Betrieben die Erfüllung der Meldepflicht möglichst zu erleichtern, ist jedem Formblatt ein Merkblatt beigegeben worden, in dem ausführliche Erläuterungen zu Positionen des Formblatts enthalten sind. Außerdem sind die Verordnungen im Entwurfsstadium den Spitzen- und Dachverbänden der Ernährungswirtschaft zugeleitet worden, deren Stellungnahmen bei der Fassung der Verordnungen auch Berücksichtigung gefunden haben.

Anlage 6 (C)

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Buschfort auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Pawelczyk** (SPD) (Drucksache 7/5404 Frage A 43):

Ist die Bundesregierung bereit, bei der Arbeitsverwaltung darauf hinzuwirken, daß die Kindergeldberechtigten rechtzeitig vor Erreichen der Volljährigkeit eines Kindes unterrichtet werden, daß die Anspruchsvoraussetzungen wegfallen, wenn sie nicht anzeigen, daß die Voraussetzungen zum Bezug auch über das 18. Lebensjahr hinaus gegeben sind?

Das Bundeskindergeldgesetz sieht vor, daß ein Kind nach Vollendung des 18. Lebensjahres nur dann weiterhin beim Kindergeld berücksichtigt wird, wenn der Berechtigte anzeigt, daß die Voraussetzungen für einen weiteren Kindergeldbezug vorliegen: z. B. bei Schul- oder Berufsausbildung des Kindes. Die Kindergeldberechtigten werden in der Regel bei der Antragstellung durch einen besonderen Hinweis im Merkblatt über Kindergeld auf diese Rechtslage hingewiesen.

Es kann in der Tat zweifelhaft sein, ob diese einmalige und in der Regel weit zurückliegende Unterrichtung für die Berechtigten ausreicht. Ich werde deshalb Ihr Anliegen nach einer zusätzlichen Unterrichtung der Kindergeldberechtigten kurz vor Vollendung des 18. Lebensjahres eines Kindes gemeinsam mit dem Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit und der Bundesanstalt für Arbeit auch unter verwaltungspraktischen und finanziellen Gesichtspunkten prüfen lassen. (D)

Anlage 7

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Buschfort auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Dr. Jobst** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage A 44):

Wird die Bundesregierung darauf hinwirken, daß bei der im Bereich der Arbeitsverwaltung geplanten Errichtung von zentralen Dienststellen für den Forderungseinzug zum Zweck der Verbesserung der Wirtschaftskraft auch das ostbayerische Grenzland berücksichtigt wird?

Die Bundesanstalt für Arbeit trifft als selbständige Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung organisatorische Entscheidungen der von Ihnen angesprochenen Art in eigener Verantwortung. Die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bundesregierung beschränken sich — abgesehen von der Rechtsaufsicht über die Bundesanstalt — darauf, über ihre Vertreter in den Selbstverwaltungsorganen der Bundesanstalt auf deren Entscheidungen einzuwirken. Die Bundesanstalt hat sich für die Stadt Fulda als Sitz der Einzugsstelle für den hessischen und nordbayerischen Raum entschieden, weil das Arbeitsamt Fulda, das ebenfalls im Grenzgebiet liegt, seit 1974 als Modellamt für diesen Zweck personell und sachlich ausgestattet ist. Diese Entscheidung ist nicht zu beanstanden. Insgesamt sollen nur 6 Einzugsstellen errichtet werden.

(A) **Anlage 8**

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Buschfort auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Müller** (Berlin) (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage A 45):

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Arbeitslosenhilfeempfänger mit ihren Einkünften häufig unter dem Sozialhilferegelsatz nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) bleiben und sich damit gezwungen sehen, beim zuständigen Sozialhilfeträger Hilfe zum Lebensunterhalt zu beantragen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, daß in Fällen, in denen die Arbeitslosenhilfe den Regelsatz nach dem BSHG nicht erreicht, die Anspruchsberechtigten sich nicht einer erneuten Bedürftigkeitsprüfung im Sinne des BSHG unterwerfen müssen, und daß mit der Arbeitslosenhilfe gleichzeitig auch der Differenzbetrag bis zum Sozialhilferegelsatz von dem Arbeitsamt, bei dem der Betroffene als Arbeitsuchender gemeldet ist, im Auftrag des Sozialhilfeträgers ausgezahlt bzw. überwiesen wird?

Es ist zutreffend, daß die Arbeitslosenhilfe niedriger sein kann als die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz. Zusätzliche Leistungen der Sozialhilfe können vor allem bei Arbeitslosen mit sehr niedrigem Bemessungsentgelt oder großer Familie in Betracht kommen.

Die Sozialhilfe ist im Verhältnis zur Arbeitslosenhilfe nachrangig. Sie prüft die Bedürftigkeit nach anderen und strengeren Grundsätzen als die Arbeitslosenhilfe. Sofern zusätzliche Leistungen der Sozialhilfe erforderlich werden, ist daher eine weitere Bedürftigkeitsprüfung unumgänglich.

Die Bundesanstalt für Arbeit kann aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht mit der Durchführung gemeindlicher Aufgaben beauftragt werden. Es (B) ist daher nicht zulässig, die zusätzliche Hilfe zum Lebensunterhalt durch die Arbeitsämter auszahlen zu lassen.

Anlage 9

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Buschfort auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Dr. Kunz** (Weiden) (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage A 46):

Ist die Bundesregierung bereit, angesichts der immer noch hohen Arbeitslosenzahlen die erforderlichen Mittel für die bereits in Planung befindlichen AB-Maßnahmen insbesondere im Zonenrandgebiet kurzfristig bereitzustellen?

In den Jahren 1975/76 sind für die Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen insgesamt 1,6 Milliarden DM bereitgestellt worden.

Davon hat allein die Bundesregierung aus Haushalts- und Programmitteln rd. 900 Millionen DM aufgebracht.

Die Mittel werden überwiegend im Haushaltsjahr 1976 ausgegeben.

Angesichts der sich stetig bessernden Arbeitsmarktlage und wegen der Größenordnung der 1976 noch ausgabewirksam werdenden Beträge hat die Bundesregierung den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit gebeten zu prüfen, ob über die hohen für das Jahr 1976 zur Verfügung gestellten Mittel hinaus für Förderungsschwerpunkte oder für die Beschäftigung bestimmter Personengruppen noch weitere Mittel dringend benötigt werden. Erst wenn der Bericht des Präsidenten der Bundesanstalt vorliegt, wird die Bundesregierung in der Lage sein, zu dieser Frage Stellung zu beziehen. (C)

Anlage 10

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Buschfort auf die Mündliche Frage der Abgeordneten **Frau Steinhauer** (SPD) (Drucksache 7/5404 Frage A 47):

Trifft es zu, daß bei der Bundesanstalt für Arbeit einige Hundert Stellen im „Arbeitsbereich Kindergeld" im Überhang sind, und sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, an Stelle eines ersatzlosen Wegfalls dieser überzähligen Stellen im Kindergeldbereich die Stellen anderen Abteilungen in der Bundesanstalt für Arbeit, z. B. dem Beratungs- und Vermittlungsdienst, zuzuordnen?

Es trifft zu, daß die Bundesanstalt für Arbeit von 1977 an für die Zahlung des Kindergeldes etwa 400 Stellen weniger benötigt als bisher. Bis dahin wird die Überprüfung der rd. 2,65 Millionen Fälle, in denen das Kindergeld bei Einführung des neuen Kindergeldrechts vor $1^1/_2$ Jahren zunächst ohne Nachweis angewiesen wurde, abgeschlossen sein. Die erwähnten 400 Stellen sind bereits im Haushaltsplan der Bundesanstalt für Arbeit für 1976 mit dem Haushaltsvermerk „wegfallend am 31. Dezember 1976" versehen worden.

Zunächst werden Vorstand und Verwaltungsrat (D) der Bundesanstalt für Arbeit bei Aufstellung und Feststellung des Haushaltsplanes der Bundesanstalt für 1977 darüber zu entscheiden haben, ob diese Stellen dem erwähnten Haushaltsvermerk entsprechend mit Ablauf des Jahres 1976 wegfallen oder in anderen Aufgabenbereichen der Arbeitsämter verwendet werden sollen. Sollten sich die Selbstverwaltungsorgane der Bundesanstalt für die zweite Alternative entscheiden, so wird die Bundesregierung im Rahmen des Haushaltsgenehmigungsverfahrens prüfen, ob sie dem zustimmen kann.

Anlage 11

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Buschfort auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten **Kiechle** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Fragen A 48 und 49):

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Faltbrief des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung im Abschnitt Kriegsopferversorgung den falschen Anschein erweckt, daß die Kriegsopfer entsprechend den Erhöhungen der Rentensätze uneingeschränkt mehr bekommen, und warum enthält der Faltbrief keinen Hinweis auf die Anrechnungsbestimmungen, die dazu führen, daß die Rentenerhöhungen oft nicht zu entsprechenden Erhöhungen der Einkommen der Kriegsopfer führen?

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß in dem Faltbrief des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung die Voraussetzungen für die Gestellung oder Finanzierung einer Haushaltshilfe durch die Krankenkasse so dargestellt werden, als ob jedes Familienmitglied, das zur Versorgung des Haushalts beiträgt, einen entsprechenden Anspruch hätte, und warum wurde diese Art der Darstellung gewählt statt die Anspruchsvoraussetzungen im vollen Umfang zu erwähnen?

(A) Die Bundesregierung teilt Ihre Auffassung nicht.

In dem von Ihnen angesprochenen Informationsbrief wurde die Rentenentwicklung in der Kriegsopferversorgung zutreffend dargestellt.

Das gilt grundsätzlich auch, soweit Rentenleistungen des Bundesversorgungsgesetzes vom Einkommen des Berechtigten abhängen. Denn durch entsprechende Erhöhung der Einkommensfreibeträge im jeweiligen Zeitpunkt der allgemeinen Rentenanpassung ist sichergestellt, daß Einkommenserhöhungen, die sich im Rahmen der allgemeinen Einkommensentwicklung bewegen, einer entsprechenden Erhöhung der Ausgleichs- und Elternrenten nicht entgegenstehen.

Zu Ihrer zweiten Frage möchte ich folgendes bemerken:

Bei der Darstellung in dem genannten Faltblatt handelt es sich um eine Kurzinformation, bei der naturgemäß die präzise Beschreibung der einzelnen Anspruchsvoraussetzungen nicht erreicht werden kann. Es kam hier nur auf den Hinweis an, daß die Gestellung einer Haushaltshilfe in der gesetzlichen Krankenversicherung als neue Leistung gesetzlich festgelegt worden ist.

Anlage 12

(B) **Antwort**

des Parl. Staatssekretärs Buschfort auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Immer** (Altenkirchen) (SPD) (Drucksache 7/5404 Frage A 50):

> Ist der Bundesregierung bekannt, daß öffentliche Arbeitgeber zunehmend dazu übergehen, die bei ihnen beschäftigten Raumpflegerinnen zu entlassen, Verträge mit Reinigungsfirmen abzuschließen, die dann ihrerseits dazu übergehen, die Beschäftigungszeiten so festzulegen, daß die Frauen nur noch 30 % der bisherigen Vergütung erhalten und nicht mehr sozialversichert sind, und welche gesetzlichen Regelungen kann die Bundesregierung ergreifen, um dieses Unterlaufen des Sozialversicherungsschutzes zu verhindern?

Es ist zu treffend, daß öffentliche Stellen vielfach Verträge mit Reinigungsfirmen abschließen. Diese Firmen führen die Reinigung mit eigenem Personal durch. Unmittelbare vertragliche Beziehungen bestehen nur zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und der Reinigungsfirma, dagegen nicht zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und dem bei der Firma angestellten Personal.

Offenbar beschäftigen die Reinigungsfirmen neben dem hauptberuflichen Personal auch Personal in Nebenbeschäftigung. Dabei greifen die Firmen auf Personal, das stundenweise oder zur Aushilfe eingestellt wird, vor allem für die Reinigung von Büros in den Abendstunden zurück. Der Bundesregierung sind keine gesetzwidrigen Verhaltensweisen von Firmen zur Kenntnis gekommen.

Sollten Sie Fälle im Auge haben, in denen das Recht der Sozialversicherung nicht zutreffend angewendet wird, müßte die zuständige Krankenkasse sich dieser Fälle annehmen.

Anlage 13 (C)

Antwort

des Staatssekretärs Dr. Wolters auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Fiebig** (SPD) (Drucksache 7/5404 Frage A 51):

> Wie hoch sind die Aufwendungen der Bundesregierung für die Krebsforschung — mit Einschluß des Deutschen Krebsforschungsinstituts —, und welcher Prozentsatz wurde davon für Forschungen der besonderen Heilverfahren, z. B. der Entwicklung der Behandlung von Krebs durch Mistelpräparate, zur Verfügung gestellt?

Die aus Bundesmitteln insgesamt der Krebsforschung zufließenden Haushaltsmittel lassen sich nicht differenziert ausweisen. Die Mittel sind in den Zuweisungsbeträgen enthalten, die der Deutschen Forschungsgemeinschaft und den anderen die Forschung fördernden Institutionen zufließen.

Das Deutsche Krebsforschungszentrum erhielt als Betriebsmittelzuweisung aus Bundesmitteln 1976 über 35 Millionen DM. Als Sonderzuweisung wurden ihm 2,66 Millionen DM als Projektmittel zur Verfügung gestellt.

Eine Ausweisung darüber, welcher Prozentsatz der Gesamtförderung auf Forschungen entfiel, die sich besonderen Heilverfahren widmeten, läßt sich nicht vornehmen, da sowohl die klinische Onkologie wie auch verschiedene Spezialgebiete, etwa die biochemische oder immunologische Krebsforschung direkt oder unmittelbar mit den Fragen nach spezifischen Behandlungsverfahren verbunden sind. Für Forschungen über die Bedeutung von Mistelpräparaten in der Krebsbehandlung sind keine Bundesmittel zugewiesen worden. (D)

Im übrigen möchte ich auf die Beantwortung der Frage 3 aus der Großen Anfrage zur Krebsforschung — BT-Drucksache 7/4711 — vom 9. Februar 1976 verweisen.

Anlage 14

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Jung auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Dr. Dollinger** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage A 68):

> Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn beabsichtigt, Bahngelände an Warenhauskonzerne oder Verbrauchermärkte zu verkaufen, und falls ja, um welche Flächen und Orte handelt es sich?

Es trifft nicht zu, daß die Deutsche Bundesbahn die Absicht hat, Bahngelände an Warenhauskonzerne oder Verbrauchermärkte zu verkaufen.

Anlage 15

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Jung auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten **Hauser** (Krefeld) (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Fragen A 69 und 70):

(A) Ist es zutreffend, daß die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost nicht bereit sind, ihre Regiebetriebe im Kfz-Bereich durch ein Institut für technische Betriebsführung daraufhin überprüfen zu lassen, ob die in Frage kommenden Arbeiten besser durch Bahn- oder Postregiebetriebe oder aber von Handwerksbetrieben ausgeführt werden könnten?

Welche Gründe sind gegebenenfalls dafür maßgebend, daß die **Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost sich gegen Prüfungen von Möglichkeiten zur Rationalisierung in ihren Geschäftsbereichen sperren?**

Zu Frage A 69:

Es trifft zu, daß die Deutsche Bundespost (DBP) und die Deutsche Bundesbahn (DB) nicht bereit sind, die vom Zentralverband des Kraftfahrzeughandwerks gewünschte Untersuchung durch das „Institut für technische Betriebsführung im Handwerk (ITB)" Karlsruhe, durchführen zu lassen.

Zu Frage A 70:

Die Entscheidung über Auswahl der Gutachter und Häufigkeit von Untersuchungen ist der DBP bzw. der DB in eigener Zuständigkeit vorbehalten.

DBP und DB haben alle gebotenen Möglichkeiten zur Aufwandsminderung und Rationalisierung auszuschöpfen. Sie haben in ihren Unternehmensbereichen wiederholt Prüfungen durch außenstehende Gutachter durchführen lassen. Auch künftig soll auf die Möglichkeit derartiger Untersuchungen keinesfalls verzichtet werden.

Wegen der Offenlegung vertraulicher Betriebsdaten müssen jedoch an die Objektivität der Prüforganisationen besondere Anforderungen gestellt werden. Bei dem „ITB" besteht offenkundig eine (B) Interessenkollision, insoweit konnten bestehende Bedenken nicht ausgeräumt werden.

Anlage 16

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Jung auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten **Reiser** (SPD) (Drucksache 7/5404 Fragen A 71 und 72):

Trifft es zu, daß — wie von einer Bamberger Zeitung am 31. Mai 1976 berichtet — drei Passagiere in einer dem Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. gehörenden und von einem Piloten der Bundeswehr gesteuerten Maschine mitflogen, die bei diesem Flug mehrmals das Wochenendhaus eines dieser Passagiere in niedriger Höhe umkreiste und dann fast senkrecht zu Boden stürzte, wobei alle vier Insassen verbrannten?

Handelte es sich bei dem Flug um einen Dienstflug, und ist die Bundesregierung in der Lage, erschöpfende Auskunft über die Besitz-, Rechts- und Haftungsverhältnisse von Maschine und Verband zu geben und anzugeben, ob bei diesem Flug alle für die Bundeswehr gültigen Sicherheitsbestimmungen beachtet wurden?

Es trifft zu, daß ein von einem Feldwebel der Bundeswehr gesteuertes Flugzeug vom Muster Piaggo 149 D, das der Fliegerkameradschaft im Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V., Bamberg, gehörte und zivil zugelassen war,

— am 30. 5. 1976 mehrmals das Wochenendhaus des Bekannten eines Fluggastes in niedriger Höhe umkreist hat,

— dabei abstürzte und durch Aufschlagbrand zerstört wurde.

Der Flugzeugführer und die drei weiteren Insassen (C) wurden getötet.

Bei diesem Flug handelte es sich nicht um einen Dienstflug der Bundeswehr.

Anlage 17

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Jung auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Lemmrich** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage A 73):

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn bei einer Baumaßnahme des Bundesstraßenbaus durch ihr Verhalten erreicht hat, wesentlich höhere Grundstückspreise zu erzielen, als sie der Bund privaten Grundstücksbesitzern für gleichartige Grundstücke zahlte, und wenn ja, hält die Bundesregierung dieses Verhalten mit einer Politik wirtschaftlicher Stabilität für vereinbar?

Ich nehme an, daß Sie sich mit Ihrer Frage auf die Veräußerung von Grundstücken durch die Deutsche Bundesbahn im Zusammenhang mit dem Ausbau der Ortsdurchfahrt Möttingen der B 25 beziehen. Auf Ihre Veranlassung hat sich der Bundesminister für Verkehr bereits damit befaßt und die Deutsche Bundesbahn gehört. Sie hat mitgeteilt, daß die zuständige Bundesbahndirektion München für ca. 650 qm bisherige Straßenfläche 0,75 DM/qm und für die übrige Fläche von rund 1 059 qm, bei der es sich um z. B. als Lagerplatz verwertbares Betriebsgelände handelt, 10 DM pro qm gefordert hat. Die Deutsche Bundesbahn hält den Preis von 10 DM pro qm im Verhältnis zu vergleichbaren anderen Fällen für angemessen und nicht für überhöht. (D) Die Bundesregierung sieht keinen Anlaß, an dieser Aussage der Deutschen Bundesbahn zu zweifeln.

Im übrigen hat auch die Deutsche Bundesbahn gemäß § 28 Bundesbahngesetz ihre Liegenschaften nach kaufmännischen Grundsätzen, d. h. so wirtschaftlich wie eben möglich, zu nutzen. Schließlich sind ihr nach § 5 Bundesbahngesetz Leistungen für den Bund angemessen abzugelten.

Die Bundesregierung sieht schließlich im Verhalten der Deutschen Bundesbahn auch keinen Verstoß gegen ihre Politik wirtschaftlicher Stabilität.

Anlage 18

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Jung auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Dr. Jobst** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage A 74):

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn beim Bundesverkehrsministerium um die Genehmigung, die Fahrpreise im Personenverkehr zum 1. Juni 1976 zu erhöhen, nachgesucht hatte?

Der Bundesminister für Verkehr hat die Deutsche Bundesbahn am 16. Dezember 1975 ermächtigt, mit Wirkung vom 1. Februar 1976 an

— ihre Tarife im Güter-, Personen- Gepäck- und Expreßgutverkehr innerhalb eines Rahmens

(A) selbständig fortzubilden, der zwischen dem Preisstand vom 31. Januar 1976 und einer maximalen Erhöhung von 20 % liegt,

— außerhalb dieses Rahmens strukturelle Tarifänderungen durchzuführen, die ihr — wie bisher — im Personen-, Gepäck- und Expreßgutverkehr eine zusätzliche Einnahme von 70 Millionen DM und im Güterverkehr eine solche von 150 Millionen DM ermöglichen.

Für eine Erhöhung der Personenverkehrstarife innerhalb des Rahmens bedarf es daher keiner ausdrücklichen Genehmigung des Bundesministers für Verkehr.

Anlage 19

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Jung auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten **Becker** (Nienberge) (SPD) (Drucksache 7/5404 Fragen A 75 und 76):

Trifft es zu, daß zur Stromversorgung von Bundesbahnstrecken 110 KV Überlandleitungen auf bis zu zehn Meter hohen Fahrbahndämmen der Deutschen Bundesbahn geplant sind und daß dabei auf diesen Fahrdämmen rd. 15 Meter hohe stählerne Stromversorgungsmasten installiert werden sollen?

Hält die Bundesregierung, nach dem im Bundestag verabschiedeten Gesetz für Naturschutz- und Landschaftspflege, die Errichtung solcher Leitungen in der unmittelbaren Nachbarschaft von Wohngebieten für tragbar?

Ihre Frage Nr. 75 beantworte ich mit Nein; dadurch entfällt eine Beantwortung Ihrer Frage Nr. 76.

(B)

Anlage 20

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Jung auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten **Böhm** (Melsungen) (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Fragen A 77 und 75):

Trifft es zu, daß der Bundesverkehrsminister bisher einerseits nicht wenigstens grundsätzlich zu dem ihm bereits vor einem dreiviertel Jahr (17. Oktober 1975) unterbreiteten und bis zum 31. Juli 1976 befristeten Angebot des Hauptverbands der Deutschen Bauindustrie e. V., den Naßbagger-Regiebetrieb der Wasserstraßenverwaltung des Bundes im ganzen durch Privatfirmen zu übernehmen und danach die bisher in Regie durchgeführten Unterhaltungsarbeiten an den Bundeswasserstraßen um mindestens 10 % billiger auszuführen, dem Verband gegenüber Stellung genommen hat, obwohl der Bundeshaushalt nach dem Angebot, für das Sicherheiten gestellt werden können, um namhafte Beträge entlastet werden kann, während andererseits Vertreter des Bundesverkehrsministers inzwischen mehrfach anderen Stellen gegenüber nachdrücklich gegen das Angebot Stellung bezogen haben, obwohl die wiederholt geforderte objektive Feststellung der Kosten des Regiebetriebs durch eine neutrale Stelle noch nicht durchgeführt ist, und wenn ja, welche Gründe hat das Verhalten des Bundesverkehrsministers?

Wie hoch sind die bisher entstandenen Planungskosten und anderen Kosten für die beabsichtigte Bundesbahnneubaustrecke von Hannover nach Würzburg, und wie hoch sind die Kosten für weitere Planungsaufträge?

Zu Frage A 77:

Der von Ihnen als Angebot bezeichnete Vorschlag der Naßbaggerindustrie ist kein entscheidungsreifes Angebot, weil darin weder Leistungsumfang noch Preisbasis ausreichend konkretisiert sind.

Eine Stellungnahme zu dem Vorschlag des Verbandes gegenüber Dritten haben Vertreter des Bundesministers für Verkehr nicht abgegeben. (C)

Zu Frage A 78:

Die bisher entstandenen Planungskosten und anderen Kosten für die Bundesbahnneubaustrecke von Hannover nach Würzburg betrugen bis zum Jahresende 1975 rd. 57 Millionen DM. Hiervon sind 12 Millionen DM externe Planungskosten für die gesamte 325 km lange Neubaustrecke und 45 Millionen DM Baukosten für den bereits im Bau befindlichen ersten 12 km langen Teilabschnitt zwischen Hannover-Bismarckstraße und Rethen (an der Leine).

Der Wirtschaftsplan der Deutschen Bundesbahn enthält für 1976 weitere Ausgaben für Planungen an der gesamten Strecke von 15,5 Millionen DM und Baukosten für den Abschnitt Hannover-Bismarckstraße—Rethen (an der Leine) von 43 Millionen DM.

Anlage 21

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Jung auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten **Emeis** (fraktionslos) (Drucksache 7/5404 Fragen A 79 und 80):

Ist der Bundesregierung bekannt, daß von den etwa 700 qualifizierten Ausbildungsplätzen im Bereich der Oberpostdirektion Kiel z. Z. weniger als die Hälfte besetzt sind, und wenn ja, vertritt die Bundesregierung nicht auch die Auffassung, daß diese Tatsache für die ohnehin strukturschwache Westküste Schleswig-Holsteins mit ihrem Mangel an qualifizierten Ausbildungsplätzen, eine unbillige Härte darstellt? (D)

Ist die Bundesregierung bereit, die brachliegenden Ausbildungskapazitäten bei der Deutschen Bundespost voll für die Ausbildung Jugendlicher zur Verfügung zu stellen, auch wenn diese nicht wie bisher alle in den Dienst der Deutschen Bundespost übernommen werden können?

Die Deutsche Bundespost verfügt im Bezirk der Oberpostdirektion Kiel über vier Ausbildungsstätten mit einer jährlichen Ausbildungskapazität von insgesamt 116 Ausbildungsplätzen. Für 1976 sind der Oberpostdirektion Kiel bisher 72 Einstellungsermächtigungen zugewiesen worden.

Die Gründe, warum die Deutsche Bundespost in den letzten Jahren nicht die gesamte jährliche Ausbildungskapazität nutzen konnte, sind bereits mehrfach in den Fragestunden des Deutschen Bundestages erörtert worden.

Obwohl für 1976 kein Bedarf an Auszubildenden für das Fernmeldehandwerk vorliegt, hat die Deutsche Bundespost unter Inkaufnahme einer finanziellen Belastung von rd. 165 Millionen DM die Einstellung von 1 800 Auszubildenden für Herbst dieses Jahres bereits verfügt. Außerdem sind im Frühjahr 1976 im Rahmen des Sonderprogramms der Bundesregierung zur Durchführung zusätzlicher berufsbildungspolitischer Maßnahmen 800 Auszubildende bei der Deutschen Bundespost angenommen worden.

Der Bundespostminister hat sich darüber hinaus kurzfristig zu einer erheblichen Ausweitung der Ausbildungsmaßnahmen entschlossen. Es sollen im Herbst 76 weitere 2 000 Fernmeldelehrlinge einge-

(A) stellt werden. Der Bundespostminister will damit einen wesentlichen Beitrag zur Überbrückung der schwierigen Lage leisten, die infolge der Ablehnung der Neufassung des Berufsbildungsgesetzes durch die Opposition entstanden ist. Die Deutsche Bundespost schöpft damit ihre Ausbildungskapazität voll aus und nimmt weitere finanzielle Belastungen in Kauf.

Anlage 22

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Herold auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Dr. Mertes** (Gerolstein) (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage A 81):

Auf welche Weise ist angesichts der völligen oder fast völligen Identität der rechtlichen und politischen Auffassungen der UdSSR und der DDR in der Berlin-Frage gesichert, daß die effektive Einbeziehung Berlins in entsprechende oder vergleichbare Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR mit der effektiven Einbeziehung Berlins in Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR inhaltlich koordiniert wird, so daß insoweit eine einheitliche Position der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet wird?

Die Bundesregierung hat in ihrer Praxis stets den Standpunkt vertreten, daß Berlin in jedes Abkommen, das dieses inhaltlich erlaubt, einzubeziehen ist.

Die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien gewährleistet eine ständige Koordinierung zwischen den beteiligten Ressorts; hier insbesondere zwischen dem Bundeskanzleramt, dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, sowie den von der Sache her zuständigen anderen Bundesministerien. (B)

Im übrigen darf ich darauf verweisen, daß die Einbeziehung Berlins in Abkommen den Fachleuten in den verschiedenen Bundesministerien als Problem von allen Seiten dieser Materie her wohl bekannt und vertraut ist.

Den allgemeinen Gepflogenheiten folgend, sind im übrigen die Verhandlungen über die erwähnten Abkommen vertraulich.

Anlage 23

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Herold auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Roser** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage A 82):

Trifft es zu, daß christliche Eltern in Mitteldeutschland von seiten der SED häufig mit dem Hinweis auf die sonst gefährdeten Zukunftsaussichten ihrer Kinder unter Druck gesetzt werden mit dem Ziel, diese vom kirchlichen Unterricht abzumelden, und wie hat die Bundesregierung — bejahendenfalls — auf diese Verletzung der Vereinbarungen von Helsinki reagiert?

Die Bundesregierung hat mehrfach im Deutschen Bundestag zur Beeinträchtigung der Chancengleichheit von Christen im Bildungswesen der DDR Stellung genommen.

Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in den sozialistischen Staaten allgemein und in der DDR insbesondere ist außerordentlich schwierig. Ich darf (C) aber hier auch darauf aufmerksam machen, daß es auf die feste Haltung der Kirche in der DDR zurückzuführen ist, daß in das SED-Parteiprogramm auf dem IX. Parteitag der Passus „die Gleichberechtigung der Bürger unabhängig von . . . Weltanschauung und religiösen Bekenntnis" eingefügt wurde. Es ist zu hoffen, daß dies nicht nur Absichtserklärungen bleiben, aber man darf nicht außer acht lassen, daß die DDR auch künftig in einer positiven Einstellung gegenüber ihrem gesellschaftlichen System eine selbstverständliche Voraussetzung für eine Beteiligung an allen Möglichkeiten des Bildungssystems sehen wird.

Korb 3 der KSZE-Dokumente wird durch diesen Problem-Kreis nicht tangiert und so nehme ich an, daß Sie sich auf den Prinzipien-Katalog beziehen.

Ich habe mehrfach darauf hingewiesen, daß die KSZE-Dokumente Absichtserklärungen zur Durchführung konkreter Maßnahmen sind oder enthalten.

Die Bundesregierung hat in der Vergangenheit jede sich bietende Möglichkeit genutzt, um zu Verbesserungen für die Menschen in beiden deutschen Staaten zu kommen.

Anlage 24

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Herold auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Dr. Wittmann** (München) (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage A 83): (D)

Wie bewertet die Bundesregierung die wiederholte widerrechtliche Zurückweisung und Schikanierung von Reisenden auf den Zugangswegen von und nach Berlin, die politische Bekenntnisse an ihrem Auto angebracht hatten, und was hat die Bundesregierung gegen diese neuerliche Verletzung des Vier-Mächte-Abkommens und seiner Durchführungsbestimmungen unternommen, insbesondere gegen die verweigerte Kontaktaufnahme mit der Vertretung in Ost-Berlin?

Die Bundesregierung beobachtet sehr sorgfältig die Tatsache, daß DDR-Organe bei Transitreisenden nach und von Berlin (West) Autoaufkleber mit politischem Inhalt beanstanden und bisher in einigen Fällen eine Durchreise nur gestattet haben, wenn die betreffenden Aufkleber entfernt wurden.

Diese Vorfälle werden auf der nächsten Sitzung der Transitkommission am 13. Juli in Berlin (Ost) von unserer Seite angesprochen. Der Leiter unserer Ständigen Vertretung, Staatssekretär Gaus, hat diese Thematik unverzüglich nach Bekanntwerden der ersten Beanstandungen gegenüber dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten angesprochen. Der Chef des Bundeskanzleramtes, Staatssekretär Dr. Schüler, hat in gleicher Angelegenheit mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der DDR, Dr. Michael Kohl, gesprochen.

Dabei läßt sich unsere Seite von zwei Grundüberlegungen leiten:

1. Die Transitwege sind sicher nicht der geeignete Ort für politische Manifestationen, aber darum handelt es sich ja hier letzlich doch auch gar

(A) nicht. Die Verhältnismäßigkeit der Mittel muß also unter allen Umständen gewahrt werden.

2. Diese Aufkleber sind nach dem Zweck ihrer Verwendung nicht gegen die DDR gerichtet. Es besteht deshalb keine Veranlassung, daß die DDR sich hier zum Eingreifen genötigt sieht.

Anlage 25

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Herold auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Spranger** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage A 84):

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es sich bei dem in der „Welt" vom 9. Juni 1976 geschilderten Verhalten von Organen der DDR gegenüber Mitarbeitern des Axel-Springer-Verlags um schikanöse Verletzungen des Vier-Mächte-Abkommens handelt, und wenn ja, was hat die Bundesregierung dagegen unternommen, und was gedenkt sie zu unternehmen, um bei der DDR auf eine Unterlassung solcher Schikanen hinzuwirken?

Der Bundesregierung ist die Meldung in der Welt vom 9. Juni 1976 bekannt. Der darin geschilderte Vorfall hat sich offensichtlich im Rahmen des Berliner Reise- und Besucherverkehrs zugetragen; es handelt sich also nicht um eine Journalistenreise.

Es besteht die Möglichkeit, erkennbare Schikanen bei der Abfertigung gegenüber der DDR im Rahmen der Beauftragten-Gespräche beschwerdeführend anzusprechen. Dieses Verfahren setzt jedoch voraus, daß der Betroffene bei der dafür vorgesehenen Institution, nämlich der Beratungsstelle des Senats (B) für den Besucher- und Reiseverkehr, nähere Angaben zu dem Vorfall macht. Das ist nach Auskunft der Senatskanzlei bisher nicht geschehen.

Anlage 26

Antwort

des Bundesministers Matthöfer auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten **Elchlepp** (SPD) (Drucksache 7/5404 Fragen A 85 und 86):

Sieht die Bundesregierung auf Grund des derzeitigen in- und ausländischen Forschungs- und Entwicklungsstands eine Chance darin, mittel- und langfristig die Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland von herkömmlichen Energiequellen durch die Nutzung der Sonnenenergie entscheidend zu verringern bzw. den zu erwartenden Energiemehrbedarf dadurch abzudecken, und könnte die Serienfertigung von Anlagen zur Gewinnung von Sonnenenergie für Haushaltszwecke einen nennenswerten Beitrag zur Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze darstellen, und wenn ja, welche Folgerungen wird die Bundesregierung aus diesen Erkenntnissen ziehen?

Beabsichtigt die Bundesregierung, den Einbau von Sonnenkollektoren und Wärmespeichern steuerlich zu begünstigen, und sind staatliche Hilfen im Rahmen der Innovationsförderung für Klein- und Mittelbetriebe auch auf dem Gebiet der Sonnenenergiegewinnung vorgesehen, und wird die Bundesregierung Anstrengungen unternehmen, die Öffentlichkeit über die Einsatzmöglichkeiten und Vorteile dieser neuen Technologie aufzuklären?

Zu Frage A 85:

Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort zur Kleinen Anfrage betr. Neue Primärenergiequellen (Drucksache 7/5313) dargelegt hat, kommt eine kürzlich beendete Studie zu dem Ergebnis, daß im Jahre 2000 ein Energiebedarf von 80—100 TWh/a mit der Sonnenenergie in der Bundesrepublik Deutschland gedeckt werden kann. (Der Jahresprimärenergieverbrauch betrug in der Bundesrepublik für 1974 rd. 3 000 TWh). (C)

Die Bundesregierung ist darüber hinaus der Meinung, daß die Sonnenenergie geeignet ist, langfristig einen nennenswerten Teil des Niedertemperaturwärmebedarfs (< 100° C) zu decken. Damit kann im Rahmen der umfassenden Bemühungen der Bundesregierung um eine rationelle Energieverwendung ein Beitrag zur Verminderung der Abhängigkeit von importierter Energie geleistet werden.

Es ist zu erwarten, daß durch die Markteinführung der Solartechnik neue Arbeitsplätze im Produktions- und Dienstleistungssektor geschaffen werden können. Eine wichtige Voraussetzung für eine breite Vermarktung ist, daß die Kosten durch eine Großserienproduktion von Komponenten gesenkt werden können. Für die mittelständische Industrie werden sich besondere Chancen bei der Systemauslegung, beim Bau und bei der Wartung von Solaranlagen eröffnen. Auf diese Aspekte sind die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in der Solartechnik zur Zeit ausgerichtet.

Zu Frage A 86:

Im Rahmen der bestehenden Steuervergünstigungen können auch Aufwendungen für den Einbau von Sonnenkollektoren und Wärmespeichern berücksichtigt werden.

Im übrigen habe ich eine Studie in Auftrag gegeben, welche die spezifischen Wirkungen von (D) steuerlichen und sonstigen Maßnahmen auf die Markteinführung von Solartechniken beurteilen helfen soll.

Der Förderungswürdigkeit der von Ihnen angesprochenen Einrichtungen hat die Bundesregierung im übrigen dadurch Rechnung getragen, daß für energieeinsparende betriebliche Investitionen Investitionszulagen nach § 4 a Investitions-Zulagengesetz in Betracht kommen können.

Das Erstinnovationsprogramm der Bundesregierung, das ganz überwiegend kleinen und mittleren Betrieben zugute kommt, ist nicht branchenbezogen. Es können daher im Rahmen dieses Programms grundsätzlich auch Vorhaben zur Nutzung der Sonnenenergie gefördert werden. Das Programm ist zur Zeit allerdings nur mit jährlich 10 Millionen DM ausgestattet.

Die Bundesregierung ist bemüht, den Kenntnisstand in der Solartechnik in der Öffentlichkeit zu verbreitern, wobei jedoch die Möglichkeiten von der personellen und finanziellen Kapazität her begrenzt sind. Hier wird insbesondere auf die PR-Arbeit, die Herausgabe von Taschenbüchern, die Veranstaltung von Statusseminaren und die Teilnahme an Veranstaltungen privater Vereine hingewiesen. Im Bürgerdialog über Kernenergie nimmt die Diskussion der sogenannten alternativen Energiequellen einen wichtigen Platz ein.

Auch von industrieller Seite wird zunehmend die Aufklärung über Solartechnik betrieben.

(A)
Anlage 27

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Glotz auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten **Dr. Klein** (Stolberg) (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Fragen A 87 und 88):

Wieso konnte sich der Numerus clausus in den letzten Jahren so weit ausbreiten, wenn es mit einem Mal möglich sein soll, den Numerus clausus trotz weiter wachsender Abiturientenzahl tendenziell zu beseitigen?

Ist es der Bundesregierung möglich, nachdem führende Koalitionspolitiker unterschiedliche Fristen bis zur Abschaffung des Numerus clausus genannt haben, eine verbindliche Aussage darüber zu machen, bis wann in welchen Fächern der Numerus clausus spätestens abgebaut werden kann?

Zu Frage A 87:

Die Frage fällt zwar nahezu ausschließlich in den Zuständigkeitsbereich der Länder.

Ich will sie aber trotzdem, so gut ich kann, zu beantworten suchen.

Die gegenwärtige Zulassungssituation wird durch den Staatsvertrag der Länder bestimmt. Der Staatsvertrag führte zu einem „Parkstudium" zigtausender Studenten, das in dieser Form kaum jemand vorher gesehen hat. Zwar brachte die bisherige Kapazitätsberechnung erstmals bestimmte Vergleichsmöglichkeiten in der Auslastung der Universitäten; andererseits wirkte das bisherige Verfahren in dem Sinne eigengesetzlich, daß es zu einer Einbeziehung immer neuer Studiengänge in das Verfahren selbst dann führte, wenn dieses nach dem Verhältnis von Bewerbern und Studienplätzen an sich noch nicht erforderlich war.
(B)

Es ist kein Zufall, daß die Diskussion über die Öffnung der Hochschulen kurze Zeit nach der Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes einsetzte, das die wesentliche Grundlage für eine rationellere und sinnvollere Nutzung der Hochschulkapazitäten legt.

Es ist aber zusätzlich auch darauf hinzuweisen, daß die Zulassungssituation gegenwärtig nicht so schlecht ist, wie es aufgrund einer nicht immer präzisen Berichterstattung den Anschein hat. Immer noch finden alle Studienbewerber einen Studienplatz an den Hochschulen, wenn auch nicht immer im Fach ihrer Wahl. Es stehen also nicht, wie es manchmal den Anschein hat, zigtausende junger Menschen vor den Hochschulen. Auch in denjenigen Fächern, in denen Zulassungsbeschränkungen bestehen, sind in den letzten Semestern überwiegend doch alle Bewerber zugelassen worden. Ausnahmen sind sicherlich die medizinischen Fächer.

Die jetzt vor allem auch von der Bundesregierung eingeleitete Diskussion über die Öffnung der Hochschulen hat vor allem zum Ziel, die Hochschulen auf die absehbare Phase eines zusätzlichen Zudrangs von Studienbewerbern aus den geburtenstarken Jahrgängen vorzubereiten und alles zu tun, um Kapazitätsreserven dort zu erschließen, wo sie bisher aufgrund der geschilderten Verfahrensmängel verborgen waren oder wo sie infolge der drohenden Resignation von Hochschulen und Hochschulverwaltungen unerschlossen blieben. Diese Absicht wird erleichtert durch die Bereitschaft der Hochschulen, das ihre dazu beizutragen, um durch eine Überlastquote auch für die geburtenstarken Jahrgänge ausreichende Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen. (C)

Um das Bewußtsein für die Notwendigkeit von Überlastquoten an den Hochschulen durchzusetzen, bedurfte es im übrigen einer langwierigen und oft schwierigen Diskussion, an der sich die Bundesregierung konstruktiv beteiligt hat.

Zu Frage A 88:

Der Bundeskanzler hat auf der Grundlage des 7-Punkte-Programms des BMBW den Ministerpräsidenten der Länder einen konkreten Vorschlag zum Abbau des Numerus clausus für die nächste Beratung übermittelt. Darin wird davon ausgegangen, daß aus dem sog. harten Numerus clausus-Verfahren sobald wie möglich, spätestens im Jahr 1977, alle Fächer bis auf die harten Numerus clausus-Fächer (medizinische Fächer, Biologie und Biochemie, Pharmazie, Lebensmittelchemie und Psychologie) herausgenommen werden. Dies ist realisierbar, wenn die Länder unverzüglich die notwendigen politischen Entscheidungen treffen. Hierzu gehören nach Auffassung des Bundes insbesondere:

— die notwendigen Entscheidungen in den Gremien der ZVS zur Ausgliederung der sog. „weichen" Numerus clausus-Fächer aus dem bisherigen Zulassungsverfahren
— Festlegung der Kapazitäten nach einem Richtwertverfahren (D)
— Rasche Inangriffnahme der Studienreform
— Festlegung einer Überlast-Quote als „Notzuschlag auf Zeit"
— Hilfestellung des Staates zur Realisierung dieser Überlast-Quote durch die Hochschulen
— Verbesserung der Studienberatung
— Rasche Einführung eines einfachen Verteilungsverfahrens, das die gleichmäßige Auslastung der Hochschulen gewährleistet und Mehrfachbewerbungen vermeidet.

Ich betone nochmals: Die Entscheidung über die Herausnahme weiterer Studienfächer aus dem ZVS-Verfahren muß in erster Linie im Verwaltungsausschuß der ZVS, in dem nur die Länder Stimmrecht haben, getroffen werden.

Anlage 28

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Grüner auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Hoffie** (FDP) (Drucksache 7/5404 Frage A 89):

Wie beurteilt die Bundesregierung das von der Touristik Union International (TUI) entwickelte Modell einer generellen Neuordnung der Schulferienregelung, und wird sie eine entsprechende Anregung der Kultusministerkonferenz geben?

Die Neugestaltung einer Schulferienordnung, die bis weit in die 80er Jahre hineinreichen soll, ist von

erheblicher Tragweite für eine Vielzahl von Betroffenen, nicht nur für die Fremdenverkehrswirtschaft im engeren Sinne. In dem TUI-Vorschlag sehe ich einen konstruktiven Diskussionsbeitrag, der sicherlich auch für die Meinungsbildung der Kultusministerkonferenz von Gewicht sein wird.

Der TUI-Vorschlag baut auf dem Kernpunkt der geltenden Schulferienregelung, dem sogenannten rollierenden System innerhalb eines Drei-Monats-Zeitraums von Mitte Juni bis Mitte September, auf. Dieses im Grundsatz bewährte System sollte auch nach Meinung der Bundesregierung beibehalten werden.

Als wesentliche Abweichung von der geltenden Regelung schlägt TUI vor, parallel zu dem rollierenden Verfahren hinsichtlich der Sommerferien einen entsprechenden, für eine Staffelung geeigneten Frühjahrsblock einzuführen. Diesen Gedanken halte ich für ernsthaft prüfenswert und zwar einmal, weil der unaufhaltsamen Entwicklung zu einem echten Zweiturlaub Rechnung zu tragen ist und zum andern, weil es den erholungssuchenden Familien ermöglicht werden sollte, einen längeren Urlaub auch außerhalb der Sommermonate zu verbringen.

Die bisherigen Versuche, die Weihnachts- und Osterferien zu verlängern, stoßen an enge Grenzen. Sie ermöglichen erfahrungsgemäß keine weitergehende, ausreichende Staffelung von Land zu Land. Daher bietet sich die Schaffung eines selbständigen Ferienblocks im Frühjahr, der eventuell auch losgelöst von den Feiertagen zu bestimmen ist, als Lösungsmöglichkeit im Prinzip an.

Anlage 29

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Windelen** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage A 113):

> Weiß die Bundesregierung, daß das Völkerrecht mehrere Präzedenzfälle kennt, in denen die Herstellung oder bloße Verwendung von Landkarten, die der durch den jeweiligen Staat vor dem Internationalen Gerichtshof oder in Schiedsverfahren behaupteten Rechtsposition widersprechen, entscheidend zum Unterliegen dieses Staates bei Gebietsstreitigkeiten mit einem anderen beitrug, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus für eine grundgesetzmäßige kartographische Darstellung Deutschlands in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 in ihren Publikationen?

Der Bundesregierung ist bekannt, daß bei zwischenstaatlichen Gebietsstreitigkeiten, die internationalen Gerichten zur Entscheidung unterbreitet wurden, Karten als zusätzliche Beweismittel für den Verlauf einer Grenze berücksichtigt worden sind. Die Bedeutung, die diesen Karten von Gerichten beigelegt wurde, war allerdings je nach Lage des Falles verschieden und hing insbesondere von Natur und Zweckbestimmung der betreffenden Karte sowie von den sonstigen Umständen ab.

Bei Karten, die unter der Verantwortung der Bundesregierung erstellt werden, wird selbstverständlich darauf geachtet, daß bestehende deutsche Rechtspositionen nicht präjudiziert werden. Eine Rückwirkung auf Rechtspositionen entfällt im übrigen vielfach schon deshalb, weil die in den Karten enthaltene Aussage im allgemeinen nicht rechtlicher, sondern tatsächlicher Natur ist. Ich verweise insoweit auch auf die Ausführungen, die Staatsminister Wischnewski zur Frage des Abgeordneten Dr. Czaja in der Fragestunde am 7. Juni 1974 gemacht hat.

Anlage 30

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Dr. Mertes** (Gerolstein) (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage A 114):

> Welches ist im einzelnen der derzeitige Sachstand in der Frage der Einbeziehung Berlins in die drei vorliegenden deutsch-sowjetischen Abkommensentwürfe über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, Kultur und Rechtshilfe?

Über die folgenden drei Komplexe sind die Verhandlungen mit der Sowjetunion noch nicht abgeschlossen:

— Zweijahresprogramm zum Kulturabkommen

— Absprache über den Übermittlungsweg von Rechtshilfeersuchen

— Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit.

Die Sachpunkte sind im wesentlichen ausgehandelt. Auch über die Einbeziehung von Berlin (West) besteht im Grundsatz Einvernehmen; jedoch konnten die Modalitäten dafür bislang nicht abschließend geregelt werden.

Ich bitte Sie um Verständnis dafür, daß es der Bundesregierung nicht möglich ist, Einzelheiten aus laufenden Verhandlungen in der Öffentlichkeit zu erörtern. Ich bin jedoch gerne bereit, den Auswärtigen Ausschuß im einzelnen zu unterrichten.

Anlage 31

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten **Freiherr von Fircks** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Fragen A 115 und 116):

> Sind nach der Konferenz von Helsinki und im Einklang mit der Schlußakte zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen die materiellen Möglichkeiten für den Austausch und die Verbreitung deutscher Kulturgüter tatsächlich verbessert worden, und sind als Empfänger deutscher Büchersendungen gleichwertig auch Deutsche in den Oder-Neiße-Gebieten beteiligt worden?
>
> Sind Stipendien für unabhängige Wissenschaftler und Fachleute geschaffen, die als Angehörige unserer osteuropäischen Nachbarvölker ihre Studien bei verschiedenen Einrichtungen vertiefen wollen?

Zu Frage A 115:

Der Kulturaustausch mit Polen wurde auch nach der Konferenz von Helsinki kontinuierlich weiterentwickelt.

(A) Die materiellen Möglichkeiten für den Austausch und die Verbreitung deutscher Kulturgüter wurden verbessert, wie das im Einklang mit der Schlußakte der KSZE stehende deutsch-polnische Kulturabkommen zeigt, das am 11. Juni 1976 unterzeichnet wurde. Bücherspenden werden meistens auf Anforderungen versandt. Die meisten Anforderungen kommen von Institutionen, wie z. B. Universitäten. Bei den Anforderungen von Einzelpersonen ist in der Regel nicht ersichtlich, welche Volkszugehörigkeit die Antragsteller haben. Es ist deshalb nicht festzustellen, in welchem Verhältnis die in Polen lebenden Deutschen an den Büchersendungen beteiligt wurden.

Zu Frage A 116:

Ja.

Anlage 32

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten **Hösl** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Fragen A 117 und 118):

Trifft es zu, daß der rumänische KP- und Staatschef das Eintreten für die Freiheit der in Rumänien lebenden Deutschen, in den freien Teil Deutschlands überzusiedeln, als Propaganda im Interesse der Monopolkapitalisten bezeichnet hat, und wie hat die Bundesregierung — bejahendenfalls — diesen Verstoß gegen die Vereinbarungen von Helsinki zurückgewiesen?

(B) Wird die Bundesregierung auch in Zukunft dafür eintreten, daß jeder Deutsche, der es wünscht, die Möglichkeit zur freien Ausreise erhält, und wird die Bundesregierung der rumänischen Seite unmißverständlich klarmachen, daß die Beziehung zwischen Deutschland und Rumänien nur dann so bleiben können wie bisher, wenn die Ausreiseanträge und die Anträge auf Erteilung von Visen zu Besuchsreisen mindestens in demselben Umfang wie in den Jahren 1973 und 1974 genehmigt werden?

Zu Frage A 117:

Der Bundesregierung ist die Haltung Rumäniens in der Frage der Auswanderung von Angehörigen der nationalen Minderheiten seit langem bekannt. Rumänien wünscht keine Auswanderung größeren Ausmaßes. Die Bundesregierung hat keine Veranlassung, zu der von Ihnen verkürzt zitierten Äußerung von Staatspräsident Ceausescu Stellung zu nehmen.

Der Bundesregierung sind im übrigen auch keine Äußerungen von Ministerpräsident Kohl bekannt, in denen er aus Anlaß seines Besuches in Bukarest die Rede von Staatspräsident Ceausescu als Verstoß gegen die Schlußakte von Helsinki bezeichnet hätte.

Zu Frage A 118:

Die Bundesregierung setzt sich mit Nachdruck für Familienzusammenführung, für freie Kontakte und regelmäßige Begegnungen auf der Grundlage familiärer Beziehungen und für die Genehmigung von Eheschließungen zwischen deutschen und rumänischen Staatsangehörigen ein. Damit trägt sie zur Verwirklichung der Beschlüsse von Helsinki bei und handelt im Interesse der deutschen Volkszugehörigen in Rumänien.

Die Bundesregierung hat keinen rechtlichen Anknüpfungspunkt, um den bei uns verfassungsmäßig verankerten Grundsatz der Freizügigkeit für in einem anderen Staat lebende deutsche Volkszugehörige durchsetzen, die ausschließlich dessen Staatsangehörigkeit besitzen. Dies entspricht international geltendem Recht. (C)

Die Bundesregierung hat die rumänische Seite in den laufenden Gesprächen und Konsultationen auf die Bedeutung hingewiesen, die der Familienzusammenführung und den Besuchsreisen angesichts der vielfältigen menschlichen und familiären Bindungen zwischen beiden Ländern für die deutsch-rumänischen Beziehungen zukommen. Sie wird dies auch weiterhin tun. Eine Fixierung von Mindestzahlen für die Ausreisen hält sie jedoch in diesem Zusammenhang nicht für zweckmäßig.

Anlage 33

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Fragen A 119 und 120):

Trifft es zu, daß Polen sich in der Praxis hinsichtlich des Kriteriums der Volkszugehörigkeit nicht an die Ausreisevereinbarungen hält, sondern eine Einladung von Verwandten aus dem freien Teil Deutschlands verlangt und nicht einmal alle Verwandtschaftsverhältnisse als ausreichend anerkennt — wie die FAZ vom 5. Juni 1976 gemeldet hat —, und wird die Bundesregierung gegebenenfalls gegenüber dem politischen KP-Chef dieses neuerliche polnische Abweichen von getroffenen Vereinbarungen mit dem gebotenen Nachdruck zur Sprache bringen? (D)

Trifft es ferner zu, daß Ausreisewillige nach wie vor ihren Arbeitsplatz verlieren, indem die staatlichen Betriebe die Antragsteller zur Kündigung zwingen, anderenfalls ihnen der erforderliche Stempel auf dem Antrag verweigert wird, und welche weiteren Verletzungen der Ausreisevereinbarungen sind der Bundesregierung darüber hinaus bekannt?

Zu Frage A 119:

Diese Feststellung trifft in dieser Verallgemeinerung nicht zu. Dem Auswärtigen Amt sind jedoch Fälle bekannt, in denen einzelne Verwaltungsbehörden so verfahren. Diese Frage wurde bei den Gesprächen erörtert, die anläßlich des Besuchs des Ersten Sekretärs der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Gierek, geführt wurden. Dabei hat die polnische Seite zugesagt, für die Einhaltung des Ausreiseprotokolls zu sorgen und den Beschwerden nachzugehen.

Zu Frage A 120:

Ich verweise hierzu auf meine Ausführungen in der Fragestunde vom 3. Juni 1976, in denen ich dargelegt habe, daß entsprechend der Erklärung der polnischen Regierung gegenüber der Bundesregierung die Benachteiligungen von Ausreisewilligen abgenommen haben und die Ausreisewilligen im allgemeinen korrekt behandelt werden. Der Bundesregierung sind allerdings einige wenige Fälle von Kündigungen Ausreisewilliger bekanntgeworden. Sie hat sie gegenüber der polnischen Regierung aufgenommen. In einem Teil dieser Fälle sind den Betroffenen inzwischen die Ausreisegenehmigungen

(A) erteilt worden. Die restlichen Fälle werden noch geprüft.

Die Bundesregierung hat den Eindruck, daß sich die polnische Seite im ganzen gesehen an das Ausreiseprotokoll hält. Über die genannten Schwierigkeiten hinaus, die Einzelfälle betreffen, sind der Bundesregierung keine Verletzungen der Ausreisevereinbarungen bekanntgeworden.

Anlage 34

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Dr. Wittmann** (München) (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage A 121):

Hat der Bundeskanzler dem polnischen KP-Chef unzweideutig erklärt, daß es nicht Aufgabe des polnischen KP-Chefs ist, Erwägungen darüber anzustellen, wie viele Deutsche aus dem polnischen Herrschaftsbereich im freien Teil Deutschlands aufgenommen werden können, und welchen Anlaß hatte der polnische KP-Chef zu der Bemerkung, Polen werde niemanden zur Ausreise zwingen?

Die Bundesregierung hat in den Gesprächen, die anläßlich des Besuchs des Ersten Sekretärs der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Gierek, geführt wurden, noch einmal darauf hingewiesen, daß die Erfüllung des Ausreiseprotokolls besonders wichtig für gute deutsch-polnische Beziehungen ist. Sie sieht es in diesem Zusammenhang für wesentlich an, daß die polnische Regierung ihr gegenüber erklärt hat, (B) daß sie ein Interesse habe, daß die Ausreiseaktionen gut und reibungslos verlaufen werden. Diese polnische Äußerung wird durch die Entwicklung der Ausreisezahlen in den letzten Monaten belegt.

Die Bundesregierung hat angesichts dieses Sachverhalts keinen Anlaß, zu den in der Frage zitierten Äußerungen des polnischen Parteichefs Stellung zu nehmen.

Anlage 35

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Dr. Fuchs** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage A 122):

Wird die Bundesregierung von der rumänischen Regierung mit allem Nachdruck — auch durch Intervention beim rumänischen Staats- und KP-Chef selbst — dafür eintreten, daß dem Ausreisebegehren aller deutschen Ehegatten und Kinder, die teilweise bereits vor Jahren die Ausreise zu ihren Ehegatten und Eltern im freien Teil Deutschlands beantragt hatten, unverzüglich stattgegeben wird, und wird die Bundesregierung die rumänische Seite ferner darauf hinweisen, daß eine fortdauernde Weigerung eine Verletzung der Vereinbarungen von Helsinki darstellt, die eine zügige Behandlung derartiger Gesuche in positivem und humanitärem Geist unter besonderer Beachtung von Gesuchen dringenden Charakters vorsehen?

Die Bundesregierung hat bisher im Rahmen aller ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auf allen Ebenen auf die rumänische Seite eingewirkt, um eine beschleunigte Prüfung und Genehmigung der Ausreisewünsche volksdeutscher Ehegatten und (C) Kinder in Rumänien zu ihren in der Bundesrepublik lebenden Angehörigen zu erreichen. Sie wird dies auch weiterhin tun.

Die Bundesregierung betrachtet eine befriedigende Lösung der Familienzusammenführung als eine wichtige Frage im bilateralen Verhältnis zu Rumänien. Die Familienzusammenführung war auch Gegenstand der kürzlich in Bukarest geführten bilateralen Konsultationen zu KSZE-Fragen.

Der Nachzug von Familienangehörigen des von Ihnen angesprochene Personenkreises wurde bisher von Rumänien restriktiv gehandhabt, weil dieser vorwiegend aus solchen Personen besteht, die sich nach der rumänischen Gesetzgebung wegen „illegalen Grenzübertritts" oder „Verweigerung der Rückkehr" strafbar gemacht haben.

Anlage 36

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten **Rollmann** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Fragen A 123 und 124):

Entspricht es den Tatsachen, daß sich die deutsche Schule in Durban, Südafrika, in so großen finanziellen Schwierigkeiten befindet, daß sich der diese Schule tragende Deutsche Schulverein Port Natal inzwischen mit verzweifelten Hilferufen an Persönlichkeiten in Deutschland wendet, und wenn ja, was hat die Bundesregierung bisher zur Beseitigung der Schwierigkeiten getan?

Was tut die Bundesregierung, um die Existenz der deutschen Schule in Durban zu sichern? (D)

Die Bundesregierung vermag nicht zu beurteilen, ob sich die Deutsche Schule Durban in so großen finanziellen Schwierigkeiten befindet, daß der sie tragende Deutsche Schulverein Port Natal gezwungen ist, sich mit Hilferufen um Unterstützung an einzelne Institutionen und Personen in der Bundesrepublik Deutschland zu wenden. Der Bundesregierung ist allerdings bekannt, daß der Schulverein seit etwa eineinhalb Jahren eine umfangreiche Briefaktion an Empfänger im gesamten Bundesgebiet betreibt.

Da es sich bei der Deutschen Schule Durban um eine private Schule ausländischen Rechts handelt, ist das Auswärtige Amt nicht befugt, sich zu diesem Spendenaufruf zu äußern.

Das Auswärtige Amt fördert im Rahmen der Auswärtigen Kulturpolitik in Südafrika eine Reihe von Schulen personell und finanziell. Folgende Überlegungen haben das Auswärtige Amt bewogen, die Schule in Durban nicht in diese Förderung einzubeziehen:

Die Schule wurde 1971 gegründet. Es hat sich rasch gezeigt, daß sie aus sich heraus wirtschaftlich nicht existenzfähig ist. In dem etwa 180 km von Durban entfernt liegenden Hermannsburg ist mit Bundesmitteln ein neuer Grundschulbau errichtet worden, der auch genügend Platz für die Kinder aus Durban bietet. Dazu sind Heimunterbringungsmög-

(A) lichkeiten sowie eine weiterführende Sekundarstufe vorhanden. Für die Wochenendheimfahrten der Kinder aus Durban ist ein Autobus zur Verfügung gestellt worden. Die in Südafrika durchaus normale Heimunterbringung — auch bei Kindern im Grundschulalter — läßt für Durban eine schulische Versorgung durch Hermannsburg zu. Die Konzentration auf gesicherte, leistungsfähige größere Einheiten ist aus pädagogischen wie wirtschaftlichen Erwägungen erforderlich. Sie entspricht im übrigen auch den von den südafrikanischen Schulbehörden aus den gleichen Gründen verfolgten Plänen. Die Schule in Durban war bereits im Juli 1973 über die Deutsche Botschaft in Pretoria in diesem Sinne unterrichtet worden.

Anlage 37

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten **Sauer** (Salzgitter) (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Fragen A 125 und 126):

Welche Bemühungen hat die Bundesregierung unternommen, um Beiträge zu Veranstaltungen und zum Verlauf internationaler Konferenzen und Seminare unter Teilnahme von Wissenschaftlern und Forschern unserer östlichen Nachbarvölker auch aus den Reihen und unter Teilnahme von Wissenschaftlern und Forschern der heimatvertriebenen Deutschen im Sinne der Schlußakte von Helsinki zu fördern?

(B) Sind im Vollzug der Schlußakte von Helsinki in einem gemeinsamen wissenschaftlichen und kulturellen Forum die Fragen der Massenvertreibung, die Sicherung der Selbstbestimmung und des Rechtes auf die Heimat und die Fragen der Volksgruppenrechte mit Vertretern unserer osteuropäischen Nachbarn erörtert worden oder sollen diese Fragen in Zukunft auf solch einem Forum im Sinne der Schlußakte von Helsinki erörtert werden?

Zu Frage A 125:

Die Bundesregierung hat im Rahmen der UNESCO zusammen mit den anderen Regierungen der Europäischen Gemeinschaft die Initiative zu einem Programm von Konferenzen, Seminaren und anderen Veranstaltungen in den Jahren 1977/78 unter Teilnahme von Wissenschaftlern und Forschern aus ganz Europa ergriffen, das mit den osteuropäischen Regierungen im Sinne der Schlußakte von Helsinki durchgeführt werden soll.

An diesen und anderen internationalen Konferenzen und Seminaren können „Wissenschaftler und Forscher der heimatvertriebenen Deutschen" teilnehmen; sie unterliegen keiner unterschiedlichen Behandlung. Die Bundesregierung ist aber der Auffassung, daß alle heimatvertriebenen Deutschen nicht anders behandelt werden als alle anderen deutschen Wissenschaftler und Forscher. Daher können sie unter gleichen Bedingungen wie alle anderen Bundesbürger zu internationalen Konferenzen und Seminaren beitragen; und sie tun dies auch.

Zu Frage A 126:

Die Schlußakte von Helsinki sieht eine derartige Veranstaltung nicht vor. Sie kann daher auch nicht „im Vollzug der Schlußakte" erfolgen

Anlage 38 (C)

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten **Schmidt** (Wuppertal) (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Fragen A 127 und 128):

Sind auf Grund der Schlußakte von Helsinki Kontakte und die Zusammenarbeit zwischen Deutschen aus den Oder-Neiße-Gebieten und Deutschen aus der Bundesrepublik Deutschland, die eine kulturelle Tätigkeit ausüben, erweitert und vermehrt worden, und wird es in dieser Richtung ein „langfristiges Vorgehen" geben?

Inwiefern ist Deutschen in den Oder-Neiße-Gebieten auf Grund der Schlußakte von Helsinki der „umfassende Zugang" zu kulturellen Leistungen insbesondere auf dem Gebiet des aus der Bundesrepublik Deutschland übersandten Kulturguts erleichtert worden, und wie soll dies in Verfolgung der feierlichen Erklärung von Helsinki in Zukunft geschehen?

Zu Frage A 127:

Die weitgehend auf privater Ebene stattfindenden Kontakte zwischen kulturell Tätigen aus der Bundesrepublik Deutschland und Deutschen aus Polen werden von der Bundesregierung nicht erfaßt. Eine exakte Aussage über ihre Erweiterung und Vermehrung ist daher nicht möglich. Im Rahmen des im Kulturabkommen vorgesehenen Kulturaustausches können jedoch sowohl Kontakte als auch eine Zusammenarbeit zwischen den erwähnten Personenkreisen gefördert werden. Die zuständigen Stellen stehen entsprechenden Anträgen auf Förderung aufgeschlossen gegenüber.

Zu Frage A 128: (D)

Der Zugang zu den in Polen angebotenen kulturellen Leistungen der Bundesrepublik Deutschland steht allen polnischen Bürgern, auch den in Polen zurückbleibenden Deutschen, offen. Ich habe hier in der Fragestunde am 3. Juni 1976 bereits darauf aufmerksam gemacht, daß hochrangige polnische Gesprächspartner der Bundesregierung versichert haben, daß die in Polen lebenden Deutschen gleichberechtigt am deutsch-polnischen Kulturaustausch teilnehmen können.

Anlage 39

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Reddemann** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage A 129):

Welche Maßnahmen sind im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Auswärtigen Amts mit den im Bundeshaushaltsplan 1976 erstmals bereitgestellten Mitteln von 1,9 Millionen DM finanziert worden, bzw. welche Maßnahmen sollen damit finanziert werden?

Bei den 1,9 Millionen DM für Öffentlichkeitsarbeit des Auswärtigen Amts im Inland handelt es sich um einen neu eingerichteten Titel. Über die Mittel durfte deshalb erst nach Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 1976 verfügt werden. So erklärt es sich, daß bisher Zahlungen aus diesem Titel überhaupt noch nicht geleistet worden sind, sondern

(A) daß sich alle Maßnahmen noch in Vorbereitung befinden. Nach dem bisherigen Stand der Planungen ist ein Informationsangebot in zwei Stufen vorgesehen.

Stufe 1 informiert in einer 8 DIN-A 4-Seiten umfassenden Zeitungsbeilage über die wesentlichen Bereiche der Außenpolitik. Hierfür ist eine Auflagenhöhe von 7,5 Millionen geplant. Die Beilage wird einen sogenannten Informationsgutschein enthalten, mit dem man speziellere Informationen zu besonders interessierenden Themen anfordern kann.

Diese Spezialinformationen stellen die Stufe 2 der Maßnahmen dar. Vorgesehen sind 8 Publikationen insgesamt zu den Themen Ost-West-Beziehungen, Bündnispolitik, Europa-Politik und Nord-Süd-Politik. Diese Publikationen sollen gleichzeitig als Grundstock für die Informationstätigkeit des Auswärtigen Amts über einen längeren Zeitraum dienen. Es ist also nicht daran gedacht, diese Publikationen alle noch in diesem Jahr an den Mann zu bringen.

Anlage 40

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten **Dr. Hupka** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Fragen A 130 und 131):

In welcher Weise haben entsprechend der Schlußakte von Helsinki deutsche Studenten, Lehrer und Wissenschaftler in den (B) Oder-Neiße-Gebieten einen „Zugang zu Bildungs-, kulturellen und wissenschaftlichen Institutionen eines jeden anderen Teilnehmerstaats", zum Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, erhalten, oder wie wird die Bundesregierung dahin gehend wirken, daß dies geschieht?

Hat die Bundesregierung angesichts der restriktiven Praxis der rumänischen Regierung bezüglich der Familienzusammenführung — Rückgang in den fünf Monaten 1976 gegenüber 1975 um nahezu 40 % — unter Bezugnahme auf Korb III 1 b der Schlußakte von Helsinki mit der rumänischen Regierung Gespräche oder Verhandlungen geführt, oder wie gedenkt die Bundesregierung als Mitunterzeichner der Schlußakte gegenüber anderen Mitunterzeichnern tätig zu werden?

Zu Frage A 130:

Anders als Ihre Frage das unterstellt, soll der „Zugang zu Bildungs-, kulturellen und wissenschaftlichen Institutionen eines jeden anderen Teilnehmerstaates" für Studenten, Lehrer und Wissenschaftler nach dem Wortlaut der Schlußakte von Helsinki lediglich verbessert werden durch einzeln aufgeführte Maßnahmen wie z. B. durch den erweiterten Austausch von Informationen über Studienmöglichkeiten und Zulassungsbedingungen, durch die Erleichterung von Reisen, durch Stipendienvergabe u. ä.

Dieser in der Schlußakte aufgeführte Maßnahmenkatalog wurde auch in den am 11. Juni 1976 unterzeichneten deutsch-polnischen Kulturabkommen weitgehend berücksichtigt und damit der Zugang zu den angesprochenen Institutionen im Sinne des Wortlauts der Schlußakte von Helsinki verbessert. Diese Verbesserung kommt auch den in Polen zurückbleibenden deutschen Studenten, Lehrern und Wissenschaftlern zugute, die, wie ich bereits mehrfach hier ausgeführt habe, gleichberechtigt am Kulturaustausch teilnehmen können.

Zu Frage A 131: (C)

Das Auswärtige Amt hat zuletzt im Mai 1976 in Bukarest im Rahmen von KSZE-Konsultationen mit dem rumänischen Außenministerium Gespräche über diese Frage geführt und den deutschen Standpunkt mit Nachdruck dargelegt.

Die Bundesregierung bleibt weiterhin bemüht, die rumänische Verhärtung in dieser Frage, die im übrigen nicht nur gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch gegenüber anderen westlichen und neutralen Ländern erfolgt ist, durch immer neue Gespräche zu überwinden.

Anlage 41

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Roser** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage A 132):

Hat die Bundesregierung erreicht, daß alle Frauen und Kinder von Deutschen in Rumänien ihre Ehegatten und Väter in dem Umfang, in dem sie dies wünschen, besuchen können, und was wird die Bundesregierung — soweit dies nicht der Fall ist — unternehmen, um Rumänien zur strikten Einhaltung und vollen Anwendung der Vereinbarungen von Helsinki zu veranlassen, die eine wohlwollende Prüfung von entsprechenden Gesuchen für eine zeitweilige oder regelmäßige Ein- und Ausreise vorsehen?

Ich nehme an, daß Ihre Frage auf die Einreisemöglichkeiten derjenigen Ehefrauen und Kinder abzielt, deren Ehegatten oder Väter bereits in der Bundesrepublik Deutschland leben. Es handelt sich (D) um den gleichen Personenkreis, über dessen Ausreisemöglichkeiten ich mich bereits bei meiner Antwort an Herrn Kollegen Dr. Fuchs geäußert habe. Nach unseren Erkenntnissen unterscheidet die von mir bereits geschilderte restriktive rumänische Verwaltungspraxis in diesen Fällen nicht zwischen Besuchsreisen und definitiven Ausreisen.

Die Bundesregierung setzt sich, wie ich Herrn Kollegen Fuchs heute bereits gesagt habe, mit Nachdruck für die Lösung dieser humanitären Fälle ein.

Anlage 42

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Dr. Kunz** (Weiden) (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage A 133):

Hat die Bundesregierung den polnischen Parteichef Edward Gierek bei seinem letzten Besuch in der Bundesrepublik Deutschland auf die drängenden humanitären Probleme der Deutschen im polnischen Machtbereich (z. B. auf Gewährung von Minderheits- und Gruppenrechten) angesprochen?

In den Gesprächen, die anläßlich des Besuchs des Ersten Sekretärs der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Gierek, geführt worden sind, ist die Möglichkeit der Pflege der deutschen Sprache für die in Polen verbleibenden Deutschen erörtert worden. Die polnische Seite verweist zu dieser Frage grundsätz-

(A) lich darauf, daß die polnische Verfassung jedem Bürger gleiche Rechte zusichert, jedoch keine Sonderrechte für bestimmte Gruppen vorsieht. Die polnische Seite hat betont, daß sie die Kenntnis der deutschen Sprache und Kultur fördern und in diesem Zusammenhang insbesondere vermehrt Schulen mit deutscher Unterrichtssprache einrichten wolle.

Anlage 43

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Dr. Becher** (Pullach) (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage A 134):

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß die vertriebenen Deutschen als Einzelne und als Angehörige ihrer Bevölkerungsgruppen mit einem Gesamtvermögen enteignet wurden, das nach den heute gültigen Umrechnungswerten den Betrag von 350 Milliarden DM überschreitet?

Die Bundesrepublik Deutschland hat die notwendigen Folgerungen aus der Tatsache der Vertreibung deutscher Staats- und Volkszugehöriger und der Entziehung ihres Vermögens bereits vor Jahrzehnten durch das große Werk der Lastenausgleichsgesetzgebung gezogen. Im Bundeshaushalt wurden für den Lastenausgleich, einschließlich der Aufwendungen für die Flüchtlinge aus der heutigen DDR, insgesamt bisher rund 100 Milliarden DM aufgebracht. Schätzungsweise wird der gesamte Lastenausgleich den Betrag von rund 140 Milliarden DM erreichen.

(B) Die in Ihrer Frage genannte Ziffer von 350 Milliarden DM muß stark angezweifelt werden. Sie beruht auf fiktiven Berechnungen mit heutigen Preisrelationen, die unter den gegebenen Umständen nicht anwendbar sind.

Im Hinblick auf die von mir erwähnten hohen Leistungen des Lastenausgleichs sind weitere gesetzgeberische Folgerungen nicht zu erwarten. Was Forderungen gegenüber anderen Staaten betrifft, hat die Bundesregierung mehrfach wissen lassen, daß davon erst bei einer Gesamtregelung der Vermögensprobleme des 2. Weltkrieges, d. h. in Zusammenhang mit einem Friedensvertrag für Gesamtdeutschland, gesprochen werden kann.

Anlage 44

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten **Schinzel** (SPD) (Drucksache 7/5404 Fragen A 135 und 136):

Trifft es zu, daß im Iran allein in diesem Jahr schon 70 Personen hingerichtet oder auf offener Straße erschossen worden sind und die elementarsten Menschenrechte mißachtet werden, wie u. a. aus neuesten Berichten der Internationalen Juristenkommission hervorgeht, und wenn ja, welchen Sinn sieht die Bundesregierung im Abschluß eines Kulturabkommens mit dem Iran?

Ist die Bundesregierung bereit, wie im Falle von Chile, sich für die Haftentlassung von politischen Gefangenen im Iran einzusetzen, bei der Ausreise behilflich zu sein und ihnen in der Bundesrepublik Deutschland politisches Asyl zu gewähren?

1. Der Bundesregierung ist bekannt, daß 1976 im Iran 12 Personen zum Tode verurteilt und hingerichtet worden sind. Davon waren 10 wegen Beteiligung an dem Mord von zwei amerikanischen Offizieren und einem Angehörigen der amerikanischen Botschaft verurteilt worden. Weiterhin ist bekannt, daß bei Zusammenstößen zwischen Ordnungskräften und bewaffneten Terroristen Todesopfer zu verzeichnen waren, und zwar unter den Angehörigen der Terroristengruppen ebenso wie unter den Polizeibeamten. Genaue Zahlen sind der Bundesregierung nicht bekannt. Die in der Frage enthaltene Feststellung, daß im Iran die elementarsten Menschenrechte mißachtet werden, kann die Bundesregierung sich nicht zu eigen machen. (C)

Zwischen der Abwehr von Terroristen und dem Abschluß eines Kulturabkommens sehe ich keinen Zusammenhang.

2. Die politische Situation jedes Landes muß gesondert betrachtet werden. Vergleiche, wie der in der Frage angestellte, helfen nicht weiter. Die Bundesregierung setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte in allen Länder ein und tut alles in ihren Kräften Liegende, um dieses Ziel zu erreichen. Sie nutzt ihre politischen Beziehungen um in möglichst vielen Einzelfällen zu helfen. Spektakuläre Aktionen liegen nach aller Erfahrung nicht im Interesse der Menschen, denen wir helfen wollen.

Anlage 45

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Schmöle** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage A 137): (D)

Hat die Volksrepublik Polen auf Grund der Schlußakte von Helsinki auch Jugendlichen, die nicht in staatlichen Jugendorganisationen tätig sind, „den Austausch und die Kontakte auf kurz- oder langfristiger Grundlage in der Arbeit, in der Ausbildung oder im Studium" nach der Bundesrepublik Deutschland erleichtert, oder besteht die Absicht, ein bilaterales Abkommen mit der Volksrepublik Polen als Teilnehmerstaat der Konferenz von Helsinki dahin gehend abzuschließen, daß ohne Rücksicht auf Herkunft und Organisation Jugendlichen ein solcher Austausch ermöglicht wird?

Im deutsch-polnischen Kulturabkommen, das am 11. Juni 1976 unterzeichnet worden ist, ist im Artikel 10 vorgesehen, daß auch Jugendliche, die nicht in staatlichen Jugendorganisationen Mitglieder sind, am Jugendaustausch teilnehmen können.

In der anläßlich des Besuchs des Ersten Sekretärs der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei in der Bundesrepublik Deutschland veröffentlichten „Gemeinsamen Erklärung" heißt es: „Beide Seiten haben die Absicht, eine Vereinbarung über den Jugendaustausch abzuschließen." In einer solchen Vereinbarung über den Jugendaustausch wird wie im Kulturabkommen vorgesehen werden, daß auch nichtorganisierte Jugendliche am Jugendaustausch teilnehmen können.

Anlage 46

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Niegel** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage A 138):

(A)

Sind die Meinungsverschiedenheiten wegen des Treffens des südafrikanischen Premierministers Vorster und des USA-Außenministers Kissinger dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland und dem Verhältnis zu den USA nützlich, und stellt der Ausspruch, daß sich die Staatsminister irgendwo an einem abgeschiedenen Ort treffen sollen, nicht eine Ausladung dar?

Der Bundesregierung ist von angeblichen Meinungsverschiedenheiten wegen des Treffens zwischen Premierminister Vorster und Außenminister Kissinger nichts bekannt. Pressemeldungen, die auf solche Meinungsverschiedenheiten anspielen, sind in dieser Form unzutreffend. Die Bundesregierung hat, nachdem ursprünglich Hamburg als Gesprächsort genannt worden war, nach erneuten Überlegungen einen ruhigeren und abgelegeneren Ort vorgeschlagen. Eine „Ausladung" ist hierin keinesfalls zu sehen.

Anlage 47

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Dr. Schweitzer** (SPD) (Drucksache 7/5404 Frage A 139):

Hat die Bundesregierung die Absicht, nunmehr die Arbeit der „Universität der Vereinten Nationen" kontinuierlich finanziell zu unterstützen?

Die Bundesregierung steht nach wie vor dem Gesamtprojekt der Universität der Vereinten Nationen aufgeschlossen gegenüber. Sie hat ihm in den Entscheidungsgremien der Vereinten Nationen und der UNESCO zugestimmt und ihre positive Einstellung durch Unterstützung der Wahl des Staatssekretärs im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Prof. Dr. Reimut Jochimsen, in den Rat der Universität bekräftigt.

(B)

Jedoch kann angesichts des hohen jährlichen Finanzaufwands der Bundesrepublik Deutschland für multilaterale weltweite Zwecke und angesichts der angespannten Finanzlage der Bundes z. Z. noch nicht abgesehen werden, wann und in welcher Höhe die Bundesregierung einen Beitrag zu dem Stiftungsfonds der Universität der Vereinten Nationen leisten kann (aus dessen Erträgen das Forschungsprogramm und die Verwaltung der Universität der Vereinten Nationen finanziert werden).

Anlage 48

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten **Dr. Marx** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Fragen A 140 und 141):

War es ein „technisches Versehen", daß die Bundesregierung bereits am 28. April 1976 in einer Sendung ihres Informationsfunks an die auswärtigen Vertretungen den gleichen Text hinsichtlich ihrer Einschätzung der deutschen Politik gegenüber Südafrika gesendet hat, den sie auch am 4. Mai 1976 im englischsprachigen Bulletin veröffentlicht hatte?

Hat das Auswärtige Amt seine Prüfung — die Staatsminister Wischnewski am 2. Juni vor dem Plenum des Deutschen Bundestages bekannt gab —, wie es zu dem „technischen Versehen" kam, daß in der englischsprachigen Ausgabe des Bulletins ein unzutreffender Bericht über eine „Mahnung" Bundesaußenministers Genscher gegenüber dem südafrikanischen Botschafter veröffentlicht wurde, abgeschlossen mit welchem Ergebnis?

(C)

Zu Frage A 140:

Der Informationsfunk der Bundesregierung, dessen Aufgabe die Unterrichtung der deutschen Auslandsmissionen über wichtige politische Vorgänge ist, brachte am 28. April 1976 eine Wiedergabe verschiedener Agenturmeldungen, die sich mit dem Gespräch zwischen dem Bundesaußenminister und dem südafrikanischen Botschafter Sole vom 27. April 1976 befaßten. Durch ein redaktionelles Versehen und nur durch ein solches wurden die Meldungen des Informationsfunks am darauffolgenden Tage in das englischsprachige Bulletin übernommen. Dieser Abdruck war keine beabsichtigte und gewollte Offizialisierung des Vorgangs. Für einen Außenstehenden erhielten die Agenturmeldungen damit jedoch einen offiziellen Charakter, der ihnen seitens des Auswärtigen Amts nicht zugedacht war.

Das englischsprachige Bulletin ist wie alle fremdsprachigen Bulletins des BPA kein offizielles Sprachrohr der Bundesregierung. Die Bundesregierung räumt jedoch ein, daß sowohl die Bezeichnung Bulletin wie auch der Hinweis auf die veröffentlichende Stelle den Eindruck regierungsoffizieller Verlautbarungen vermitteln können. Deshalb hat das Auswärtige Amt Herrn Botschafter Sole gegenüber sein Bedauern über den Abdruck ausgesprochen.

(D)

Zu Frage A 141:

Der Abdruck gibt die zugrunde liegenden Agenturmeldungen in redaktionell überarbeiteter Form in der Sache jedoch korrekt wieder. In seiner Erklärung vor dem Deutschen Bundestag am 2. Juni 1976 hat Herr Staatsminister Wischnewski in seinem Bedauern wegen des Abdrucks im Bulletin nicht auf sachliche Unterschiede zwischen tatsächlichem Gesprächsinhalt und der Veröffentlichung, sondern auf die unbeabsichtigte Offizialisierung des Vorgangs abgehoben.

Die Bundesregierung bewegt sich in ihrer Politik gegenüber den Problemen des südlichen Afrika im Rahmen der gemeinsamen Politik der Neun. Beispiele für diese gemeinsame Haltung sind die Demarche der neun Staaten der Europäischen Gemeinschaft am Vorabend der Sitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen über Namibia im Januar 1976, die Erklärung der europäischen Außenminister vom 23. Februar 1976 sowie die Erklärung des Europäischen Rates zur Rhodesienfrage vom 1./2. April 1976.

Anlage 49

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Dr. Köhler** (Wolfsburg) (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage A 142):

(A)

Haben nach Kenntnis der Bundesregierung die Regierungen anderer EG-Mitgliedsländer eine in Form und Inhalt vergleichbare politische Intervention gegenüber Südafrika vorgenommen, wie dies die Bundesregierung am 28. April 1976 in ihrem Informationsfunk und am 4. Mai 1976 im englischsprachigen Bulletin tat?

Ich verweise auf die Antwort, die ich Herrn Kollegen Dr. Marx zum Gegenstand auch Ihrer Frage gegeben habe.

Anlage 50

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Dr. Jenninger** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage A 143):

Ist nach Auffassung der Bundesregierung Intervention von Bundesaußenminister Genscher gegenüber dem südafrikanischen Botschafter von 27. April 1976 in der am Tag darauf folgenden Darstellung des Informationsfunks bzw. im englischsprachigen Bulletin vom 4. Mai 1976 exakt wiedergegeben, oder gibt es zwischen diesen Veröffentlichungen und dem eigentlichen Inhalt des Gesprächs mit dem genannten Botschafter so bedeutende Unterschiede, daß Staatsminister Wischnewski am 2. Juni 1976 die Veröffentlichung im englischsprachigen Bulletin vor dem Bundestag bedauerte?

Ich verweise auf die Antwort, die ich Herrn Abgeordneten Dr. Marx zum Gegenstand auch Ihrer Frage gegeben habe.

Anlage 51

(B)

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Wawrzik** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage A 144):

Trifft es zu, daß die Regierung der USA über die Mitteilung der Bundesregierung, daß die geplanten Gespräche zwischen dem amerikanischen Außenminister Kissinger und dem südafrikanischen Premierminister Vorster von Hamburg in den Bayerischen Wald verlegt wurden, ihr „Erstaunen" zum Ausdruck gebracht und von „Irritationen" gesprochen hat, und welches sind die Gründe für diese Verlegung?

Der Bundesregierung liegen Meldungen vor, wonach der Sprecher des amerikanischen Außenministeriums erklärt hat, über das deutsche Ersuchen „erstaunt" zu sein. Von „Irritationen" der amerikanischen Regierung wegen der vorgeschlagenen Verlegung des Gesprächsortes von Hamburg in den Bayerischen Wald war dagegen nicht die Rede. Der für die Bundesregierung maßgebliche Grund, eine Verlegung der Gespräche an einen ruhigeren und abgelegeneren Ort vorzuschlagen, war es, einen ruhigen Verlauf der Gespräche sicherzustellen. Hierfür bietet die Wahl der Kurorte im Bayerischen Wald mehr Gewähr als die ursprünglich in Aussicht genommene Großstadt Hamburg.

Anlage 52

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten **Dr. Czaja** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Fragen A 145 und 146):

(C)

Was haben die Volksrepublik Polen und die Bundesrepublik Deutschland bisher veranlaßt oder vereinbart, damit die Minderung von „Rechten und Pflichten deutscher Gesuchsteller oder ihrer Familienmitglieder" am Arbeitsplatz und im Bereich der Grundrechte nach der Antragstellung auf Ausreise, sofern eine solche Minderung früher erfolgte, beseitigt wird, und sind eingetretene mindernde „Veränderungen der Rechte" Deutscher tatsächlich im Sinne der Schlußakte von Helsinki in allen Fällen beseitigt worden?

Welche Schritte hat die Bundesregierung bei der Volksrepublik Polen unter Berufung auf die allgemeinen Regeln des Völkerrechts und die polnische feierliche Erklärung von Helsinki unternommen, wenn für deutsche Staatsangehörige durch gesetzes- und völkerrechtswidrige polnische Forderungen zur Bezeichnung von Geburtsorten die Erteilung von Einreisesichtvermerken und die Anerkennung von Ehefähigkeitszeugnissen bei polnischen Standesämtern und damit die Einreise zu Besuchszwecken oder die Eheschließung verhindert wird?

Zu Frage A 145:

Wie ich schon in der Fragestunde vom 3. Juni 1976 auf die Frage des Abgeordneten Hupka dargelegt habe, hat die polnische Regierung gegenüber der deutschen Regierung im Rahmen der Gespräche, die der Bundesminister des Auswärtigen im Oktober 1975 in Warschau geführt hat, erklärt, daß Benachteiligungen von Ausreisebewerbern, durch entsprechende Anweisungen ausgeschlossen sind. Ich habe dabei auch darauf hingewiesen, daß Benachteiligungen abgenommen haben und die Ausreisewilligen im allgemeinen korrekt behandelt werden. Hinsichtlich der vor Abschluß der Vereinbarungen eingetretenen Diskriminierungen von Ausreisewilligen bemüht sich die Bundesregierung in erster Linie darum, daß die Betroffenen ihrem Wunsch entsprechend ausreisen können. Die Botschaft Warschau führt keine Statistik darüber, wie viele der Ausreisegenehmigungen Personen erteilt wurden, die unter beruflichen (D) Benachteiligungen zu leiden hatten. Bei dem starken Ansteigen der Ausreisegenehmigungen ist jedoch anzunehmen, daß diese Tendenz auch diesem Personenkreis zugute gekommen ist.

Zu Frage A 146:

Für die Bezeichnung von Geburtsorten in Visen verweise ich auf die schriftliche Antwort, die ich dem Abgeordneten Schedl am 10. Juni 1976 gegeben habe. Darin habe ich dargelegt, daß die Bundesregierung mit der polnischen Regierung für die Bezeichnung von Geburtsorten in Pässen, soweit die Geburtsorte in den Gebieten des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 liegen, 1970 eine Absprache getroffen hat. Insofern sollten bei entsprechend ausgestellten Visumsanträgen keine Schwierigkeiten auftreten.

Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, auch über die Ortsbezeichnung in anderen Bereichen, insbesondere in Ehefähigkeitszeugnissen, mit der polnischen Regierung zu einer Regelung zu gelangen. Die Frage ist anläßlich des Gierek-Besuches zwischen den beiden Außenministern erörtert worden. Nach dem Verlauf dieser Gespräche rechnet die Bundesregierung damit, daß die anstehenden Fragen nunmehr bald in abschließenden Gesprächen auf Expertenebene geklärt werden können und die bestehenden Schwierigkeiten ein Ende nehmen.

(A)

Anlage 53

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten **Jäger** (Wangen) (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Fragen A 147 und 148):

Wie ist auf Grund der Schlußakte von Helsinki der Zugang der in den Oder-Neiße-Gebieten lebenden Deutschen zu den kulturellen Leistungen aus der Bundesrepublik Deutschland gefördert und ermoglicht worden?

Inwiefern hat die Bundesrepublik Deutschland auf Grund der Schlußakte von Helsinki beim Teilnehmerstaat Rumänien für die dort lebenden Deutschen „bessere Bedingungen" für die Familienzusammenführung erreicht, nachdem nach der Antwort von Staatsminister Moersch vom 19. Mai 1976 (Stenographischer Bericht Seite 17277) trotz steigender Antragsflut die Zahl der Ausreisen auf mehr als die Hälfte gesunken ist?

Zu Frage A 147:

Wie ich bereits auf die Frage des Kollegen Manfred Schmidt (Wuppertal) sinngemäß festgestellt habe, stehen den in Polen lebenden Deutschen wie allen anderen polnischen Bürgern die von der Bundesrepublik Deutschland in Polen angebotenen kulturellen Leistungen offen.

Zu Frage A 148:

Ich nehme an, daß sich Ihre Frage nach den „besseren Bedingungen" für die Familienzusammenführung auf die Präambel zu Korb III (Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen) der Schlußakte von Helsinki bezieht.

(B)

Der relevante Teil dieser Präambel lautet wie folgt:

„Die Teilnehmerstaaten

....

im Bewußtsein, daß eine Steigerung des Austausches auf dem Gebiet der Kultur und Bildung, eine größere Verbreitung von Information, Kontakte zwischen den Menschen und die Lösung humanitärer Probleme zur Erreichung dieser Ziele beitragen werden,

daher entschlossen, unabhängig von ihren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systemen untereinander zusammenzuarbeiten, um in den oben genannten Bereichen bessere Bedingungen zu schaffen, bestehende Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln und zu stärken sowie neue, diesen Zielen gemäße Mittel und Wege auszuarbeiten".

Wie aus der Formulierung hervorgeht, handelt es sich um eine Absichtserklärung, die von den Teilnehmerstaaten zu verwirklichen ist, an die die Anträge auf Familienzusammenführung gestellt werden. Im Falle Rumäniens ist diese Absichtserklärung bisher nicht verwirklicht worden. Dementsprechend hat auch die Bundesregierung nicht behauptet, daß sie für die in Rumänien lebenden Deutschen bessere Bedingungen für die Familienzusammenführung erreicht hat.

(C)

Anlage 54

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten **Dr. Abelein** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Fragen A 149 und 150):

Hat die Bundesregierung auf Grund der Information von 1970 und auf Grund der feierlichen politischen Erklärung der Volksrepublik Polen bei der Schlußakte von Helsinki dahin gehend in Polen interveniert, daß die 20 000 Härtefälle, wegen derer sie seit Jahren bei polnischen Behörden wegen des „dringlichen Charakters" im Sinn der Schlußakte vorstellig ist, sofort und nicht erst binnen vier Jahren ausreisen können und gegebenenfalls mit welchem Ergebnis?

Hat die Volksrepublik Polen nach ihren feierlichen Erklärungen in der Schlußakte von Helsinki über die Zusammenarbeit im humanitären Bereich allen deutschen Ehefrauen, die seit Jahren die Ausreise oder den Besuch zu ihren in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ehegatten betreiben, im Sinne des Wortlauts der Schlußakte es erlaubt, als „Dringlichkeitsfälle" innerhalb vernünftiger Fristen auszureisen, oder hat sie ihnen „Begegnungen und Kontakte auf der Grundlage familiärer Bindungen" ermöglicht?

Zu Frage A 149:

Es ist allgemeine Praxis, daß bei Übergabe der Interventionsnotizen darum gebeten wird, den Betroffenen die Ausreise so bald wie möglich zu genehmigen.

Über das Ergebnis ist zu berichten, daß vom 11. November 1975 bis 18. Juni 1976 4 226 Personen, für die interveniert worden war, die Ausreisegenehmigung erhalten haben. Dies sind etwa 30 % der Personen, für die die Botschaft Warschau aufgrund der Ausreisegenehmigungen Sichtvermerke erteilt hat. Dies zeigt, daß seit Abschluß der deutsch-polnischen Vereinbarungen auch die Zahl der positiv erledigten Interventionsfälle stark zugenommen hat (D) und zügiger erledigt worden sind.

Zu Frage A 150:

Die Botschaft Warschau führt keine gesonderte Statistik über die polnische Genehmigungspraxis von Ausreiseanträgen von Ehegatten — nicht nur Ehefrauen — die zu ihren Partnern in der Bundesrepublik Deutschland ausreisen möchten. Teilweise werden die Genehmigungen zügig erteilt. Soweit die Betreffenden trotz längerer Bemühungen noch keine Ausreisegenehmigung erhalten haben, gehören sie zu den Fällen, für die die Botschaft in erster Linie interveniert.

Darüber hinaus wertet es die Bundesregierung in diesem Zusammenhang positiv, daß die polnische Regierung im Ausreiseprotokoll erklärt hat, daß dieses auch für Personen gilt, „deren nächste Familienangehörige (Ehegatten und Verwandte in gerader Linie) in der Bundesrepublik Deutschland aus unterschiedlichen Gründen nicht zu ihren Familien nach Polen zurückgekehrt sind." Denn dieser Teil des Ausreiseprotokolls kommt besonders Ehegatten zugute.

Anlage 55

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten **Dr. Götz** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Fragen A 151 und 152):

(A) Ist zu erwarten, daß der Bundesaußenminister, der die besonders guten amtlichen und persönlichen Beziehungen zum rumänischen Außenminister nach dem letzten Besuch öffentlich betont hat, auf höchster Ebene eindringlich und unter Berufung auf die feierliche Erklärung von Helsinki bei Rumänien wegen der in Helsinki in Aussicht gestellten „dringenden" Ausreise deutscher Ehegatten und Kinder, die seit Monaten und Jahren getrennt von ihren in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Männern und Vätern zurückgehalten werden, interveniert?

Können deutsche Studenten, Lehrer und Wissenschaftler aus den Oder-Neiße-Gebieten praktisch den freien Zugang zu Bildungs-, kulturellen und wissenschaftlichen Institutionen der Bundesrepublik Deutschland unter annehmbaren Bindungen im Sinn des Wortlauts der Schlußakte von Helsinki wahrnehmen?

Zu Frage A 151:

Die Bundesregierung ist seit vielen Jahren bemüht, die Familienzusammenführung von Deutschen aus Rumänien sicherzustellen und das nicht ohne Erfolg. Der Bundesaußenminister hat bei seinem Besuch in Rumänien vom 3. bis 5. Dezember 1975 diese Frage zum Gegenstand eines ausführlichen Gesprächs mit dem rumänischen Staatschef Ceausescu gemacht. Es ist selbstverständlich, daß diese Frage auch Gegenstand des Gesprächs mit dem rumänischen Außenminister war und sein wird, wenn dieser in Kürze die Bundesrepublik Deutschland besucht.

Nicht zuletzt im Hinblick auf die Konferenzergebnisse von Helsinki tut die Bundesregierung alles in ihren Kräften Stehende, um die Ausreise von Deutschen aus Rumänien zu erleichtern, und zwar trotz der entgegenstehenden Auffassung der rumänischen Regierung.

Zu Frage A 152:

(B) In dem von Ihnen, Herr Kollege, angezogenen Passus der Schlußakte von Helsinki heißt es abweichend von Ihrer Formulierung: „Den Zugang für Studenten, Lehrer und Wissenschaftler der Teilnehmerstaaten zu Bildungs-, kulturellen und wissenschaftlichen Institutionen eines jeden anderen Teilnehmerstaates unter gegenseitig annehmbaren Bedingungen zu verbessern und den Austausch zwischen diesen Insitutionen in allen Bereichen gemeinsamen Interesses zu verstärken". Wie ich vorhin auf die Frage des Kollegen Dr. Hupka ausgeführt habe, wurde im Sinne des Wortlauts der Schlußakte der Zugang u. a. auch durch das am 11. Juni 1976 abgeschlossene deutsch-polnische Kulturabkommen verbessert. Im übrigen verweise ich auf meine Beantwortung der Frage des Kollegen Dr. Hupka, die den gleichen Sachverhalt betraf.

Anlage 56

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Schmöle** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage A 153):

Sind der deutschen Botschaft in Addis Abeba Einzelheiten über die vom „Observer" vom 8. Februar 1976 geschilderten Vorfälle bekannt, wonach die Angehörigen der äthiopischen Königsfamilie in einem Gefängnis unter furchtbaren Bedingungen in Haft gehalten werden, mehrere Männer der Familie bereits ermordet, Frauen, Kinder und Enkel gefoltert und in grausamer Weise gequält worden sind, und sieht sich die Bundesregierung in der Lage, gegebenenfalls Änderungen dieser Zustände zu erreichen?

(C) Ein Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes hat im Dezember 1974 zum letzten Mal die politischen Häftlinge in Äthiopien besucht. Er hat nach seinem Besuch keinen für die Öffentlichkeit bestimmten Bericht gegeben. Die Bundesregierung hat keine eigenen Erkenntnisse über die Haftbedingungen.

Abgesehen von dem Fehlen konkreter Informationen ist die Bundesregierung grundsätzlich darauf beschränkt im Ausland für eigene Staatsangehörige unmittelbar zu intervenieren. Sie kann darüber hinaus nur in allgemeiner Form für die Verwirklichung der Menschenrechte eintreten. In Einzelfällen kann sie aufgrund guter bilateraler Beziehungen versuchen zu helfen. Das hat aber nur Erfolg, wenn es ohne öffentliches Aufsehen vor sich geht.

*

Anlage 57

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Engelsberger** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage B 3):

Trifft es zu, daß sich die Bundesregierung bei internationalen Organisationen, wie z. B. der OAU, auf eine Nichtanerkennung der im September selbständig werdenden Republik Transkei festgelegt hat, und wenn ja, aus welchen Gründen hat sie sich so verhalten, und wie ist dies zu beurteilen im Zusammenhang mit der Anerkennung von neuen Staaten, wie z. B. Angola, durch die Bundesregierung?

(D) Es trifft nicht zu, daß die Bundesregierung sich bei internationalen Organisationen, wie der OAU oder den Vereinten Nationen, auf eine Nichtanerkennung der Transkei festgelegt hat. Vielmehr hat sich die Bundesregierung bei einer entsprechenden Entschließung der Vollversammlung der Vereinten Nationen (Resolution Nr. 3411 D vom 29. November 1975) gemeinsam mit den Partnern der Europäischen Gemeinschaft der Stimme enthalten.

Die Bundesregierung ist bestrebt, in der Frage der Anerkennung der Transkei zu gegebener Zeit eine gemeinsame Haltung der Neun herbeizuführen. Gegenwärtig ist der Meinungsbildungsprozeß in dieser Frage jedoch noch nicht abgeschlossen.

Anlage 58

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage B 4):

Trifft die Meldung der Neuen Zürcher Zeitung vom 3. Juni 1976 zu, die am 1. Juni 1976 zur Ratssitzung der Europäischen Gemeinschaft versammelten Außenminister hätten sich gefragt, warum sie eigentlich überhaupt zusammengekommen seien, da unter anderem wegen der Abwesenheit des Bundesministers des Auswärtigen, der sich seiner Parteipolitik gewidmet habe, nur Routineprobleme entschieden werden konnten, die genausogut auf Beamtenebene hätten erledigt werden können, und kann es die Bundesregierung gegebenenfalls verantworten, das durch die Äußerungen des Bundeskanzlers ohnehin verschlechterte Verhältnis Deutschlands zu den übrigen Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft durch eine derartige Amtsführung des Bundesministers des Auswärtigen noch zusätzlich zu belasten?

(A) Der Bundesregierung ist nicht bekannt, daß sich Teilnehmer an der Sitzung des Ministerrats der EG am 31. Mai/1. Juni 1976 in dem behaupteten Sinne geäußert hätten. Sie hält eine solche Äußerung auch für höchst unwahrscheinlich, weil der Ministerrat auf dieser Tagung nicht nur einige sehr wichtige Punkte auf seiner Tagesordnung hatte, sondern auch einige Entscheidungen von erheblicher Tragweite getroffen hat. Es wurde Einigung über das Handels- und Kooperationsabkommen mit Kanada erzielt, das Interimsabkommen mit den Maghreb-Staaten gebilligt und ein Beitrag der Gemeinschaft in Höhe von 220 Millionen DM als Wiederaufbauhilfe für Friaul beschlossen.

Ich darf im übrigen darauf hinweisen, daß im Gegensatz zum Fragesteller die Vertreter der anderen Regierungen die Abhaltung durch den Bundesparteitag der FDP voll respektiert haben. Schließlich scheint es Ihnen, Herr Abgeordneter, entgangen zu sein, daß die Bundesregierung auf dieser Tagung durch Staatsminister Wischnewski voll vertreten war. Und außerdem sei noch darauf hingewiesen, daß nicht nur der Bundesaußenminister nicht an der Tagung teilgenommen hat, sondern auch die Außenminister der Mehrzahl der anderen Regierungen, z. B. des Vereinigten Königreichs, bei der Tagung nicht oder nur teilweise anwesend waren, was durchaus üblich ist. Nicht zuletzt sind ja zwei Staatsminister im Auswärtigen Amt bestellt worden, um eine hochrangige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei allen Gelegenheiten jederzeit zu gewährleisten.

(B)

Anlage 59

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Hösl** CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage B 5):

> Wie wertet die Bundesregierung, daß Moskau und Ost-Berlin ohne Rücksicht auf die Haltung der westlichen Signatarmächte als Ausgangspunkt jeder gegenseitigen Verständigung die Akzeptierung ihrer verfälschenden und verkürzenden Interpretation des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin verlangen und gleichzeitig die Aufforderung der westlichen Signatarmächte zurückweisen, die Bestimmungen über die Vertretung des Landes Berlin durch den Bund zu beachten, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

Die Haltung der Bundesregierung zu Versuchen der östlichen Seite, einseitig verkürzende Interpretationen des Viermächte-Abkommens zum Ausgangspunkt der gegenseitigen Verständigung zu machen, wurde nicht nur vor dem Deutschen Bundestag, sondern auch gegenüber der östlichen Seite mehrfach und unmißverständlich zum Ausdruck gebracht.

Berlin ist und bleibt für uns Prüfstein der Entspannung.

Die Aufrechterhaltung und Entwicklung der Bindungen zwischen Berlin (West) und dem Bund einschließlich des Außenvertretungsrechts für Berlin (West), so wie dies vom Viermächte-Abkommen ausdrücklich bekräftigt wurde, ist für die Bundesregierung von unverzichtbarer Bedeutung. (C)

Die Bundesregierung wird auch weiterhin darauf bestehen, daß im Interesse der Berliner und des Fortschritts bei der Zusammenarbeit in Europa alle Bestimmungen des Viermächte-Abkommens, insbesondere aber die Bestimmungen, die sich auf die Vertretung der Interessen von Berlin (West) im Ausland durch die Bundesrepublik Deutschland beziehen, voll angewandt und strikt eingehalten werden. Wie die letzte NATO-Ministerratstagung wieder gezeigt hat, besteht hierüber auch mit unseren westlichen Partnern volles Einvernehmen.

Anlage 60

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Gierenstein** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage B 6):

> Ist die Bundesregierung in der gleichen Weise, wie sie gegenüber Malawi nachdrücklich auf die den Beziehungen abträgliche Reaktion in der deutschen Öffentlichkeit auf die Verfolgung von Zeugen Jehovas hingewiesen hat (Staatsminister beim Bundesminister des Auswärtigen Moersch in seiner Antwort auf Frage B 1 in Drucksache 7/5290) gegenüber der sowjetischen Regierung hinsichtlich der religösen Verfolgungen, der Verfolgung von Bürgerrechtlern und Künstlern in der Sowjetunion vorstellig geworden, und was rechtfertigt, falls dies nicht geschehen ist, ein unterschiedliches Vorgehen?

Die Bundesregierung hat sich in der Vergangenheit wiederholt bemüht, in Fällen von Verletzung individueller Menschenrechte in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, daß den davon Betroffenen geholfen wird. (D)

Angesichts der ungelösten Problematik, die sich aus dem in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Nichteinmischungsgebot in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes und dem Grundsatz der Wahrung und Durchsetzung der Menschenrechte ergibt, hat die Bundesregierung in jedem einzelnen Fall zu prüfen, welches Vorgehen zweckmäßig, angebracht und erfolgreich erscheint. Bei der oft sehr schwerwiegenden Entscheidung über den Einsatz ihrer politischen Instrumente muß auch die Erfolgsaussicht jedes Schrittes erwogen werden. Dies gilt vor allem im Hinblick auf die Interessen der betroffenen Menschen selbst.

Dabei ist auch zu bedenken, daß sich ein offizielles Vorgehen möglicherweise nicht zum Vorteil, sondern letztlich zum Nachteil der Betroffenen auswirken könnte.

Diese Erwägungen schließen auch den von Ihnen genannten Kreis von Personen in der Sowjetunion mit ein.

Anlage 61

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Dr. Kunz** (Weiden) (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage B 7):

(A) Trifft es zu, daß die Bundesregierung auf die Appelle der Wolga-Deutschen bisher nicht reagiert hat, und was gedenkt sie gegebenenfalls zu unternehmen, damit das Abkommen von Helsinki auch für diese deutsche Volksgruppe wirksam wird?

Der Bundesregierung und anderen deutschen Stellen sind in der vergangenen Zeit umfangreiche Petitionen von ausreisewilligen deutschen Volkszugehörigen, die in der Sowjetunion leben, zugegangen. Hierbei handelte es sich nicht nur um sogenannte Wolga-Deutsche oder deren Nachkommen, sondern um ausreisewillige Personen deutscher Abstammung, deren frühere und heutige Wohngebiete auch in anderen Teilen der Sowjetunion liegen. Die Bundesregierung hat zu diesen Petitionen im Deutschen Bundestag wiederholt Stellung genommen. Zuletzt wurde diese Materie mit ihrer komplexen Problematik in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 3. Juni 1976 ausführlich behandelt. Um Wiederholungen zu vermeiden, darf ich auf die entsprechenden Bundestagsprotokolle verweisen.

Die Bundesregierung möchte jedoch nachdrücklich feststellen, daß sie sich mit der hier angesprochenen Problematik bereits beschäftigt und — auf dem Gebiet der Familienzusammenführung — auch unbestreitbare Erfolge erzielt hat.

Die Bundesregierung hat sich zusammen mit ihren Freunden und Verbündeten auch auf der KSZE eingesetzt, um unmittelbare wirkungsvolle Erleichterungen für die Menschen in Europa herbeizuführen. Dies gilt nicht zuletzt für die Frage der Familienzusammenführung. Die positiven Auswirkungen der Schlußakte von Helsinki spiegeln sich in den stark
(B) angestiegenen Zahlen der Aussiedler aus der Sowjetunion am deutlichsten wider. Dies bezieht sich auf alle Gruppen der in der Sowjetunion lebenden deutschen Ausreisewilligen — auch auf die sogenannten Wolga-Deutschen —, sofern sie Verwandte bei uns haben.

In der Schlußakte von Helsinki, die, wie im Deutschen Bundestag wiederholt ausgeführt wurde, kein völkerrechtlich verbindliches Abkommen, sondern nur eine Absichtserklärung — wenn auch von hoher politisch-moralischer Bedeutung — ist, konnten zwar beträchtliche Zugeständnisse des Ostens auf dem Gebiet der Familienzusammenführung und in anderen humanitären Fragen erreicht werden. Die Akte postuliert jedoch nicht das allgemeine Recht auf Freizügigkeit der Staatsbürger eines Landes — ein Recht, das in der Bundesrepublik Deutschland allgemein anerkannt ist und für dessen Durchsetzung in der Welt die Bundesregierung sich auch weiterhin mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln einsetzen wird.

Anlage 62

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Grüner auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Dr. Kunz** (Weiden) (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage B 8):

Welchen finanziellen Umfang haben die mit Polen abgeschlossenen 14 Wirtschaftsverträge, und welchen Gesamtaufwand an DM machen diese Verträge aus öffentlichen Mitteln (Darlehen und Zinszuschüsse) notwendig? (C)

Der finanzielle Umfang der von deutschen Unternehmen anläßlich des Besuchs des 1. Sekretärs der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei Gierek mit Polen abgeschlossenen Wirtschaftsverträge ist der Bundesregierung im einzelnen nur insoweit bekannt, als die deutschen Firmen sich um eine Bundesbürgschaft bemühen.

Bisher ist lediglich für das Kohle-Vergasungsprojekt eine normale Ausfuhrbürgschaft für den vorgesehenen Exportkredit von 2 Mrd. DM beantragt worden. Diese Bürgschaft wurde von der Bundesregierung grundsätzlich in Aussicht gestellt. Bei dem ebenfalls in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Kupferprojekt haben die deutschen Firmen bisher noch keine Vereinbarung mit der polnischen Seite getroffen. Die Übernahme einer Bundesbürgschaft im Zusammenhang mit diesem Projekt kann erst nach Abschluß einer solchen Vereinbarung in Betracht kommen.

Irgendwelche Darlehen oder Zinszuschüsse aus öffentlichen Mitteln werden weder für eines der anläßlich des erwähnten Staatsbesuches abgeschlossenen Geschäfte noch für sonstige Geschäfte deutscher Firmen mit Polen gewährt.

(D)

Anlage 63

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Dr. Fuchs** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage B 10):

Ist den deutschen Ausstellern auf sowjetischen Messen von sowjetischer Seite das Ansinnen gestellt worden, das Wort „deutsch" aus den Firmennamen zu streichen und durch die sowjetische Abkürzung für „BRD" zu ersetzen, und ist dieses Ansinnen der sowjetischen Seite in den Augen der Bundesregierung nicht rechtswidrig und schikanös?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse darüber vor, daß sowjetische Stellen deutsche Teilnehmer an Ausstellungen in der Sowjetunion gebeten hätten, das Wort „deutsch" aus dem Firmennamen zu streichen. Sie verweist im übrigen auf ihre Antwort zu der von Ihnen bereits früher in gleicher Sache gestellten Anfrage; sie ist als Anlage 13 des Protokolls über die 250. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 10. Juni 1976 abgedruckt.

Anlage 64

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Baum auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Dr. Köhler** (Wolfsburg) (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Fragen B 11 und 12):

(A) Ist die Bundesregierung in der Lage, Einzelheiten über den geplanten Einsatz von Rettungshubschraubern im Raum Wolfsburg/Helmstedt mitzuteilen, und zwar unter Berücksichtigung der Fragen von Trägerschaft, Art der Alarmierung, Einsatzcharakteristik, Gesamt- und Einsatzkosten?

Wird der Einsatz von Rettungshubschraubern auch unmittelbar an der Zonengrenze möglich sein?

Zu Frage B 11:

Nach Auskunft des für den Luftrettungsdienst zuständigen Niedersächsischen Sozialministers ist die Einrichtung einer Luftrettungsstation in oder bei Wolfsburg oder Helmstedt derzeit nicht beabsichtigt. Dagegen unterstützt der Niedersächsische Sozialminister Bestrebungen des Kreises Goslar, ab 1977 in Goslar einen Rettungshubschrauber zu stationieren; dessen Einsatzradius von ca. 50 km würde den Raum Wolfsburg/Helmstedt an seiner Peripherie erfassen. Dem Wunsch Niedersachsens, hierfür einen Hubschrauber des Katastrophenschutzes zur Verfügung zu stellen, kann der Bundesminister des Innern auf absehbare Zeit nicht entsprechen, da nach der zwischen Bund und Ländern abgestimmten Gesamtkonzeption die Stationierung eines zusätzlichen Hubschraubers östlich von Hannover nicht vorgesehen ist und da nach dem Beschaffungs- und Stationierungsprogramm auch kein weiterer Hubschrauber bereitsteht. Nach Mitteilung des Bundesministers der Verteidigung kann für diesen Raum auch kein Hubschrauber der Bundeswehr zur Verfügung gestellt werden.

Zu Frage B 12:

Der Einsatz von Rettungshubschraubern unmittelbar an der Grenze zur DDR ist möglich und wird — (B) bisher ohne Schwierigkeiten — praktiziert.

Anlage 65

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Baum auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Hösl** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage B 13):

Trifft es zu, daß das Ruderboot, dessen Insassen sieben Stunden in der „DDR" festgehalten wurden, von einem Patrouillenboot der „DDR" gegen das östliche Elbufer abgedrängt und dort zum Anlegen gezwungen worden war, und wird die Bundesregierung — etwa durch eine entsprechende Konzentration von Wachbooten — dafür sorgen, daß dem widerrechtlichen Treiben der „DDR"-Patrouillenboote auf der Elbe das Handwerk gelegt wird?

Es trifft zu, daß am 6. Juni 1976 ein Ruderboot mit 5 Insassen auf der Elbe von dem DDR-S-Boot Nr. 341 unter Waffenvorhalt in ein ostwärtiges Buhnenfeld abgedrängt worden ist. Die Insassen wurden anschließend festgenommen und 7 Stunden lang in der DDR festgehalten.

Die Bundesregierung hat bereits einen ähnlichen Zwischenfall am 10. April 1976 zum Anlaß genommen, die DDR durch unsere Ständige Vertretung darauf hinzuweisen, daß das Verhalten von DDR-Organen der bisherigen Praxis auf der Elbe widerspricht und geeignet scheint, die Lage dort zu verschärfen. Dies ist im Deutschen Bundestag am 5. Mai 1976 in Beantwortung einer von Ihnen gestellten Mündlichen Frage dargelegt worden. Die Bundesregierung wird den neuerlichen Vorfall in (C) den Sitzungen der Grenzkommission vom 22. bis 24. Juni 1976 und in der Sitzung der Verkehrskommission am 24. Juni 1976 ansprechen und sich gegen das Verhalten der DDR-Organe verwahren. In beiden Kommissionen wird auch ein weiterer ähnlicher Vorfall angesprochen werden: Am 11. Juni 1976 ist ein Sportboot, das sich — nach den Angaben des Schiffsführers — auf der Elbe verfahren hatte und in ein Buhnenfeld des östlichen Ufers eingelaufen war, um ein Streifenboot der DDR um eine Auskunft zu bitten, ebenfalls festgehalten worden. Die Insassen konnten erst am 12. Juni 1976 die DDR verlassen.

Wie bereits am 5. Mai 1976 in der Antwort auf Ihre frühere Frage dargelegt wurde, ist das Auftreten von Organen der DDR auf der Elbe nicht erst in jüngster Zeit zu beobachten, sondern mindestens seit Beginn der 50er Jahre. Schon seit dieser Zeit ist die DDR auf der Elbe mit Streifenbooten hoheitlich tätig. — Auch auf der Elbe werden unsere Grenzsicherungsbehörden weiterhin alles in ihren Möglichkeiten Stehende tun, um Zwischenfälle zu vermeiden und Übergriffe zu verhindern. Die Bundesregierung gibt allerdings mit Nachdruck der Erwartung Ausdruck, daß die DDR es künftig nicht zu Wiederholungen der von mir erwähnten Zwischenfälle kommen läßt.

Die Vorfälle zeigen freilich auch, daß die Klärung der zahlreichen Probleme des Elbabschnitts, die seit mehreren Jahren in der Grenzkommission und in der Verkehrskommission erörtert werden, im allgemeinen Interesse besonders wichtig und (D) dringlich ist.

Anlage 66

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Baum auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Spranger** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage B 14):

Hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit neuen Dokumentationen ihre Auffassung über die Verfassungswidrigkeit der DKP geändert, und gibt es fortgeltende Zusagen an die östliche Seite, aus der Verfassungswidrigkeit der DKP für ihre öffentliche Tätigkeit keine Konsequenzen zu ziehen?

Die Bundesregierung hat ihre früher wiederholt erklärte Auffassung, daß die DKP verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, noch einmal ausführlich in der Antwort vom 28. Oktober 1975 — BT-Drucksache 7/4231 — auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion — BT-Drucksache 7/3912 — dargelegt. Diese Auffassung ist erneut in dem am 4. Juni 1976 vom Bundesminister des Innern veröffentlichten und auch allen Angehörigen des Deutschen Bundestages zugeleiteten Verfassungsschutzbericht 1975 zum Ausdruck gebracht worden.

Auch zum zweiten Teil Ihrer Frage kann ich auf frühere Äußerungen der Bundesregierung verweisen. So hat z. B. der vormalige Bundesminister des Innern, Genscher, in der 138. Sitzung des VI. Deutschen Bundestages am 30. September 1971 auf eine entsprechende Frage des Herrn Kollegen Niegel

(A) festgestellt, daß die Bundesregierung in ihrer Entscheidung über Verbotsmaßnahmen gegen die DKP völlig frei ist (vgl. Niederschrift über diese Sitzung S. 8032).

Diese Erklärung ist auch noch heute gültig. Das gilt auch für die weitere Erklärung von Bundesminister Genscher in derselben Fragestunde auf eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Engelsberger, daß die Frage, ob gegen Parteien Verbotsmaßnahmen eingeleitet werden sollen, nicht Gegenstand öffentlicher Erörterungen sein kann (a. a. O. S. 8033).

Seit der Gründung der DKP im Jahre 1968 haben alle Bundesregierungen — auch die Regierung Kiesinger — eine einheitliche Haltung gegenüber der DKP eingenommen. Dem entspricht die Haltung aller Landesregierungen.

Anlage 67

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Baum auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Müller** (Bayreuth) (SPD) (Drucksache 7/5404 Frage B 15):

Sieht die Bundesregierung einen erfolgversprechenden Lärmschutz gewährleistet, wenn durch Lärmschutzverordnungen zu bestimmten Tageszeiten zwar das private Rasenmähen und Teppichklopfen, nicht aber die Inbetriebnahme von Baumaschinen jeder Größenordnung durch gewerbliche Betriebe verboten werden?

Nach Auffassung der Bundesregierung ist es eine Voraussetzung einer sachgerechten Lärmschutzpolitik, daß Lärmschutzmaßnahmen sich an den spezifi- (B) schen Gegebenheiten der Lärmquellen orientieren. Diese Gegebenheiten sind bei Baulärm wesentlich anders als bei Rasenmäherlärm oder auch bei den Geräuschen, die etwa beim Teppichklopfen entstehen. Dies gilt insbesondere für die Art und Weise der Geräuschentstehung, für Zeit und Ort des Einsatzes der Geräte und für die technisch-administrativen Möglichkeiten der Lärmbekämpfung. Es ist sonach geboten, diesen Geräuschquellen mit unterschiedlichen Maßnahmen zu begegnen:

Während die Bundesregierung zur Minderung des Baulärms in den vergangenen Jahren ein sehr detailliertes und anspruchsvolles Regelwerk geschaffen hat, hielt sie es für sachgerecht, in der nunmehr vorgelegten „Rasenmäherlärmschutzverordnung" (Bundesrats-Drucksache 408/76) im wesentlichen nur Emissionswerte und zeitliche Beschränkungen für den Einsatz der Rasenmäher vorzusehen; für Geräusche des Teppichklopfens hält sie eine bundeseinheitliche Regelung für überflüssig.

Ungeachtet dieses Differenzierungsgebots gehört es auch zu einer verantwortungsvollen Lärmschutzpolitik, daß bei allen Entscheidungen wesentlich gemeinsame Aspekte beachtet werden. So muß insbesondere der größeren Schutzbedürftigkeit der Menschen zu den Zeiten, die im allgemeinen der Rekreation gewidmet sind, also vor allem zur Abend- und Nachtzeit, besonders Rechnung getragen werden. Diesem Grundsatz entspricht sowohl die von der Bundesregierung vorgelegte „Rasenmäherlärmschutzverordnung" als auch die geltende Baulärmregelung. Während der Betrieb von (C) Rasenmähern nach der vorgelegten Regelung zur Abend- und Nachtzeit grundsätzlich untersagt sein soll, sind für Baumaschinenemissionen zur Abend- und Nachtzeit so scharfe Anforderungen festgelegt worden, daß in Wohngebieten im Regelfall Störungen kaum eintreten dürften.

Angesichts dieser Sachlage sieht die Bundesregierung ihre Bemühungen um den Schutz der Bevölkerung vor Lärm durchaus als konsequent und erfolgversprechend an. Sie geht allerdings davon aus, daß auch die Länder und Kommunen die ihnen gegebenen Möglichkeiten voll ausschöpfen und im Rahmen ihrer Kompetenzen ergänzende Maßnahmen treffen.

Anlage 68

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. de With auf die Schriftliche Frage der Abgeordneten **Frau Schuchardt** (FDP) (Drucksache 7/5404 Frage B 16):

Ist der Bundesregierung bekannt, daß eine Anzahl von Personen wegen eines durch die Bundesanwaltschaft eingeleiteten und dann eingestellten Ermittlungsverfahrens gravierende private und berufliche Einbußen und Folgewirkungen zu erleiden hatten, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um diesen Personenkreis öffentlich zu rehabilitieren?

Der Bundesregierung sind derzeit weder von betroffenen noch von anderen Personen Fälle der von Ihnen angesprochenen Art mit dem Wunsch nach öffentlicher Rehabilitierung vorgelegt worden. (D)

Grundsätzlich möchte ich jedoch zur Problematik der Folgewirkungen eingestellter Ermittlungsverfahren auf folgendes hinweisen:

Die Bundesanwaltschaft ist wie jede Staatsanwaltschaft nach dem Legalitätsprinzip und den Vorschriften der Strafprozeßordnung verpflichtet, Ermittlungsverfahren einzuleiten, wenn sie durch Anzeige oder auf anderem Wege Kenntnis von dem Verdacht einer in ihre Zuständigkeit fallenden Straftat erhält. Insoweit unterscheidet sich ein von der Bundesanwaltschaft betriebenes Ermittlungsverfahren grundsätzlich nicht von den Verfahren aller anderen Strafverfolgungsbehörden. Der Gesetzgeber hat dem Umstand, daß sich für die Betroffenen, die mit einem Ermittlungsverfahren überzogen wurden, das später eingestellt worden ist, unzumutbare negative Folgewirkungen ergeben können, bereits angemessen Rechnung getragen. So ist jede Staatsanwaltschaft, mithin auch die Bundesanwaltschaft, nach § 170 Abs. 2 StPO verpflichtet, dem Beschuldigten über die Einstellung eines gegen ihn gerichteten Ermittlungsverfahrens einen schriftlichen Bescheid zu erteilen. Darin ist ausdrücklich die Unschuld des Beschuldigten auszusprechen oder zu vermerken, daß gegen den Beschuldigten kein begründeter Verdacht mehr besteht, falls die Ermittlungen das ergeben haben (vgl. Nr. 78 RiStBV). Darüber hinaus sieht das Gesetz über die Entschädigung von Strafverfolgungsmaßnahmen von 1971 unter den dort normierten Voraussetzungen einen Ausgleich für negative Folgewirkungen eines sol-

(A) chen Ermittlungsverfahrens vor. Diese Vorkehrungen reichen generell aus, um gravierenden Folgewirkungen entgegenwirken zu können. Welche Maßnahmen zur Rehabilitation zu ergreifen sind bzw. in welchem Umfange eine Strafverfolgungsbehörde im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten einen Betroffenen bei seinem Bestreben, sich öffentlich zu rehabilitieren, unterstützen kann und muß, ist jeweils im Einzelfall zu prüfen und zu entscheiden. Dabei sollte nicht übersehen werden, daß negative Folgewirkungen besonders im spektakulären Verfahren nicht durch die Tatsache der Einleitung und Einstellung eines Ermittlungsverfahrens eintreten, sondern durch die Publizitätswirkung der Berichterstattung in öffentlichen Medien, die nicht durch das Verhalten der Strafverfolgungsbehörden verursacht wurde.

Die Bundesregierung sieht unter diesen Umständen keinen Anlaß, den bereits bestehenden Schutz durch generelle Maßnahmen zu verbessern.

Anlage 69

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. de With auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **von Schoeler** (FDP) (Drucksache 7/5404 Frage B 17):

> Ist der Bundesregierung bekannt, in wie vielen Fällen bisher von der Bundesanwaltschaft Ermittlungsverfahren wegen Verdacht eines Landesverrats oder einer Gefährdung der äußeren
> (B) Sicherheit (Straftaten nach §§ 93 ff. StGB) eingeleitet wurden und wieder eingestellt werden mußten, und was gedenkt sie gegebenenfalls hiergegen zu unternehmen?

Vom Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof sind in den Jahren 1974 und 1975 658 bzw. 678 Ermittlungsverfahren, die Straftaten aus dem zweiten Abschnitt des Strafgesetzbuches zum Gegenstand haben, betrieben worden. Davon wurden im Jahre 1974 468 Verfahren, im Jahre 1975 400 Verfahren durch Einstellung endgültig erledigt.

Die geführten Statistiken weisen eine Unterteilung nach den Einstellungsgründen nicht aus.

Diese Einstellungsquote entspricht durchaus denjenigen bei den Staatsanwaltschaften der Länder für Delikte der allgemeinen Kriminalität.

Ergänzend weise ich darauf hin, daß diese Zahlen nur ein unvollständiges Bild ergeben, weil zahlreiche Verfahren vom Generalbundesanwalt gemäß § 142 a Abs. 2 GVG an die Staatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten abgegeben werden.

Für Maßnahmen der Bundesregierung ist kein Anlaß ersichtlich.

Anlage 70

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Haehser auf die Schriftliche Frage der Abgeordneten **Frau Schleicher** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage B 18):

> Trifft es zu, daß die Zollverwaltung die Arbeit nur dadurch geschafft hat, daß sie den Warenverkehr teilweise fast unkontrolliert passieren ließ, und wie will die Bundesregierung ihr Versprechen einhalten, den Rauschgiftschmuggel wirksam zu bekämpfen, wenn es zutreffen sollte, daß wegen Personalabbaus der Zoll sich in Zukunft noch stärker auf zufällige Stichproben beschränken wolle? (C)

Es trifft nicht zu, daß — wie auch nach Presseberichten von seiten einer Beamtengewerkschaft behauptet worden ist — die Zollverwaltung den Warenverkehr bisher teilweise fast unkontrolliert passieren ließ. Bei der ständigen Zunahme des grenzüberschreitenden Verkehrs sind zwar im Interesse einer zügigen Zollabfertigung die Kontrollen weitgehend auf Stichproben beschränkt worden. Die stichprobenweise Durchführung der Kontrollen reicht aber auch oft aus, weil bei dem stetigen Abbau der Zölle und sonstigen Handelshemmnissen sowie der damit einhergehenden Angleichung der Handelspreise innerhalb der EG und den Rest-EFTA-Staaten bei vielen Waren der Anreiz zu einer illegalen Wareneinfuhr entfallen ist.

Unabhängig davon hat die Zollverwaltung zur Bekämpfung des Waffen- und Rauschgiftschmuggels besondere Maßnahmen ergriffen. So wurden

— 60 Sondertrupps aus Beamten des Grenzaufsichtsdienstes für die Überholung von Kraftfahrzeugen bei Grenzzollämtern gebildet,

— der Zollfahndungsdienst personell erheblich verstärkt und

— die Zolldienststellen vermehrt mit Kraftfahrzeugen, Funkgeräten, besonderen Einrichtungen für die Kraftfahrzeugüberholung und 150 Rauschgiftspürhunden ausgestattet. (D)

Eine Verminderung des zur Überwachung des grenzüberschreitenden Verkehrs eingesetzten Personals ist bisher nicht erfolgt und auch nicht beabsichtigt. Die Zollstellen sind vielmehr angewiesen worden, auch künftig zur Verhinderung illegaler Wareneinfuhren und zur Bekämpfung des Waffen- und Rauschgiftschmuggels gezielt und verstärkt Kontrollen im grenzüberschreitenden Verkehr durchzuführen.

Anlage 71

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Offergeld auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Röhlig** (SPD) (Drucksache 7/5404 Fragen B 19 und 20):

> Ist die Bundesregierung bereit, der herausragenden Rolle der Steuerfahndung bei der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität dadurch Rechnung zu tragen, daß entsprechend ausländischer zentraler Strafverfolgungsbehörden und der Arbeit des Bundeskriminalamts auch der Steuerfahndungsdienst auf Bundesebene zentral organisiert wird?
>
> Wann werden die seit Juni 1973 andauernden Arbeiten der Bundesregierung zur Einrichtung einer bundeseinheitlichen Informationszentrale für den Steuerfahndungsdienst abgeschlossen sein, und soll diese Informationszentrale an das von der Zollverwaltung geplante Informationssystem beim Bundeskriminalamt angeschlossen werden?

Zu Frage B 19:

Die Bundesregierung befürwortet die Konzentration der Aufgaben der Steuerfahndung, da damit die Aufklärung von Hinterziehungsfällen überregio-

(A) naler und internationaler Bedeutung wesentlich erleichtert werden könnte.

Die Verfolgung von Steuerstraftaten ist jedoch ebenso wie die Verwaltung der Besitz- und Verkehrsteuern Sache der Länder. Um dieser Aufgabenverteilung und den Bemühungen um eine verstärkte Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität Rechnung zu tragen, hat die Bundesregierung im Einverständnis mit den Ländern im Rahmen der Beratungen des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung (EGAO) eine Ergänzung der Bestimmung des § 17 des Finanzverwaltungsgesetzes über die Aufgaben der Finanzämter vorgeschlagen (vgl. Artikel 1 Nr. 5 a Buchst. b EGAO — BT-Drucks. 7/261). Die Ergänzung ermöglicht die Übertragung von Zuständigkeiten für bestimmte Aufgaben auf ein zentrales Finanzamt durch Staatsvertrag zwischen mehreren Ländern. Der Bundesgesetzgeber gibt den Ländern damit die rechtliche Möglichkeit, eine Konzentration der Steuerfahndung innerhalb des Bundesgebiets zu vereinbaren.

Zu Frage B 20:

Die Steuerfahndungsreferenten des Bundes und der Länder hatten 1974 den Beschluß gefaßt, eine bundeseinheitliche ADV-Informationszentrale für den Steuerfahndungsdienst zu errichten. Sie hatten sich für einen Anschluß an das für den Zollfahndungsdienst geplante Informationssystem ausgesprochen, dessen Integration in das Informationssystem der Polizei (INPOL) beim Bundeskriminalamt vor dem Abschluß steht.

(B) Wegen der angespannten Haushaltslage können für eine gemeinsame Informationszentrale von Zoll- und Steuerfahndung beim Bundeskriminalamt keine Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden. Ein derartiges Informationssystem ist daher auf absehbare Zeit nicht zu realisieren.

Die Steuerfahndungsreferenten haben deshalb beschlossen, zunächst eine manuelle Steuerstraftäter-Kartei der Steuerfahndungsdienste der Länder aufzubauen, der alle Fälle von überregionaler Bedeutung zu melden sind. Wegen der Nähe zum Bundeskriminalamt ist als Standort der Kartei die Steuerfahndungsstelle beim Finanzamt Wiesbaden gewählt worden. Die Kartei soll am 1. Januar 1977 eingerichtet sein.

Die Frage der Zweckmäßigkeit einer ADV-Informationszentrale für die Steuerfahndung wird nach Erprobung der Kartei in drei Jahren erneut geprüft werden.

Anlage 72

Antwort

des Parl. Staatssekretär Haehser auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Dr. Graf Lambsdorff** (FDP) (Drucksache 7/5404 Frage B 21):

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, wonach es keine gesetzlichen Verpflichtungen der Deutschen Bundesbank für Interventionen am Devisenmarkt gibt — wie die Wirtschaftswoche vom 4. Juni 1976 auf Seite 109 zum Ausdruck bringt —, und wird sie im Hinblick auf die in § 12 des Bundesbankgesetzes garantierte Autonomie der Deutschen Bundesbank in ihrer Währungspolitik hieraus Konsequenzen ziehen? (C)

Die Bundesregierung teilt nicht die Auffassung, daß es keine Verpflichtung der Deutschen Bundesbank für Interventionen am Devisenmarkt gibt. Die Wechselkurspolitik ist — entgegen der in der Wirtschaftswoche vertretenen These — Sache der Bundesregierung. Es handelt sich hier um eine Frage, die das Verhältnis zu anderen Staaten betrifft. Diese Rechtslage wird im Ergebnis durch die Materialien zum Gesetz über die Deutsche Bundesbank bestätigt. Die Durchführung der Wechselkurspolitik ist Sache der Deutschen Bundesbank. Die Bundesregierung wird wie bisher in Fragen der Wechselkurspolitik eng mit der Deutschen Bundesbank zusammenarbeiten.

Anlage 73

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Haehser auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Wohlrabe** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Fragen B 22 und 23):

Welche europäischen Länder haben sich dem Eurocheque-System noch nicht angeschlossen?

Welche Bemühungen hat die Bundesregierung in Gesprächen mit der DDR in der Zwischenzeit unternommen, um sie zu bewegen, daß auch in der DDR, insbesondere zur Erleichterung der Zahlungsweise zwischen den Mitbürgern in den beiden Teilen Deutschlands, das Eurocheque-System eingeführt wird? (D)

Zu Frage B 22:

Nach den der Bundesregierung vorliegenden Informationen haben sich außer der DDR alle europäischen Länder dem Euroschecksystem angeschlossen.

Zu Frage B 23:

Die Bundesregierung begrüßt jede Maßnahme, die der Verbesserung des Zahlungsverkehrs zwischen den beiden deutschen Staaten dient. Sie beabsichtigt deswegen, bei der bereits angekündigten Fortsetzung der Verhandlungen mit der DDR über den nichtkommerziellen Zahlungs- und Verrechnungsverkehr auch das Thema des Euroscheckverkehrs mit der DDR in die Verhandlungen mit einzubeziehen.

Anlage 74

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Offergeld auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Dürr** (SPD) (Drucksache 7/5404 Frage B 24):

Trifft es zu, daß Vereine und Stiftungen, die unter Berufung auf ihre „anerkannte Gemeinnützigkeit" um Spenden werben, eine Auskunfterteilung durch die zuständige Finanzverwaltung an spendenwillige Bürger über die Richtigkeit dieser Angabe wegen des Steuergeheimnisses verhindern können, und sieht die Bundesregierung gegebenenfalls eine Möglichkeit, die Interessen spendenwilliger Bürger zu schützen?

(A) Zu den durch das Steuergeheimnis geschützten Verhältnissen eines Vereins oder einer Stiftung gehören auch Angaben darüber, ob die Finanzbehörden eine solche Organisation als gemeinnützig anerkannt haben. Auskünfte hierüber sind daher grundsätzlich unzulässig.

Das Steuergeheimnis steht einer Auskunfterteilung dann nicht entgegen, wenn der betreffende Verein oder die Stiftung hierzu ihre Zustimmung erteilen. Ein Bürger, der einer Organisation eine Spende zukommen lassen will, kann seine Spende von der Zustimmung der Organisation zu einer Auskunfterteilung durch die Finanzbehörden abhängig machen. Falls diese Zustimmung verweigert wird, kann er daraus die entsprechenden Folgerungen ziehen.

Spender, bei denen erst nach Spendenleistung Bedenken auftauchen, haben diese Möglichkeit nicht. Sie können sich jedoch mit einem entsprechenden Hinweis an die zuständige Landesfinanzbehörde wenden und um eine Überprüfung der betreffenden Organisation bitten. Das Ergebnis der Überprüfung kann die Finanzbehörde mit Rücksicht auf ihre Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses dem Spender aber grundsätzlich nicht mitteilen.

Eine Ausnahme von diesem Grundsatz ist möglich, wenn sich bei den Ermittlungen der Finanzbehörden herausstellen sollte, daß eine Organisation wahrheitswidrig mit der Behauptung, sie sei durch die Finanzbehörden als gemeinnützig anerkannt, um Spenden wirbt und möglicherweise sogar un-
(B) richtige Spendenbescheinigungen ausstellt. In einem solchen Fall kann unter dem Gesichtspunkt des zwingenden öffentlichen Interesses, der ebenfalls eine Durchbrechung des Steuergeheimnisses zuläßt, eine Unterrichtung der Öffentlichkeit geboten sein, damit weitere Spender geschützt werden. Ob eine solche Unterrichtung der Öffentlichkeit erforderlich ist, prüfen die zuständigen Finanzbehörden von Fall zu Fall.

Anlage 75

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Haehser auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Dr. Evers** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage B 25):

Welche Zeitvorstellungen hat die Bundesregierung über die Beseitigung von Bunkerruinen aus dem zweiten Weltkrieg im Grenzgebiet zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich, und welche Bundesmittel sollen hierfür in den Jahren 1976, 1977 und 1978 für die Beseitigung der Ruinen auf bundeseigenem Gelände und auf nicht bundeseigenem Gelände zur Verfügung gestellt werden?

Die ehem. Westwallanlagen befinden sich ganz überwiegend auf fremdem Grund und Boden. Obwohl die Grundstückseigentümer gemäß § 1 des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes vom 5. November 1957 keinen Anspruch auf Beseitigung dieser Anlagen haben, stellt der Bund freiwillig Haushaltsmittel für Räumungsmaßnahmen zur Verfügung.

Nach dem Bundeshaushaltsplan (Erläuterungen (C) zu Kapitel 0807 Titel 671 02) dürfen nur solche ehem. Westwallanlagen beseitigt werden, die die Durchführung von im öffentlichen Interesse liegenden Vorhaben behindern und deren Entfernung wirtschaftlich vertretbar ist. Im Einvernehmen zwischen dem Bund und dem jeweiligen Bundesland wird geprüft und entschieden, ob und ggf. welche Maßnahmen im Einzelfall durchgeführt werden.

In diesem Rahmen sollen auch weiterhin ehem. Westwallanlagen beseitigt werden. Wann die erforderlichen Beseitigungsmaßnahmen beendet sein werden, läßt sich nicht absehen. Im Jahr 1976 sind für die erforderlichen Arbeiten 700 000,— DM bereitgestellt worden. Nach der Finanzplanung sind für die Jahre 1977 und 1978 ebenfalls je 700 000,— DM vorgesehen.

Anlage 76

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Grüner auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Seiters** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage B 26):

Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung der Küstenländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen vom 9. Juni in Kiel, große Anstrengungen zu unternehmen, für den Sektor Schiffbau und Schiffahrt im internationalen Maßstab die vorhandenen Wettbewerbsnachteile zu beseitigen, entweder die Subventionen in den anderen Ländern abzubauen oder in der Bundesrepublik Schiffbau und Schiffahrt staatlich stärker zu fördern, und welche Entscheidungen werden von seiten der Bundesregierung angestrebt? (D)

Der Bundesregierung liegen zwei Entschließungen der Konferenzen der Wirtschafts- und Verkehrsminister/-senatoren der norddeutschen Küstenländer und Berlins vom 12. März 1976 in Kiel und 21. Mai 1976 in Glücksburg vor. Die von Ihnen erwähnten Forderungen der Küstenländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen dürften hiermit identisch sein.

Die in den Entschließungen gegenüber der Bundesregierung vorgeschlagenen Maßnahmen laufen im wesentlichen darauf hinaus,

— in internationalen Verhandlungen verstärkt auf eine Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen im Weltschiffbau und auf einen weltweiten Abbau der Überkapazitäten im Schiffbau hinzuwirken,

— das Kumulierungsverbot von Werft- und Reederhilfen aufzuheben und die Werfthilfemittel entsprechend aufzustocken,

— das VIII. Werfthilfeprogramm zu verbessern, damit eine volle Ausnutzung der in den internationalen Vereinbarungen, insbesondere dem OECD-Exportkreditabkommen für Schiffsausfuhren zulässigen Bedingungen ermöglicht wird.

Die in den Entschließungen niedergelegten Vorschläge sind eingehend geprüft worden. Zu den beiden ersten Forderungen kann folgendes gesagt werden:

— Durch Regierungsabkommen ist in jahrelangen mühevollen Verhandlungen ein weitgehender

(A) Abbau der spezifischen Schiffbausubventionen und damit eine Verringerung der Wettbewerbsverfälschungen auf dem Weltschiffbaumarkt erreicht worden. Soweit noch immer Wettbewerbsverzerrungen bestehen, sind diese in erster Linie auf sektorale Auswirkungen allgemeiner Fördersysteme im Rahmen der nationalen Wirtschaftspolitiken zurückzuführen. Auch hier drängt die Bundesregierung auf ihren schrittweisen Abbau oder zumindest auf Begrenzung.

Im Mai dieses Jahres sind in der OECD „Leitlinien für nationale Schiffbaupolitiken" beschlossen worden, die einen Rahmen für eine konzertierte Schiffbaupolitik der OECD-Länder mit dem Ziel einer Verringerung der Werftkapazitäten setzen sollen.

— Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages hat am 1. April 1976 eine Aufstockung der Reederhilfe beschlossen und sich gleichzeitig für die Aufhebung des Kumulierungsverbotes ausgesprochen. Die Bundesregierung wird in Kürze über die Aufhebung des Kumulierungsverbotes Beschluß fassen.

Über die Forderung nach Verbesserung des VIII. Werfthilfeprogramms werden nach Klärung der Finanzierungsfragen im Zusammenhang mit der Aufhebung des Kumulierungsverbotes alsbald Besprechungen zwischen den Ressorts und mit den Wirtschaftsministerien der Küstenländer stattfinden. Hierbei soll auch die Frage für die Werften sehr wesentlicher technischer Erleichterungen und damit einer flexibleren Handhabung bei der Durch-
(B) führung des Werfthilfeprogramms erörtert werden.

Anlage 77

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Grüner auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Dr. Jenninger** (CDU/CSU) (Drucksache 7/ 5404 Frage B 27):

Trifft es zu, daß der Bundeskanzler — wie in Berichten des „Spiegel" und der „Welt am Sonntag" gemeldet — geäußert hat, „wirtschaftspolitisch ist die Türkei ein Saustall", und wenn ja, welche Erkenntnisse haben den Bundeskanzler zu dieser Äußerung veranlaßt?

Die von einem Teil der deutschen Presse dem Herrn Bundeskanzler in den Mund gelegten Äußerung zur Wirtschaftspolitik der Türkei sind weder in dieser noch in ähnlicher Form gefallen. Dies hat der Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Herr Staatssekretär Bölling, bereits in seinem Leserbrief an den SPIEGEL (Nr. 25/ 1976, S. 8) betont und dabei darauf hingewiesen, daß der Herr Bundeskanzler ganz im Gegenteil mehrfach der Energie erheblichen Respekt gezollt habe, mit der Ministerpräsident Demirel die wirtschaftliche Modernisierung seines Landes angeht. Er habe sich lediglich kritisch zu den bürokratischen Schwierigkeiten geäußert, die den an Investitionen interessierten deutschen Firmen durch untergeordnete türkische Verwaltungsstellen in der Vergangenheit gemacht wurden.

Anlage 78 (C)

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Grüner auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Dr. Dollinger** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage B 28):

Trifft es zu, daß die Bundesrepublik Deutschland mit einer Eigenkapitalquote der Unternehmen von etwa 23 % im internationalen Vergleich das Schlußlicht bildet und daß die Entwicklung weiter rückläufig ist?

Über die Eigenkapitalverhältnisse der gewerblichen Unternehmen gibt es keine internationalen repräsentativen Angaben. Ein internationaler Vergleich etwa vorhandener Daten aus Teilbereichen würde außerdem durch die verschiedenen Rechnungslegungsvorschriften der einzelnen Staaten, wie z. B. die unterschiedlich geregelten Möglichkeiten zur Bildung stiller Reserven, erschwert. Eine fundierte vergleichende Analyse ist deshalb nicht möglich.

Nach dem vorläufigen Ergebnis der Unternehmensbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1974 betrug der durchschnittliche Eigenkapitalanteil der Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland 24 %.

Die Statistik zeigt zwar, daß die Entwicklung der Eigenkapitalausstattung in den letzten Jahren rückläufig gewesen ist. Der Aussagewert einer isolierten Betrachtung der Eigenkapitalquote ist allerdings gering. Hier muß vielmehr der Zusammenhang mit den in den Unternehmen langfristig ge- (D)
bundenen Vermögensteilen gesehen werden.

Anlage 79

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Grüner auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Dr. Evers** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage B 29):

Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zur Unterstützung des Antrags der Städte Breisach (Bundesrepublik Deutschland) und Neuf-Brisach (Frankreich) auf Anerkennung als internationaler Ausbauort, und wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen dieses Antrags?

Am 21. Mai 1971 richtete die Interessengemeinschaft „Moyenne Alsace-Breisgau" (CIMAB) — ein als Verein eingetragener loser Zusammenschluß kommunaler Gebietskörperschaften und anderer Organisationen beiderseits der deutsch-französischen Grenze am Oberrhein — einen „Antrag" an die beteiligten Regierungsstellen in Deutschland und Frankreich sowie an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften mit dem Ziel, die Städte Breisach und Neu-Breisach als „internationalen Ausbauort" etwa im Sinne der damals im Bereich der regionalen Wirtschaftspolitik bestehenden „Bundesausbauorte" anzuerkennen.

Die Bundesregierung und die baden-württembergische Landesregierung nahmen die Initiative der Interessengemeinschaft zum Anlaß, um mit der fran-

(A) zösischen Regierung Gespräche über Fragen der regionalen Wirtschaftspolitik im allgemeinen und den Antrag der Interessengemeinschaft im besonderen aufzunehmen. Diese Gespräche, an denen sich auch schweizerische Stellen beteiligten, haben inzwischen zu einer Vereinbarung zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der französischen Republik und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Bildung einer Kommission zur Prüfung und Lösung von nachbarschaftlichen Fragen geführt. Diese Vereinbarung ist am 22. Oktober 1975 in Kraft getreten (BGBl. II, S. 194 ff.). Die Kommission hat die Aufgabe, insbesondere auch Fragen der regionalen Wirtschaftspolitik zu behandeln. Das Ersuchen der CIMAB ist bereits zuvor im Rahmen der deutsch-französisch-schweizerischen Gespräche erörtert worden. Diese Gespräche werden nun in Form einer Arbeitsgruppe der Regierungskommission fortgesetzt. Zu einer gemeinsamen Entschließung kam es bisher nicht.

Aus der Sicht der Bundesregierung ist zum „Antrag" der CIMAB folgendes zu bemerken: Zum Zeitpunkt der „Antragstellung" war Breisach „Landesausbauort". Mit der Einführung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" wurde die Stadt als sog. D-Schwerpunktort in die gemeinsame Förderung von Bund und Land im Rahmen dieser Gemeinschaftsaufgabe übernommen (vgl. 1. bis 3. Rahmenplan — BT-Drucksachen 6/2451, 7/401, 7/1769). Bei den Untersuchungen zur Neuabgrenzung der Fördergebiete konnte indessen festgestellt werden, daß sich die (B) Wirtschaftskraft der Region erheblich verbessert hatte. Daher beschloß der Planungsausschuß der Gemeinschaftsaufgabe am 20. März 1975, die Förderung des Regionalen Aktionsprogramms „Südlicher Oberrhein-Hochschwarzwald", zu dem auch der Schwerpunktort Breisach gehörte, nach einer Übergangszeit auslaufen zu lassen (BT-Drucksache 7/3601). Auf deutscher Seite sind daher die Voraussetzungen für eine gemeinsame deutsch-französische Aktion z. Z. nicht gegeben. Sollte sich bei der Fortschreibung des Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe eine Änderung bezüglich der Förderung von Breisach ergeben, wird sich die Bundesregierung in dieser Frage erneut mit den französischen Stellen ins Benehmen setzen.

Eine gemeinsame Aktion in den beiden Nachbarstädten Breisach und Neu-Breisach könnte dann im Rahmen der deutsch-französisch-schweizerischen Regierungskommission vereinbart werden.

Anlage 80

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Grüner auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Ey** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage B 30):

Wie beurteilt die Bundesregierung die marktstrukturellen und steuerlichen Folgen, die sich daraus ergeben, daß in der Bundesrepublik Deutschland von den Herstellern Automobile an Werksangehörige direkt verkauft werden, und welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

(C) Der Direktverkauf durch Hersteller an ihre Betriebsangehörigen zu ermäßigten Preisen ist eine seit Jahrzehnten weit verbreitete Erscheinung in unserer Wirtschaft. Auch im Handel selbst ist eine solche Praxis üblich und zulässig. Beanstandungen darüber sind in den letzten Jahren nicht bekanntgeworden.

Diese Direktverkäufe gehen zwar dem Handel im Neuwagengeschäft zum allergrößten Teil verloren, nicht dagegen in gleichem Umfang auch beim Gebrauchtwagengeschäft. Einige Hersteller haben Pressemeldungen zufolge damit begonnen, die Vertriebsorganisationen beim Verkauf an Werksangehörige einzuschalten bzw. stellen entsprechende Überlegungen an.

Die verbilligte Abgabe von Kraftfahrzeugen durch die Hersteller an Werksangehörige führt — über den niedrigeren Kaufpreis — zunächst zu einem geringeren Umsatzsteueraufkommen aus diesen Verkäufen. Geht man aber davon aus, daß die Werksangehörigen die Ersparnisse aus dem verbilligten Kauf letztlich doch verbrauchen, so wird das Umsatzsteueraufkommen durch die genannten Geschäfte insgesamt kaum berührt.

Ähnlich sind die Auswirkungen auf das Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer zu beurteilen. Hinsichtlich der Lohnsteuer gilt folgendes: Die verbilligte Überlassung von Pkw an Werksangehörige könnte grundsätzlich als geldwerter Vorteil aus einem Dienstverhältnis im Sinne des § 2 Abs. 1 LStDV betrachtet werden. In langjähriger Übung sieht die Finanzverwaltung aber von der (D) Heranziehung der Preisdifferenz zur Lohnsteuer beim Arbeitnehmer dann ab, wenn pro Arbeitnehmer jährlich nicht mehr als ein Fahrzeug verbilligt abgegeben wird und der Erwerber dieses Fahrzeug nicht vor Ablauf eines Jahres weiterveräußert.

Die Bundesregierung sieht keinen Anlaß, den Verkauf an Betriebsangehörige in der bisherigen Form einzuschränken:

— Abgesehen davon, daß es aus grundsätzlichen Erwägungen bedenklich wäre, hier Herstellern bestimmte Vertriebswege vorzuschreiben, könnte eine solche Vorschrift nicht auf eine Branche beschränkt werden.

— Ein Abbau des verbilligten Warenverkaufs an Betriebsangehörige würde von diesen mit Recht als Beeinträchtigung ihres sozialen Besitzstandes angesehen werden und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen darstellen.

— Steuerlich sind die Möglichkeiten des Verkaufs an Betriebsangehörige im Fall der Autoindustrie ausreichend eingegrenzt.

Anlage 81

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Schmidt auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Seiters** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage B 36):

(A) Welche Planungen bestehen innerhalb der Bundesregierung bezüglich des jetzt freistehenden Geländes der NATO-Raketenstellung Nordhorn-Hesepe?

Ihre Frage nach den Planungen der Bundesregierung bezüglich des jetzt freistehenden Geländes der NATO-Raketenstellung Nordhorn-Hesepe beantworte ich wie folgt:

Eine Mitte 1975 durchgeführte Prüfung über den Anschlußbedarf bzw. die Anschlußnutzung hatte ergeben, daß derzeit weder bei der NATO noch bei der Bundeswehr eine militärische Verwendungsmöglichkeit für die ehemalige NIKE-Raketenstellung bestand.

Aufgrund neuester Planungen im Bereich der Teilstreitkraft Heer erfolgte eine nochmalige Überprüfung der Liegenschaft.

Es ist nunmehr geplant, ab 1977 Geräteeinheiten des Heeres in dem Abschlußbereich der ehemaligen FlaRak-NIKE-Stellung Nordhorn-Hesepe zu stationieren.

Der ehemalige Feuerleitbereich wird an die Bundesvermögensverwaltung abgegeben.

Anlage 82

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Schmidt auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Ziegler** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage B 37):

(B) Wie vielen Anträgen auf Anerkennung als Wehrdienstverweigerer ist in den einzelnen Jahren bisher stattgegeben worden, und wie viele anerkannte Wehrdienstverweigerer haben den zivilen Ersatzdienst bzw. den Zivildienst inzwischen abgeleistet bzw. leisten ihn zur Zeit ab?

In den Jahren 1957 bis 1969 wurde ingesamt 35 759 Anträgen auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer stattgegeben; nicht darin enthalten sind 38 Anerkennungen von Antragstellern des Geburtsjahrgangs 1922, der zwar erfaßt, aber nicht herangezogen wurde. Im gleichen Zeitraum haben 8 371 anerkannte Kriegsdienstverweigerer Ersatzdienst geleistet. Eine Ersatzdienst-Jahresstatistik für diese Zeit liegt nicht vor.

Ab 1970, als der Bundesbeauftragte für den Zivildienst eingesetzt wurde, ergibt sich folgendes Bild:

Jahr	Anerkennungen	Ersatz-/Zivildienstleistende
1970	9 521	5 489
1971	11 033	7 338
1972	13 132	10 467
1973	16 649	12 583
1974	18 621	15 018
1975	18 496	17 087
1976 (I. Quartal)	4 744	15 556

Die in der Spalte „Ersatz-/Zivildienstleistende" wiedergegebene Statistik weist lediglich die Gesamtzahl der jährlich Ersatz-/Zivildienstleistenden aus. Die Zahl derer, die jährlich den Dienst begonnen oder beendet haben, ist geringer, weil die Dienstzeit nicht 12 Monate, sondern bis 31. Dezember 1972 = 18 Monate, ab 1. Januar 1973 = 16 Monate betrug. (C)

Am Stichtag 31. März 1976 hatten 51 143 anerkannte Kriegsdienstverweigerer ihren zivilen Ersatzdienst bzw. Zivildienst abgeschlossen. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich 15 556 anerkannte Kriegsdienstverweigerer im Dienst.

Neuere Vergleichszahlen liegen noch nicht vor.

Anlage 83

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Schmidt auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage B 38):

Zu welchem Termin muß die Unteroffiziervereinigung der Luftwaffe Neubiberg e. V. das gegenwärtig genutzte Heim, das in dem Gebäude 78 untergebracht ist, räumen, und welches Gebäude wird der Unteroffiziervereinigung zur endgültigen Unterbringung des Unteroffizierheims zur Verfügung gestellt?

Ihre Frage nach der zeitlichen Räumung des gegenwärtig von der Unteroffiziervereinigung der Luftwaffe Neubiberg e. V. genutzten Heimes beantworte ich wie folgt:

(D) Das Heim der Unteroffiziere im Gebäude 78 des Fliegerhorstes Neubiberg wird voraussichtlich im September 1976 abgerissen werden, da das Gelände für Zwecke der Hochschule der Bundeswehr benötigt wird.

Die Untersuchung über die endgültige Unterbringung des Unteroffizierheimes ist noch nicht abgeschlossen. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß die in Neubiberg verbleibenden Unteroffiziere Heimräume im Udethof erhalten werden. Die Entscheidung darüber dürfte etwa im Herbst 1976 nach Klärung von Stationierungsfragen und nach einer weiteren Ortsbesichtigung fallen.

Nach der Räumung des jetzigen Heimes werden den Unteroffizieren als Übergangslösung ausreichende Räume im Gebäude 66 zur Verfügung gestellt. Sie können bis zur Fertigstellung der neuen Heimräume genutzt werden.

Anlage 84

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Schmidt auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Marschall** (SPD) (Drucksache 7/5404 Fragen B 39 und 40):

Trifft es zu, daß ein Sprecher des MAD Anfang Juni gegenüber einem Bonner Pressedienst eine Darstellung gegeben hat, derzufolge fast alle Bundeswehrsoldaten eine Sicherheitsüberprüfung über sich ergehen lassen müssen, und wenn ja, wie ist dies mit der Stellungnahme der Bundesregierung zu vereinbaren, daß nur diejenigen Bundeswehrangehörigen in den Akten des MAD geführt werden, die für eine Verwendung in sicherheitsempfindlichen Bereichen vorgesehen sind?

(A) Wie groß ist der Anteil der in den Akten des MAD geführten Bundeswehrangehörigen?

Die Antwort der Bundesregierung in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 2. Juni 1976 bezog sich auf die Frage, inwieweit Kriegsdienstverweigerer in den Akten des Militärischen Abschirmdienstes geführt werden. Demgegenüber befaßte sich die Äußerung des Sprechers des Militärischen Abschirmdienstes mit der Sicherheitsüberprüfung aller Soldaten. Einen Widerspruch in den beiden Aussagen vermag ich insoweit nicht festzustellen.

Berufs- und Zeitsoldaten der Bundeswehr werden sämtlich vorsorglich einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen. Soldaten im 15monatigen Grundwehrdienst dagegen werden nur dann sicherheitsmäßig überprüft, wenn sie für eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit vorgesehen sind. Dies trifft besonders auf Soldaten im Grundwehrdienst bei der Luftwaffe und Marine zu, die z. T. schon während ihrer Grundausbildung Zugang zu Verschlußsachen erhalten müssen.

Anlage 85

Antwort

des Staatssekretärs Dr. Wolters auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Müller** (Mülheim) (SPD)
(B) (Drucksache 7/5404 Fragen B 41 und 42):

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Personenkreis der Gehörlosen sich mehr als andere Behindertengruppen darüber beklagt, im Umgang mit Behörden wegen mangelnder Verständnismöglichkeiten benachteiligt zu sein, und welche Folgerungen wird die Bundesregierung daraus für ihren Verantwortungsbereich ziehen?

Trifft es zu, daß ein ausgesprochener Mangel an ausgebildeten Dolmetschern für Gehörlose besteht, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diesem Umstand abzuhelfen?

Zu Frage B 41:

Nach den sozialhilferechtlichen Vorschriften über die Eingliederungshilfe für Behinderte (§ 40 Abs. 1 des Bundessozialhilfegesetzes in Verbindung mit § 21 der Eingliederungshilfeverordnung) sind bei Vorliegen der allgemeinen Voraussetzungen der Sozialhilfegewährung Gehörlosen oder anderen Personen mit besonders starker Beeinträchtigung der Hörfähigkeit, wenn sie aus besonderem Anlaß, vor allem im Verkehr mit Behörden zur Verständigung der Hilfe eines anderen (Dolmetschers) bedürfen, die angemessenen Aufwendungen hierfür zu erstatten. Für die Gewährung dieser Leistung sind die Träger der Sozialhilfe zuständig.

Die Bundesregierung hat darüber hinaus die Herausgabe von Merkblättern für die Polizei und andere öffentliche Dienststellen sowie für Ärzte und Krankenhäuser über die lautsprachliche Verständigung mit gehörlosen Menschen finanziell gefördert. Ergänzend fördert sie die Weiterentwicklung und Verbreitung der Gebärdensprache. Ein Beitrag zur Erweiterung des Sprachschatzes der Gehörlosen ist die auf Anregung der Bundesregierung geschaffene, inzwischen von fast allen 3 Fernsehprogrammen wöchentlich ausgestrahlte Sendung „Sehen statt Hören". (C)

Zu Frage B 42:

Die Bundesregierung ist bereit, eine Zusatzausbildung von geeigneten Personen, insbesondere von Sozialarbeitern, zu Gehörlosendolmetschern finanziell zu fördern. Versuche, derartige Lehrgänge bei einem Gehörlosen-Selbsthilfeverband bundeszentral durchzuführen, sind in der Vergangenheit daran gescheitert, daß die Dienstherren oder Arbeitgeber der Interessenten an einer solchen Schulung nicht zu der erforderlichen längerfristigen Freistellung bereit waren.

In diesem Zusammenhang ist noch darauf hinzuweisen, daß die auf örtlicher Ebene stattfindenden Ablesekurse, in denen die Gehörlosen das Ablesen vom Mund erlernen bzw. trainieren, eine wesentliche Hilfe zur Verbesserung der Verständigungsmöglichkeiten darstellen.

Anlage 86

Antwort

des Staatssekretärs Dr. Wolters auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Schmidt** (Kempten) (FDP) (Drucksache 7/5404 Frage B 43):

Trifft es zu, daß die bayerische Staatsregierung erwägt, im Zusammenhang mit der landesrechtlichen Regelung der Anerkennung von Beratungsstellen und beratenden Ärzten im Rahmen der verfassungsmäßigen Neuregelung des § 218 StGB eine detaillierte Meldepflicht über die ratsuchenden Patienten einzuführen und die Bereitschaft zu dieser Meldepflicht zur Voraussetzung der Anerkennung als „beratender" Arzt zu machen, und wenn ja, welche Haltung nimmt die Bundesregierung — insbesondere unter dem Aspekt der Verfassungmäßigkeit und der ärztlichen Schweigepflicht — gegenüber dieser Erwägung bei ihren koordinierenden, auf eine einheitliche und rasche Länderregelung abzielenden, Bemühungen ein? (D)

Nach Auskunft des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung war bei den Vorüberlegungen, ob und in welcher Form ein Nachweis der Beratung zu fordern sei, tatsächlich einmal daran gedacht worden, vorzusehen, daß von jeder nach § 218 b Absatz 1 Nr. 1 StGB erfolgten Beratung unverzüglich eine Mitteilung mittels eines dafür bestimmten Formblattes an das örtlich zuständige Gesundheitsamt zu übersenden sei, wobei die Tatsache der erfolgten Beratung, Zeitpunkt und Dauer der Beratung, Name, Alter und Anschrift der Ratsuchenden sowie Name und Anschrift der anerkannten Beratungsstelle oder des beratenden Arztes festgehalten werden sollten. Die Anerkennung von Beratungsstellen und Ärzten nach § 218 b sollte von der Bereitschaft, dieser Meldepflicht nachzukommen, abhängig gemacht werden. Die Absicht, eine Meldepflicht bei den Gesundheitsämtern einzuführen, ist jedoch wieder fallengelassen worden.

Mit Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom 15. Juni 1976 Nr. VI 6 — 461/24 — 4/76, die am 18. Juni 1976 im Bayerischen Staatsanzeiger veröffentlicht wurde, sind die anerkannten Beratungsstellen verpflichtet, Name, Geburtstag und An-

(A) schrift der Ratsuchenden sowie den Tag der Beratung aufzuzeichnen, soweit Schwangere einen Nachweis über die Beratung wünschen. Ein Beratungsnachweis wird aber der Schwangeren nicht ausgehändigt. Einen solchen Nachweis erteilen die anerkannten Beratungsstellen auf Anfrage nur einem Arzt oder einem Krankenhaus, sofern dieser Anfrage eine schriftliche Einwilligungserklärung der beratenden Schwangeren beiliegt.

Nach § 218 b StGB ist eine Bescheinigung über die grundsätzlich vor jedem legalen Schwangerschaftsabbruch durchzuführende Beratung nicht erforderlich. Da aber der abbrechende Arzt grundsätzlich nur dann straffrei bleibt, wenn vor dem Schwangerschaftsabbruch eine Beratung über die zur Verfügung stehenden öffentlichen und privaten Hilfen stattgefunden hat, sprechen Praktikabilitätsgründe nach Auffassung der Bundesregierung für einen schriftlichen Nachweis, der am zweckmäßigsten der Schwangeren selbst ausgehändigt wird.

Diese Auffassung ist auch in einer Länderreferentenbesprechung, zu der das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit eingeladen hatte, vertreten worden und wird voraussichtlich in einzelnen landesrechtlichen Bestimmungen ihren Niederschlag finden.

(B)

Anlage 87

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Zander auf die Schriftliche Frage der Abgeordneten **Frau Schleicher** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage B 44):

Trifft es zu, daß von den beiden für die vakante Stelle des Leiters des Instituts für Sozialmedizin und Epidemiologie des Bundesgesundheitsamts Benannten einer ein Duzfreund des Staatssekretärs des aufsichtsführenden Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit ist, und wer im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit hat anläßlich der Besetzung der vakanten Stelle bisher welche Schritte unternommen?

Wie ich auf die Fragen Ihres Herrn Kollegen Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein in der Fragestunde am 9. Juni 1976 (Schriftlicher Bericht der 249. Sitzung S. 17710 ff.) ausgeführt habe, waren beim Auswahlverfahren zur Besetzung der Stelle des Leiters des Instituts für Sozialmedizin und Epidemiologie des Bundesgesundheitsamtes ausschließlich fachliche Kriterien maßgebend. Keiner der für die vakante Stelle des Leiters des Instituts für Sozialmedizin und Epidemiologie des Bundesgesundheitsamtes Benannte ist ein „Duzfreund" des Staatssekretärs des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit. Die Tatsache, daß der Staatssekretär des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit und der künftige Leiter des Instituts für Sozialmedizin und Epidemiologie sich von früher kennen — dies trifft im übrigen auch für den anderen Bewerber zu —, hatte auf die Entscheidung selbstverständlich keinen Einfluß. Die endgültige Entscheidung zwischen den beiden, von einem Berufungsbeirat in die engste Wahl genommenen Bewerbern, ist nach Gesprächen mit beiden (C) von Frau Minister Dr. Focke persönlich getroffen worden.

Anlage 88

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Wolters auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Dr. Blüm** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage B 45):

Hält die Bundesregierung die Herausgabe der „Raucherdepesche", „Raucher-Revue" oder des „R 6 Raucher Report" für einen Verstoß gegen § 22 des Lebensmittelgesetzes, und wenn ja, was gedenkt sie dagegen zu tun?

Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß einzelne Formulierungen im Text der „Raucherdepesche" gegen die in § 22 des Lebensmittelgesetzes enthaltenen Werbeverbote für Tabakerzeugnisse verstoßen. Diese Auffassung wurde auch vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen in seiner Antwort auf die Kleine Anfrage 252 des Abgeordneten Büssow (SPD) vom 16. Februar 1976 vertreten (Drucksache 8/734 des Landtags Nordrhein-Westfalen). Inzwischen hat sich jedoch herausgestellt, daß die „Raucherdepesche", die in ihrem Inhalt auch dem Verband der deutschen Zigarettenindustrie e. V. abgelehnt wird, nicht mehr herausgegeben wird.

Die im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit bekannte „Raucher-Revue", Nr. 1/76 ist zwar als eine Werbemaßnahme in der Art einer Kundenzeitschrift anzusehen, die auf eine Steigerung des Absatzes von Tabakerzeugnissen abzielt. Konkrete Verstöße gegen § 22 Lebensmittelgesetz, die auch mit Erfolg gerichtlich geahndet werden könnten, lassen sich aber wohl nicht nachweisen. (D)

Der „R 6 Raucher Report" ist auf Grund einer Initiative des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit bereits Gegenstand von Erörterungen der im Verband der deutschen Zigarettenindustrie e. V. zusammengeschlossenen Firmen gewesen. Dabei hat die Firma Reemtsma zugesagt, künftig von der Veröffentlichung des „R 6 Raucher-Reports" abzusehen.

Die Bundesregierung wird die künftige Entwicklung der Werbung für Tabakerzeugnisse weiter sehr kritisch beobachten, und zwar sowohl unter den Gesichtspunkten der Werberegelungen in § 22 Lebensmittelgesetz, als auch der Ermächtigung in § 22 Absatz 3, die den Bundesminister in den Stand versetzt, gegebenenfalls weitere Vorschriften zur Durchführung der Werbeverbote zu treffen.

Anlage 89

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Jung auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Baron von Wrangel** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Fragen B 58 und 59):

(A)

Ist die Bundesregierung bereit, im Neubaugebiet B 25 Oher Weg/Holstenkamp in Glinde unverzüglich die notwendigen Fernsprechanschlüsse bereitzustellen?

Ist die Bundesregierung bereit, diese Angelegenheit mit Vorrang zu behandeln, um die dort ansässigen Bürger nicht zusätzlich zu belasten?

Zu Frage B 58:

Das Neubaugebiet B 25 Oher Weg/Holstenkamp in 2056 Glinde umfaßt etwa 160 Einzelwohnhäuser, von denen erst rund 50 Häuser fertiggestellt wurden. Die Planung der Versorgung des Gebiets mit Fernsprechanschlüssen konnte von meinen Dienststellen erst nach Zuweisung der Kabeltrassen durch die Gemeinde Ende Oktober/Anfang November 1975 begonnen werden. Die Bauausführung ist inzwischen so weit fortgeschritten, daß mit der Fertigstellung des 1. Bauabschnitts voraussichtlich bereits ab Mitte Juli und mit der Fertigstellung des Gesamtbauvorhabens bis Oktober dieses Jahres gerechnet werden kann. Die beantragten Fernsprechanschlüsse werden dann dem Baufortgang entsprechend Zug um Zug eingerichtet.

Z. Z. liegen für das Neubaugebiet 50 Anträge auf Herstellung von Fernsprechanschlüssen vor. Unter der Voraussetzung, daß die betreffenden Wohnhäuser rechtzeitig fertiggestellt und bezogen sind, werden bis Ende August etwa 3/4 und bis Ende Oktober dieses Jahres der Rest der vorliegenden und der noch eingehenden Anträge ausgeführt werden können.

Zu Frage B 59:

(B)

Die Fernmeldebauarbeiten werden so schnell wie möglich (auch an Samstagen) durchgeführt.

Anlage 90

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Jung auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Milz** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage B 60):

Trifft es zu, daß im Rahmen der Errichtung eines Fernmeldeturms der Deutschen Bundespost in Euskirchen, In den Herrenbenden, und durch seine Verwendung im Richtfunknetz Baubeschränkungen längs der Verbindungsstrahlen entstehen und eine partielle Festlegung des Richtfunknetzes Tatsachen schafft, die später bei der dringend erforderlichen überörtlichen Festlegung zu nachteiligen Sachzwängen führen?

Es trifft zu, daß die Anlagen und der Betrieb des Richtfunknetzes der Deutschen Bundespost am Standort der Anlagen und längs der Richtfunkstrekken Baubeschränkungen zur Folge haben. Deshalb sind solche Anlagen raumbedeutsame Maßnahmen und Planungen im Sinne des Bundesraumordnungsgesetzes vom 8. April 1965 und unterliegen hiernach der Abstimmungspflicht mit den Planungsbehörden der Länder.

Neuplanungen werden in Nordrhein-Westfalen nach den Bestimmungen des Landesplanungsgesetzes mit den Landesplanungsbehörden abgestimmt. Für den Standort des für etwa 1980 geplanten Fernmeldeturmes in Euskirchen (In den Herrenbenden) wird diese Abstimmung z. Z. durchgeführt. Hierbei werden die Belange der Bauleitplanung und die Wünsche der Stadt Euskirchen und deren Bevölkerung mit den überörtlichen strukturellen Erfordernissen zur Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit Einrichtungen des Fernmeldewesens und der technisch bedingten eng begrenzten Standortwahl gegeneinander abgewogen. (C)

Anlage 91

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Jung auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Hoffie** (FDP) (Drucksache 5404 Fragen B 61 und 62):

Ist die Bundesregierung bereit, bei der Deutschen Bundespost auf die Anmietungsmöglichkeit von Telefonleitungen hinzuwirken, über die — entsprechend der früheren R-Gesprächsregelung — zu Lasten des Empfängers von Gesprächen telefoniert werden kann, jedoch entsprechend US-amerikanischen Praktiken Pauschalabrechnungen erfolgen?

Welche technischen oder wirtschaftlichen Überlegungen stehen einem solchen „IN-WATS-System" (Incoming Wide Area Telephone Service) entgegen?

Zu Frage B 61:

Für die Übernahme von Gesprächsgebühren durch den gerufenen Fernsprechteilnehmer zeigt sich in jüngerer Zeit auch in der Bundesrepublik Deutschland ein wachsendes Interesse. Als Anstoß wirkt dabei insbesondere die weite Verbreitung des „toll free calling" in den USA. (D)

In Deutschland kann — im Gegensatz zu den USA, wo jedes Ferngespräch mit mindestens drei Minuten berechnet wird — der Gerufene durch ein billiges Kurzgespräch zum Rückruf und damit zur Gebührenübernahme aufgefordert werden. Die Deutsche Bundespost untersucht gegenwärtig diesen Problemkreis im Zusammenhang mit der Weiterschaltung von Anrufen innerhalb des Fernsprechnetzes auf breiter Basis. Neben Möglichkeiten zur vollständigen Gebührenentlastung des rufenden Teilnehmers werden auch Verfahren geprüft, mit deren Hilfe nur ein Teil der Gesprächsgebühren (z. B. für die Fernverbindung) vom Angerufenen übernommen werden kann. Die Deutsche Bundespost hofft, daß die Untersuchungen bis zum Ende des Jahres 1976 zu ersten konkreten Angaben über technisch realisierbare und wirtschaftlich sinnvolle Lösungen führen. Sie beabsichtigt auf der Basis dieser Ergebnisse eine Marktanalyse durchzuführen.

Zu Frage B 62:

Die Konzeptionen der Fernsprechvermittlungssysteme in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland unterscheiden sich grundsätzlich voneinander. Dies gilt insbesondere für die Ortsebene, in der auch die Gesprächsgebühren erfaßt werden. Während im Wählsystem der Deutschen Bundespost der Verbindungsaufbau unmittelbar von den ausgesendeten Wählimpulsen gesteuert wird (Direktwahlsystem), werden in den USA die Wahlimpulse zunächst in Registern gespeichert und ausge-

(A) wertet, bevor die Verbindung weiter aufgebaut wird (indirekte Registersteuerung). Register-Systeme bieten günstigere Voraussetzungen, Einzelgespräche in Abhängigkeit von bestimmten Vorwahlziffern (z. B. 800 für gebührenfreien Anruf) besonders zu behandeln.

Die unterschiedlichen Systemstrukturen erlauben es nicht, die technische Lösung des „toll free calling" der USA in das Fernsprechnetz der Deutschen Bundespost zu übernehmen. Die bereits laufenden Untersuchungen dienen dazu, ein an das Fernsprechvermittlungssystem der Bundesrepublik Deutschland angepaßtes Verfahren für die Gebührenübernahme durch den gerufenen Teilnehmer zu finden. Dabei werden auch die Möglichkeiten der Gebührenabgeltung sowohl nach tatsächlicher Verkehrsmenge als auch durch Pauschalbeträge berücksichtigt werden.

Anlage 92

Antwort

des Bundesministers Ravens auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Freiherr Ostman von der Leye** (SPD) (Drucksache 7/5404 Frage B 63):

Wird die Bundesregierung die Fassade des neuen Bundeskanzleramts, die heute durch ihre düstere Farbgestaltung und die sowieso nicht mehr änderbare falsche Ausrichtung des Baukörpers die an sich gelungene bauliche Gestaltung nicht zur Geltung kommen läßt, aufhellen lassen und dadurch wenigstens einen Beitrag zur besseren städtebaulichen Situation am Bundeskanzlerplatz leisten?

(B) Ein Leitgedanke der planerischen Überlegungen für den Neubau des Bundeskanzleramtes war es, die Baukörper ohne wesentliche Zäsuren in die Parklandschaft zwischen dem Rhein und der Adenauerallee einzufügen und die dominierende Stellung des Palais Schaumburg zu erhalten.

Im Rahmen dieser Überlegungen ist als Kontrast zu der weißen Farbe des Palais Schaumburg für den Neubau ein sich der natürlichen Umgebung unterordnender Bronzeton gewählt worden.

Wenn auch zuzugeben ist, daß die Fassade des Neubaus z. Z. verhältnismäßig dunkel wirkt, ist — schon aus Kostengründen — an eine nachträgliche Änderung der Fassadenfarbe nicht gedacht.

Eine gewisse Aufhellung des Gesamteindrucks ist bereits zu erwarten, wenn das Gebäude bezogen ist und die hinter den Fensterscheiben angebrachten weißen Jalousien sichtbar werden.

Eine weitere wesentliche Verbesserung wird eintreten, wenn die Bepflanzung heranwächst und der Neubau sich eingebettet in die ihn umgebende Parklandschaft darstellt.

Anlage 93

Antwort

des Bundesministers Ravens auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Dr. Graß** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage B 64):

Ist der Bundesregierung bewußt, daß es für die Städte und Gemeinden mit Sanierungs- und Entwicklungsgebieten zunehmend dringlicher wird, Gewißheit darüber zu erhalten, ob die nach dem Städtebauförderungsgesetz zur Verfügung gestellten Bundes- und Landesmittel endgültig als Zuschüsse anzusehen sind oder später in Darlehen umgewandelt werden können, und ist die Bundesregierung bereit, schnellstens Klarheit in dieser zentralen Frage zu schaffen? (C)

Die vom Bund im Rahmen des Bundesprogramms nach § 72 Städtebauförderungsgesetz bereitgestellten Sanierungs- und Entwicklungsförderungsmittel werden den Ländern — wie es § 39 Absatz 5 StBauFG vorsieht — als zins- und tilgungsfreie Vorauszahlungen gewährt. Die Mehrzahl der Länder reicht diese Förderungsmittel des Bundes zusammen mit den zusätzlichen Landesmitteln ebenfalls als Vorauszahlungen an die Gemeinden weiter. Diese Vorauszahlungen ergehen unter dem Vorbehalt einer späteren Bestimmung, ob sie als Darlehen oder Zuschuß gewährt werden. Für welche Zwecke später eine Umwandlung als Zuschuß oder als Darlehen in Betracht kommt, ist in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über den Einsatz von Förderungsmitteln nach dem Städtebauförderungsgesetz vom 14. Februar 1975 (Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 39 vom 26. Februar 1975) näher geregelt. Die endgültige Bestimmung, ob Zuschuß oder Darlehen, hängt allein davon ab, zu welchem Zweck die Förderungsmittel von der Gemeinde tatsächlich eingesetzt werden. In der Regel wird für alle sog. unrentierlichen Kosten eine Umwandlung in einen Zuschuß vorgenommen werden.

Die Bundesregierung ist der Ansicht, daß die einschlägigen Vorschriften ausreichen, um alle in der Praxis auftauchenden Zweifelsfragen beantworten zu können. Soweit bei einzelnen Gemeinden über die Tragweite dieser Vorschriften noch Unklarheiten bestehen sollten, wird es Aufgabe der für die Durchführung des Städtebauförderungsgesetzes zuständigen Länder sein, durch verstärkte Information und Beratung Abhilfe zu schaffen. (D)

Ergänzend erlaube ich mir, Sie auf die Antwort der Bundesregierung hinzuweisen, die auf eine entsprechende Frage des Abgeordneten Spranger (CDU/CSU) im Februar 1975 ergangen ist (Niederschrift über die 153. Sitzung vom 28. Februar 1975, Anlage 59).

Anlage 94

Antwort

des Bundesministers Matthöfer auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Burger** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Fragen B 70 und 71):

In welchem Umfang standen in den letzten Jahren Mittel zur Erforschung der Sonnenenergie zur Verfügung, und welche Haushaltsmittel sind für das Jahr 1977 für diesen Bereich vorgesehen?

Welche Chancen hat der wirtschaftliche Einsatz von Sonnenenergie in der nahen Zukunft?

Zu Frage B 70:

Bisher wurden insgesamt ca. 28,0 Millionen DM von der Bundesregierung für die Sonnenenergieforschung über das Rahmenprogramm Energiefor-

(A) schung bewilligt, davon entfielen auf das Jahr 1975 rd. 12,0 Millionen DM. Darüber hinaus werden bereits seit vielen Jahren Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur photovoltaischen Energiewandlung im Rahmen der Weltraumforschung mit ca. 5 Millionen DM pro Jahr gefördert.

Wie in der Antwort zur Kleinen Anfrage betr. neue Primärenergiequellen (Drucksache 7/5313) ausgeführt wurde, hat die Bundesregierung für 1976 Mittel in Höhe von 20 Millionen DM für alternative Energiequellen eingesetzt. Der Bundesminister für Forschung und Technologie strebt an, diese Aufwendungen in den folgenden Jahren zu verstärken. Genauere Angaben lassen sich z. Z. nicht machen, weil die Aufstellung des Haushaltsentwurfs 1977 noch nicht abgeschlossen ist. Aber auch im Jahre 1977 werden wichtige Projekte auf diesem Gebiet weiterlaufen oder neu aufgegriffen werden können.

Zu Frage B 71:

Die ersten in der Bundesrepublik Deutschland gefertigten Solaranlagen werden bereits auf dem Markt angeboten. Wie Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen zeigen, ist zunächst ein Einsatz der Solartechnik nur bei der Brauchwassererwärmung und bei der Schwimmbadbeheizung in Sicht. Die Bundesregierung schätzt, daß noch ein Entwicklungszeitraum von 5—10 Jahren benötigt wird, bevor auch solare Heizungsanlagen unter wirtschaftlichen Bedingungen einsatzbereit sind. Im übrigen wird auf die Antwort zur Frage 1 in Drucksache (B) 7/5313 verwiesen.

Anlage 95

Antwort

des Bundesministers Matthöfer auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Leicht** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Fragen B 72 und 73):

Wie beurteilt die Bundesregierung die Vorschläge zur Nutzung der geothermischen Energie in der Bundesrepublik Deutschland in der vom Bundesforschungsministerium selbst herausgegebenen Broschüre „Energiequellen für morgen?" und inbesondere hier den Vorschlag zum Bau einer Modellanlage zur Erzeugung von Elektrizität in Landau in der Pfalz, weil dort die relativ größten Temperaturen in der Tiefe vorhanden sind?

Trifft es zu, daß Versuchsbohrungen zur Nutzung der geothermischen Energie entgegen fachlichen Stellungnahmen nicht in Landau sondern in Urach durchgeführt werden, und welches sind im einzelnen die Gründe für diese Entscheidung entgegen sachlichen Erkenntnissen?

Zu Frage B 72:

Die Bundesregierung hat ihre Auffassung zu den Aussagen der Studie „Energiequellen für morgen?" für den Bereich Erdwärme in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr.-Ing. Laermann, Blank, Dr. Haenschke, Dr. Lohmar, Dr. Meinecke (Hamburg), Scheffler, Schluckebier, Stahl (Kempten), Wendt, Wolfram (Recklinghausen), Hoffie, Ollesch, Frau Schuchardt, Dr. Vohrer und der Fraktionen der SPD, FDP betreffend neue Prämienenergiequellen dargelegt (Drucksache 7/5313). Danach reichen die vorliegenden Ergebnisse über die technische Durchführbarkeit von Projekten zur Nutzung der Erdwärme noch nicht für eine Aussage über das wirtschaftliche Potential aus. Darüber (C) hinaus sind die mit der Nutzung der Erdwärme verbundenen Umwelt- und Sicherheitsprobleme noch zu klären.

Der Bau einer Modellanlage zur Erzeugung von Elektrizität in Landau in der Pfalz wird in der Studie „Energiequellen für morgen?" nicht vorgeschlagen. Vielmehr wird in der Studie lediglich eine Modellrechnung zur Kostenabschätzung für die Nutzung geothermischer Energie zur Stromerzeugung und alternativ zur Erzeugung von Heizwärme durchgeführt. Soweit in diese Rechnung geologische Daten eingehen, werden diese von der bekannten geothermischen Anomalie Landau genommen. Aus den Ergebnissen dieser Rechnung wird in der Studie folgende Schlußfolgerung gezogen:

„Die geothermischen Gegebenheiten in der Bundesrepublik Deutschland erlauben selbst für die günstigsten Lagerstätten noch keine heute wirtschaftlich konkurrenzfähige Nutzung der Erdwärme zur Elektrizitätserzeugung. Für die Zukunft wird einerseits wegen des Abwärmeproblems und andererseits wegen der großen erforderlichen Flächen (ca. 1 km²/10 MW) ein volkswirtschaftlich nennenswerter Beitrag der Geothermie zur Elektrizitätserzeugung nicht zu erwarten sein."

Im Hinblick auf diese Ergebnisse gibt die Bundesregierung der Nutzung der Erdwärme für die Erzeugung von Wärme zu Heizzwecken den Vorzug. Sie ist bemüht, die Voraussetzungen für diese Art der Erdwärmenutzung zu klären.

Zu Frage B 73: (D)

Es trifft zu, daß eine Versuchsbohrung zur Nutzung der geothermischen Energie in Urach niedergebracht wird. Die Wahl von Urach als Standort für eine Versuchsbohrung ist im wesentlichen bedingt durch den zeitlichen Vorsprung, den dieses Projekt hinsichtlich der Projektorganisation hat, sowie vor allem durch die niedrigeren Bohrkosten im Vergleich zum Standort Landau. In Urach wird die für die Nutzung der Wärme aus heißem, trockenen Gestein wichtige Gesteinsformation, das sog. Kristallin, bereits in einer Tiefe von 1 500 m erwartet und nicht erst bei 3 000 m wie in Landau. Darüber hinaus konnte in Urach ein Projektpartner gefunden werden, der bereit ist, sich mit eigenen Mitteln an den Kosten der Versuchsbohrung zu beteiligen. Schließlich war für die Entscheidung zugunsten Urach auch noch maßgebend, daß der Antrag zur Durchführung dieses Projektes fristgerecht im Januar 1976 bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften im Rahmen des Energieforschungsprogramms eingereicht werden konnte.

Anlage 96

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Glotz auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Josten** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Fragen B 74 und 75):

(A)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, der Stundung von Darlehen aus dem Bundesausbildungsförderungsgesetz auf Antrag zuzustimmen, soweit es sich um Studenten mit abgeschlossenem Studium handelt, die jedoch arbeitslos bzw. unverschuldet ohne Einkommen sind?

Ist die Bundesregierung bereit, mir bis zum 1. August 1976 mitzuteilen, welche Lösung sie im Interesse der betroffenen Studenten gefunden hat?

In dem Entwurf des 2. Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes, durch den die Bundesregierung 1974 vorgeschlagen hat, Ausbildungsförderung vermehrt in Form von Darlehen zu leisten, hat sie zugleich eine sozial ausgewogene Rückzahlungsregelung vorgeschlagen (vgl. BT-Drucks. 7/2098). Der Entwurf hat insoweit die Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften des Bundes gefunden.

Der Darlehensnehmer ist danach zur Rückzahlung nur verpflichtet, soweit sein Einkommen die im Gesetz festgelegten, nach Familienstand und der Zahl unversorgter Kinder gestaffelten Freibeträge übersteigt. Diese Freibeträge entsprechen den Freibeträgen vom Einkommen der Eltern und des Ehegatten des Auszubildenden in § 25 BAföG; seine Pflicht zur Rückzahlung des von ihm für seine eigene Ausbildung in Anspruch genommenen Darlehens beginnt danach erst bei einer Einkommenshöhe, bei der auch seine Eltern bzw. sein Ehegatte verpflichtet wären, aus ihrem Einkommen einen Betrag zu seiner Ausbildung zu leisten.

Die Regelung in § 18 Abs. 4 BAföG hat folgenden Wortlaut:

(B)

„(4) Zur Rückzahlung ist der Darlehensnehmer nur soweit verpflichtet, wie in einem Kalendermonat sein Einkommen den Betrag von 640 DM übersteigt. Der in Satz 1 bezeichnete Betrag erhöht sich für

1. den Ehegatten um 360 DM,
2. jedes Kind des Darlehensnehmers, das zu Beginn des in Satz 1 bezeichneten Monats
   a) das 15. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, um 240 DM,
   b) das 15. Lebensjahr vollendet hat, um 320 DM.

Die Beträge nach Satz 2 mindern sich um das Einkommen des Ehegatten und des Kindes. Der Darlehensnehmer hat das Vorliegen der Voraussetzungen nach Satz 1 bis 3 geltend und glaubhaft zu machen. § 47 Abs. 3 bis 5 gilt entsprechend."

Darlehensnehmer sind daher, solange sie nach Abschluß ihres Studiums kein Einkommen erzielen, zur Rückzahlung nicht verpflichtet. Sie sind durch die vorstehende förderungsrechtliche Sonderregelung wesentlich besser gestellt, als sie es nach den allgemein geltenden Stundungsbestimmungen der Bundeshaushaltsordnung (§ 59 Abs. 1 Nr. 1) wären.

(C)

Anlage 97

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Brück auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Schröder** (Lüneburg) (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage B 76):

In welcher Höhe und in welcher Weise würde sich die Forderung der Entwicklungsländer auf der Unctad-Konferenz von Nairobi auf Annullierung ihrer Auslandsschulden für die Bundesrepublik Deutschland auswirken?

Die Entwicklungsländer forderten auf der IV. Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD IV) ohne Einschränkung die Streichung der öffentlichen Auslandsschulden für die am wenigsten entwickelten Länder, für die Entwicklungsländer ohne direkten Zugang zum Meer und für die Inselländer, sofern diese Länder das beantragen würden. Die Bundesrepublik und andere Industrieländer hatten nicht die Absicht, auf diese Vorstellungen einzugehen. Die UNCTAD IV ist am 31. Mai 1976 beendet worden, ohne daß diese Forderung Eingang in eine Resolution gefunden hat.

Anlage 98

(D)

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Brück auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Gierenstein** (CDU/CSU) (Drucksache 7/5404 Frage B 77):

Trifft es zu, daß in einem Gutachten des Bundesrechnungshofs erhebliche Mängel in der Verwaltung der deutschen Entwicklungshilfe festgestellt werden, und wenn ja, wie kann die Bundesregierung dann in einer als Zwischenbilanz ihrer bisherigen Tätigkeit bezeichneten Anzeige behaupten, die Mittel für die Entwicklungshilfe seien gut angelegt und sorgfältig kontrolliert worden?

Der Rechnungsprüfungsausschuß des Deutschen Bundestages hat sich am 13. März 1974 mit einer gutachtlichen Äußerung des Bundesrechnungshofs zur verwaltungsmäßigen Durchführung der bilateralen Technischen Hilfe vom Dezember 1973 befaßt und dabei einstimmig festgestellt, daß einige pauschale Formulierungen auf Einzelfällen beruhen, die auch ihrer Art nach verallgemeinernde Behauptungen nicht zu tragen vermögen. In der gleichen Sitzung hat der Bundesrechnungshof erklärt, er wolle keine Vorwürfe gegen das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit erheben und bedauert, daß sein Gutachten als politisches Werkzeug benutzt wurde.